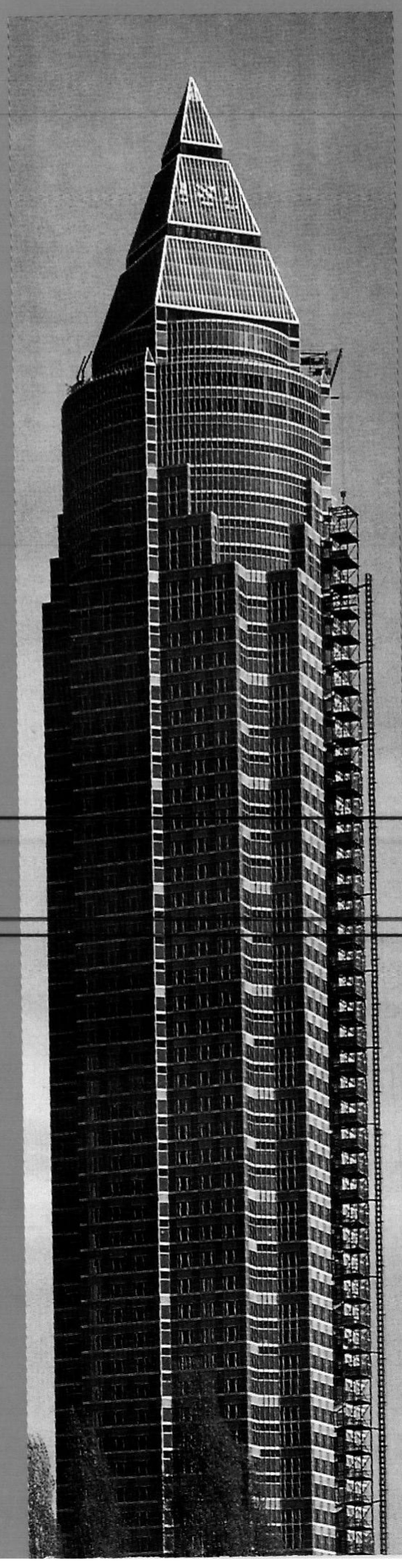
Weg und Ziel

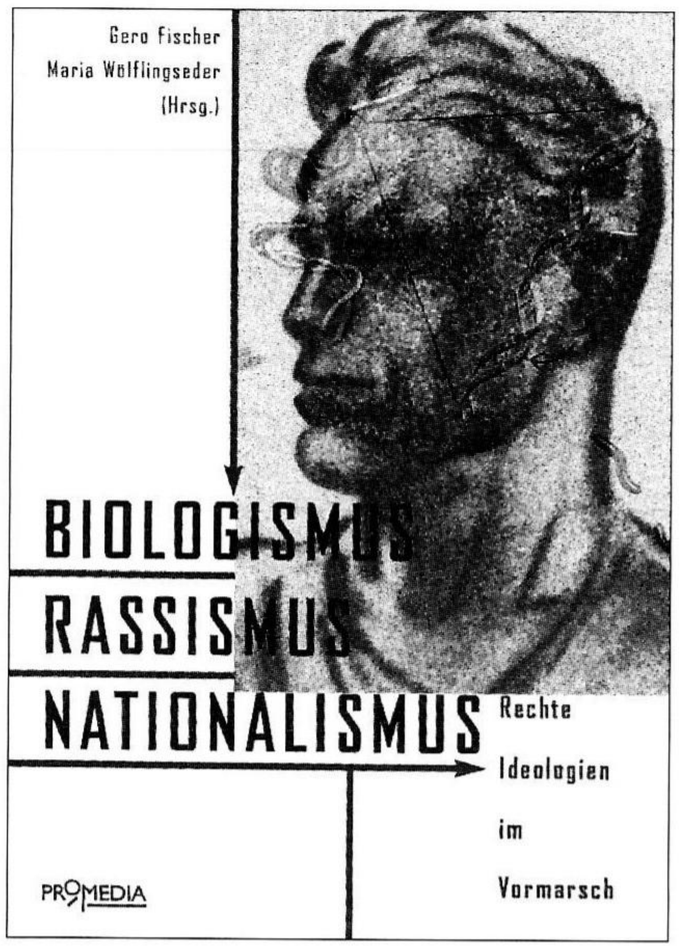
Marxistische Zeitschrift



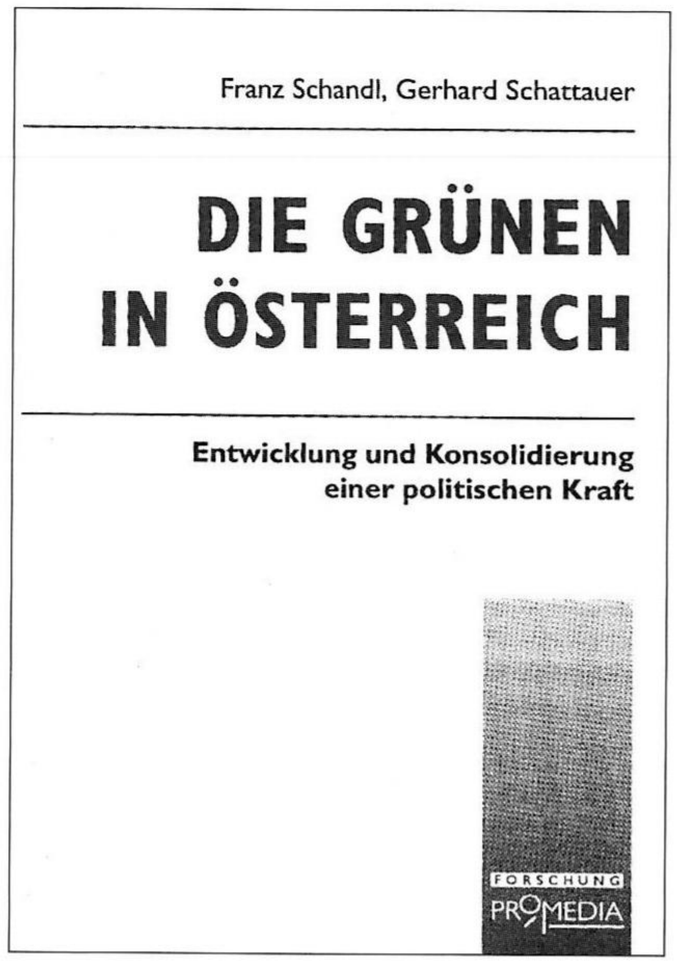
Welt-Meisterschaft

Nr. 3 • 1996 54. Jahrgang 40 Schilling

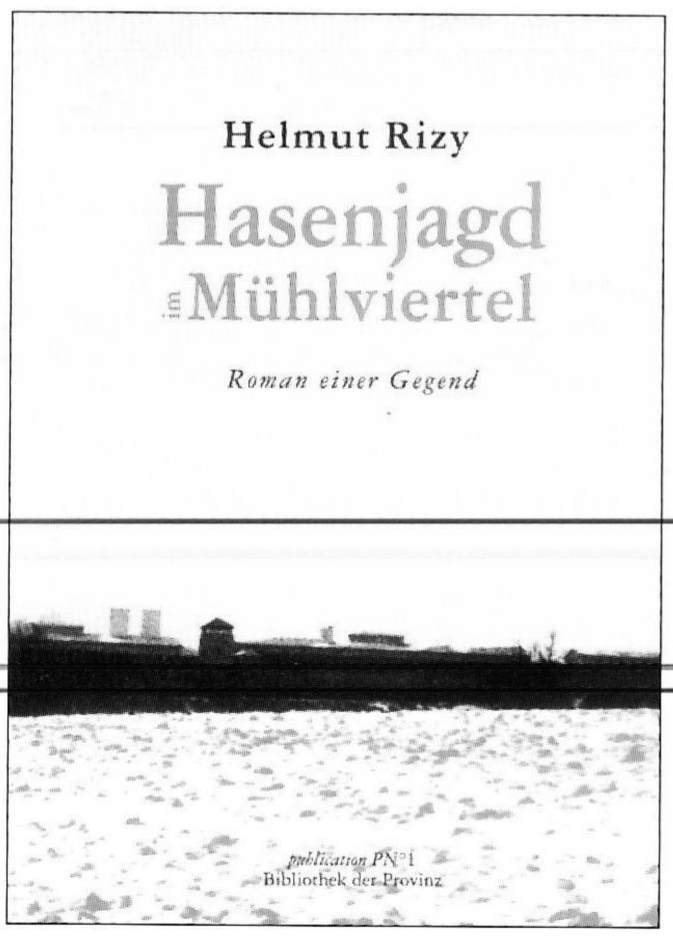
Bücher der »Weg und Ziel«-AutorInnen



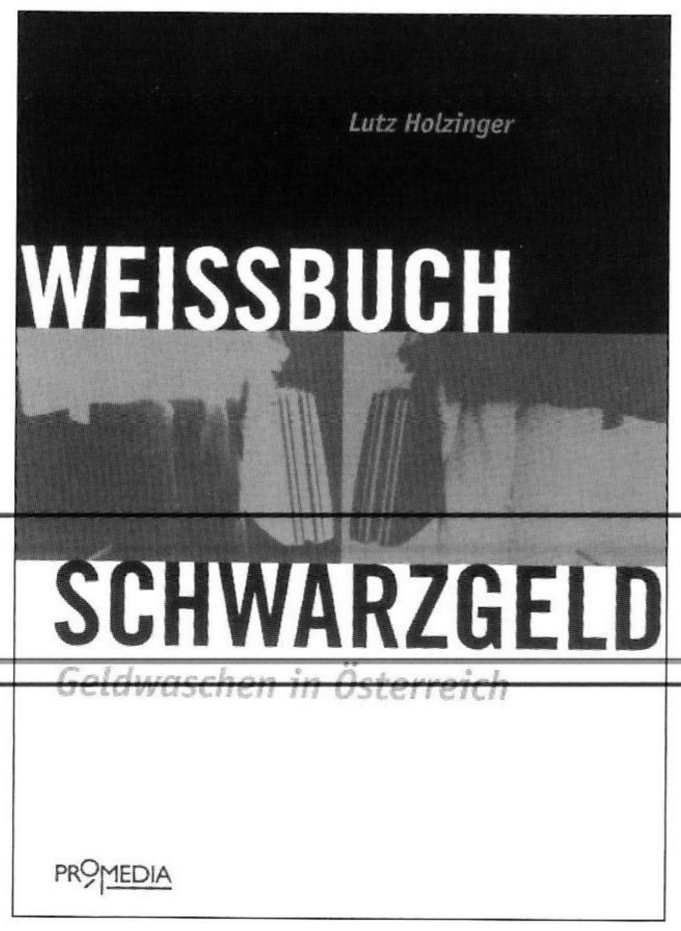
Gero Fischer
Maria Wölflingseder
Biologismus – Rassismus – Nationalismus
Rechte Ideologien im Vormarsch
Promedia-Verlag, Wien 1995
260 Seiten, 215 Schilling.



Franz Schandl
Gerhard Schattauer
Die Grünen in Österreich
Entwicklung und Konsolidierung
einer politischen Kraft
Promedia-Verlag, Wien 1996
600 Seiten, 498 Schilling.



Helmut Rizy
Hasenjagd im Mühlviertel
Roman einer Gegend
Bibliothek der Provinz
Wien-Linz-Weitra 1995
406 Seiten, 398 Schilling.



Lutz Holzinger
Weißbuch Schwarzgeld
Geldwaschen in Österreich
Promedia-Verlag, Wien 1994
174 Seiten, 198 Schilling.

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei
Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Dr. Günter Klodner
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. Maria Wölflingseder

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Karin Springer, KPÖ,
Trattnerhof 2/14, 1010 Wien,
Tel.: 0222/533 60 23

Erscheinungsweise:
fünfmal jährlich

Abonnement-Preise:
5 Hefte 200,– S; 35,– DEM

Layout:
Matthäus Zinner

Druck:
Resch und Vana
Lichtg. 10, 1150 Wien.

Die nächste Nummer

erscheint im

Oktober 1996

Themenschwerpunkt:

Bildungs- und Forschungspolitik

Inhalt

Nr. 3, Juli 1996, 54. Jahrgang

Marxismus in Diskussion

Franz SCHANDL: Ambivalente Notizen
zum historischen Subjekt 2

Thema: Welt-Meisterschaft

Einleitung: Lutz HOLZINGER 8

Lutz HOLZINGER: Kein Begriff verändert die Welt -
Über die abnehmende Lesbarkeit der Wirklichkeit
am Beispiel Globalisierung 9

Stephan GRIGAT: Die Haltbarkeit Lenins -
Zur marxistischen Imperialismustheorie 13

Norbert TRENKLE: Die Entwertung des Werts -
Über die krisenhafte Durchsetzung des
Wertgesetzes auf dem Weltmarkt 19

Anne HUFFSCHMID: Take-Off und Bruchlandung -
Vom Scheitern des NAFTA-Modells für Mexiko 24

Leo MACHÉ-SUNIZA: Das internationale
Finanzkapital und die Dritte Welt 31

Alfred ZIMM: Urbane Explosion 34

Christof PARNREITER: Sind MigrantInnen
Krebszellen, Megastädte Geschwüre? 40

Susanne HEIM: „Überbevölkerung“ -
Anmerkungen zur Geschichte und Aktualität eines Mythos 47

Sozialpolitik

Manfred MUGRAUER: Kein Ende sozialer Proteste -
Die Universitäten als Ort gesellschaftlichen Widerspruchs 53

Bücher

Franz Schandl/Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme

Josef Hindels: Erinnerungen eines linken Sozialisten 59

LeserInnenbriefe

. 63

Ambivalente Notizen zum historischen Subjekt

Franz SCHANDL

Welche Rolle spielt der Mensch in seiner Geschichte? Ist diese bloß eine Fortsetzung der Naturgeschichte unter den Bedingungen von Denken und Handeln? Verdeutlichen diese einen qualitativen Bruch? Und wenn ja, wes Charakter ist er? Sind die Träger gesellschaftlicher Veränderung mehr als Überträger, mehr als Inkubanten des Daseins? Sind die Individuen mehr als „Dividuen" (Anders),[1] was hier meint: mehr als bloß ein Resultat der Division bürgerlicher Masse? Ist eine Unterscheidung zwischen Subjekt und Objekt überhaupt eine zielführende und kennzeichnende? Handelt es sich dabei gar bloß um eine bürgerliche Willensillusion, um den Versuch der Fetischierung des Sich-Selbst-Seins? Was heißt in diesem Zusammenhang eigentlich noch Selbstbestimmung?Auf diese und verwandte Fragen will der folgende Beitrag bruchstückhaft eingehen.

Das An-und Für-sich

Referieren wir vorerst die klassische Sicht der abendländischen Aufklärung. Laut Immanuel Kant muß der „Ausdruck Ich, als ein denkend Wesen"[2] verstanden werden. „Der Satz aber, Ich denke, so fern er so viel sagt; als: ich existiere denkend, ist nicht bloße logische Funktion, sondern bestimmet das Subjekt (welches dann zugleich Objekt ist)."[3] „Ich bin einfach, bedeutet aber nichts mehr, als daß diese Vorstellung: Ich, nicht die mindeste Mannigfaltigkeit in sich fasse, und daß sie absolute (obzwar bloß logische) Einheit sei."[4] *Ich* ist somit einmal die unausgefüllte Hülle einer menschlichen Wesenseinheit, eine exemplarische Besonderung. „Die Einfachheit aber der Vorstellung von einem Subjekt ist darum nicht eine Erkenntnis von der Einfachheit des Subjekts selbst, denn von dessen Eigenschaften wird gänzlich abstrahiert, wenn es lediglich durch den an Inhalt gänzlich leeren Ausdruck Ich (welchen ich auf jedes denkende Subjekt anwenden kann) bezeichnet wird."[5] Über Kant hinausgehend, heißt das aber *Ich denke ich*, weiter: *Ich denke ich für mich*. Ich und die Welt ist jene Gegenüberstellung, die jedes Individuum zum Ausgangspunkt seiner Handlungen nimmt. Man kann das andere nicht als Anderes erkennen, ohne sich selbst zu erkennen. Ich ist nicht der Grund der Welt, aber der Grund, warum das Subjekt sie erlebt, erfährt, erkennt.[6] Ohne das Ich des Subjekts mag die Welt sein, was sie will, für ihn ist sie nicht. Nur der Mensch hat ein Ich.

Was ist ein *Ich*? Ein *Ich* ist die Einheit *in-sich* und *aus-sich*. Ein *Sich* ist ein *An-sich*, ein *Ich* ist ein *Für-sich*. Um zu einem *Ich*, einem *Für-sich* zu werden, muß der Mensch *in-sich* gehen, das *An-sich* ansehen und erkennen, um somit überhaupt *aus-sich* heraustreten zu können. Das *besonderste Subjekt* ist das *Ich*, das *Individuum für sich*, das Begreifen und der Begriff von einem selbst. *Ich bin*, sagt der Mensch. Und *Ich bin ich*, meint er. Dies ist ein Fundamentalbekenntnis bewußter Existenz. (Ob dieses Bekenntnis als Erkenntnis standhält, ist freilich eine weitergehendere Frage.) Hegel bezeichnete das *Subjekt* als „ein in sich Reflektiertes."[7] Das Subjektive wird verstanden als reflektierte Seite des Objektiven. Nur der Mensch kann erkennen, weil sich erkennen. Nur der Mensch hat eine *Potenz zum Ich*.

Dieses *Ich* besitzt somit ein Selbstbewußtsein: „Das Selbstbewußtsein ist *an* und *für sich*, indem und dadurch, daß es für ein Anderes an und für sich ist; d.h. es ist nur als ein Anerkanntes."[8] Es „ist zunächst einfaches Fürsichsein, sichselbstgleich durch das Ausschließen alles *anderen aus sich*; sein Wesen und absoluter Gegenstand ist ihm *Ich*; und es ist in dieser *Unmittelbarkeit* oder in diesem *Sein* seines Fürsichseins *Einzelnes*."[9] Für die Hegelschen Subjekte gilt: „Sie *anerkennen* sich als *gegenseitig sich anerkennend*."[10] Sie sind sich ausschließende Gleiche, die sich auszutauschen vermögen. Diese Austauschbarkeit bezieht sich sowohl auf die personale Ebene als auch auf die dingliche, das heißt auf die stets gegenwärtige Verkehrung der Subjekt-Objekt-Beziehung als auch auf den Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen.

Damit der Mensch sich als Mensch realisiert, bedarf es mehr als seiner Schaffung, sie ist bloß Voraussetzung, nicht Bedingung des Menschseins. „Daß das lebendige Individuum sich in sich selbst gestaltet, damit spannt es sich gegen sein ursprüngliches Voraussetzen und stellt sich als an und für sich seiendes Subjekt der vorausgesetzten objektiven Welt gegenüber. Das Subjekt ist der Selbstzweck, der Begriff, welcher an der ihm unterworfenen Objektivität sein Mittel und seine subjektive Realität hat; hierdurch ist es als die an und für sich seiende Idee und als das wesentliche Selbständige konstituiert, gegen welches die vorausgesetzte äußerliche Welt nur den Wert eines Negativen und Unselbständigen hat."[11]

Subjekt als Subjektivierung

Subjekt meint also ein denkendes *Für-sich*, nicht bloß ein denkendes *An-sich*. Erst die bürgerlichen Ichs begreifen sich nicht nur als Exemplare einer Masse, sondern sie bestätigen sich als individuell, als einzeln, als mit einem *freien Willen* ausgestattet. Erst im bürgerlichen Individuum vermeint der Mensch sich als Subjekt, ist sich nicht mehr bloß *reflexives Objekt*, sondern *reflektiertes Subjekt*. Das einst undenkbare *Ich* wird häufiger, ja so geläufig und inflationär, daß man glauben könnte, es sei schon verwirklicht, seine Vollendung sei erreicht. Das wird auch gemeinhin unterstellt.

Was wir hier herausarbeiten wollen, das sind verschiedene Niveaus oder

Stufen des Reflexiven, eben vom bloßen Reflex zur mehrfach reflektierten Reflexion. Sinnvoller wäre es daher (ganz analog zur Menschwerdung) von einer Subjektwerdung oder Subjektentwicklung zu sprechen, als den Subjektstatus einfach zu konstatieren, die scheinbar unausweichliche Frage „Ist er es oder ist er es nicht?", gelassen mit „Wird schon" zu beantworten. Über die verschiedenen Stufen des Reflexiven notierte bereits Kant: „*Vorstellungen zu haben und sich ihrer doch nicht bewußt zu sein, darin* scheint ein Widerspruch zu liegen; denn wie können wir wissen, daß wir sie haben, wenn wir uns ihrer nicht bewußt sind? (...) Allein wir können uns doch mittelbar bewußt sein, eine Vorstellung zu haben, ob wir gleich unmittelbar *uns* ihrer nicht bewußt sind. – Dergleichen Vorstellungen heißen dann *dunkele*; die übrigen sind klar, und, wenn ihre Klarheit sich auch auf die Teilvorstellungen eines Ganzen derselben und ihrer Verbindung erstreckt, *deutliche Vorstellungen;* es sei des Denkens oder der Anschauung."[12] Genau in diesem Sinn war auch der emphatische abendländische Begriff der Aufklärung zu verstehen.

Wir plädieren für den Begriff der Subjektivierung, der in unserer Lesart die gesamte menschliche Vorgeschichte umfassen soll. Die Subjektwerdung ist die historische Wesensbestimmung des Einzelmenschen in der zweiten Natur. Subjektivierung drückt ganz anders als das Subjekt keinen bestimmten Zustand aus, sondern betont den Prozeß. Sie konstatiert im Gegensatz zum Subjekt kein Faktum. Sie ist kombiniert mit dem Fortschritt in die Einsicht der Untergeordnetheit unter natürliche und gesellschaftliche Gesetze. Gerade diese Einsicht ermöglicht aber auch ihre tendenzielle Aufhebung. Subjektivierung (und mit ihr synchron die Objektivierung) durchläuft verschiedene Stufen des Erkennens, wobei Erkennen hier ganz profan als Wissen-Warum-Was-Wie-ist verstanden werden soll. In der Praxis heißt das dann: Menschliches Können kommt vom Kennen.

Unterwerfende Unterworfene

Die uns geläufige Unterscheidung in Aktiv und Passiv hat als Tendenz (aber nicht als Absolution!!) nur beim Menschen einen Sinn, bei allen anderen Existenzen (Lebewesen wie Gegenständen) fallen Tätigkeits- und Leideform in eins. Was sie durch sich geschehen lassen, geschieht ihnen. Ihr Tun ist kein durch Denken geschwängertes Handeln. Was die zweite Natur des Menschen auszeichnet, ist aber nicht ein kontrafaktisches Verhalten in Permanenz, sondern nur dessen nuancierte Möglichkeit. Die menschliche Möglichkeit ist also mehr als eine Ausgabe der natürlichen Notwendigkeit, jene fällt nicht wie diese immer in sich zurück (und somit auch zusammen), sondern erhebt sich aus ihr über sie hinaus, ohne sie freilich gänzlich verlassen zu können.

„Die Welt des Tieres ist begriffslos. Es ist kein Wort da, um im Fluß des Erscheinenden das Identische festzuhalten, im Wechsel der Exemplare dieselbe Gattung, in den veränderten Situationen dasselbe Ding. Wenngleich die Möglichkeit von Wiedererkennen nicht mangelt, ist Identifizierung aufs vital Vorgezeichnete beschränkt. Im Fluß findet sich nichts, das als bleibend bestimmt wäre, und doch bleibt alles ein und dasselbe, weil es kein festes Wissen ums Vergangene und keinen hellen Vorblick in die Zukunft gibt. Das Tier hört auf den Namen und hat kein Selbst, es ist in sich eingeschlossen und doch preisgegeben, immer kommt ein neuer Zwang, keine Idee reicht über ihn hinaus."[13] So nahe sich Mensch und Tier in ihrer stofflichen Anordnung und Beschaffenheit auch kommen, so weit entfernt sind sie sich aufgrund ihrer inhaltlichen Wesensbestimmung.

In der ersten Natur selbst hat der Begriff Unterwerfung keinen Sinn, er ist hohl, eine Rückprojektion kulturell-ler Kategorien. Unterwerfung ist ein menschliches Prinzip, eine Grundkategorie der zweiten Natur. Das Verhältnis der Menschen zu allen anderen Objekten läßt sich vielleicht so beschreiben: Sie sind *unterwerfende Unterworfene*, und *sich unterwerfende Unterworfene*. Das sich unterwerfende Unterworfene unterwirft sich nicht nur selbst, es unterwirft auch untereinander und gegenüber der ersten Natur. Diese subjektiven Absichten sind nicht gänzlich als Folgen objektiver Notwendigkeiten dechiffrierbar, da sie von den Zuständen theoretisch abstrahieren und praktisch repellieren können. Dialektisch ausgedrückt: Sie setzen ein Anderes im Gleichen.

Mensch sein heißt, sich den *Notwendigkeiten* zu stellen, ihre *Not* aber zu *wenden*, sie zurückzudrängen. Es gilt, *Not abzuwenden* anstatt *anzuwenden*. Emanzipation besteht vorerst in der Negierung der Notwendigkeiten als Zwänge, in der Erweiterung der Möglichkeiten in eben jenen. Aus der konstatierten „Einsicht in die Notwendigkeiten"[14] (Engels sehr frei nach Hegel) läßt sich mehr als eine bloße Aussicht auf diese ableiten. Jene ist kritisch, nicht affirmativ, sie ist Bedingung, nicht Aufgabe oder gar Ziel.

Bedeutungen und Varianz

Robert Kurz schreibt: „Die Abdifferenzierung von der ersten Natur, die Herausbildung des Menschen als Subjekt dieser gegenüber, ist also notwendig selber wieder subjektlos."[15] Womit allerdings die Frage zu stellen ist, ob Kurz bei aller erläuternden Differenzierung die er gleich hinten anführt,[16] nicht selbst zu lang denkt, den Subjektbegriff quasi-ontologisch faßt, ihn unterdatiert mit dem Herausbilden aus der ersten Natur. – Denn ein Subjekt, das subjektlos ist, also das Subjekt los ist, ist kein Subjekt. Oder doch?

Genau das scheint Kurz aber zu meinen, wenn er schreibt: „*Ein Subjekt ist ein bewußter Aktor, der sich seiner eigenen Form nicht bewußt ist.*"[17] Das Subjekt wird aber nicht entschlüsselt als bloße Marionette, sondern als Binnensubjekt innerhalb der Form.[18] Das Gestaltungsprinzip des Subjekts kann somit als *bewußtlose Bewußtheit* umschrieben werden. Die Ambivalenz solcher Formulierungen sticht natürlich ins Auge, und doch scheinen diese behutsamen (mehr umschreibenden als eingrenzenden) Annäherungen das inhaltliche Problem besser zu erfassen als irgendwelche positiven Begriffe. Die Widersprüche des Subjekts werden hier nicht *aufgelöst*, sondern sie werden *eingelöst*. Die mangelnde Eindeutigkeit sollte ob der Vieldeutigkeit nicht stören. Gerade Idealtypen können im wertkritischen Denken nur als Hilfskonstruktionen und Provisorien Eingang finden. Die dialektische oder inhaltliche Herangehensweise erkennt einerseits die Aufgabe der Begriffsbildung, will also keineswegs hinter sie in irgendeine Beliebigkeit zurückfallen; sie verkennt Analyse nicht als positivistischen Kategorienwettbewerb, durch den Welt und Problem schlüssig einzuordnen sind. Dialektische Methode ist somit immer prekär, ihre begriffliche Abstraktion erlaubt eigentlich wenig Indiskretion gegenüber ihren Erkenntnisobjekten, sollen diese als Ganzes im Allgemeinen kenntlich bleiben.

Subjekt soll heißen eine bestimmte und bestimmbare Stufe der Selbstbezüglichkeit eines menschlichen Objekts, Bewußtheit eine Dimension von Bewußtlosigkeit, Souveränität eine

Marke des Unsouveränen. Der dialektische Gegensatz hat es in sich, er weigert sich, Denken auf den dualen Code zu beschränken, ihn gar wie die Systemtheorie als methodische Leitlinie zu gebrauchen. So wichtig es ist, sich im Denken vom dualen Code (Subjekt-Objekt; souverän-unsouverän; autonom-abhängig; aktiv-passiv) zu verabschieden, so unmöglich ist das aber heute durchzuhalten. Das macht dann auch Begriffe wie *bewußtlose Bewußtheit* oder *unsouveräne Souveränität* verständlich und notwendig.

Subjekt hat also in diesem Sprachgebrauch eine doch breite Varianz. Seine Extremkategorisierungen lassen sich vielleicht so umschreiben: *Erstens* ist es verbunden mit der Entstehung des Menschen, den ersten Schritten seiner Werdung; *letztens* ist es zugeordnet der Entwicklung des bürgerlichen Individuums der Neuzeit, der Durchsetzung des gleichmacherischen Wertfetischs. Die Problematik der Kategorie *Subjekt* liegt nun darin, daß sie im ersten Fall quasiontologisch ausgerichtet ist und gebraucht wird; im letzten Fall der Moderne seit der Aufklärung und all ihren Formprinzipien einfach zugeschlagen wird. Für beide Verwendungen gibt es gute Gründe, mißlich wird die Argumentation freilich dort, wo aus dem Kontext nicht hervorgeht, welches Subjekt und welche reflexive Ebene denn eigentlich gemeint ist. Notwendig wäre dahingehend also eine Geschichte der unterschiedlichen Reflexionsstufen, die mit einer Geschichte des Fetischs parallel geschaltet werden müßte und die nicht primär auf dem fragilen Begriff des Subjekts aufbaut. Auch diese Einwände sprechen für die Interpretation des Subjekts als Subjektivierung.

Priori et posteriori

Das bürgerliche Subjekt kommt erst a posteriori zu sich, eben vermittelt durch den Wert und seine Formprinzipien, es ist also nicht wie das bürgerliche Denken unterstellt, a priori bei sich. Das Subjekt ist somit nicht „souveränes Bewußtsein“ (Foucault), sondern bloß *unsouveränes*. So gilt es einerseits die Subjektillusion in der Warengesellschaft zu desavouieren, andererseits aber die Subjektwerdung der Menschen – es ist noch gar nicht solange her, daß das Subjekt überhaupt gedacht wird! – voranzutreiben, ihre Voraussetzungen und Bedingungen zu diskutieren. Das Subjekt ist zu fördern und zu leugnen.

Bürgerliche Subjektkonstitution und Subjektillusion sind jedoch auch eins. Die normierten Abweichungen von der Norm werden ideologisch unterfüttert mit einem *freien Willen*, obwohl dieser nichts anderes darstellt als *eine* (nicht unbedingt: *die*) Realisierungsform vorgegebener Determinanten. Die unterstellte Freiheit suggeriert eine Möglichkeit jenseits der Notwendigkeit, wo es doch gerade darum ginge, eben diese Notwendigkeit zu erkennen, ohne sie jedoch nun wiederum zu affirmieren. Gerade auch eine Kritik des Notwendigen wendet sich gegen das Eskamotieren und dessen falsche Auflösungen in Möglichkeiten, zwischen denen grundsätzlich und souverän zu wählen wäre. Das Subjektverhalten ist nämlich hochgradig kontemplativ: „Denn dieses „Handeln“ besteht darin, daß die wahrscheinliche Auswirkung jener Gesetze so weit wie möglich vorausberechnet, kalkulatorisch erfaßt wird und das Subjekt des „Handelns“ nun eine Position einnimmt, in der diese Auswirkungen für seine Ziele die optimalen Chancen bieten.“[19]

Der Mensch verstellt sich als bürgerliches Subjekt geradezu den Blick auf das mit dem Subjekt identische Objekt, er mißversteht sich als *Realisator* anstatt sich vornehmlich als *Resultat* wahrzunehmen. Sein *progressives Ich* deckt sein *regressives Sich* zu, vergräbt es unter Floskeln, Beteuerungen und Bekenntnissen. Der Glaube an sich selbst ist zwar ein Fortschritt zum Glauben an irgendeinen Götzen oder Gott, aber jener verbleibt doch als Glaube religiös, sprengt nicht die inhaltliche Form, sondern erneuert sie. Der Glaube ist immer eine Flucht vor sich selbst, auch wenn sie zu sich selbst führt. Das verinnerlichte Äußere im bürgerlichen Subjekt verharrt trotzalledem in der indirekten Kommunikationsform, vermittelt durch einen noch notwendigen Fetisch.

Das Subjekt, wie wir es kennen, ist also das auf dem bürgerlichen Niveau in sich reflektierende menschliche Wesen. Das „cogito, ergo sum“ von Descartes ist zwar ein „verstümmeltes Ich“ (Lohoff), aber es ist erstmals ein sich selbst (ver)suchendes. Es ist die dumpfe Ahnung, daß es jenseits der Fetischformen Wirklichkeiten geben kann, auch wenn damals nur die Überführung von Hörigkeit und Leibeigenschaft in Mündigkeit und Sacheigenschaft angestanden hat. Es hat zweifellos höheres Niveau als der vorkapitalistische Mensch, durchbricht dessen rückständige Formen (Leibeigenschaft, Religion), um in neue Fetischformen (Arbeit, Geld, Sachlichkeit) gezwängt zu werden.

Subjekt und bürgerliche Freiheit gehören zusammen. Das Subjekt ist die notwendige menschliche Erscheinungsform der bürgerlichen Freiheit. Diese Freiheit ist ihr bedingender wie unhinterfragter Bestandteil. Historische Subjektwerdung bedeutet somit *Befreiung hin zur Form*, nicht jedoch *von der Form*, wie sie heute erst ansteht. Solange Formen und Inhalte der Emanzipation von der Vorgeschichte, das heißt von der zweiten zur dritten Natur noch so undeutlich markiert sind, gilt es bei der praktischen Kritik (anders als bei der theoretischen), vorsichtig zu sein, die Residuen menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten trotz ihrer bürgerlichen Form nicht bloß abschätzig zu behandeln. Wobei man hier freilich entgegnen könnte, daß in typisch bürgerlicher Manier Theorie und Praxis auseinanderfallen. Dem ist zu entgegnen, daß dem so ist, weil sein muß. Unter gegebenen Umständen ist eine Aufhebung auch gar nicht bewerkstelligbar. Die falsche Propaganda der Einheit von Wort und Tat wird bewußt aufgegeben, ihr Schein zerstört. Diese ideelle Rücknahme schafft geradezu mit eine Voraussetzung, daß Theorie und Praxis wirklich zu einer substantiellen Einheit finden können. Ist diese aber verwirklichbar, nicht bloß wie bisher vorstellbar und anstrebbar, dann ist allerdings auch die spezifische Trennung von Theorie und Praxis hinfällig geworden.

Vom Reflektor zur reflektierten Reflexion

Reflexion kennt eine immanente und eine transzendente Dimension. Das eine Mal ist sie affirmativ, das andere Mal kritisch. Trotz aller möglichen Einwände, verläßt sie im ersten Fall nicht die ihr vorgegebene Bezüglichkeit, während sie im zweiten Fall diese Bezüglichkeit zu überdenken vermag, Grenzen und Perspektiven zu erkennen versucht, und darüberhinaus Aussagen zu treffen wagt. Wobei das natürlich schon eine idealtypische Konstruktion ist, kein Denken frei von Momenten des anderen sein kann. Aber das ist hier zu vernachlässigen vor dem Hintergrund einer differenzierbaren substantiellen Qualität.

Das bürgerliche Subjekt erfährt massive Schübe (aber auch Einbrüche) kritischer Reflexion, es ist nicht bloß

Reflektor. Daher ist der Aufstieg der Kategorien *Subjekt, Individuum, Bürger, Freiheit, Gleichheit, Solidarität*, auch ein einleuchtender, weil notwendiger und wegweisender (in doppeltem Wortsinn als *hin* als auch als *hinweg* zu verstehen). So inszeniert das bürgerliche Subjekt etwas wie ein zumindest in Ansätzen reflektiertes Repellieren gegen die bloße Objektsetzung, gegen die gottgegebene Zuordnung sozialer Rollen und Verpflichtungen. Dieser Akt bürgerlicher Befreiung sollte nicht unterschlagen werden. Bei aller Betonung des Attrahierens durch die systemischen Schranken, sollte jenes Aufbrechen, ja Aufmachen zwar entschieden relativiert, aber nicht gänzlich negiert werden. Das Repellieren des Individuums zum Ich markiert eine Weigerung, sich als gesellschaftlicher Abklatsch zu verstehen. Das ist verständlich, auch wenn es falsch ist. Der bürgerliche Individualismus schwindelt, aber dieser Selbstbetrug ist nichts anderes als die einzige Möglichkeit seiner individuellen Emanzipation. Sie verdeutlicht jedoch auch deren Grenzen.

Eine Kritik des Subjekts ist nun dahingehend aufzufassen, daß auch diese Kategorie ihrer ontologischen Härte entkleidet werden muß und historische Einordnungen erfährt. Die Kritik des Subjekts schreit so nicht nach anderen Subjekten. Die Suche nach einem eigentlichen Subjekt erinnert fatal an die Suche nach der eigentlichen Demokratie, der eigentlichen Freiheit, der eigentlichen Selbstbestimmung. Jene fällt also selbst auf die bürgerlichen Vorgaben hinein, ihre Kritik ist letztendlich keine kritische, sondern eine oberflächliche, sie arbeitet sich an Erscheinungen heran und an diesen ab, anstatt diese selbst in ihrer Bedingtheit zu hinterfragen.

Ebenso fehlgeleitet erscheint aber der Versuch, das Subjekt vom Menschsein gänzlich zu entkoppeln, es bestimmten Vergegenständlichungen zuzuordnen. Aus der Erkenntnis, daß der Mensch nicht selbstbestimmtes Subjekt ist, reift die Infragestellung der Kategorie und ihrer Konnotationen, nicht jedoch ist die Suche nach einem außermenschlichen Subjekt zwingend. Wenn Günther Anders behauptet: „Technik ist zum Subjekt der Geschichte geworden“,[20] dann schreibt er den Subjekt-Begriff unkritisch fort. Da er ihn – und hier folgen wir seiner Argumentation – für die Menschen nicht (mehr?) reservieren kann, übereignet er ihn einem gesellschaftlichen Zusammenhang, ohne freilich nach dessen Formbestimmtheit zu fragen. Die Kritik des Subjekts bleibt nicht nur stecken, dieses wird geradezu weiter behauptet, wenn auch pessimistisch gewendet. Die Anderssche Subjektsuche wird dann zu einer Heimsuchung, aus der es kein Entrinnen gibt.

Sandro Chia: Unsinkbare Figur im Rahmen, 1982

Klassischer Marxismus

Der klassische Marxismus löste das Verhältnis von gesellschaftlichem Objekt und menschlichem Subjekt immer relativ banal auf. Das Objektive ist vorgegeben, das Subjektive wird zugegeben. Karl Marx: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Zuständen.“[21] Oder Rosa Luxemburg: „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken. Aber sie machen sie selbst.“[22]

Das Eigene, das nicht frei ist, ist freilich ein seltsames Eigenes, auch das unfreie Selbst ist nur ein sehr Bescheidenes. Die Autonomie wird also behauptet, um gleich wieder geleugnet zu werden. Das Dilemma dieser Aussagen, so wenig wir ihren Sinn bezweifeln, dürfte heute auf der Hand liegen. Sie helfen bei einer konkreten Bestimmung emanzipatorischer Praxis nicht weiter, sind in ihrem wesentlichen Gehalt zu allgemein, um Richtschnur sein zu können. Hier wurde ein richtiger Ausgangspunkt skizziert, aber nicht mehr. Mit dem Runtersagen der Grundformeln ist jedenfalls wenig getan. Bleibt man dabei stehen, wirkt das bloß noch wie fauler Zauber.

Der Marxsche Kapitalist

Wenngleich sich bei Marx keine explizite Theorie des Subjekts findet, hätte man diese anhand des *Kapitalisten* im „Kapital“ oder in anderen ökonomischen Schriften extrapolieren können. Gleich im Vorwort seines Hauptwerkes betont er: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, sosehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“[23] Seine Epigonen warnte er ausdrücklich: „Sicher ist es der *Wille* des Kapitalisten, zu nehmen, was zu nehmen ist. Uns kommt es

darauf an, nicht über seinen *Willen* zu fabeln, sondern seine *Macht* zu untersuchen, die *Schranken dieser Macht* und den *Charakter dieser Schranken.*"[24] Das Böse kennt eben nicht Name und Anschrift, wie Bertolt Brecht, ganz Kind seiner Zeit, einmal meinte, sondern bloß Logik und Vorschrift.

Über das subjektlose Subjekt des Unternehmers schreibt Marx: „Der objektive Inhalt jener Zirkulation – die Verwertung des Werts – ist sein subjektiver Zweck, und nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operation, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital."[25] „Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalistenseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb sich zu verwerten, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen."[26]

Der Kapitalist gilt ihm als „Fanatiker der Verwertung des Werts."[27] Aber es ist ausgesprochen falsch, diesen Fanatismus als subjektive Profitgier zu übersetzen; an der Oberfläche hängenzubleiben, nicht zu verstehen, was dahintersteckt. In seinen „Ranglossen zu Adolph Wagner" hält Marx noch einmal dezidiert fest: „Ich stelle umgekehrt den Kapitalist als notwendigen Funktionär der kapitalistischen Produktion dar und zeige sehr weitläufig dar, daß er nicht nur „abzieht" oder „*raubt*", sondern die *Produktion des Mehrwerts* erzwingt, also das Abzuziehende erst schaffen hilft; ich zeige ferner ausführlich nach, daß, selbst wenn im Warenaustausch *nur Äquivalente* sich austauschen, der Kapitalist – sobald er dem Arbeiter den wirklichen Wert seiner Arbeitskraft zahlt – mit vollem Recht, d.h. dem dieser Produktionsweise entsprechenden Recht, den *Mehrwert* gewänne."[28]

Auch das Kommandosystem in den Fabriken kann nicht auf Willkür und Unterdrückung zurückgeführt werden, selbst wenn es unmittelbar so erscheint: „Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen (den Arbeitern, F. S.) daher ideell als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft."[29] Aber diese Autorität ist nur der Transmissionsriemen der Realisierung, nicht die schaffende Kraft der industriellen Leitung. Willkür und Unterdrückung sind unwesentliche Beigaben, untergeordnete Bedingungen des Funktionierens, nicht dessen Mechanismus. Was sich auch an der Versachlichung (also Entpersonifizierung) von Betriebsherrschaft demonstriert. Der Zwang ist meist kein direkter, von einem Außen diktierter, sondern ein verinnerlichter und logischer. Der Befehl ist heute, zumindest in entwickelten Betriebsformen die Ausnahmeerscheinung, obgleich der Zwang um kein Jota geringer geworden ist. Die kapitalistische Unterdrückung hat hier ihre „indiskreten" Ausformungen abgestreift, gestaltet sich vermeintlich in behutsamer Diskretion, der man die Gewalt der Verhältnisse gar nicht mehr anmerken soll. So war es oft gerade die unbeschreibliche Brutalität der Form (Kolonialismus, Kinderarbeit, Fabrikselend, imperialistische Kriege, Faschismus...), die den Blick auf die wesentlichen Inhalte verstellte.

Hohelied der Politik

Die alte Arbeiterbewegung hat aber nicht am entwickelten Marx angeknüpft. Rezipiert wurde weniger „Das Kapital", als vielmehr die politischen Schriften von Marx, Engels und Kautsky. Der Marxismus war eindeutig politisch geprägt. Sein Hohelied auf Partei und Institution, auf Recht und Demokratie, auf Funktionäre und Bürokratie ist Legion. Politik war ihm Ordnungsprinzip der Welt. So es nicht galt, sollte es durchgesetzt werden. Heute ersieht man schon aus ihrem politischen Charakter, aus ihrer Zentrierung auf Demokratie, Recht und Sozialstaat, daß die arbeiterbewegte Praxis stets eine *innerhalb der Form* und *für die Form* sein mußte. Auch Reformisten und Revolutionäre sind an dieser Frage in keiner Weise zu unterscheiden.

Für alle galt das Motto Mao Tsetungs: „Auf Erden ist gar nichts schwierig zu tun, ist nur der Wille da, hochzukommen."[30] Die Revolution konnte in dieser Betrachtung nichts anderes sein als „der höchste Akt der Politik".[31] Daß revolutionäre Politik (als gegen die bürgerliche Form verstanden) etwas Unmögliches ist, ja daß Revolution nur eine gegen die Politik sein könnte, wäre den Denkern der Arbeiterbewegung (Marx eingeschlossen) überhaupt nicht in den Sinn gekommen. Man träumte vielmehr vom politischen Zeitalter, gar von einer Unterordnung der Ökonomie unter die Politik. Zugute gehalten werden muß dieser Generation von Sozialisten aber, daß sich ihre Erkenntnis innerhalb des aktuellen Horizonts bewegte, etwas, das für ihre sozialdemokratischen und grünen, kommunistischen und linksradikalen, autonomen und anarchistischen Nachfolger freilich nicht mehr gelten kann.

Politischer Subjektivismus ist letztendlich Voluntarismus, der entweder meint zu können, was er will oder noch schlimmer: einfach nur noch zu müssen, was er tut. Daß der Voluntarismus einerseits immer wieder seine Zurechtstutzung zu irgendeiner immanenten Variante von politischer Praxis erlebte, bzw. andererseits das Eck des Sektierertums nie verlassen konnte, sollte nach den Jahrzehnten der Integration oder Isolation sozialer Bewegungen mehr als zu denken geben. Da helfen auch gutgemeinte Phrasen wie „Wir sind weder opportunistisch noch sektiererisch" nicht weiter. Politik ist praktizierender Opportunismus. Sie nimmt Gelegenheiten wahr. Nimmt sie sie nicht wahr, verliert sie ihren Charakter als Politik, wird unpolitisch, also Unpolitik, verbleibt angeekelt im Eck, schreit solange Verrat, bis es niemand mehr hören kann. Heute gilt immer mehr: Politik macht dumm oder stumm.

Emanzipatorische Praxis

Mit dem Abschied vom Klassenkampf als transzendierender Form emanzipatorischer Praxis, ist freilich die Frage nach den Praktikern der Revolution nicht gleich mitbeseitigt. Sie stellt sich dringlicher denn je, soll die Transformation sich nicht als bloße Destruktion gestalten. Natürlich kann die Systemtransformation nicht selbstläufig erfolgen, sondern bedarf auch eines kollektiven Wollens, das den Übergang vom bürgerlichen Willenssubjekt über es hinaus darstellt. Sie wird aber nicht (mehr) einer bestimmten sozialen Klasse oder Schichtung zugeordnet sein, sondern liegt jenseits der Klassenfrage. Sie kennt keine sozialen Träger in klassischer Form. Ihr Instrumentarium ist nicht der Klassenkampf. Erstmals tritt der Mensch selbst auf den Plan.

Emanzipation ist *klassenunspezifisch*, ja *klassenlos* geworden. Semantisch hätte das schon längst auffallen müssen: Die Bewegung für die klassenlose Gesellschaft muß klassenlosen Charakter haben, nicht Klassencharakter. Der Klassencharakter weist nämlich in keinster Weise über die bürgerliche Gesellschaft hinaus. Den

Klassen – und ihre ganze Geschichte zeugt davon – geht es stets um den Klassenerhalt, um ihre Entfaltungsmöglichkeiten, nicht um ihre Auflösung. Das, was an proletarischem Klassenbewußtsein noch vorhanden ist, wird zu einer regressiven Größe. Es ist hinderlich, nicht hilfreich. Klassenbewußtsein ist antikommunistisch. Eine zukünftige Emanzipation orientiert sich jedenfalls an gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und möglicher Erkenntnis, nicht an irgendwelchen partiellen Interessen. Die zu schaffende Formation wird jenseits bürgerlicher Realkategorien, ja jenseits von Interesse und Politik überhaupt entstehen, wenngleich auf strategischer und vor allem taktischer Ebene ihre antipolitische Stoßrichtung noch politische Züge wird tragen müssen. Sie muß sich aus der Kritik heraus entwickeln und sich an der Praxis überprüfen, sie kann nicht einfach aus der Theorie abgeleitet werden.

Kritik der Subjektform bedeutet nicht Bekenntnis zur Subjektlosigkeit. Die Subjektbefreiung muß verstanden werden als Befreiung des Menschen von der der Warengesellschaft immanenten Subjektform. Das Ende des Subjekts kennt somit nicht nur dessen postmoderne Lesart, sondern muß vielmehr in seiner befreienden Dimension gedeutet werden. Dahingehend hatte der alte Arbeiterbewegungsmarxismus durchaus auch Richtiges vorweggenommen, wenngleich er es falsch verallgemeinerte und klassenmäßig bestimmte: Die historische Rolle des Subjekts ist ihr *Zu-sich-kommen* in der Revolution. Nur ist dieses *Zu-sich-Kommen* ihr Ende. Mit der Findung ist der Zweck der Suche nämlich erfüllt.

Das Betonen der gesellschaftlichen Determinanz unter dem Kapitalismus ist nicht als ehernes Einbetonieren der menschlichen Entwicklung aufzufassen. Es darf nicht als ontologische Konstante dechiffriert werden, sondern als historische Resultante. Emanzipation bedeutet dahingehend gerade Überwindung der Determiniertheit, sie ist (mit Marx) als Sprung von der menschlichen Vorgeschichte in die Geschichte zu verstehen.[32] Als Ende der Vorgeschichte hat das Gerede vom Ende der Geschichte durchaus einen Sinn.

Conclusio

Aus der Kritik des Bestehenden inklusive seiner vermeintlichen Opposition ist nun kein attentisisches Verhalten zu folgern. Im Gegenteil: *Begreifen* und *Eingreifen* gehören zusammen. Hier wird es freilich nötig sein, konkretere Bestimmungsstücke zu finden, als die hier abschließend angebotenen Losungen. Nichtsdestotrotz: Jede Tat bedeutet Negation des Daseins in dessen konkreter Existenz. Jeder *Griff* ist ein *Eingriff*, jeder *Gang* ein *Zugang*, jedes *Handeln* ein *Behandeln*. Eine emanzipatorische Praxis ist nur bestimmbar und leistbar, wenn sie sich als Möglichkeit versteht und veranstaltet, wenn Interventionen als Aktionen, nicht bloß als Reaktionen aufgefaßt werden, wenn sie die Wirklichkeit anreichern, nicht bloß Abklatsch dieser sind. Das muß auf der Bewußtseinsebene gewährleistet sein, um die notwendige Motivation zu sichern. Auch auf die Gefahr hin, daß sich im Nachhinein diese Möglichkeiten als überschätzte erweisen sollten. Doch welch Denken sollte uns solch Erkenntnisse schon vorab schenken? ■

Dr. Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

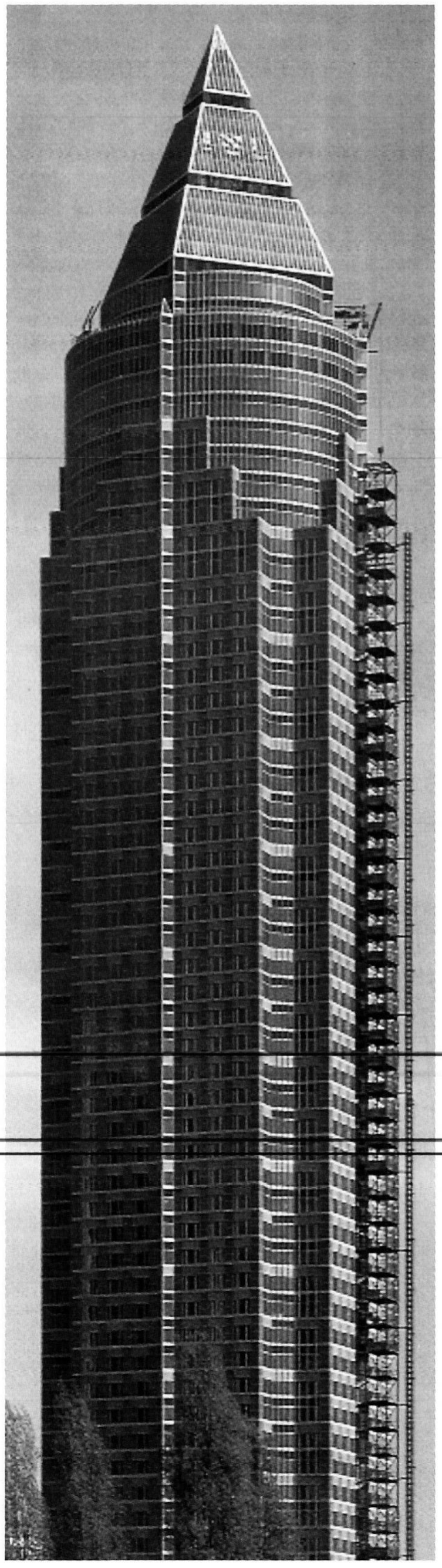
Anmerkungen

1 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Band II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980, S. 177.
2 Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft (1781), Werkausgabe Band IV, Frankfurt am Main 1968, S. 341.
3 Ebenda, S. 360.
4 Ebenda, S. 366.
5 Ebenda, S. 366-367.
6 Schopenhauer sollte es überlassen bleiben, diesen Ich-Begriff völlig subjektivistisch zu überziehen. Im ersten Buch seines Hauptwerkes schreibt er: „Dasjenige, was alles erkennt und von keinem erkannt wird, ist das *Subjekt*. Es ist sonach der Träger der Welt, die durchgängige, stets vorausgesetzte Bedingung alles Erscheinenden, alles Objekts; denn nur für das Subjekt ist, was nur immer da ist. Als dieses Subjekt findet jeder sich selbst, jedoch nur sofern er erkennt, nicht sofern er Objekt der Erkenntnis ist." (Arthur Schopenhauer, Die Welt als Wille und Vorstellung, Köln, o. J., S. 31.)
7 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Phänomenologie des Geistes (1807), Werke 3, Frankfurt am Main 1986, S. 27.
8 Ebenda, S. 145.
9 Ebenda, S. 147-148.
10 Ebenda, S. 147.
11 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Wissenschaft der Logik II, (1816), Werke 6, Frankfurt am Main 1986, S. 480.
12 Immanuel Kant, Anthropologie in pragmatischer Hinsicht (1798), Werkausgabe Bd. XII, Frankfurt am Main 1968, S. 417-418.
13 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung (1947), Frankfurt am Main 1971, S. 220.
14 Vgl. Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring") (1876-78), MEW, Bd. 20, S. 106; bzw. Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaft I (1817), Werke 8, Frankfurt am Main 1986, S. 288-292.
15 Robert Kurz, Subjektlose Herrschaft. Zur Aufhebung einer verkürzten Gesellschaftskritik, Krisis 13, Bad Honnef 1993, S. 52.
16 „Diese Subjektlosigkeit zweiter Ordnung ist der unvermeidliche Preis für das Subjektwerden gegenüber der unmittelbar natürlichen, biologischen Subjektlosigkeit erster Ordnung." (Ebenda.)
17 Ebenda, S. 68.
18 Ebenda, S. 56f.
19 Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik (1923), Darmstadt und Neuwied 1970, S. 237-238.
20 Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. II, S. 9.
21 Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (1852), MEW, Bd. 8, S. 115.
22 Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (1916), Gesammelte Werke, Band 4, S. 61.
23 Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 16.
24 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit (1865), MEW, Bd. 16, S. 105.
25 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 167-168.
26 Ebenda, S. 247.
27 Ebenda, S. 618.
28 Karl Marx, [Randglossen zu Adolph Wagners „Lehrbuch der politischen Ökonomie"] (1879/80), MEW, Bd. 19, S. 359.
29 Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S. 351.
30 Mao Tse-tung, Noch einmal hinauf zum Ching-kang Berg (1965); in: ders., 39 Gedichte, Frankfurt am Main 1978, S. 48.
31 Friedrich Engels, [Über die politische Aktion der Arbeiterklasse] (1871), MEW, Bd. 17, S. 413.
32 Vgl. Karl Marx, Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859), MEW, Bd. 13, S. 9.

Globalisierung:
„Anzahen" wie bei einer Weltmeisterschaft?

Der Begriff Globalisierung wurde erst so richtig gesellschaftsfähig, als im Zuge der Entspannung der siebziger und achtziger Jahre die Vermutung aufgekommen ist, daß das Überleben von Menschheit und Umwelt eine Zusammenarbeit zwischen den an sich antagonistischen Systemen des Kapitalismus und des Sozialismus erfordere. Seit dieser Dualismus durch die Implosion der vermeintlich fortgeschritteneren Gesellschaftsordnung aus der Welt geschafft wurde, ist gewissermaßen die Einfalt der Welt wieder hergestellt. Vermutlich haben jene Kreise nicht ganz unrecht, die davon ausgehen, daß die Orientierung der Roten Zaren im Kreml auf sogenannte Menschheitsfragen sowie ihre Küsschen für Reagan und Konsorten den Anfang vom Untergang jenes Sozialgemenges verursacht oder beschleunigt hat, das nicht gerade selbstbewußt realer Sozialismus genannt wurde. (Im Gegensatz zum utopischen, demokratischen Sozialismus oder was?)

Insofern ist heute die Welt wieder eindeutig. Und in diesem Zusammenhang stellt sich heraus, daß die tonangebenden Kreise der Wirtschaft langsam, aber sicher zu entdecken beginnen, welche Vorteile – vor allem auch des Teilens und Herrschens – diese Situation für sie bietet. Das Spiel auf dem Klavier der internationalen Arbeitsteilung nicht zwischen den Staaten, sondern innerhalb der einzelnen Konzerne und Kapitalgruppen hat gerade erst begonnen. Aber schon wurde selbst in den Metropolen sozialpolitisch das Steuer herumgerissen: War es bis vor kurzem in dieser Sphäre unmöglich,



den Fortbestand des kapitalistischen Systems ohne kontinuierlichen Ausbau des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaats zu denken, so wird der Sparstift mittlerweile selbst bei Trägerschichten der Herrschaft in der Staatsbürokratie angesetzt. Durchschnittlichen Werktätigen wird zugemutet, im alltäglichen Lebens- und Überlebenskampf „anzuzahen" wie Teilnehmer einer Weltmeisterschaft oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden..

Was die Wurzel derartiger Defekte betrifft, stellt sich freilich auch in diesem Zusammenhang für alle jene, die es wirklich wissen wollen, in aller wünschenswerten Klarheit einwandfrei heraus, wo der Hund begraben liegt. Der springende Punkt ist nicht die Verschmutzung der Umwelt und/oder die Mißachtung der Menschenrechte. Das Grundproblem, auf das auch diese Gebrechen zurückgehen, besteht vielmehr in der Funktionsweise des Kapitalismus. Sie führt trotz des gewaltigen vorhandenen und gesellschaftlich erarbeitenden Reichtums gesetzmäßig zu Armut, Hunger, Not und Krieg.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe von »Weg und Ziel« ist diesem komplexen und umfassenden Thema der Globalisierung und ihren Folgen gewidmet. Es wird von den einzelnen BeiträgerInnen mit verschiedenen Zugängen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. Diese Vielfalt scheint erforderlich, um gegen die herrschende Einfalt ankämpfen zu können, und stellt eine Voraussetzung für die verstärkte und notwendige Diskussion derartiger Themen unter Linken dar.

Lutz Holzinger

Kein Begriff verändert die Welt

Über die abnehmende Lesbarkeit der Wirklichkeit am Beispiel Globalisierung

Von Lutz HOLZINGER

Es ist Mode geworden, immer neue Modewörter zu erfinden, um die Welt weiterhin modisch erklären zu können. Seit es keinen praktizierten Ansatz zu ihrer radikalen Veränderung mehr gibt, bleibt keine Wahl, als sich an derartigen Diskursen zu beteiligen.

Das gilt auch für jene Kreise, die bis vor kurzem die Hunde bellen ließen – in der trügerischen Gewißheit, die Karawane ziehe ohnehin weiter. Mit dieser Haltung ist heute weniger denn je Staat zu machen. In diesem Licht erscheint übrigens Fred Sinowatz, der vermutlich erste und einzige österreichische Bundeskanzler, dem die Kompliziertheit der Welt zu dämmern schien, unvermittelt als ein zentraler Denker dieses Jahrhunderts.

„Und wenn er länger unter der Dusche blieb, als ein Durchschnittsmensch brauchte, um sich die Hände zu waschen, mußte er sich endlose Kritik über die Gedankenlosigkeit des Westens und seinen verschwenderischen Umgang mit globalen Ressourcen anhören. In seiner Kindheit war Verschwendung verpönt gewesen, weil sie arm waren; heute war sie verpönt, weil sei reich waren."

(Donna Leon, „Endstation Venedig" – Roman, Zürich 1995, Seite 233.)

Man könnte meinen, Mangel gibt's keinen. Anders erscheint es nur schwer erklärbar, daß beispielsweise die Literatur über den relativ jungen Begriff der Globalisierung, der im anglo-amerikanischen Sprachbereich in den sechziger Jahren und hierzulande noch wesentlich später aufgekommen ist, bereits Bibliotheken füllt. AutorInnen derartiger Beiträge müssen entlohnt, Institutionen, in denen diese Wissenschaftler tätig werden, finanziert sowie der Druck einschlägiger Aufsätze und Bücher bezahlt werden – vom weiteren Verwertungsprozeß dieses Wissens ganz zu schweigen.

Die Marxisten im allgemeinen und die Kommunisten im besonderen sind auf den Begriff der Globalisierung spätestens in Zusammenhang mit der Implosion des sogenannten Realen Sozialismus gestoßen worden. Tatsächlich wurde die Welt durch dieses Ereignis ihrer tatsächlichen oder eingebildeten – seinerzeit jedenfalls sehr real vorhandenen – Dreidimensionalität oder Dreigliedrigkeit beraubt: Bis zu diesem Zeitpunkt war es denkbar einfach und äußerst einleuchtend von Erster, Zweiter und Dritter Welt zu sprechen. In einem Aufwasche wurde damit eine sinnfällige Rangordnung etabliert. War den sozialistischen Staaten der Zweiten Welt doch von Stalin bis Gorbatschow die Aufgabe gestellt, die entwickelten kapitalistischen Industriestaaten der Ersten Welt ein- und überzuholen.

Vom Standpunkt der politischen Ökonomie aus gesehen, haben diese drei Güteklassen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung auf unterschiedlichen Verwertungsbedingungen des Kapitals beruht:

- Der monopolistische Kapitalismus der Ersten Welt glänzte mit einer Optimierung der Verwertungsverhältnisse durch die Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Kosten. Klar, daß auf diese Weise immense Staatsschulden angehäuft wurden, die heute fällig gestellt werden. Aber darüber sprach man in der Zeit eines erbarmungslosen Systemwettbewerbs nicht, weil es vor allem galt, die sozialstaatliche Fassade aufrecht zu erhalten.
- Der Reproduktionsprozeß der sozialistischen Länder wurde insofern durch den Aufwand von verlorenem Kapital geprägt, als es nicht gelang, die betrieblichen Investitionen vor allem unter Weltmarktbedingungen einzuspielen. Daß das auf Dauer nicht gut gehen konnte, liegt auf der Hand. Lesern von Erich Honeckers Reden vor dem Zentralkomitee gellt noch die Klage in den Ohren, wonach für manche Güter, deren Produktion die DDR eine Mark gekostet hatte, auf dem Weltmarkt lediglich 20 Pfennig zu realisieren waren.
- Die unterentwickelten Länder schließlich lebten – zumindest teil- und zeitweise gar nicht schlecht, soweit es ihre „Eliten" angeht – von der Rivalität zwischen Erster und Zweiter Welt um Einflußsphären in den Ländern des Südens. Dieser Wettbewerb wurde teilweise mit dem Instrument nicht rückzahlbarer Entwicklungshilfe ausgetragen. Unter diesen Bedingungen der Operation mit abgeschriebenem Kapital war es zu verschmerzen, daß am Rande afrikanischer Landebahnen Geräte zur Schneeräumung verrosteten, weil sie zum sowjetischen Standard von Flughafenausrüstungen einfach dazugehört haben.

Daß diese Verhältnisse in den letzten fünf bis sieben Jahren gründlich über den Haufen geworfen wurden, bedarf keines genaueren Nachweises. Die Welt wurde einem saltomäßigen Strukturwandel unterzogen, der noch längst nicht zu Ende ist, sondern noch in Fluß zu sein scheint. In dieser Verwirrung taucht der Begriff der Globalisierung geradezu inflationsartig auf. In seiner Anwendung fällt eine gewaltige Bandbreite auf. Sie reicht vom totalitären Gebrauch als neues Modell der Welterklärung bis zur skeptischen Frage, ob der Begriff tatsächlich einen neuen Tatbestand ausdrückt.

Für Multis ein Gebot der Stunde

Bei projektorientierter Auseinandersetzung mit dem Thema Globalisierung stellt sich rasch heraus, wie breit gestreut und beinahe allgegenwärtig dieser Begriff in ganz kurzer Zeit geworden ist. Hier zunächst einige „Blüten" als Ergebnis einer äußerst unsystematischen Materialsammlung bei der Vorbereitung dieses Artikels.

„Globalisierung ist für uns das Gebot der Stunde", lautete der Titel eines Kommentars von BMW-Vorstandsvor-

sitzendem Bernd Pischetsrieder, der in »Krafthand« (Nr. 9/1996), einer Branchenzeitschrift für die deutsche Automobilwirtschaft, abgedruckt wurde. Darin schrieb der BMW-Chef unter anderem: „Wir waren in Japan beispielsweise das erste ausländische Unternehmen mit eigener Tochtergesellschaft. Heute verkaufen wir dort über 34.000 BMW-Automobile und ca. 25.000 Rover-Fahrzeuge. Der BMW-Konzern ist damit der größte Importeur in Japan. Diese Strategie haben wir auch auf anderen asiatischen Märkten fortgesetzt. Im zurückliegenden Jahr haben wir im Februar als erstes ausländisches Automobilunternehmen in Südkorea eine eigene Tochtergesellschaft gegründet. Augenblicklich bauen wir ein Teilezentrum in Singapur. Dort, wo es notwendig und durch die Nachfrage gerechtfertigt ist, werden BMW-Fahrzeuge in sogenannten CKD-Werken (completly knocked down) montiert. Damit kommen wir der Forderung nach dem local content, der inländischen Wertschöpfung, nach. Dieses Verfahren praktizieren wir in Malaysia, Thailand, Indonesien, Vietnam und auf den Philippinen. Unter dem Strich haben unsere CKD-Anlagen in Asien 1995 11.500 Fahrzeugsätze montiert. Das gesamte Verkaufsvolumen in Asien lag bei 60.000 Automobilen."

Der BMW-Chef setzte wörtlich fort: „Die gleiche Zielsetzung wie in Asien verfolgen wir auch mit unserem neuen CKD-Werk in Mexico, das im vergangenen Jahr den Betrieb aufgenommen hat. Und natürlich in Südafrika, unserem ältesten Standort außerhalb Deutschlands. Unsere ehemalige CKD-Anlage in Südafrika ist inzwischen zu einem fast vollständigen Automobilwerk ausgebaut. In den kommenden Jahren werden wir unseren Standort Rosslyn mit zusätzlichen Investitionsmitteln in der Höhe von 400 Millionen DEM weiter stärken. Zur Zeit produzieren wir in Rosslyn jährlich etwa 20.00 Automobile – BMW- und Land-Rover-Fahrzeuge. Zur Globalisierungsstrategie unseres Unternehmens gehört ebenfalls die Entscheidung, Automobile in einem eigenen, vollstufigen Werk in den USA zu bauen. (...) Wir sind nicht vorrangig aus Kostengründen nach Spartanberg gegangen, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß wir auf dem weltweit größten Automobilmarkt mit einer eigenen Produktion Flagge zeigen müssen."

Fortgesetzter Wandel

Dieses Statement macht klar, was schlaue Marxisten schon immer unterstrichen haben, daß die Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung im herrschenden Wirtschaftssystem einem fortgesetzten Wandel unterworfen sind, auf den die Wirtschaftssubjekte sich einstellen müssen. Dabei dürfte ein Punkt erreicht worden sein, wo aus der Sicht eines zwar kleinen, aber feinen Konzerns vom Typus BMW einem qualitativen Sprung Rechnung getragen werden muß.

Ein anderer Aspekt des weltweiten Systemzusammenhangs wurde vor kurzem am „Ersten Europäischen Weltladentag" mit der Aktion „Frühstücke mit Afrika" dargestellt. Ziel der Initiative war es, „den Menschen in Österreich die Zusammenarbeit mit Initiativen in zahlreichen afrikanischen Ländern zu präsentieren, die sich trotz schwieriger Rahmenbedingungen behaupten, in kleinen Schritten das Leben der Menschen verbessern und beispielhaft in ihrer Umgebung wirken". In einem Flugblatt wurde dazu weiter ausgeführt: „Drei Prozent des gesamten Handelsvolumens (der EU) entfällt auf Länder südlich der Sahara. Dennoch sind diese in den Weltmarkt eingebunden, vor allem durch Rohstoffexporte, mit denen sie Devisen erwirtschaften müssen. Über 60 Prozent der EU-Importe aus Afrika, mit Ausnahme von Erdöl, sind Rohprodukte, wobei Kaffee und Kakao die wichtigste Rolle spielen. Dabei sind gerade rohstoffexportierende Länder extremen Schwankungen der Weltmarktpreise und ständigen Verschlechterungen der Austauschverhältnisse unterworfen."

Geht man davon aus, daß die oben skizzierten unterschiedlichen Verwertungsbedingungen seinerzeit die entscheidende Differenz zwischen Erster, Zweiter und Dritter Welt dargestellt haben, fragt sich natürlich, wie die Lage sich darstellt, seit dem Realen Sozialismus das Licht ausgeblasen wurde. Die Welt ist dadurch nicht auf zwei Dimensionen reduziert oder überschaubarer geworden. Sie wurde vielmehr noch unübersichtlicher, weil die Tendenz zur Differenzierung und des Neben- und Miteinanders unterschiedlicher Qualitäten weiter angestiegen ist. Beispielsweise lassen sich die gröbsten Unterschiede im sozialen Aggregatzustand nicht mehr – was allerdings nie sehr präzise war – auf eigene „Welten" aufteilen. Ganz im Gegenteil: Schon längst finden Erste und Dritte Welt, wenn man sie als Pole des sozialen Spektrums auffaßt, in jeder besseren Metropole statt – gleichgültig in welcher Weltregion sie sich befindet.

Sandro Chia: Schön ist´s für einen Feuerwerker, mit den eigenen Raketen in die Luft zu gehen, 1979/80

Ob die jeweilige urbane Agglomeration zur nördlichen oder südlichen Hemisphäre gehört, hat keinen Einfluß auf die Bestandteile der Mischung, sondern lediglich auf ihr Gewicht.

Dritte Welt ohne Schutz?

Im Zeitalter der Globalisierung wurden die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht einfacher, aber sie treten mit weniger Maskerade auf. Die Ziele der Unternehmer bzw. Unternehmen als dominanter Faktor in der herrschenden Gesellschaft werden wieder deutlich benannt: Sie sind auf Gewinne aus – und sonst gar nichts! Gut ist, was diesem Ziel dient, schlecht, was es beeinträchtigt. Dieser Aspekt wurde etwa von Edward Goldsmith (Gründer der Zeitschrift »The Ecologist« (London) in »Le Monde diplomatique« (Nr. 4/1996) unter dem Titel „Das Gesetz der Multis: Neue Kolonialreiche" entwickelt. Unter anderem schrieb er nach der Erläuterung, daß (Weltbank-)Kredite als Hebel zur Durchsetzung von Multiinteressen dienen: „Darüber hinaus will die Welthandelsorganisation (WTO) die Länder des Südens künftig dazu verpflichten, Investitionen aus dem Ausland uneingeschränkt zuzulassen und jede ausländische Firma, die auf ihrem Staatsgebiet in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Industrie oder im Dienstleistungssektor tätig werden will, wie eine ‚nationale Gesellschaft' behandeln. Gleichermaßen sollen Zollgebühren und Importquoten für sämtliche Waren, einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse, aufgehoben und ‚nichttarifliche Hemmnisse', wie beispielsweise gesetzliche Regelungen in den Bereichen Arbeit, Gesundheit oder Umweltschutz, die eine Erhöhung der Produktionskosten bewirken können, abgeschafft werden. Die multinationalen Unternehmen sind nicht mehr zu kontrollieren, nicht einmal von den Regierungen des Nordens. Stört ein Gesetz ihr Expansionsstreben, so drohen sie damit, außer Landes zu gehen, was sie auch umgehend verwirklichen können. Es steht ihnen frei, auf der ganzen Welt nach der billigsten Arbeitskraft, nach der am wenigsten staatlich geschützten Umwelt, den günstigsten Steuergesetzen, den großzügigsten Subventionen zu suchen. Es liegt ihnen nichts daran, sich mit einer Nation zu identifizieren oder ihre Projekte von sentimentalen oder gar patriotischen Bindungen beeinflussen zu lassen. Sie stehen außerhalb jeder Kontrolle."

Edward Goldsmith führte in dem Aufsatz weiter wörtlich aus: „In dem Maße, wie eine kleine Anzahl Firmen den Weltmarkt für die von ihnen produzierten und vertriebenen Waren beherrscht, wird ihnen die Konkurrenz zunehmend hinderlich. Wettbewerb verringert ihre Gewinnspannen. Kooperieren dagegen die Unternehmen, so können sie stärker auf die jeweiligen Regierungen einwirken und sich wachsender Opposition seitens populistischer, nationalistischer oder anderer Bewegungen entgegenstellen, die ihren Einfluß und ihre Macht gerne geschmälert sähen. Gleichzeitig treiben diese Firmen die vertikale Integration immer weiter voran, so daß sie jede Stufe innerhalb eines Sektors kontrollieren können, vom Abbau der Bodenschätze und der Errichtung der Betriebsanlagen über die Produktion und Lagerung bis hin zur Lieferung an ausländische Filialen und zum Verkauf im Groß- und Einzelhandel. Damit können sie sicherstellen, daß sie selbst auf jeder einzelnen Stufe die Preise festlegen und nicht, wie sie glauben machen, der Markt.

Die globalen Transaktionen erfolgen zunehmend zwischen multinationalen Firmen und deren Filialen. Dies ist nicht mehr echter Handel, sondern das Ergebnis privater zentralistischer Planung, die sich auf den gesamten Planeten erstreckt. Für den britischen Wirtschaftswissenschaftler und Ökologen Paul Enkins werden die multinationalen Unternehmen ‚zu riesigen Zonen bürokratischer Planung innerhalb einer ansonsten freien Marktwirtschaft'. Seiner Ansicht nach besteht eine prinzipielle Ähnlichkeit zwischen einem Großunternehmen und einem staatlichen Betrieb. ‚In beiden sorgen hierarchisierte Planungsstrukturen dafür, sämtliche Ressourcen innerhalb der Grenzen ihrer Organisation bereitzuhalten, um nicht auf den freien Markt angewiesen zu sein.'

Man fragt sich, welche Vorkehrungen verhindern können, daß auf diese Weise 50, 60 oder 80 Prozent des Welthandels innerhalb der ‚Grenzen der Organisation' ablaufen. Die bisher eingeschlagene Richtung könnte zu einer Ära der zentralen Planwirtschaft auf globaler Ebene führen: zum weltumspannenden Kolonialismus der Unternehmen. Diese neuen Kolonialmächte übernehmen keinerlei Verantwortung und legen nur ihren Aktionären gegenüber Rechenschaft ab. Sie sind eigentlich nur mehr Maschinen zur unmittelbaren Gewinnmaximierung. Allerdings verfügen sie inzwischen über die Macht, eine Regierung gegebenenfalls zu zwingen, ihre Interessen gegen die des Volkes – des eigentlichen Souveräns – zu verteidigen."

Auch dieser Text hat die Funktion, zu unterstreichen, daß die Geschichte keineswegs ans Ende gelangt sein kann, so lange Arme ärmer und Reiche reicher gemacht werden können. So wenig neu dieser Prozeß im Rahmen des Kapitalismus ist, so spektakulär sind die zusätzlichen Möglichkeiten für seine Durchsetzung im Zeitalter der Globalisierung. Die Kriege der angeblich zivilisierten Welt gegen den Irak oder Restjugoslawien sind dafür ebenso schlagende Beweise wie die Universalisierung finanzkapitalistischer Verwertungsprozesse.

Ideologische Standortdebatte

Im Bereich des Warenaustausches läßt sich leicht nachweisen, daß die sogenannte Standortdebatte weitgehend ideologischen Charakter hat. Die Exporte der Europäischen Union machen bloß läppische 7 Prozent aus. Der Wettbewerb auf diesem Sektor läuft daher mehr regional als global ab. Dadurch wird das Budgetsparen auf Kosten der Sozialausgaben und Lohneinkommen sämtlicher Mitglieder der Gemeinschaft zu einem Schlag ins Wasser: Ruiniert wird damit die europäische Konjunktur und nicht die Konkurrenz in den sogenannten Niedriglohnländern, die ohnehin längst Teil der von den Multis organisierten Produktionszusammenhänge sind.

Unbestritten ist hingegen die Tatsache, daß das Finanzkapital, das bei der Verwertung des produktiven Kapitals beständig abgesondert wird, durch die Aufhebung jeglicher Einschränkungen und Kontrollen mittlerweile wahrhaft global agiert. Diesen Aspekten hat Joachim Bischoff eine umsichtige Untersuchung gewidmet. Sie ist unter dem Titel „Globalisierung – Zur Analyse des Strukturwandels der Weltwirtschaft" als Supplement der Zeitschrift »Sozialismus« (Nr. 1/1996) erschienen. Zu seinem Hauptthema führt der Autor wörtlich aus: „Durch die Globalisierung hat sich keineswegs die seit mehr als einem Jahrhundert dominierende Struktur der Weltwirtschaft zwischen den kapitalistischen Zentren und der Peripherie aufgelöst. Vielmehr konnte durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen Länder die Vorherrschaft der Metropolen noch ausgebaut werden. Globalisierung ist mithin ein

Phänomen, das eine Strukturveränderung unter den kapitalistischen Hauptländern ausdrückt." (Seite 4)

Bevor Bischoff die Spezifik der internationalen Finanzmärkte thematisiert, enthüllt er unter anderem die Produktion von Ungleichheit als sozialen Kern der aktuellen Entwicklung. Vor diesem Hintergrund wirkt das Gerede von der McDonaldisierung der Konsumgewohnheiten als Ablenkungsmanöver von der tendentiellen „globalen Lokalisierung", womit die Fähigkeit der Unternehmen gemeint ist, lokale Besonderheiten in ihren Strategien zu berücksichtigen. Der Autor kommt folgendermaßen auf des Pudels Kern zu sprechen:

Duale Struktur des Weltfinanzsystems

„Wir haben heute eine dualistische Struktur zwischen einem weitgehend unregulierten, staatsfreien internationalen Finanzsektor und den miteinander konkurrierenden nationalen Finanzsystemen. (...) Der Strukturwandel der Weltökonomie hin zu einer Verzahnung der kapitalistischen Metropolen und ihren Einflußsphären setzt mit der Zerstörung des Weltwährungssystems ein." Bischoff verweist in dem Zusammenhang auf das Wuchern etwa des sogenannten, nationalstaatlich nicht kontrollierbaren Eurodollarmarktes und meint dann einschränkend: „Zu Recht formuliert Günter Reinmann: ‚Das von Nationalstaaten unabhängige, heimatlose, non-residential Finanzkapital hat sich vom nationalstaatlich kontrollierten Finanzkapital getrennt. Es kann aber keine Kapitalanlagen in einem wirklichen Niemandsland geben."

Bischoff beugt in einem Atemzug der Gefahr, daß zwischen den unterschiedlichen Aggregatzuständen von Produktions- und Finanzkapital eine unglückselige Eselsbrücke zu „schaffendem und raffendem Kapital" der schrecklichen Vereinfacher errichtet wird, mit folgender Bemerkung vor: „Diese exterritoriale Existenzform (des Finanzkapitals – L. H.) ist die eine Seite. Die Verwertung der hier gehandelten Finanztitel speist sich andererseits aber immer noch aus realwirtschaftlichen Räumen, die wiederum den ökonomischen Ausgleichsbewegungen des Nationalkapitals unterliegen." Gleichzeitig unterstreicht er unter Verweis auf Finanzinstrumente, Terminkontrakte, Swaps, Optionen und andere Waren auf dem Finanzmarkt, daß es sich dabei um „Rückversicherungsinstrumente innerhalb der monetären Weltunordnung handelt. Mit diesem Versuch der Minimierung von Risiken, die auch durch ein zeitlich befristetes Engagement in nationalstaatlichen Wirtschaftsräumen entstehen, wird die Labilität ins Extrem gesteigert."

Folgerichtig erscheint unter diesem Gesichtspunkt folgende Bemerkung: „In einem vom Deregulierung und Globalisierung gekennzeichneten Weltfinanzsystem wächst auch bei den Experten die Angst vor Unfällen. Die Orientierung wird schwieriger, die Geschwindigkeit des Wandels immer schneller, die Volatilität der Kurse ebenfalls. Konjunktur- und Zinszyklen geraten durcheinander. Die Finanzwirtschaft scheint sich immer stärker von den Grundlagen der Realwirtschaft abzukoppeln. Wie lange das gutgehen kann, weiß niemand."

Carlo Carrà: Die Reiter der Apokalypse, 1908

Analysieren statt abwarten

Einfache Lösungen dieser Problematik existieren allerdings nicht. Denn wie sehr das Finanzkapital auch vom produktiven Verwertungsprozeß losgelöst in aller Welt herumzuvagabundieren scheint, so ist es in letzer Konsequenz wie ein Hund, der an langer Leine um seinen Herren kreist, vom realen Wirtschaftsprozeß abhängig. Bischoff schreibt dazu: „Es gilt sich von der Vorstellung freizumachen, daß verleihbares Geldkapital in erster Linie von Privatrentiers zur Verfügung gestellt würde; es wird beständig aus dem Reproduktionsprozeß ‚ausgeschwitzt'. Sowohl durch die Aufschatzung (Anhäufung – L. H.) des abgeschriebenen Fixkapitals für die Erneuerung oder Ausweitung der Produktionsanlagen, als auch durch die spezifischen Strukturen der Umschlagsbewegung wird periodisch Geldkapital aus dem gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß freigesetzt. Schließlich werden alle nicht sofort ausgegebenen Einkommen gleichfalls in dem feingliedrigen System der Geldzirkulation erfaßt und im Rahmen des Kreditsystems in zinstragendes Kapital verwandelt. (...) Die Vorstellung vom ‚vagabundierenden Kapital' wird falsch, wenn sie auf eine Abtrennung vom gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozeß hinausläuft."

Stellt man diese Äußerung vom Kopf auf die Beine, bedeutet sie nichts anderes, als daß die Ursachen für aktuelle Fehlentwicklungen in der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht auf randständige Phänomene, sondern den Kern ihres Funktionsmechanismus zurückzuführen sind. Um die Emanzipation aus dieser Verstrickung zu fördern, gilt es, zwei wahrhaft globale Tendenzen genauer zu untersuchen. Die Rede ist von der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion und der steigenden Anonymisierung der Eigentümerfunktion. Dabei geht es vor allem auch darum, statt auf revolutionären Attentismus zu setzen, eine Strategie zu entwickeln, in der das Heranreifen von Voraussetzungen des Sozialismus und der Herausbildung angemessener Strukturen im Schoß der herrschenden Gesellschaft untersucht und berücksichtigt wird. ■

Dr. Lutz HOLZINGER ist Journalist und Schriftsteller.

Die Haltbarkeit Lenins

Zur marxistischen Imperialismustheorie

Stephan GRIGAT

Der Begriff des Imperialismus wird seit hundert Jahren in regelmäßigen Abständen für überholt erklärt. Andererseits gibt es seit ebenfalls etwa hundert Jahren eine rege Diskussion darüber, in deren Verlauf immer wieder neue Imperialismustheorien oder Weiterentwicklungen bereits bestehender Theorien vor unterschiedlichen politischen und ideologischen Hintergründen entstanden sind.

Da die theoretische Aufarbeitung des traditionellen Marxismus wohl die Voraussetzung zur Neuformierung einer radikalen Linken ist, soll hier ein kurzer Überblick über die Imperialismustheorien – als ein Teil des traditionellen marxistischen Ansatzes – gegeben werden, die im Rahmen der Diskussionen im 20. Jahrhundert entwickelt wurden. Dabei wird weniger auf Vollständigkeit als vielmehr auf die Kritik von Wesentlichem Wert gelegt.

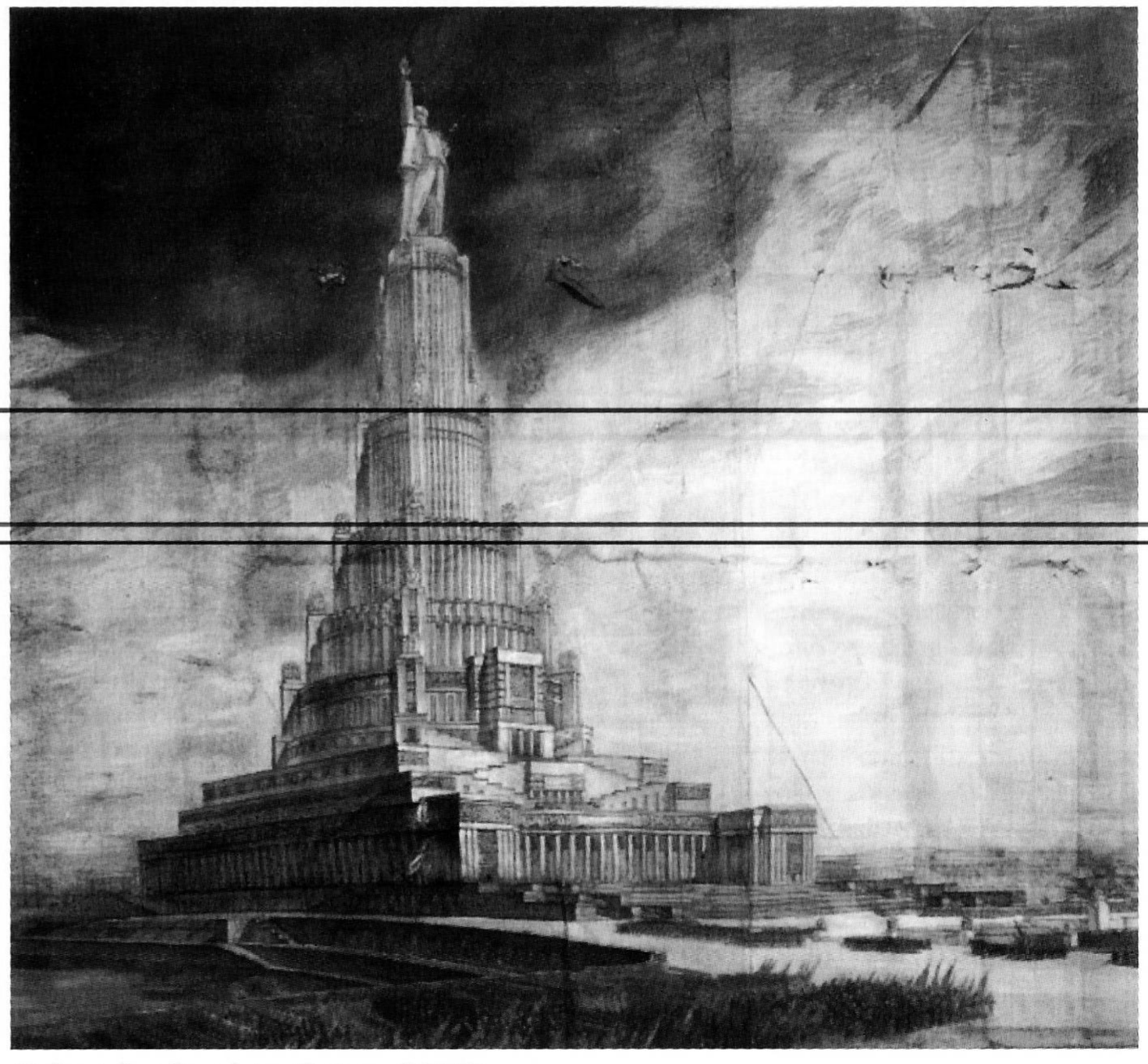
Klassische Imperialismustheorie

Neben dem Marxismus gab es stets auch von bürgerlicher Seite eine Beschäftigung mit dem Imperialismus. Man denke nur an Heinrich Friedjung, dem zugute gehalten wird, den Begriff in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht zu haben, John A. Hobson, der später der Stichwortgeber für Lenin werden sollte, oder auch Joseph Schumpeters als Gegenentwurf zu den ersten marxistischen Imperialismustheorien verfaßten Aufsatz „Soziologie der Imperialismen", in dem er den Kapitalismus zu einer antiimperialistischen Gesellschaftsformation erklärt.[1] Gerade letztgenanntes Beispiel zeigt, daß eine genauere Betrachtung dieser Theorieansätze und der auf sie bezogenen Weiterentwicklungen wenig ergiebig wäre. Also wenden wir uns der marxistischen Theorie zu.

Bei Marx selber gibt es keine Imperialismustheorie und auch nicht den Begriff Imperialismus. Es finden sich bei ihm im Werk verstreute Bemerkungen zum Weltmarkt, die aber keine geschlossene Theorie darstellen. Wenn der Imperialismus aber als eine Erscheinung begriffen wird, die unmittelbar aus dem Kapitalismus herzuleiten ist, so finden sich in Marx' Kritik der politischen Ökonomie die theoretischen Grundlagen für jede Imperialismustheorie.

Innerhalb der marxistischen Theorie wurden zwei klassische Imperialismustheorien verfaßt. Sie stammen von Wladimir I. Lenin und von Rosa Luxemburg. Wenn auch die zeitlich gesehen erste marxistische Imperialismustheorie aus dem Jahre 1910 von Rudolf Hilferding stammt, der das Finanzkapital als treibende Kraft und vorrangige Erscheinungsform des Kapitals im Imperialismus ansah[2], so sind es doch die Theorien Luxemburgs und Lenins gewesen, die für die späteren Diskussionen von maßgeblicher Bedeutung waren.

Der Hauptgedanke von Luxemburg, die ihre Theorie aus einer Kritik der Marxschen Reproduktionsschemata ableitet, war, daß ein Teil des produzierten Warenkapitals nicht mehr in Geldkapital verwandelt werden kann, wenn der Kapitalismus die alleinige allumfassende Wirtschaftsweise geworden ist. Zur vollständigen Realisierung des Mehrwerts bedarf es nach Luxemburg eines sogenannten nicht-kapitalistischen Milieus.[3] Durch die Einbeziehung dieses Milieus in die Mehrwertrealisation würde dieses aber selber durchkapitalisiert. Der Kapitalismus schreitet stetig fort, Subsistenzwirtschaften und alle anderen Formen nichtkapitalistischer Produktion zu zerstören. Somit ist Luxemburgs Imperialismustheorie zugleich eine Zusammenbruchstheorie. Ist der Prozeß der Zerstörung der nicht-kapitalistischen Produktionsformen beendet, so ist ihrer Meinung nach auch der Endpunkt



Palast der Sowjets, Entwurf 1942

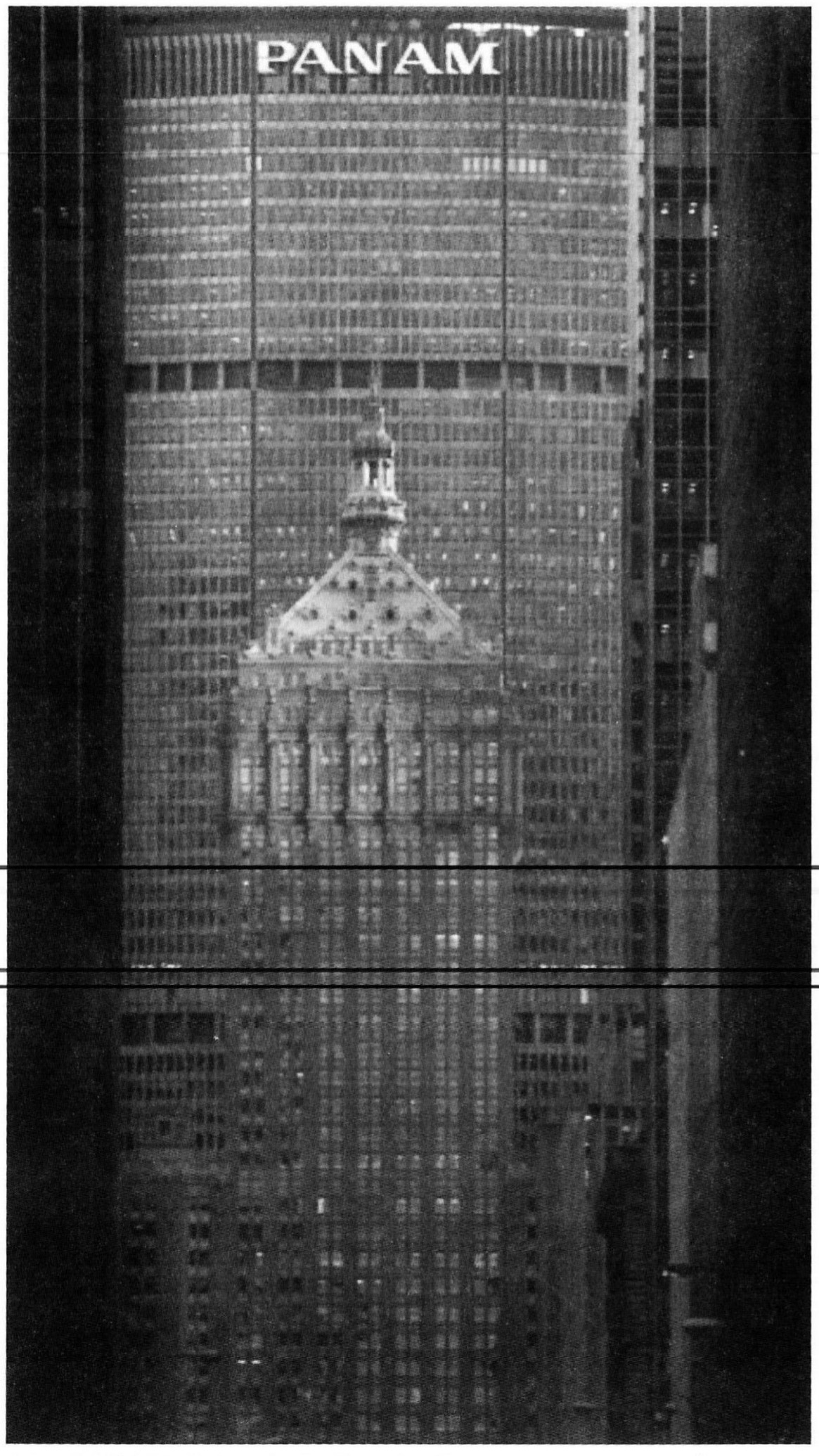
des Kapitalismus gekommen, da die Entwicklungsmöglichkeit dieses Systems, die Akkumulation von Kapital, durch das Verschwinden der von ihr ausgemachten Mehrwertrealisierer verlorengeht.[4] Der Kapitalismus entziehe sich somit durch den Imperialismus notwendig seine eigene Existenzbedingung.

Für Lenin bedeutet der Imperialismus die Ablösung des Konkurrenzkapitalismus durch den Monopolkapitalismus, in dem es zu einer Durchkapitalisierung aller Weltgegenden käme. Durch die Monopolbildung verliere der Kapitalismus aber seine eigene Antriebskraft, die Konkurrenz. Er gehe ins Stadium der Fäulnis über und werde „parasitär".[5]

Somit formuliert auch Lenin eine Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus, in der, ebenso wie bei Luxemburg, das Proletariat der entwickelten Länder als revolutionäres Subjekt fungiert, das zwar nicht den Zusammenbruch bewirkt, aber für den anschließenden Übergang zum Sozialismus zuständig ist.

Beide klassisch-marxistischen Imperialismustheorien enthalten gravierende Mängel. Wir wissen heute, daß entgegen der Annahme Rosa Luxemburgs nicht-kapitalistische Milieus zur Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation nicht zwingend erforderlich sind.[6] Der Kapitalismus produziert sich selbst seinen eigenen – ebenfalls kapitalistischen – Markt. Dazu ist es notwendig, die „Produktion eines stets erweiterten Zirkels der Zirkulation"[7] innerhalb des kapitalistischen Marktes zu gewährleisten. Dies wird entweder durch die Erweiterung des Zirkulationszirkels oder durch die Schaffung von „mehr Punkten in demselben (Zirkulationszirkel) als Produktionspunkten"[8] erreicht. Die erste Möglichkeit deutet dabei auf den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Imperialismus hin. Es ist aber eben nur eine von zwei Möglichkeiten und nicht, wie Luxemburg annahm, die einzige.

Damit wird auch Luxemburgs Zusammenbruchstheorie hinfällig. Sie ist erstens aus genannten Gründen theoretisch falsch. Zweitens ist sie heute, wo der Kapitalismus zwar zur weltweit bestimmenden Gesellschaftsform geworden ist, aber keinerlei maßgebliche Anzeichen für einen Zusammenbruch im positiven Sinne der Transformation zu einer emanzipierten Gesellschaft zu erkennen sind, empirisch widerlegt. Die Entwicklung des Kapitalismus geht heute keinesfalls friktionslos vonstatten. Nur sind ökonomische Krisen eben ein Teil der Lebensform des Kapitalismus und nicht zwangsläufig sein Endpunkt.



Das PANAM-Gebäude in New York

In Bezug auf die Zusammenbruchserwartung trifft diese Kritik ebenso auf Lenins Theorie zu. Der Kapitalismus ist mit dem Beginn des Imperialismus nicht in das Stadium der Fäulnis eingetreten, sondern hat sich weltweit durchgesetzt. Andererseits ist es bei dieser weltweiten Durchsetzung des Kapitalismus als gesellschaftlichem Verhältnis nicht zu der von Lenin erwarteten Durchkapitalisierung der Länder des Trikont gekommen.[9]

Lenin erklärt den im Imperialismus vorhandenen Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zur direkten Vorstufe des Sozialismus. Damit reduziert er die Widersprüche des imperialistischen Kapitalismus auf ein Verteilungsproblem.[10] Er leitet seine Kritik nicht mehr aus den grundsätzlichen Verwertungsbedingungen des Kapitals, sondern aus der historischen Erscheinungsform der Monopole ab.

In der linken Theoriebildung hat sich zunächst hauptsächlich die Leninsche Theorie mit all ihren Implikationen durchgesetzt. Gerade so einflußreiche Autoren wie Paul M. Sweezy haben sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg explizit auf ihn bezogen.[11] Aber auch in späterer Zeit findet seine Theorie Zuspruch bei Kommunistischen Parteien, diversen K-Gruppen, autonomen Zirkeln, linken Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen und den Internationalismus-Gruppen der grünen und alternativen Bewegungen in Westeuropa.

Lenin in Afrika

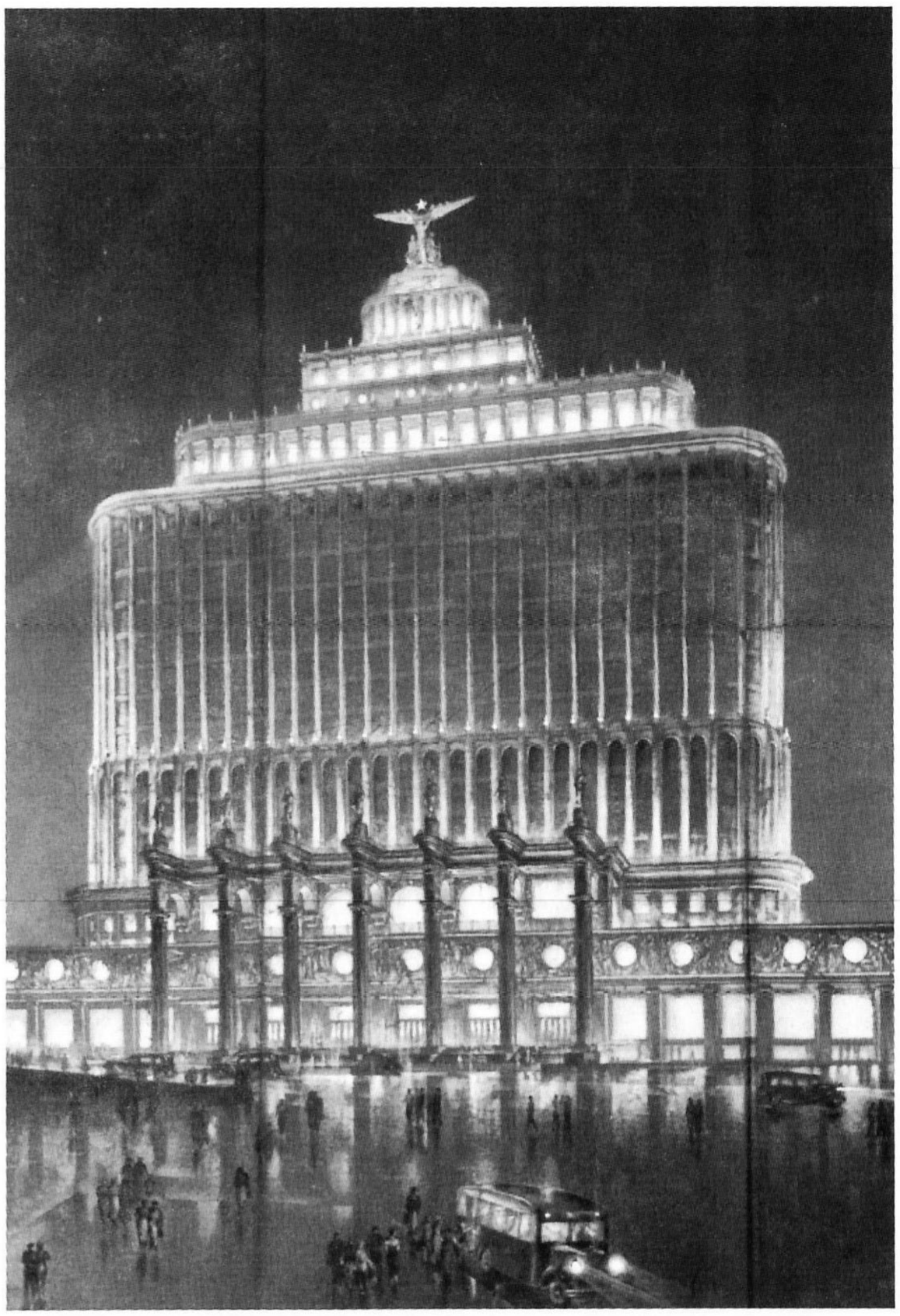
Die Dominanz der Leninschen Imperialismustheorie in der Linken wird noch deutlicher, wenn man einen kurzen Blick auf die Befreiungsbewegungen im Trikont, insbesondere in Afrika, wirft. Kwame Nkrumah, Führer der Unabhängigkeitsbewegung der früheren Goldküste und später erster Regierungschef Ghanas, orientierte sich bei seiner Kritik

der imperialistischen Herrschaft in Afrika und bei seinen Vorstellungen zur Bekämpfung dieser Herrschaft direkt an Lenin. Seine Definition des Imperialismus liest sich wie die Zusammenfassung der von Lenin angeführten fünf Punkte, die für den Imperialismus charakteristisch seien:

„In diesem Sinne bedeutet Imperialismus und Kolonialismus Kapitalexport zu den Rohstoffquellen, (...) Kampf um den monopolistischen Besitz an diesen Quellen, Kampf um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt, (...) Kampf neuer Finanzgruppen (...) gegen die alten Gruppen und Mächte."[12]

Auch bei anderen Vertretern afrikanischer Befreiungsbewegungen ist die Nähe zur Leninschen Theorie offensichtlich. Majhemout Diop, Ende der fünfziger Jahre Generalsekretär der marxistischen Afrikanischen Unabhängigkeitspartei im Senegal, beantwortet sich die Frage, was der Imperialismus nun eigentlich sei, mit dem kurzen Satz: „In einem Wort, er ist monopolistischer Kapitalismus."[13]

Ganz ähnlich charakterisiert Amilcar Cabral, einer der führenden Männer des Unabhängigkeitskampfes in den portugiesischen Kolonien in Afrika, den Imperialismus. Er sei der „Ausdruck der weltweiten Suche nach Gewinn (...) durch das Monopol- und Finanzkapital."[14] Jedoch weist Cabral im Gegensatz zu Lenin darauf hin, daß es durch den Imperialismus keineswegs zu einer Durchkapitalisierung der Kolonien gekommen ist. Er geht vielmehr davon aus, daß der Imperialismus die historische Mission der sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte, die ihm auch in der marxistischen Theorie lange Zeit zugedacht war, im Trikont keineswegs erfüllt hat.[15]



Gebäude der Verwaltung der AEROFLOT, Entwurf 1934

Hochzeit der Imperialismustheorien: die siebziger Jahre

Zu Beginn der siebziger Jahre setzte eine massive Debatte über Imperialismus und Imperialismustheorie ein, bei der sich hauptsächlich drei Richtungen unterscheiden lassen:

1. Die Theoretiker und Theoretikerinnen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die die Leninsche Imperialismustheorie vollends übernommen haben und versuchten, diese auf den Staat und seine Funktion auszudehnen.

2. Die Vertreter und Vertreterinnen großer Teile der Neuen Linken, die sich stark an Lenin orientierten, in einigen Punkten aber mit ihm brachen und zum Teil auch hinter sein theoretisches Niveau zurückfielen.

3. Eine Reihe von bedingt auch zur Neuen Linken zählenden radikalen und akademischen Linken, die in den siebziger Jahren mit der Leninschen Tradition brachen und versuchten, die Imperialismustheorie auf eine andere Basis zu stellen.

Als Beispiel für die STAMOKAP-Imperialismustheorie sei hier nur das Buch von Heininger/Hess genannt.[16] Häufig ging es den Theoretikern und Theoretikerinnen des STAMOKAP mehr um die ideologische Rechtfertigung politischer Zielsetzungen als um die Neu- oder Weiterentwicklung der marxistischen Imperialismustheorie. Die These des STAMOKAP von der maßgeblichen Rolle des staatlich eingesetzten und kontrollierten Kapitals diente unter anderem zur Legitimierung der reformistischen Politik der an den Ostblock gebundenen kommunistischen Parteien in Westeuropa. Ein extremes Beispiel dafür waren die Überlegungen in der Deutschen Kommunistischen Partei in der BRD ein Bündnis mit der FDP einzugehen. Diese Bündnisbemühungen wurden stets mit der Notwendigkeit einer breiten antimonopolistischen Politik begründet, welche wiederum aus der Theorie des STAMOKAP abgeleitet wurde.
Beispiele für die zweite Gruppe sind etwa Pierre Jalée, Harry Magdoff oder auch James O'Conner. Magdoff verbleibt einerseits in der Leninschen Theorie, indem er den Imperialismus als *notwendiges* Stadium des Kapitalismus begreift und ihn als seine monopolistische Phase definiert. Er teilt aber nicht Lenins Zusammenbruchserwartung.[17]

Jalée streicht seine Anknüpfung an Lenin bereits im Titel seines Buches heraus. War bei Lenin der Imperialismus das „höchste Stadium des Kapitalismus", so schreibt Jalée vom „neuesten Stadium des Imperialismus", in dem sich die Wirtschaft der Dritten Welt völlig unter die Wirtschaft des imperialistischen Systems untergeordnet hätte.[18] O'Conner führt in Anlehnung an Lenin fünf Merkmale des Imperialismus der siebziger Jahre auf, die mit der Betonung der Rolle staatlich eingesetzten Kapitals[19] Einflüsse der STAMOKAP-Theorien erkennen lassen.

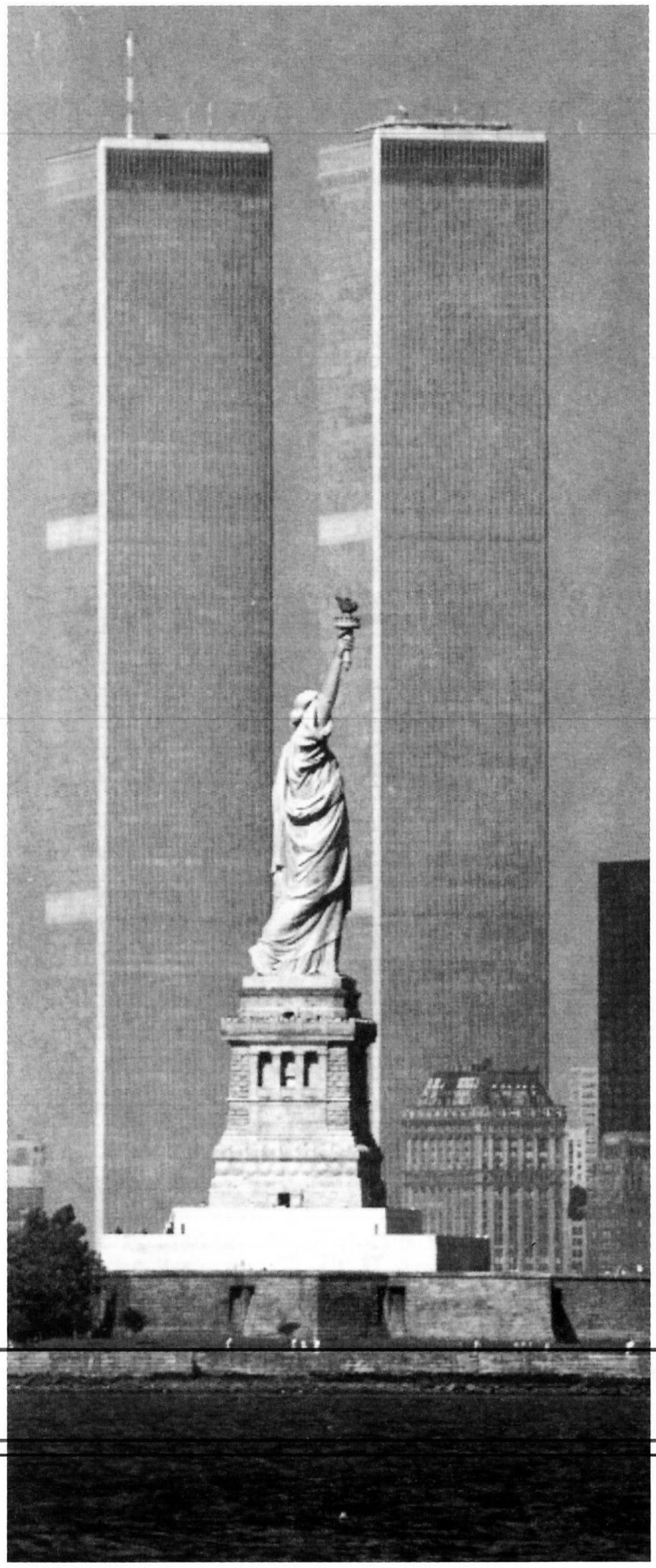
Die Arbeiten der Autoren dieser Richtung sind stark empirisch orientiert. Ihre Theorie besteht in erster Linie darin, politische und ökonomische Unterdrückung und Abhängigkeit in den wirtschaftlich schwächeren Ländern aufzuzeigen. Damit verblieben sie an der Oberfläche der kapitalistischen

Produktionsweise, denn der Versuch der Begründung imperialistischer Politik aus den Akkumulationsgesetzen des Kapitals wird nicht mehr unternommen.[20]

Die politische Implikation dieser Imperialismustheorien ist, daß sie nicht mehr auf die Revolution in den Metropolen hinzielen, sondern sich den nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont zuwenden. Prinzipiell kann gesagt werden, daß in dieser Theorietradition „weniger Gewicht auf die ‚innerimperialistischen' Widersprüche gelegt wird"[21] und statt dessen mehr Augenmerk darauf gerichtet wird, was der Imperialismus in den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern für Auswirkungen zeigt.

Die Vertreter und Vertreterinnen der dritten Gruppe verfolgen sowohl theoretisch als auch praktisch ein völlig anderes Programm. Beispielhaft seien hier Christel Neusüss und Claudia von Braunmühl genannt. Ihr Ausgangspunkt ist eine Kritik der in der linken Diskussion vorherrschenden traditionellen Imperialismustheorie, sprich: eine Kritik an Lenin. Dagegen formulieren sie ein Forschungsprogramm, das kurz mit der Prämisse „Zurück zu Marx" charakterisiert werden könnte.

Neusüss formuliert ihre Theorie demgemäß entlang den Marxschen Grundkategorien Ware, Werte und Produktionspreise, Mehrwert, Wertgesetz, Profit und Durchschnittsprofit und versucht deren Bestimmungen und Modifikationen durch den Weltmarkt aufzuzeigen. Bei der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt sind die Nationalstaaten von zentraler Bedeutung. Im Rahmen des nationalen Kapitals setzt sich das Wertgesetz in der Form der Vernichtung der unproduktiveren Kapitale durch. Seine Durchsetzung endet also mit dem Verschwinden der unterentwickelten Kapitale.[22] Verläßt man die Ebene des nationalen Kapitals, führt die Durchsetzung des Wertgesetzes nicht ohne weiteres zu diesem Ergebnis. Auf der Ebene des Weltmarktes kann sich das Wertgesetz nur in *modifizierter* Form durchsetzen. Grundlage dieser Modifikation sind die Aktivitäten der Staaten. Sie verfügen kraft ihrer Gewaltmittel über die Möglichkeit der teilweisen Brechung der Konkurrenz der Kapitale auf dem Weltmarkt. Die Staaten setzen der weltweit freien Betätigung von Kapital und Arbeit Grenzen, die meist mit den nationalstaatlichen Grenzen übereinstimmen.



Die Türme des World Trade Centers mit der Freiheitsstatue

Somit treten sich auf dem Weltmarkt nicht einfach konkurrierende Einzelkapitale, sondern nationale Kapitale gegenüber. Ausdruck dafür sind die nationalen Währungen, die die Darstellungsform der Produktivität der nationalen Durchschnittsarbeit bilden.

Die produktivere Nation, gedacht als nationales Kapital, realisiert im Austauschprozeß einen Extramehrwert im Vergleich zu der weniger produktiven Nation. Dieser Extramehrwert resultiert daraus, daß „an die Stelle der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit als Kategorie der *Warenproduktion und Zirkulation* beim nationalen Gesamtkapital auf internationaler Ebene die Kategorie der *universellen Arbeit* als gewogener Durchschnitt der Stufenfolge der Produktivitätsgrade und Intensitätsgrade der Arbeit der nationalen Kapitale (tritt)."[23]

Auf dem Weltmarkt werden nicht ungleiche Werte, sondern ungleiche nationale Arbeitsquanta ausgetauscht. Entspricht ein Arbeitstag einer entwickelten Nation 1,2 universellen Arbeitstagen, die wiederum 12 Waren x entsprechen, deren Wert sich in 12 Weltgeldeinheiten ausdrücken läßt, so entspricht ein Arbeitstag einer unterentwickelten, unproduktiveren Nation beispielsweise nur 0,8 universellen Arbeitstagen, somit auch nur 8 Waren x oder 8 Weltgeldeinheiten. Die jeweils einzelne Ware x hat dabei aber immer den gleichen Weltmarktwert (und in diesem Fall auch den gleichen Weltmarktpreis). Auf nationalstaatlicher Ebene betrachtet, hätten diese Waren unterschiedliche Werte, da die zu ihrer Produktion gesellschaftlich durchschnittlich notwendige Arbeitszeit verschieden ist. In den Waren sind also unterschiedliche nationale Arbeitsquan-

ten vergegenständlicht. Das spielt aber in dem Augenblick für ihren Wert keine Rolle mehr, in dem die in diesen Waren vergegenständlichte Arbeit auf dem Weltmarkt realisiert, also verkauft werden muß. Daraus ziehen die produktiveren Nationen ihren Vorteil.

Die Realisierung eines Extramehrwerts durch die produktiveren Nationen und die Tatsache, daß die weniger produktiven Nationen ihre Waren auf dem Weltmarkt meist unter ihrem nationalen gesellschaftlichen Wert verkaufen müssen, hindert die unterentwickelten Nationen dennoch nicht völlig daran, mit den anderen Nationen in Konkurrenz zu treten. Die wesentliche Bedingung dafür, daß die unterentwickelten Nationen dennoch Kapital akkumulieren können, sind die in diesen Ländern existierenden höheren Ausbeutungsraten.

Einen ähnlichen Ansatz wie Neusüss verfolgt Claudia von Braunmühl. Sie schreibt: „Gegenstand einer Imperialismustheorie ist mithin die Entwicklung der Weltmarktbewegung des Kapitals. Dabei ist wesentlich nach der *Form der Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt* zu fragen und nach den Funktionen, die dem bürgerlichen Staat in bezug auf das von ihm ‚repräsentierte' nationale Kapital im sich internationalisierenden Akkumulationsprozeß zukommen."[24]

Auch hier wird der Staat und seine Rolle im Imperialismus eigens thematisiert. Das ist insofern neu, als Lenin mit seiner Betrachtung des Staates als reinem Erfüllungsgehilfen der Monopole[25] in der marxistischen Linken für lange Zeit das hartnäckige Vorurteil verbreitet hat, der Staat sei lediglich ein Anhängsel der Ökonomie und daher auch keiner eigenen Untersuchung wert.

Nach Braunmühl ist der Imperialismus zu begreifen als „die von den Verwertungsimperativen der fortgeschrittensten Kapitale in den Metropolen bestimmte Strukturierung des Weltmarktes (...) einschließlich daraus resultierender politischer Herrschaftsformen, Formen der ökonomischen und politischen Abhängigkeit und der Formierung von Lebensverhältnissen."[26]

Die Bedeutung des Staates im imperialistischen Prozeß ist insbesondere in der Theorie der Marxistischen Gruppe herausgearbeitet worden.[27] Für sie ist der Ausgangspunkt des Imperialismus der gelungene Versuch, die nationalen Schranken der Akkumulation durch die Wendung der Staatsgewalt nach außen zu überwinden. Dadurch wird der Weltmarkt nicht nur von Monopolen oder anderen Wirtschaftsunternehmen strukturiert, sondern ebenso durch den Staat. Es kommt, wie Neusüss bereits gezeigt hat, durch das staatliche Engagement zu einer Modifikation der Konkurrenz auf Weltmarktebene. Ziel imperialistischer Politik ist die Unterwerfung fremder Nationen unter die Bedürfnisse des eigenen nationalen Kapitals. Die imperialistischen Ansprüche von Staaten, nämlich ihr Beharren auf dem Recht, unter Titeln wie „internationale Verantwortung", „Völkerrecht" oder „Schutz von Menschenrechten" weltweit Interessen anmelden zu können, ist aber nicht immer unmittelbar aus den ökonomischen Interessen des Kapitals abzuleiten. Es kommt vielmehr zu einer „Emanzipation der politischen Gewalt von dem Geschäft, das sie sichert."[28]

Imperialismustheorie und neuere entwicklungstheoretische Ansätze

Später ist versucht worden, die Ware Arbeitskraft und deren Reproduktionsbedingungen und -möglichkeiten stärker zu thematisieren. Ein frühes Beispiel dafür ist das Buch von Claude Meillassoux[29], ein späteres das von Lydia Potts.[30] Mit dieser Orientierung auf die Arbeitskraft geht eine verstärkte Rezeption der Luxemburgschen Imperialismustheorie einher, die später auch in die Debatten um Subsistenzproduktion und unbezahlte Reproduktionsarbeit Eingang gefunden hat.[31]

Schon vorher haben Imperialismustheorien Einfluß auf die neueren Entwicklungs- und Unterentwicklungstheorien gehabt. In den Dependenztheorien, dem Zentrum-Pheripherie-Modell oder der Weltsystemtheorie sind die Anregungen, die aus der Beschäftigung mit den klassischen oder auch den neueren Imperialismustheorien gewonnen wurden, offensichtlich. Dennoch wäre es falsch sie in ihrer Gesamtheit tatsächlich als direkte Weiterentwicklungen der marxistischen Imperialismustheorien zu begreifen. Gerade die Differenzen bei der Vielzahl der Dependenztheorien machen dies deutlich. Wenn es auch Vertreter und Vertreterinnen dieser Theorie gab, die in einer sozialistischen Revolution in den Ländern der Dritten Welt und einer anschließenden Herauslösung aus dem Weltmarkt die einzige Chance sahen, die fortwährende Unterentwicklung dieser Länder zu beenden, so gab es doch auch eine Vielzahl von Autoren und Autorinnen, die auf der Grundlage ähnlicher Analysen der strukturellen Abhängigkeiten der Länder der Dritten Welt zu der Ansicht gelangten, der Weltmarkt sei prinzipiell kein Entwicklungshindernis, sondern seine Rahmenbedingungen müßten lediglich reformiert werden.[32] Mit der Zeit haben sich diese idealistischen Vorstellungen von einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zunehmend durchgesetzt. Mit marxistischer Imperialismustheorie, die stets mit der Perspektive betrieben wurde, daß die vorgebrachte Kritik an Kapitalismus und Staat praktisch werden solle, hat diese Ausformung der Dependenztheorien nichts mehr zu tun.

Ähnliches gilt für die im Rahmen der Subsistenzdebatte stark rezipierten neueren entwicklungskritischen Ansätze aus den Ländern des Trikont, speziell jenen aus Indien. Vandana Shiva, die profilierteste Vertreterin dieser Ansätze, will zwar Märkte und Produktionsverfahren „der Logik des Profits, der Kapitalakkumulation und der Investitionserträge"[33] entreißen, aber diese ökonomischen Kategorien verkommen bei ihr zu moralischen Schlagwörtern. An die Stelle der Analyse tritt bei ihr die Verklärung „kulturell bestimmter Armut"[34], die dann zur Huldigung einer „Ökonomie der Genügsamkeit"[35] führt.

In der Weltsystemtheorie Immanuell Wallersteins finden sich teilweise Anschlüsse an die Imperialismustheorie Luxemburgs. Wallerstein betont ebenso wie sie die Wichtigkeit der ursprünglichen Akkumulation[36], also jener Phase, in der Kapital erstmals und noch nicht durch Wertverwertung, sondern durch unmittelbare gewaltsame Aneignung angehäuft wurde. Dennoch ist die Weltsystemtheorie kein imperialismustheoretisches Konzept. Imperialismus ist für Wallerstein nicht spezifisch kapitalistisch und spielt sich auf der politischen Ebene ab. Er ist für ihn daher eine sekundäre Kategorie.[37]

Ende des Imperialismus?

Einer der großen Streitpunkte in den aktuelleren Diskussionen ist nach wie vor die Frage, ob der Reichtum der industrialisierten Welt tatsächlich durch die Ausbeutung der in Unterentwicklung gehaltenen Länder zu erklären ist.[38] Von den Kritikern und Kritikerinnen dieser Annahme wird darauf verwiesen, daß das Interesse der Unternehmen der Industriestaaten an

den Ländern der Dritten Welt seit geraumer Zeit kontinuierlich abnimmt, sich der Reichtum der Industriestaaten aber weiterhin vermehrt. Die Basis dieser Reichtumsentwicklung sei also vornehmlich in der „Weiterentwicklung der Produktivkräfte in den hochentwickelten Staaten selbst (und) ihrer ständigen Umwälzung“[39] zu suchen. Zwar hat schon Braunmühl auf die Tendenz einer zunehmenden „Inter-Metropolen-Orientierung“[40] bezüglich des Waren- und Kapitalverkehrs hingewiesen. Dieser empirische Befund verweist aber lediglich auf die Richtigkeit der Kritik an der Annahme von der *Notwendigkeit* der Existenz der Staaten und Ökonomien des Trikont für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in den Metropolen. Er deutet aber keineswegs auf ein Ende imperialistischer Herrschaft hin.

Die Verkündigung des Endes des Imperialismus wird heute in einer zeitgemäßen Variante präsentiert. Die neuesten Erfolge des Imperialismus werden als Beiträge zu seiner Überwindung ausgegeben. Die imperialistische Betreuung von Konflikten wie dem im ehemaligen Jugoslawien oder dem in Somalia wird heute unter den Titeln „Friedenssicherung“, „Friedenserhaltung“, „Friedensherstellung“ oder „humanitäre Hilfe“ betrieben. Daß das nicht mehr als Imperialismus wahrgenommen und statt dessen sowohl von den Sozialwissenschaften als auch von alternativen Politikern und Politikerinnen mit allerlei konstruktiver Kritik begleitet wird, deutet bereits auf den heutigen Stand der Imperialismustheorie hin. Sie wird kaum mehr rezipiert, geschweige denn weiterentwickelt.

Worauf es weiterhin ankäme, nämlich das Verhältnis von Internationalisierung der Akkumulation, nationalem Kapital und bürgerlichem Staat in der aktuellen Situation zu klären und zu kritisieren und daraus eine Praxis zu entwickeln, die diese Kritik auch ernstnimmt und daher auf *die Aufhebung der politischen Form Staat und des Kapitals als gesellschaftlichem Verhältnis abzielt*, interessiert heute fast niemanden mehr. ■

Stephan GRIGAT studiert Politologie.

Anmerkungen

1 Zu den frühen bürgerlichen Ansätzen einer Imperialismustheorie vgl. Mommsen, Wolfgang: Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismusinterpretationen, Göttingen 1977, S. 7 ff.

2 Vgl. Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital, Berlin 1955.

3 Vgl. Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals. In: dies.: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1990, S. 314.

4 Vgl. ebd., S. 411.

5 Vgl. Lenin, Wladimir I.: Der Imperialismus als höchtes Stadium des Kapitalismus. In: Ausgewählte Werke. Bd. 1, Berlin 1971, S. 102 ff.

6 Die mathematischen Fehler in Luxemburgs Rechnungen sind mehrfach akribisch nachgewiesen worden. Vgl. Cliff, Toni: Studien über Rosa Luxemburg, Frankfurt/M. 1969, S. 78 ff. oder auch Sweezy, Paul: Theorie der kapitalistischen Entwiklung, Frankfurt/M. 1989, S. 241 f.

7 Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/M., o. J., S. 311.

8 Ebd.

9 Vgl. Held, Karl/ Ebel, Theo: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, Frankfurt/M. 1983, S. 48 ff.

10 Vgl. Neusüss, Christel: Imperialismus und Weltmarktbewegung des Kapitals, Erlangen 1972, S. 91.

11 Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung, a.a.O., S. 360 ff.

12 Nkrumah, Kwame: Was zu tun ist. In: Falk, Rainer/Wahl, Peter (Hg.): Befreiungsbewegungen in Afrika, Köln 1980, S. 60.

13 Diop, Majhemout: Stärken und Schwächen der RDA aus marxistischer Sicht. In: Falk/Wahl: Befreiungsbewegungen, a.a.O., S. 117.

14 Cabral, Amilcar: Grundlagen und Ziele der nationalen Befreiungsbewegung. In: Falk/Wahl: Befreiungsbewegungen, a.a.O., S. 337.

15 Vgl. ebd.

16 Heininger, Horst/Hess, Peter: Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Frankfurt/M. 1970; zur Kritik der STAMOKAP-Imperialismustheorie vgl. z. B. Ebbinghausen, Rolf (Hg.): Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974.

17 Vgl. Magdoff, Harry: Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt/M. 1970.

18 Vgl. Jalée, Pierre: Das neueste Stadium des Imperialismus, München 1971, S. 131.

19 Vgl. O'Conner, James: Die Bedeutung des ökonomischen Imperialismus. In: Senghaas, Dieter (Hg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt/M. 1972, S. 153.

20 Vgl. zur weiteren Kritik von Jalée etc. Neusüss: Imperialismus..., a.a.O., S. 47 ff.

21 Schmidt, Alfred: Imperialismus-Forschung. In: Leviathan, »Zeitschrift für Sozialwissenschaft« 1. Jg., 4/1973, S. 534.

22 Vgl. dazu und zum folgenden Neusüss: Imperialismus..., a.a.O., S. 137 ff.

23 Ebd., S. 139; Hervorhebungen im Orginal.

24 Braunmühl, Claudia v.: Weltmarktbewegung des Kapitals, Imperialismus und Staat. In: dies. u. a.: Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973, S. 12.

25 Vgl. Lenin: Der Imperialismus..., a.a.O., S. 830.

26 Braunmühl: Weltmarktbewegung..., a.a.O., S. 59.

27 Vgl. zum folgenden: Marxistische Gruppe: Imperialismus I. Resultate der Arbeitskonferenz, München 1979.

28 Ebd., S. 103

29 Meillassoux, Claude: Die wilden Früchte der Frau, Frankfurt/M. 1976.

30 Potts, Lydia: Weltmarkt für Arbeitskraft, Hamburg 1988.

31 Vgl. z. B. Neusüss, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander, Osnabrück 1992.

32 Vgl. Boeckh, Andreas: Dependencia-Theorien. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon Dritte Welt, Reinbeck 1993, S. 162 f.

33 Shiva, Vandana: Ressourcen. In: Sachs, Wolfgang (Hg.): Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993, S. 341.

34 Ebd., S. 338; Daß Märkte nicht von irgendeiner Logik befreit werden müssen, sondern eben Produkt einer auf Warenwirtschaft und Tauschwertproduktion basierenden Wirtschaftsweise sind und daher für eine bedürfnisorientierte Produktionsweise überflüssig wären, sei hier nur am Rande erwähnt.

35 Ebd., S. 339.

36 Vgl. Potts: Weltmarkt..., a.a.O., S. 237.

37 Vgl. ebd.

38 Vgl. Goldberg, Jörg/Hübner, Kurt: Leben wir auf Kosten der Dritten Welt? In: »Konkret« 2/1991, S. 44 ff.

39 Goldberg, Jörg: Was bleibt von Lenins Imperialismusbegriff? In: »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« 3. Jg., Nr. 10, Juni 1992, S. 86.

40 Braunmühl: Weltmarktbewegung..., a.a.O., S. 75.

Die Entwertung des Werts

Über die krisenhafte Durchsetzung des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt

Norbert TRENKLE

Eines der zentralen ungelösten Probleme der Kritik der Politischen Ökonomie ist die Frage nach dem Verhältnis von Wertgesetz und Weltmarkt oder genauer: die Frage danach, ob das Wertgesetz auf dem Weltmarkt gilt und wie es sich dort durchsetzt.

Marx selbst hat diese Frage nie systematisch behandelt, sondern nur hier und dort gestreift, und die marxistische Theoriebildung hat sie – vermutlich deshalb, weil sie sich dabei nicht auf die Autorität des Meisters berufen konnte – im allgemeinen links liegen lassen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildet die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre geführte Diskussion um das „Theorem des ungleichen Tauschs". Einst höchst prominent und in jeder imperialismuskritischen Schrift zum Verhältnis von „Erster" und „Dritter Welt" bemüht, ist es heute fast in Vergessenheit geraten. Der größte Teil seiner ehemaligen Anhänger ist längst zur Marktwirtschaftsreligion übergelaufen und will von Ausbeutung und Verelendung nichts mehr hören. Nur ein Resthäuflein unermüdlicher Alt-Neomarxisten spult gelegentlich die alte Leier ab, ohne dabei auch nur einen Millimeter über den Diskussionsstand – und das heißt auch: die Aporien – der siebziger Jahre hinauszukommen.

Ungleicher Tausch

Als Strafe für diese Denkfaulheit sind die einst revolutionär gemeinten Gedanken in Kreisen der Dritte-Welt-Solidarität, insbesondere im Umfeld der Kirchen, endgültig zur ideologischen Kenntlichkeit gelangt. Die scheinkritische Forderung nach „gerechten Preisen" für die Länder des Südens zeugt nicht nur von einer grenzenlosen Naivität gegenüber den Zwangsgesetzen des warenproduzierenden Weltsystems, vor allem ist sie in ihrem Innersten zutiefst affirmativ. Das kapitalistische Prinzip des Jedernach-seiner-Leistung wird nämlich nicht etwa in Frage gestellt, sondern im Gegenteil noch in den Rang höchster moralischer Dignität erhoben. Zwar liegt diese Wendung durchaus schon in der Logik des Theorems vom ungleichen Tausch[1], dennoch kann die Diskussion der sechziger und siebziger Jahre nicht darauf reduziert werden. Sie bewegte sich immerhin auf einem ökonomiekritischen Niveau, das man heute vergeblich suchen muß, und an dem kritisch angeknüpft werden kann. Allerdings muß ein Perspektivwechsel vollzogen werden. In der alten Debatte ging es letztlich immer darum, ob und wie die Länder des Südens sich vom Joch der Ausbeutung befreien und einen eigenständigen Weg nachholender Modernisierung („autozentrierte Entwicklung") beschreiten könnten. Doch dieser Standpunkt ist evidenterweise obsolet geworden. Angesichts der gewaltigen Verheerungen, die das System des totalen Marktes weltweit produziert, müssen wir uns heute vielmehr fragen, ob nicht gerade die Durchsetzung *eines* globalen Wertniveaus, das Niederreißen der nationalökonomischen Schranken, identisch ist mit dem katastrophischen Ende der warenproduzierenden Moderne.

Rekapitulieren wir zunächst noch einmal die Grundzüge der Diskussion um den ungleichen Tausch. Ausgelöst wurde sie durch das Buch „L'échange inégal" (Paris 1969) des aus Algerien stammenden Arghiri Emmanuel. Seine Grundaussage lautet, daß vermittelt über den Weltmarkt ein Werttransfer aus den Ländern der Peripherie in die kapitalistischen Zentren stattfinde und also die Armut im Süden direkt den Reichtum des Nordens finanziere. Ich möchte hier jetzt nicht Emmanuels Argumentation im einzelnen nachvollziehen, die erhebliche theoretische Schwächen und Inkonsistenzen aufweist und als solche kaum weiterführend ist.[2] In seiner wirren Version einer „Werttheorie" wirft Emmanuel alle möglichen Kategorien und Argumentationsebenen (Mehrwert, Lohn, organische Zusammensetzung des Kapitals etc.) willkürlich durcheinander. Das Ganze gipfelt in der Behauptung, die niedrigen Löhne in der „Dritten Welt" seien nicht etwa Folge, sondern Ursache der ‚Unterentwicklung.[3]

Auf die vielen Widersprüchlichkeiten und Widersinnigkeiten haben Emmanuels marxistische Kritiker (u.a. Bettelheim und Mandel) sehr bald hingewiesen. Mandel wartete daraufhin mit einer anderen Fassung des Theorems vom ungleichen Tausch auf, die sich bald als weitgehend verbindlich durchsetzte und heute noch teilweise durch die Gegend geistert.[4] Im Gegensatz zu Emmanuel sah Mandel den Mechanismus des ungleichen Tauschs von Werten in der Konkurrenz zwischen Unternehmen der *gleichen Branche* angelegt. Ein Werttransfer finde nämlich darüber statt, „daß auf dem Weltmarkt die Arbeitsstunde des entwickelten Landes als produktiver und intensiver gilt als die des zurückgebliebenen".[5] Deshalb erhalte das periphere Land für jede aufgewandte Arbeitsstunde im Austausch auf dem Weltmarkt nur den Gegenwert einer viel geringeren in Waren dargestellten Arbeitszeit zurück. Bei einem Produktivitätsverhältnis von 1:4 bestehe dann zum Beispiel der „ungleiche Tausch im Tausch des Produkts von 300 gegen das Produkt von 1.200 Millionen Arbeitsstunden".[6] Es ist offensichtlich, daß Mandel hier die Wertseite und die stoffliche Seite des Äquivalententausches einfach durcheinander wirft. Natürlich erhält das weniger produktiv operierende Unternehmen bzw. Land nicht den Gegenwert für die *tatsächlich* aufgewandten Arbeitsstunden vergütet, denn die *über* dem gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt verausgabte Arbeitszeit ist ungültig: sie stellt keinen Wert dar.

Zwangskategorie Wert

Der Wert ist eine gesellschaftliche Zwangskategorie, ist die Abstraktion von allen konkret-sinnlichen Eigenschaften der Produkte und von den spezifischen Bedingungen ihrer Produktion; er setzt Maßstäbe, denen sich jeder beugen muß. Vermittelt über die Zwangsgesetze der Konkurrenz verallgemeinert sich letztlich immer das je-

weils höchste Produktivitätsniveau, und all diejenigen, die es nicht erklimmen können, werden in den Ruin getrieben. Doch dieser Prozeß funktioniert nicht nach der Logik des Raubrittertums. Zwar steht schon vorher fest, daß es Gewinner und Verlierer geben wird, und auch, daß die Verlierer kaum mehr auf die Beine kommen werden, dennoch findet hier keine einfache Ausplünderung statt. Wenn Marx davon spricht, daß die produktiveren Unternehmen einen „Extramehrwert" auf Kosten ihrer unterlegenen Rivalen erzielen, so ist dies keinesfalls so zu verstehen, als würden „Wertquanten" aus dem einen Betrieb in den anderen übertragen, so als handle es sich dabei buchstäblich um gefrorene Arbeitsstunden.[7] Vielmehr ist die produktivere Arbeit potenzierte Arbeit und *stellt* aus diesem Grund mehr Wert dar, der sich natürlich auch in einem größeren Warenquantum (also in einem höheren Anteil am stofflichen Reichtum) ausdrückt. Dies ist aber kein „ungleicher Tausch" sondern macht das Wesen des Wertgesetzes aus.

Binnen- und Weltmarkt

Für den nationalen Markt erkennt Mandel dies zumindest dem Wortlaut nach an.[8] Auf dem Weltmarkt aber sieht er eine andere Logik walten. Da der Wert einer Ware durch die in dem Produktionsland herrschenden Durchschnittsbedingungen der Produktivität bestimmt werde[9] und also im Weltmaßstab betrachtet nebeneinander durchaus unterschiedliche Wertniveaus existierten, könne im Fall des internationalen Handels von einem Werttransfer in Form eines Nichtäquivalententauschs gesprochen werden. Mandel: *„Der ungleiche Tausch führt daher zum Werttransfer* (Transfer von Arbeitsquanten, das heißt Wirtschaftsressourcen) *nicht im Gegensatz zum Wertgesetz, sondern in Anwendung des Wertgesetzes"*.[10] Der richtige Kern dieses Gedankens besteht nun darin, daß in der Tat auf dem Weltmarkt durchaus unterschiedliche Produktivitäts- und damit Wertniveaus nebeneinander existieren oder, so muß man heute fast schon sagen, existierten. Dies gilt allerdings grundsätzlich nur solange, wie der Weltmarkt nicht als solcher unmittelbar der Bezugsrahmen der Wertproduktion ist, sondern sich die Nationalökonomien als Filter oder Vermittlungsinstanzen dazwischen schieben. Unter diesen Voraussetzungen (die man im großen und ganzen für die frühen siebziger Jahre noch anerkennen kann) gelten auf den verschiedenen Binnenmärkten verschiedene Wertmaßstäbe. Ausdruck hiervon ist primär die Existenz verschiedener Landeswährungen, sowie außerdem die unterschiedlichsten Formen von Handelsbeschränkungen (Zölle, Import- und Exportverbote oder -kontingente etc.).

Soweit eine Ware für den Binnenmarkt produziert und dort vertrieben wird, gilt für sie der jeweilige nationale Wertmaßstab. Das heißt, sie vergleicht sich mit all den anderen Waren, die in dem Land (das heißt unter den dort gültigen durchschnittlichen Produktivitätsbedingungen) hergestellt wurden oder mit Weltmarktwaren, die vermittelt über den Wechselkurs und Zollaufschläge monetär an diese Bedingungen angeglichen worden sind. Doch dies ändert sich, sobald dieselbe Ware auf den Weltmarkt geworfen wird. Hier herrschen andere Durchschnittsbedingungen und nur an diesen hat sie sich jetzt zu messen. Diese Durchschnittsbedingungen aber werden letztlich von den führenden Weltmarktländern (das heißt von dem dort herrschenden Produktivkraftniveau diktiert.[11] Vor diesem Richtstuhl stellt die betreffende Ware, soweit sie aus einem peripheren Land stammt, nun in der Tat einen geringeren Wert dar, als auf dem geschützten Heimatmarkt. Dennoch kann hier ebensowenig von einem „Werttransfer" gesprochen werden, wie im Fall zweier unterschiedlich produktiver Kapitalien auf einem geschlossenen Markt. Denn die Differenz zwischen dem betreffenden „nationalen" und dem „internationalen" Wert fließt ja nicht in die Kassen irgendeines Konzerns oder westlichen Staates, sie verpufft schlicht und einfach im Nichts. Diese Differenz existiert ja nicht – um es nochmals zu betonen – als materielle Substanz, die irgendwo produziert wurde und nun hin- und hergeschaufelt werden kann, so wie es sich der nationalökonomische und traditionelle marxistische Positivismus vorstellt. In ihr drückt sich vielmehr der Unterschied zwischen zwei auseinanderklaffenden und daher nicht einfach addierbaren Wert- und Produktivitätsniveaus aus. Der *Form* nach ist die betreffende Ware zwar auf dem nationalen ebenso wie auf dem internationalen Markt Trägerin von Wert, doch die Wert*maßstäbe* sind eben nicht identisch. Wenn die in dem peripheren Land produzierte Ware auf dem Weltmarkt zu einem relativ niedrigen Wert realisiert wird, dann drückt sich darin nur aus, daß sie in ein anderes Bezugssystem geraten ist.

Reichtum aus Armut?

Es ist also eine völlig falsche, fetischistische Vorstellung, die Wert- bzw. Kapitalakkumulation in den Gewinnerländern des Weltmarkts speise sich aus der in der „Dritten Welt" zusammengeräuberten Wertmasse. Dabei handelt es sich nicht um eine Frage von Quantitäten, die auf der empirischen Ebene entschieden werden könnte, nach dem Motto: Wie hoch ist der Anteil des westlichen Reichtums, der auf der Ausplünderung des Südens basiert? Auf dieser Ebene läßt sich alles und nichts belegen, und sehr leicht kann man auch zu dem Ergebnis kommen, daß „wir" uns „unseren Wohlstand" ja eigentlich doch mit „ehrlicher Arbeit" sauer verdient hätten und die „Dritte Welt" letztlich selbst schuld sei an ihrem Elend. Hier schlägt eine primitive Ausbeutungsanalyse unvermittelt in eine nicht weniger einfach gestrickte Systemaffirmation um, eine Tendenz, die sich seit Beginn der 90er Jahre selbst in ehemals linken Kreisen der Dritte-Welt-Solidarität durchgesetzt hat.[12]

Darum geht es nun aber überhaupt nicht. Zu bestreiten, daß es einen „ungleichen Tausch" auf dem Weltmarkt gibt, heißt alles andere als das Hohelied der Marktwirtschaft zu singen oder gar einem Wohlstands- und Ausgrenzungschauvinismus das Wort zu reden. Natürlich gibt es historisch *und* strukturell einen engen, nicht zu leugnenden Zusammenhang zwischen der fortschreitenden Verelendung des größten Teils der Welt und der kapitalistischen Akkumulation in den Zentren des Weltmarkts. Natürlich fand und findet ein gigantischer Ressourcentransfer aus den Ländern des Südens in die des Nordens statt. Und natürlich ist es keinesfalls so, daß sich über den Welthandel eine internationale Arbeitsteilung durchsetzen würde, von der alle Beteiligten (wenn auch in unterschiedlichem Maße) profitieren. Das berühmte Ricardosche Theorem von den „Komparativen Vorteilen im auswärtigen Handel" war nie mehr als die Rechtfertigungsideologie der jeweils führenden Weltmarktnationen.

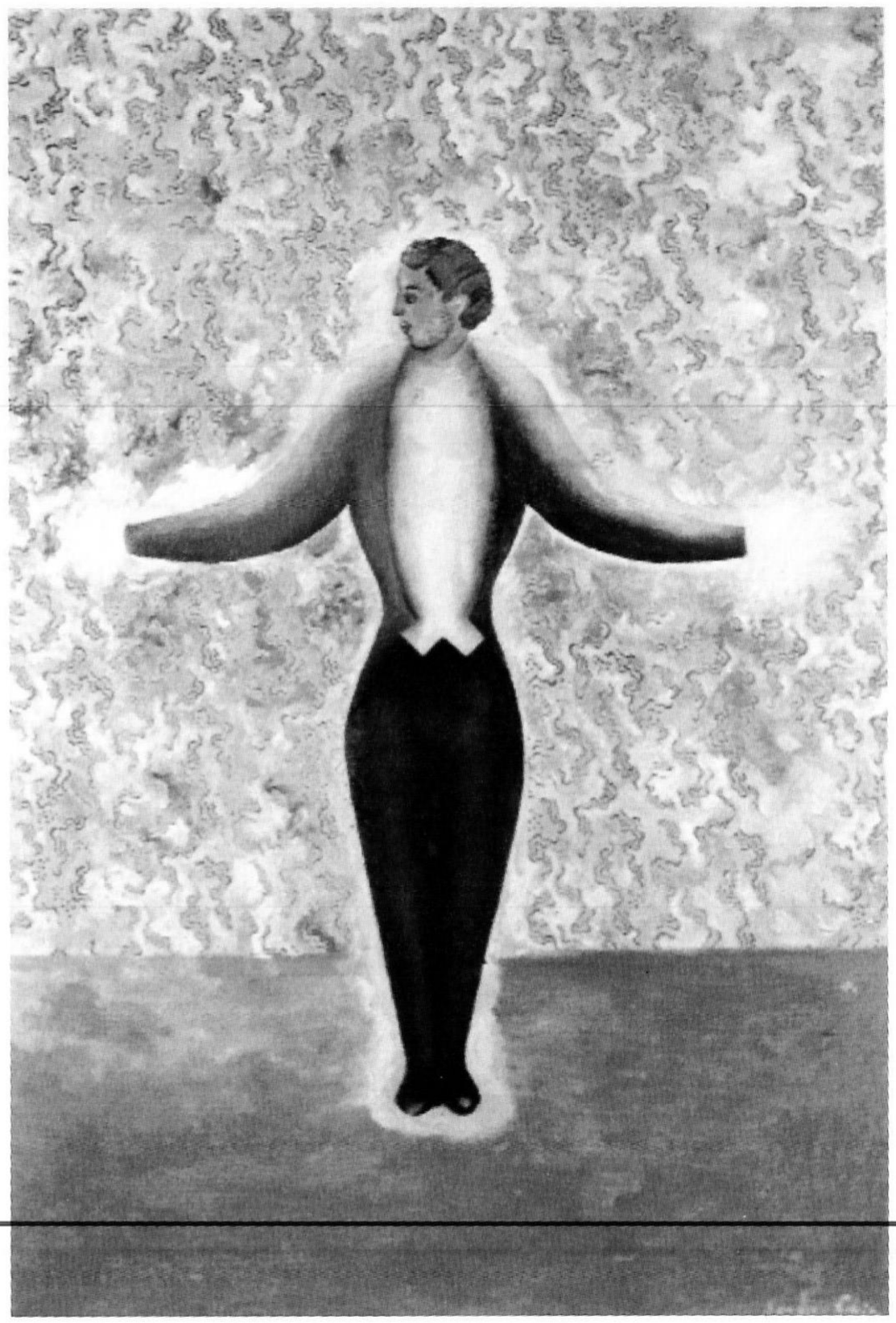
Weltmarkt und Wert

Doch der Mechanismus, über den sich dieser Gleichschritt von warenför-

migem Reichtum und Massenelend am Weltmarkt herstellt und hergestellt hat, besteht nicht in einem Werttransfer, sondern in der systematischen Durchsetzung *eines* weltweit gültigen Produktivitätsstandards, der alle auf niedrigeren nationalen oder regionalen Wertniveaus getätigten Produktionen für ungültig erklärt und vernichtet. Dieser Durchsetzungsprozeß hat natürlich seine jahrhundertelange Geschichte, die ich hier nicht nachzeichnen kann. Festhalten möchte ich nur, daß das Nebeneinander unterschiedlicher Produktivitätsniveaus am Weltmarkt immer unhaltbarer wurde, je weiter sich die Warenproduktion als gesellschaftliche Reproduktionsform weltweit etablieren konnte. Immer höhere Barrieren mußten die Staaten errichten, die ihre nationalen Produzenten vor der destruktiven internationalen Konkurrenz schützen wollten, bis unter dem Druck klaffender Produktivitätslücken, steigender Kosten und wachsender Schuldenberge schließlich kein anderer Weg mehr blieb, als die totale Öffnung der Märkte.

Empirisch ist diese Entwicklung häufig beschrieben worden. Wie aber läßt sie sich theoretisch erklären? Wir müssen dazu die Wirkungsweise des Wertgesetzes auf Weltmarktebene noch einmal genauer betrachten. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, daß auf dem Weltmarkt, im Gegensatz zum nationalen Markt, auch größere Produktivitätsunterschiede zwischen Unternehmen aus verschiedenen Ländern für längere Zeiträume nebeneinander existieren können. Wie kommt dies zustande? Sehen wir einmal von Zöllen und sonstigen nichttarifären Handelsschranken ab, so ist es der sogenannte *Schutzmechanismus der Wechselkurse*, der dieses Kunststück ermöglicht. Ein Produktivitätsunterschied von sagen wir 1:4, wie ihn Mandel in seinem Rechenexempel verwendet, könnte auf einem nationalen Markt (unter Bedingungen freier Konkurrenz) niemals bestehen, denn das unterproduktive Unternehmen würde binnen kürzester Zeit bankrottieren. Beim Handel zwischen zwei Nationen dagegen können die Niveaus auf der monetären Ebene durch eine proportional umgekehrte Währungsrelation von 4:1 einander angeglichen werden. Dem Preisausdruck nach ist dann die Ware des weniger produktiven Landes bzw. Unternehmens durchaus konkurrenzfähig.

Dieser Ausgleichsmechanismus diente Generationen von Volkswirtschaftstheoretikern seit Ricardo als



Sandro Chia: Unfähiger Zauberer, 1980

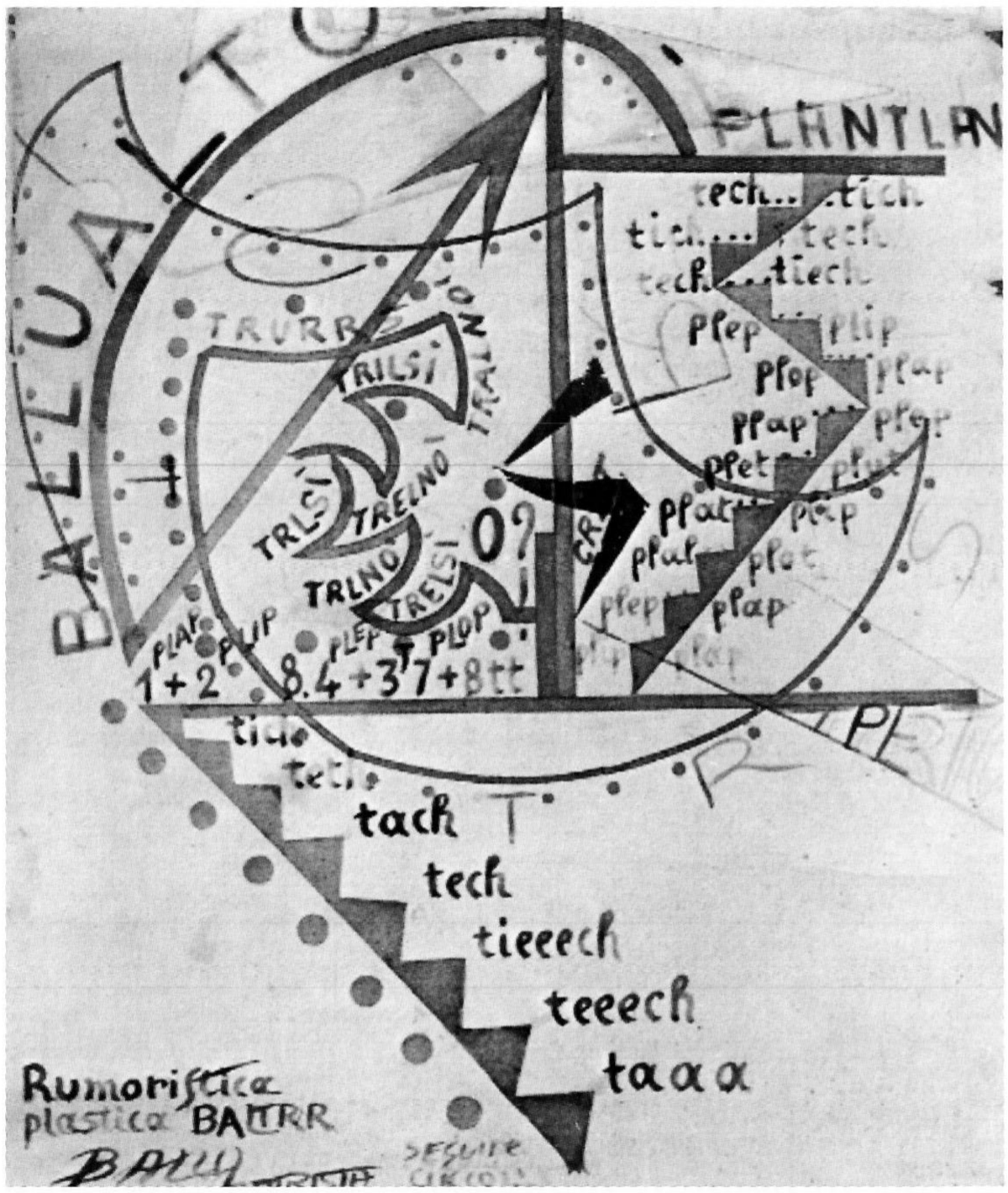
Argument für die Behauptung, daß ein freier Welthandel letztlich allen Beteiligten Vorteile (wenn auch unterschiedlichen Ausmaßes) beschere. Ricardo setzte bekanntlich den allgemeinen Goldstandard voraus. Er argumentierte dementsprechend nicht mit Wechselkursrelationen, sondern mit sich verändernden Preisniveaus in den miteinander Handel treibenden Ländern. Ein Handelsüberschuß in Land A führe zu Goldzuflüssen, dies zu einer Erhöhung der Geldmenge und dies wiederum zu einer Anhebung der Preise. In Land B vollziehe sich der gleiche Prozeß spiegelbildlich (Goldabfluß und Deflation), bis schließlich das schwächere Land wieder konkurrenzfähig werde. Beide Länder spezialisieren sich dann auf die Produkte, die sie am *relativ* produktivsten herstellen können (Theorem der komparativen Kostenvorteile). Formal gesehen vollzieht sich dieser Mechanismus auch ohne Goldstandard unter der Voraussetzung von flottierenden Wechselkursen analog auf der Ebene der Währungsrelationen: Handelüberschüsse führen zur Aufwertung und damit zur Verteuerung der Produkte am Weltmarkt und viceversa (hiermit argumentiert übrigens auch Klaus Busch a.a.O. in seiner neoricardianischen Kritik am Theorem vom ungleichen Tausch). Der gravierende, und von der Volkswirtschaftstheorie meist unbeachtete Unterschied besteht allerdings im Fehlen eines weltweiten Wertmaßstabs (Gold).

Komparative Vorteile

Doch dieser – wie oben aufgezeigte – rein monetär vermittelte, also bloß oberflächliche Ausgleich der Produktivitätsdifferenz gewährt nur einen temporären Aufschub von einigen Jahren oder allenfalls ein paar Jahrzehnten. Denn der Druck des Weltmarkts hält nicht nur an, sondern verstärkt sich sogar noch und zwar von zwei Seiten her. Zum einen schreitet die Produktivitätsentwicklung ja fort, weshalb das unterproduktive Land nun alle Anstrengungen unternehmen muß, um wenigstens nicht noch weiter zurückzubleiben. Zum zweiten aber verteuert jede Abwertung auch die Importe, und dies wiederum schlägt negativ auf die Exportproduktion zurück. Denn anders als im Ricardoschen Theorem der „Komparativen Vorteile", das in abgewandelter Form immer noch von der Volkswirtschaftstheorie bemüht wird, tauschen zwei Länder ja nicht völlig unabhängig voneinander produzierte Spezialprodukte aus. Vielmehr ist die moderne Warenproduktion weltweit so sehr ineinander verflochten, daß jede Exportproduktion ihrerseits nur auf der Basis vielfältigster Importe möglich ist. Insbesondere in-

dustriell wenig entwickelte Länder müssen, um überhaupt weltmarktfähig zu werden bzw. zu bleiben, ungeheure Mengen an Produktionsmitteln, Vorprodukten, Grund- und Rohstoffen einführen. Dies gilt selbst noch für die Rohstoffförderung und Agrarwirtschaft, die ja ebenso wie alle anderen Sektoren auch in den Produktivitätswettlauf eingebunden sind[13]. Insofern ist die Währungsabwertung immer ein zweischneidiges Schwert, und der „Schutzmechanismus der Wechselkurse" kann leicht eine Abwertungsspirale einleiten, in der die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes vollends unter die Räder kommt.

Auf der Wertebene läßt sich dieser Mechanismus in etwa wie folgt beschreiben: Mit jedem relativen Absacken der Produktivität stellt die in Land A aufgewandte Arbeit gemessen am Weltniveau ein immer geringeres Wertquantum dar. Damit sind nicht nur die dort hergestellten Waren international gesehen weniger wert, zugleich müssen auch immer mehr nationale Arbeitsstunden aufgewandt werden, um das notwendige Produktivkapital in Form von Maschinen, Vorprodukten etc. einzuführen. Dies aber führt zu einer weiteren Verschlechterung der Wert- bzw. Kapitalproduktivität, denn nun müssen unter relativ schlechteren Bedingungen relativ höhere Portionen an fixem Kapital verwertet werden. Das heißt: Jede Vergrößerung der Produktivitätsdifferenz zum Weltmarktniveau löst einen mehr oder weniger starken „Multiplikatoreffekt" aus, der die Lage noch weiter verschlechtert.



Giacomo Balla: Tafel mit den befreiten Worten, 1914

Nachholende Entwicklungen?

Auf die Dauer bietet also auch die Währungsgrenze keinen Schutz vor dem Druck der weltweit fortgeschrittensten Produktivität. Und je steiler das Gefälle zwischen den verschiedenen Niveaus ist, desto schwieriger gestaltet sich natürlich der Versuch, die Lücke zu schließen. Was den Spätstartern der kapitalistischen Modernisierung im 19. Jahrhundert (insbesondere Deutschland, Italien und Japan) noch gelang, war für die Nachzügler des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu schaffen. Schon die Strategie der „Importsubstitution" der 50er und 60er Jahre schuf sehr schnell einen hohen Importbedarf an Produktivkapital, der wertmäßig nicht durch entsprechende Exporte gedeckt werden konnte. Eine zeitlang ließ sich dies durch Plünderung der Naturressourcen, Überausbeutung der Arbeitskraft und Auslandsverschuldung überdecken (insofern fand und findet tatsächlich ein gewaltiger Transfer *stofflicher* Ressourcen von Süd nach Nord statt). Doch spätestens der ungeheure Produktivitätsschub der „mikroelektronischen Revolution" machte alle Hoffnungen zunichte. Die Folge war die Durchsetzung *eines* weltweit gültigen Wertniveaus, nicht auf dem Wege einer Angleichung nach oben, sondern des Abrasierens aller „unproduktiven" Produktionen; mit anderen Worten: die Deindustrialisierung ganzer Länder und Regionen im Osten und Süden. Letztlich blieben nur solche Industrien und „Dienstleistungen" erhalten, die direkt als Teil eines der von vorneherein global orientierten Produktionsaggregate fungieren, und die im übrigen nur einem Bruchteil der Weltbevölkerung die Möglichkeit bieten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen (oft genug unter miserablen Bedingungen).

Weltmarkt total?

Im totalen Weltmarkt ist der Kapitalismus zwar nun endgültig zu sich gekommen, doch keinesfalls in jenem glorreichen Sinne, wie seine Hofsänger es verkünden. Die Auflösung der Nationalökonomien ordnet sich vielmehr in einen globalen Krisenprozeß ein, der die Fundamente der modernen Warenproduktion selbst untergräbt. Erstens ist die Durchsetzung des *einen* Wertstandards auf dem Wege der breitflächigen Deindustrialisierung gleichbedeutend mit der weltweiten Abschmelzung der Wertbasis (und damit auch der Verwertungsfähigkeit) des Kapitals. Zweitens – und auf diesen Punkt möchte ich hier noch kurz eingehen – ist der totale Weltmarkt schon deshalb prekär, weil dem überall gültigen Wertniveau keinesfalls ein weltweiter *Wertmaßstab* entspricht. Dies erscheint paradox, doch drückt sich darin nur ein unauflösbarer Widerspruch aus, der auf die Unhaltbarkeit des warenproduzierenden Weltsystems verweist. Der Goldstandard läßt sich nicht wiedereinführen, ohne gewaltige Kontraktionen des Finanzüberbaus mit entsprechend katastrophalen Rückwirkungen auf die Realökonomie zu provozieren; seine Aufhebung war nämlich Voraussetzung (und zugleich Folge) der völligen Entfesslung der Verwertungslogik im fordistischen Boom.[14] Andererseits kann es aber auch nie einen Weltstaat geben, der ein einheitliches, überall gültiges Papier- bzw. Buchgeld einführt und garantiert; denn dies würde als notwendige (wenn auch nicht hinreichende) Bedingung eine weltweite ökonomische Homogenisierung erfordern, die ja gerade durch die Zwangsgesetze des Weltmarkts verhindert wird.

Diese Lücke können auch die Währungen der relativ stärksten Län-

der (insbesondere Dollar, DM, Yen und Schweizer Franken) nicht schließen, die sich – nachdem der Dollar seine Monopolstellung als Weltgeld eingebüßt hat – als parallele Ersatzmaßstäbe durchgesetzt haben. Dagegen spricht schon, daß es sich eben nicht um *ein* Wertmaß, sondern um *mehrere* handelt, die nebeneinander existieren und zunehmenden Schwankungen unterliegen. Darüberhinaus sind auch diese Währungen einem beschleunigten Auszehrungsprozeß ausgesetzt, der sie bald vollends diskreditieren könnte. Hinzu kommt, daß sie im allgemeinen eben doch nur als Parallelgeld neben den fortexistierenden (und meist nicht frei konvertiblen) Landeswährungen fungieren. Solange sich die Nationalstaaten noch einen Rest von Funktionsfähigkeit bewahren, eröffnen sich damit aber auch gewaltige Manipulationsspielräume auf der Ebene der Wechselkurse. Was einmal die „Schutzfunktion der Wechselkurse" war, wird nun zunehmend gezielt als exzessives Wechselkursdumping eingesetzt (vor allem osteuropäische und ostasiatische Staaten wie China praktizieren diese Art von Wettbewerbspolitik). Das Ziel ist hier nicht mehr, eine bestimmte nationalökonomische Struktur vor dem Druck der übermächtigen Konkurrenz zu schützen, um sie nach und nach auf Weltniveau hinaufzuhieven, sondern besteht bloß noch darin, überhaupt irgendetwas auf dem Weltmarkt verkaufen zu können, um wenigstens ein paar mickrige Devisen an Land zu ziehen.

Unter dieser Prämisse wird der Ausplünderungsprozeß an Mensch und Natur nun beschleunigt fortgesetzt und alles verschleudert, was noch verschleudert werden kann. In gewisser Weise könnte man hier nun tatsächlich von einem Werttransfer sprechen, nur daß eben durch die weltweite Verallgemeinerung dieser Dumpingpolitik letztlich jeder objektive Wertmaßstab verloren geht. Außerdem ist der Vorteil für die Länder des Weltmarktzentrums nur ein sehr relativer, denn der von ihnen durchgesetzte Produktivitätsstandard tritt nun in Konkurrenz zu scheinbar produktiveren Anbietern, deren Konkurrenzfähigkeit allerdings nicht auf höherer Produktivität basiert (wegen billiger Arbeitskraft), sondern einzig und allein auf einer Manipulation der Relationen. Was hier wirklich stattfindet ist ein beschleunigter und irreversibler Prozeß weltweiter Wert*vernichtung*, der die Fundamente des warenproduzierenden Weltsystems untergräbt. ■

Norbert TRENKLE lebt in Nürnberg und ist Mitherausgeber der Zeitschrift *»Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft«* (Horlemann-Verlag, Bad Honnef).

Anmerkungen

1 Arghiri Emmanuel, der die Diskussion anstieß, hatte zum Beispiel nichts gegen die Marktwirtschaft an sich einzuwenden, bemängelt aber, daß das Wertgesetz auf dem Weltmarkt *verletzt* werde und *deshalb* die Länder der Peripherie unter die Räder kämen (vgl. Klaus Busch, Ungleicher Tausch, in »Prokla« 8/9, Erlangen 1973, S. 53).

2 Ihr rationaler Kern besteht in der These, einen Wertransfer gebe es deshalb, weil die organische Zusammensetzung des Kapitals in den peripheren Ländern durchschnittlich niedriger sei, als in den Weltmarktmetropolen. Emmanuel selbst findet diese Form des Werttransfers allerdings unproblematisch, denn sie entspreche ja dem „normalen Funktionieren" des Wertgesetzes auch auf dem nationalen Markt (vgl. Busch a.a.O., S 52).

3 Vgl. Busch, a.a.O, S. 53.

4 Vgl. etwa Winfried Wolf, 500 Jahre Conquista, Köln 1992, S. 39.

5 Ernest Mandel, Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973, S. 331.

6 Ebd.

7 Die auch und gerade im Marxismus weitverbreitete Vorstellung, im Wert würde die Arbeit in einem buchstäblichen Sinne dinglich konserviert, ist Ausdruck eines fetischistischen Bewußtseins, das die bürgerliche Verkehrsform ontologisiert.

8 Mandels Interpretation des Wertgesetzes auf Weltmarktebene verweist allerdings darauf, daß er die Sache nicht begriffen hat, sondern, was den nationalen Markt angeht, sich nur brav an den Wortlaut des „Kapitals" hält. Dort, wo er sich aber nicht mehr auf eindeutige Marxsche Aussagen stützen kann, kommt sein krudes werttheoretisches Verständnis zum Vorschein. Hier erscheint es dann mit einem Mal doch so, als klebe an den Produkten buchstäblich eine bestimmte Portion verausgabter Arbeit, die hin- und hergeschoben werden kann.

9 „... kann man sagen, daß die national durchaus gesellschaftlich notwendige (unter Bedingungen gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeitsproduktivität geleistete) Arbeit international geringer anerkannt wird als jene der fortgeschrittenen Länder, jedoch tatsächlich voll wertbildend ist" (Mandel, a.a.O., S. 331).

10 Mandel, a.a.O., S. 332. Auch hier schmeißt Mandel unreflektiert Wertseite und stoffliche Seite durcheinander. Denn ein Abfluß von „Wirtschaftsressourcen" ist nun mal keinesfalls mit einem Wertabfluß identisch, sondern findet vielmehr *vermittelt über den Äquivalententausch* statt.

11 Man kann darüber streiten, ob das am Weltmarkt gültige Wertniveau den Durchschnitt aller dort auftretenden Konkurrenten repräsentiert, wie es etwa Klaus Busch in seinem Buch „Die multinationalen Konzerne" (Frankfurt/M. 1974) vertritt. Ich vermute eher, daß dies nur scheinbar der Fall ist, weil sich in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer schon (und immer noch) der Filter der Wechselkurse dazwischenschiebt, es also keinen gemeinsamen Wertmaßstab gibt (dazu weiter unten noch ein paar Bemerkungen). Selbst wenn es aber so wäre, wie Busch behauptet, würde das fortgeschrittenste Produktivitätsniveau weiterhin absolut dominant bleiben.

12 Anfang 1991 fand beispielsweise in »Konkret« eine Debatte unter der Überschrift „Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?" statt, in der Kurt Hübner und Jörg Goldberg sich Zahlenkolonnen um die Ohren schlugen, um nachzuweisen, daß ‚die Ausbeutung der Dritten Welt nicht die Quelle des Wohlstands der Ersten Welt (ist)" (Hübner in »Konkret« 2/1991). Winfried Wolf wartete ein Jahr später in seinem Buch „500 Jahre Conquista" auf der gleichen (empirischen) Ebene mit einer alternativen Berechnung auf, die das gegenteilige Ergebnis abwarf. Theoretisch kam er keinen Millimeter weiter als seine Kontrahenten.

13 Die landwirtschaftliche Produktivität (Produktivität hier immer gemeint im kurzfristigen und kurzsichtigen Sinne betriebswirtschaftlicher Rentabilität) ist seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sogar in besonderem Maße gesteigert worden (Einsatz von Maschinen, Chemikalien und besonderen Zuchtpflanzen). Daher „gilt" die Arbeit des peripheren Kleinbauers wertmäßig so gut wie nichts mehr.

14 Vgl. dazu Ernst Lohoff, Die harte Landung des Dollar, in »Krisis« 16/17, Bad Honnef, 1995.

Take-Off und Bruchlandung

Vom Scheitern des NAFTA-Modells für Mexiko

Anne HUFFSCHMID

Schon die Geburt des mühselig ausgehandelten Freihandelsvertrages NAFTA (North American Free Trade Agreement), mit denen die drei Großen Nordamerikas über zwei lange Jahre schwanger gegangen waren, stand am 1. Januar 1994 in Mexiko bekanntlich unter einem denkbar schlechten Stern.

La Crisis

Was von der Regierung als Eintrittskarte in den exklusiven First-World-Club propagiert worden war, wurde von der Zapatistenguerilla EZLN zur „Sterbeurkunde für die indianischen Völker" deklariert – und damit zu einem der medienwirksamen Anlässe für jene spektakuläre Revolte, die binnen kürzester Zeit alle NAFTA-Euphorie schlagartig von den Titelblättern der Landes- und Weltpresse verdrängen sollte. Und dies war vielleicht auch schon der letzte große Medienauftritt des einst so heißdiskutierten Abkommens, das für viele den endgültigen Anschluß des Schwellenlandes an den potenten Norden besiegeln sollte. Heute ist das 2000 Seiten starke Vermächtnis des Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari auf gelegentliche Meldungen im Innenteil der Wirtschaftsseiten verbannt und als salinistische Kreation ähnlich in Verruf geraten wie der ehemalige – und mittlerweile exilierte – Staatschef. Selbst unter einstigen Freihandelsapologeten herrscht Ernüchterung. Zwar ist der interamerikanische Handel seit dem Abbau der Zollschranken zwischen Mexiko, den USA und Kanada tatsächlich um fast ein Fünftel gestiegen. Zum Motor von Wachstum und Prosperität, wie NAFTA besonders in Mexiko gepriesen wurde, aber wurde das Abkommen nicht. Im Gegenteil: statt via Freihandel die magische Schwelle zur Ersten Welt zu überschreiten, hat der ehemalige Latino-Tiger (»Business-Week«) heute mit der schärfsten Rezession seit den 30er Jahren zu kämpfen. Die MexikanerInnen beschäftigt derzeit weniger die Tatsache, daß sie seit zweieinhalb Jahren an der größten Freihandelszone der Welt – mit über 360 Millionen potentiellen VerbraucherInnen und einem Bruttosozialprodukt von über 6,5 Billionen Dollar im Jahr – teilhaben dürfen, als vielmehr *la crisis*, die allgegenwärtige Krise, die ihren vorläufigen Höhepunkt im berüchtigten „Tequila-Effekt" gefunden hatte und heute zum Synonym für mexikanisches Lebensgefühl geworden ist.

Seit Beginn von 1994 wurden die Grundfesten der einstigen Musterrepublik von einem dreifachen Beben erschüttert: Zunächst zertrümmerte die radikaldemokratische Zapatistenrevolte, weniger durch ihre Waffen als durch das millionenfache Echo im ganzen Lande, den jahrzehntelang gepflegten Mythos vom sozialen Frieden in der postrevolutionären Republik. Gleichzeitig zerfällt die politische Klasse, die seit fast siebzig Jahren regierende revolutionär-institutionelle Staatspartei PRI, in aller Öffentlichkeit: Die bislang sorgsam zugedeckten „Kloaken der Macht" öffnen sich – heraus kommen Skandale, mörderische Fraktionskämpfe, politische Attentate und Drogenfilz, die die Partei der Institutionialisierten Revolution trotz formal gewonnener Präsidentschaftswahlen – im August 1994 – in eine anhaltende Legitimationskrise stürzten. Und schließlich kracht mit der überfallsartigen Abwertung vom 20. Dezember 1994 – und dem folgenden freien Fall der Landeswährung – zuguterletzt die Illusion des sogenannten *milagro mexicano*, des mexikanischen Wirtschaftswunders, zusammen.

Daß das „Modell Mexiko" endgültig ausgespielt hat, dürfte heute auch den glühendsten Anhängern des mexikanischen Wirtschafts- und Stabilitäts"wunders" klargeworden sein. Dieses Scheitern des mexikanischen Modernisierungsmodells aber hat ursächlich mit eben jenen „Modernisierungs"politiken zu tun, deren Weichen keinesfalls erst mit dem NAFTA-Vertrag, sondern schon mit dem GATT-Beitritt Mitte der achtziger Jahre gestellt worden sind: In diesem Sinne war NAFTA kein wie auch immer gearteter Scheideweg, als der er von Befürwortern aber auch von Kritikern gehandelt wurde, sondern eher die logische Vollendung einer konsequenten Liberalisierungsstrategie, die immer mehr auf aktive wirtschaftspolitische Gestaltung – etwa Industrie- oder Verteilungspolitiken – verzichtete und sich stattdessen zunehmend an (Welt-) Marktlogiken orientierte. Der Vertrag, so auch Thea M. Lee vom Institut für Wirtschaftspolitik in Washington, sei lediglich eine „formale Anerkennung längst geschehener Veränderungen" im Rahmen des oftmals neoliberal genannten Kurswechsels der 80er Jahre gewesen: die schrittweise Aufhebung der Handelsbarrieren, Privatisierung und Kürzung von Subventionen und Staatsausgaben, marktorientierte Landreformen und weitgehende Deregulierung der Auslandsinvestitionen und des Finanzwesens.

So ist die extreme Verwundbarkeit der mexikanischen Wirtschaft, die letztlich zum Kollaps führte – das klaffende Leistungsbilanzdefizit von 28 Millionen Dollar im ersten NAFTA-Jahr, das immer mehr durch spekulatives Kapital finanziert wurde – in der Folge von Importabhängigkeit, Vernachlässigung des Binnenmarktes und Polarisierung von nationalem Angebot und Nachfrage nur eine „natürliche" Konsequenz dieser passiven Wirtschaftspolitik – und somit strukturell bedingt. Das orthodoxe Krisenmanagement, mit dem die Regierung Ernesto Zedillos seitdem die Gemüter von Gläubigern und Investoren zu beruhigen versucht, ändert an diesen Strukturbedingungen nichts. Die bekannten Dilemmata – Finanzstabilisierung versus Wachstum und Beschäftigung, Attraktivität für Auslandskapitale versus Souveränität und Binnenentwicklung – wurden in dem rein monetär und rezessiv angelegten „Schockprogramm" nicht kreativ angegangen, die Prämissen des gescheiterten Entwicklungsmodells keinesfalls infragegestellt und die sozialen Kosten wie gehabt der Bevölkerung aufgebürdet.

Der Traum vom Take-off: Mexiko im Fieber der Wirtschaftsliberalisierung

Die Formel, mit der in Mexiko, Kanada und den USA für NAFTA geworben wurde, war denkbar einfach: Gemäß den Theoremen der klassischen Außenhandelslehre würde der frei florierende Güterverkehr in Nordamerika allerorten Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Eine der meistzitierten Studien sah allein für 1995 an die 600.000 neue Jobs in Mexiko und 170.000 in den USA vor. Skeptischen Einwänden bezüglich des Gefälles im NAFTA-Dreieck, in dem Mexiko gerade mal 5 Prozent des gemeinsamen Produkts erwirtschaftet, schenkte man wenig Beachtung: dessen Produktivitätsrückstände würden binnen kürzester Zeit durch massenhafte Auslandsinvestitionen aufgeholt werden.

Diese Logik prägte lange vor dem formalen Freihandelsvertrag die Umorientierung mexikanischer Wirtschaftspolitik: schon mit der Entscheidung, im Jahre 1986 dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) beizutreten, waren die Weichen in Richtung (wirtschaftlicher!) Liberalisierung und damit, aufgrund der fehlenden Wettbewerbsfähigkeit einer bis dahin abgeschotteten „Dritt-Welt"-Ökonomie, auch in Richtung struktureller Importabhängigkeit gestellt. Schon seit Mitte der achtziger Jahre wuchs das Handelsvolumen mit der – vor allem nordamerikanischen – Außenwelt ebenso exponentiell wie ungleichgewichtig an: wesentlich schneller als die Exporte stiegen die Importe an. Mit dem Beginn der Salinas-Ära (1988-1994) riß die Lücke in der Handelsbilanz dann endgültig auf: von einem leichten Überschuß im Jahre 1988 bis zum Rekorddefizit von 24 Milliarden US-Dollar, mehr als alle anderen lateinamerikanischen Länder zusammen (18 Milliarden). Zwar konnte die Exportpalette unter Salinas erheblich diversifiziert werden – kamen 1987 noch mehr als die Hälfte der Einnahmen aus dem Erdöl, so waren es 1994 schon weniger als ein Fünftel – die US-Abhängigkeit aber ist dabei größer geworden: wickelte man früher „nur" drei Viertel des Handels mit den USA ab, so sind es heute 85 Prozent. Schließlich verzeichnete die mexikanische Wirtschaft zum Ende der Salinas-Ära ein akkumuliertes Handelsbilanz-Defizit von über 53 Milliarden Dollar.

Nach salinistischer Logik aber war dies nur der Preis, den das Land für seine Modernisierung zu zahlen hatte. Denn als Modernisierer, der Mexiko auf den rechten Weltmarktkurs bringen würde, war der Harvard-Absolvent 1988 ausdrücklich angetreten und trotz der zweifelhaften Umstände seines Amtsantritts – bis in PRI-Kreise hinein gilt heute als sicher, daß Kandidat Salinas damals nur mithilfe massiven Wahlbetrugs ins Amt gehievt wurden – bald auch gefeiert worden. Und tatsächlich war es dem kleinen drahtigen Technokraten in wenigen Jahren gelungen, die galoppierende Inflation von über 170 bis auf knapp 7 Prozent zum Ende seiner Amtszeit zu drücken, den Schuldendienst zumindest erträglich zu gestalten und, bis auf einen leichten Einbruch 1993, vergleichsweise konstante Wachstumsraten von 3,6 Prozent (1991) und 2,7 Prozent (1992) und 3,5 Prozent (1994) zu erzielen. Ein mittleres Wunder schien Beobachtern die Verwandlung des chronischen Haushaltsdefizits in einen geringfügigen Überschuß. Vor allem aber wird der salinistischen Wirtschaftspolitik der verstärkte Zufluß ausländischer Kapitale ins Land zugutegehalten: Waren es bei seinem Amtsantritt 1988 gerade 5 Milliarden Dollar ausländische Direktinvestitionen, so waren es 1994 – bis zum großen Crash – insgesamt fast 50 Milliarden. Der kleine, entscheidende Schönheitsfehler: weniger als die Hälfte davon ging in produktive Investitionen, der Rest floß in die Finanzspekulation. Auch in Sachen Privatisierung erwies sich die Salinas-Administration als Musterschülerin: von den ehemals knapp 1.200 Staatsbetrieben wurden innerhalb weniger Jahre bis auf knapp 200 alle verkauft. Besonderer Kraftakt im Privatisierungsfieber: in gerade mal 12 Monaten wurden die 18 Geschäftsbanken des Landes wieder Privaten übergeben – erst 1982 waren diese im Zuge der Schuldenkrise Mexikos verstaatlicht worden. Neben der außenwirtschaftlichen Schieflage aber gab es noch einen anderen Haken in der ansonsten so glänzenden neoliberalen Bilanz: nach offiziellen Angaben lebten am Ende der Salinas-Ära fast 40 Millionen der MexikanerInnen in „Armut", fast die Hälfte von ihnen sogar im „Elend". Vor zehn Jahren, zu Beginn der volkswirtschaftlichen „Genesung", waren es „nur" um die 14 Millionen gewesen.

Dabei war das ursprünglich etwas anders gedacht: Die unter Salinas forcierte Liberalisierungsstrategie sollte theoretisch zu einer Stärkung des Exportsektors und damit zur mittelfristigen Sanierung der brachliegenden Binnenökonomie führen. Liberalisiert aber wurden zunächst vor allem die Importe: auf die Abschaffung der Importlizenzen folgte ab 1987 die schrittweise Reduzierung der Einfuhrzölle; gleichzeitig baute man die Barrieren für die umworbenen Auslandsinvestoren ab, die in den letzten Jahren immer unkontrollierter in die Schlüsselbranchen, die Börse und Finanzmärkte des Landes „einsteigen" konnten. So wuchsen die Auslandsverkäufe zwischen 1988 und 1992 zwar mit einer beachtlichen durchschnittlichen Wachstumsrate von 5,8 Prozent, gleichzeitig aber überschwemmte eine Importwelle die mexikanische Wirtschaft: jedes Jahr kamen um 22,4 Prozent mehr ausländische Waren auf den Markt, bei Konsumgütern mußten die inländischen Hersteller sogar eine mehr als 30prozentige Steigerung des Auslandsangebots hinnehmen.

Verkehrte (Finanz-)Welt

Monetäre Voraussetzung für die zunehmende Außen- und vor allem US-Anbindung war eine fatale Kombination aus Überbewertung und Hochzinspolitik. Verkehrte (Finanz-)Welt: so sollten die hohen Zinsen, als Lockmittel für die ausländischen Kapitalflüsse, das externe Gleichgewicht garantieren, während der künstlich fixierte Wechselkurs zur Stabilisierung des internen Gleichgewichts – als eine Art „Anker für das Preissystem" – dienen sollte. Der Produktivsektor wurde durch die hohen Kreditkosten und erschwerten Exportmöglichkeiten doppelt bestraft. Diese „strukturelle Krise der Privatwirtschaft" ist nach Auffassung des Ökonomen Enrique Dussel Peters der entscheidende Unterschied zum mexikanischen Schuldencrash von 1982. Denn im Zentrum der Krise stehen heute nicht mehr die öffentliche Verschuldung und der defizitäre Staatshaushalt, sondern das (privat verursachte) Handelsbilanzdefizit, das immer weniger über „solide" Direktinvestitionen finanziert werden konnte und 1994 schließlich in die bekannten finanziellen Turbulenzen führte. Eine gezielte Förderung des mexikanischen Exportpotentials wie auch der Konkurrenzfähigkeit der nationalen Produzenten hielt man bei alledem offenbar für überflüssig: die ersten – und ausgesprochen zaghaften – sektoriellen Studien und Förderprogramme kamen, so Dussel Peters, erst nach dem Ein-

bruch und damit um „viele Jahre zu spät".

So ging die Makroliberalisierung auf Kosten der Mikroökonomie: Während die Importschwemme in der Verbindung mit einer exportfeindlichen Überbewertung die backward-linkages verhindert, erschwert die investitionsfeindliche Hochzinspolitik die so dringend benötigten forward-linkages. Dieses Strukturdilemma, das von Dussel Peters ironisch als „Strukturwandel von einer export- zu einer importorientierten Industrialisierung" beschrieben wird, verschärft sich noch durch die heterogene Entwicklung der einzelnen Sektoren: gerade die dynamischen Branchen mit vergleichsweise hohen Wachstumsraten – wie Automobilbranche, Petrochemie, Glasverarbeitung oder Elektronik – sind ausgesprochen importabhängig, eher kapitalintensiv und entweder von nationalen Monopolen bzw. Oligopolen oder wie im Fall der Autohersteller von transnationalen Unternehmen kontrolliert. Dagegen weisen die traditionellen Industrien wie Papier-, Tabak-, Textil- oder Metallverarbeitung niedrige Wachstums- und Exportraten sowie eine höhere Beschäftigungsintensität auf.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die NAFTA-Modernisierung – als reine Liberalisierung ohne eine flankierende Industrie- und Verteilungspolitik – in Mexiko von vorneherein zum Scheitern verurteilt war. Viele aber sahen das damals anders: Als am 12. August 1993 das vierzehnmonatige Tauziehen um die Einzelheiten der künftigen Wirtschaftsbeziehungen in Nordamerika vorerst beendet schien, titelte selbst die spanische Tageszeitung »El País«, sonst eher sozialdemokratisch denn neoliberal gepolt, noch begeistert: „Endlich – Ankunft in der Ersten Welt!"

NAFTA: Abkommen zum Abbau von Zollschranken

In erster Linie ist NAFTA als Abkommen zum Abbau von Zollschranken angelegt. So wurden im Januar 1994 84Prozent aller mexikanischen Verkäufe in die USA vom Zoll befreit, nach einer Übergangsfrist von 10 Jahren werden es fast 100 Prozent sein. Umgekehrt sind zwar vorerst nur 43 Prozent der US-Lieferungen nach Mexiko zollfrei, doch auch hier werden es innerhalb von zehn Jahren schon 99 Prozent sein. Nur einigen „besonders sensiblen" Gütern, wie Mais und Bohnen aus Mexiko, wird eine Schonfrist von 15 Jahren eingeräumt. Doch nach Ablauf dieser Frist wird sich auch das mexikanische Nationalgetreide auf dem Weltmarkt bewähren müssen. Wie aber das Produktivitätsgefälle zur Maismacht USA in ein paar Jahren aufgeholt werden soll, bleibt das Geheimnis der mexikanischen Agrarbehörden: um eine Tonne Mais zu erwirtschaften, müssen chiapenkische Maisbauern beispielsweise 18 Tage arbeiten; ihre Kollegen im Norden brauchen dazu im Schnitt eine Stunde. Aufgrund des erschwerten Kreditzugangs, der gestiegenen Zinsen und des verteuerten Inputs – in den bewässerten Anbaugebieten verdoppelten sich die Preise für Saatgut und Düngemittel – könnten sich schon bald mehr als vier Millionen Kleinbauern laut einer Weltbank-Studie gezwungen sehen, von den „unrentablen" Basisgütern wie Mais und Bohnen auf „lukrativere" Exportprodukte wie Früchte, Gemüse und Fleisch umzusteigen – das Nachsehen haben dabei sowohl die besitzlosen Landarbeiter wie auch die Verbraucher. Überhaupt sind die Exporthemmnisse für Agrarprodukte aus dem Süden sowieso eher nicht-tarifärer Art. Ein mexikanischer Händler unternahm dazu kürzlich ein aufschlußreiches Experiment: Er kaufte in den USA mehrere Fässer Milch, vertauschte die Etiketten und versuchte diese Milch dann wieder gen Norden zu exportieren – leider vergeblich. Die Grenzbeamten hatten bei Laborproben „gesundheitsschädigende Bakterien" entdeckt.

Auch wenn das Agreement dem Namen nach ein Zoll- bzw. Handelsvertrag ist, wird von BefürworterInnen wie KritikerInnen seine Funktion als Lockvogel für ausländische Investitionen hervorgehoben. So werden die Zollbestimmungen von einem umfangreichen Paket von Modifikationen der mexikanischen Gesetzgebung flankiert, die alle zum Ziel haben, etwaige Fesseln gegenüber dem Auslandskapital zu lockern: damit dieses in Mexiko sich „wie zuhause" fühlt, werden künftig keinerlei Bedingungen über nationale Anteile, Reinvestition der Gewinne oder Technologietransfer mehr gestellt. Eine Tür allerdings war trotz intensivster US-Bemühungen bislang verschlossen geblieben: das 1938 nationalisierte Erdöl ist über den PEMEX-Komplex (Petroleos Mexicanos) weiter dem mexikanischen Staat vorbehalten. Allerdings stehen dem US-Kapital immer größere Hintertürchen zu verschiedenen Bereichen der Petrochemie offen, indem bislang verfassungsrechtlich geschützte Produkte einfach reklassifiziert werden.

Als letzte Hürde vor der Unterzeichnung des Vertrages wurden im Herbst 1993 in Presse und Parlamenten aller drei Länder monatelang die sogenannten „Parallelabkommen" diskutiert: um eine Aufweichung von Arbeits- und Umweltstandards in der neuen Freihandelszone zu verhindern, hatten vor allem us-amerikanische Gewerkschaften, Demokraten und Ökobewegungen auf diverse Zusatzverträge zum NAFTA-Text gedrungen. Ergebnis der hitzigen Diskussionen waren lediglich zwei trilaterale Kommissionen, die in Streitfällen – wie zum Beispiel der Mißachtung einer arbeitsrechtlichen Bestimmung oder der jeweiligen Umweltgesetze – ein Schiedsgericht anrufen können. Dieses kann zunächst Geldbußen verhängen und wenn die unbeachtet bleiben, können – zumindest im Fall Mexikos, da Kanada sich diesen „Eingriff in die nationale Souveränität" erfolgreich verbeten hatte – Handelssanktionen wie zum Beispiel Sonderzölle verhängt werden; dagegen hatten oppositionelle Netzwerke wirtschaftliche Sanktionen nicht für das gesamte Land, sondern für die jeweils verantwortlichen, meist multinationalen Unternehmen vorgeschlagen. Außerdem enthält das Zusatzpaket eine – rechtlich unverbindliche – Absichtserklärung zur Einrichtung einer Kommission zur Überwachung der Umweltbedingungen an der 3.000 Kilometer langen Grenze zwischen Mexiko und den USA, da das Grenzgebiet von US-Multis in der Vergangenheit stets als eine Art Niemandsland zur Müllentsorgung betrachtet – und genutzt – worden war.

NAFTA-Skeptiker aller drei Länder kritisierten die Parallelabkommen schon bei ihrer Entstehung als „zahnlose Kosmetik" und schlugen stattdessen – ergebnislos – eine verbindliche Sozialcharta sowie materielle Ausgleichszahlungen zur Kompensation von ökonomischen Asymmetrien zwischen den künftigen Freihandelspartnern vor. Besonders für mexikanische Öko-Aktivisten und unabhängige Arbeitswissenschaftler wurde die trilaterale Diskussion um Umwelt- und Arbeitsstandards im freien Handel zur delikaten Gratwanderung zwischen Souveräntitätsansprüchen und Kritik an der eigenen Regierung. Im Wissen um die „permanente Vergewaltigung" des – auf dem Papier – vergleichsweise fortschrittlichen mexikanischen Ar-

beitsrechts können sie eine striktere Überwachung geltender Normen natürlich nur begrüßen. Andererseits wehren sie sich dagegen, daß „ausgerechnet" die arbeitsrechtlich eher rückschrittlichen USA als Ober-Inspektor auftreten sollen, wie der renommierte Arbeitswissenschaftler Nestor de Buen anmerkt. Als Mitglied der Verhandlungskommission äußerte er sich zufrieden darüber, daß letztlich nur „kleinere" Themen – wie Altersgrenzen und Fragen von Hygiene und Arbeitssicherheit – Gegenstand von Vertragsstreitigkeiten zwischen den Ländern sein können. Die Lösung der „großen Fragen" wie Gewerkschaftsfreiheit, Tarifverträge, Streikrecht und Lohnfestsetzung sei dagegen „unsere eigene Verantwortung", so de Buen, „und wir können nicht zulassen, daß sich da welche einmischen, die ohne den geringsten sozialen Sinn nur auf die Befriedigung ihrer Handelsinteressen aus sind."

Allen Grund zur Vorsicht hat Mexiko auch mit der ökologischen Doppelmoral des Nachbarn im Norden. Einerseits müssen Öko-Argumente herhalten, wenn die wirtschaftlichen Interessen der USA betroffen sind: Ein Beispiel ist das vor ein paar Jahren verhängte Embargo gegen mexikanischen Thunfisch, da bei dessen Fang überdurchschnittlich viele Delphine ihr Leben lassen müssen. Andererseits werden die Proteste der mexikanischen AnrainerInnen gegen Giftmüllverbrennung und -lagerung im Grenzgebiet als „fortschrittsfeindlich" und „klimaschädigend" abgetan. Für den Ökonomen Bernal Sahagun von der Nationaluniversität UNAM ist der Protektionismus dann auch die „dunkle Seite" des aufrechten ökologischen Kampfes in den USA. Und dahinter stecken nicht selten gänzlich unökologische Kostenerwägungen: „Sie wollen natürlich vermeiden, daß andere genau das machen, was sie selbst über Jahre hinweg gemacht haben: ihre umweltverschmutzenden Anlagen nach Lateinamerika, besonders nach Mexiko, schicken." Die mexikanischen Umweltgesetze und die Öko-Vorschriften der Zusatzabkommen „berühren nicht in erster Linie US-Interessen, sondern die der Konkurrenz aus Drittländern, in dem sie vor allem die Installationskosten für neue deutsche oder japanische Unternehmen erhöhen."

Ein vollkommen blinder Fleck in dem Vertragswerk ist das brisante Thema der Arbeitsmigration. Ausdrückliche Freizügigkeit genießen laut NAFTA nur die etwa 5.000 grenzüberschreitenden Manager, nicht aber die Millionen von „illegalen" Wanderarbeitern aus Mexiko. Diese sollten nach der jüngsten – mittlerweile wieder auf Eis gelegten – Gesetzesinitiative 187 in Kalifornien künftig nicht mal mehr in den Genuß von Schulbildung und ärztlicher Versorgung kommen, was selbst bei der mexikanischen Regierung zu flammenden Reden zur Verteidigung

Sandro Chia: Brandstifter, 1980

„unserer Landsleute jenseits der Grenze" geführt hatte. „Dieses rassistische Gesetz aber würde es gar nicht erst geben", gibt der Ökonom Manfred Wannöffel, Herausgeber der Studie „Soziale und ökologische Sackgassen ökonomischer Globalisierung: das Beispiel NAFTA" zu bedenken, „wenn man in NAFTA nicht nur die Freiheit der Warenströme, sondern auch die der Arbeitnehmer geregelt hätte."

Nachdem das Abkommen im mexikanischen Parlament mit seinen eindeutigen Mehrheiten erwartungsgemäß problemlos abgesegnet und wenig später auch vom kanadischen Kongreß ratifiziert wurde, wartete man Ende 1993 mit Spannung auf die Entscheidung der US-Parlamentarier. Doch die Hoffnung der NAFTA-Gegner – deren ungewöhnliche Allianz von mexikanischen Linksoppositionellen über den mächtigen US-Gewerkschaftsverband AFL-CIO und den Ökoverein Sierra bis hin zu waschechten Protektionisten wie Ross Perot reichte – wurde enttäuscht: mit einer denkbar knappen Mehrheit überstimmten Ende November 1993 die Freihandelsanhänger im Kongreß die Stimmen der Skeptiker – und das NAFTA-Schicksal nahm seinen Lauf.

Die Bruchlandung

Sprichwörtlich über Nacht wurde das frischgekürte OECD-Mitglied, das damit in den Club der 25 reichsten Länder der Welt aufgenommen war, zur Vorweihnachtszeit 1994 wieder zum Sorgenkind von IWF und USA. Formaler Auslöser des Einbruchs waren die sogenannten *capitales golondrinas*, die Schwalbenkapitale, wie die kurzfristig spekulierenden Anleger aus aller Welt in Mexiko poetisch umschrieben werden. Deren Fluchtbewegungen konnten das Land deshalb in jene finanziellen Turbulenzen stürzen, die in der ganzen Welt als „Tequila-Syndrom" bekannt werden sollten, weil die Regierung zur Finanzierung des astronomischen Leistungsbilanzdefizits zunehmend auf das kurzlebige *fresh money* ausländischer Anleger gesetzt hatte: Über zwei Drittel des Kapitalbilanzüberschusses bestand 1994 in reinen Finanzanlagen, während die interne Investition auf einen historischen Tiefstand gerutscht war. Angesichts der politischen Unruhen tauschten im Laufe des Jahres immer mehr internationale Anleger die Peso-notierten Anleihen gegen die attraktiveren *„tesobonos"*, die bei Fälligkeit zum Dollar-Tageskurs bezahlt werden müssen. Dennoch riß die Flucht der in- und ausländischen Großkapitale nicht ab: Schätzungen zufolge haben 1994 über 13 Milliarden Dollar das Land verlassen, 6 Milliarden davon allein im Dezember. Erst kurz vor Weihnachten entschloß man sich dann zu der abrupten

Abwertung und schließlichen Freigabe des bis dahin künstlich stabil gehaltenen Wechselkurses; seit 1987 hatte dieser, unabhängig von den Inflationsdifferentialen, in einer sogenannten gleitenden Abwertung jeweils nur wenige Prozentpunkte im Jahr an Wert verloren.

Die Folgen des Währungssturzes bekam die Bevölkerung schnell zu spüren: zusammenbrechende Binnenmärkte, rapide sinkende Kaufkraft, Betriebsschließungen und Massenentlassungen sowie rasante Zins- und Preissteigerungen. Die Privatwirtschaft liege „im Koma", klagen noch heute die Unternehmerverbände. Tausende von Betrieben haben seit dem Kollaps den Bankrott angemeldet, die Überlebenden im Industriesektor produzieren bei 60 Prozent ihrer 94er Kapazitäten und müssen für Bankkredite auch im ersten Quartal dieses Jahres – also fünfzehn Monate nach Krisenausbruch – im Schnitt noch über 40 Prozent Zinsen zahlen (1994: 13 Prozent). Selbst der regierungsnahe Unternehmerverband CONCAMIN berichtet, daß ein Drittel seiner Mitglieder „ums Überleben kämpfen" müsse; allein in den ersten zwei Monaten 1996 seien nach CONCAMIN-Berechnungen die internen Verkäufe um 14,5 Prozent, der private Verbrauch um 6 und die Kaufkraft des Mindestlohns um 14,4 Prozent zurückgegangen. Das Bruttoinlandsprodukt ist 1995 selbst nach offiziellen Zahlen um 7 Prozent abgesackt. Die Staatsausgaben sind um 9 Prozent und die interne Ersparnis sogar um 27,3 Prozent zurückgegangen. Die offene Arbeitslosigkeit hat sich mehr als verdoppelt – auf 6,3 Prozent – um die 2,4 Millionen Arbeitsplätze sind im zweiten NAFTA-Jahr entweder vernichtet oder nicht geschaffen worden, die Kaufkraft ist um über 30 Prozent gefallen. Die Inflation, die im Jahr zuvor noch auf 7 Prozent gedrückt werden konnte, hat 199 Prozent wieder die 50-Prozent-Marke überschritten. Selbst die Auslandsverschuldung des einstigen Musterschuldners liegt mittlerweile wieder bei 170 Milliarden Dollar, das sind fast zwei Drittel des BIP; auch 1996 werden knapp 28 Milliarden Dollar – immerhin 10 Prozent des Inlandsprodukts – allein für den jährlichen Schuldendienst aufgewendet werden müssen. Gleichzeitig schlittert das Land aufgrund des hohen, disparaten Zinsniveaus – im Schnitt 70 Prozent Jahreszinsen für Kreditkarten, für Einleger dagegen höchstens 35 Prozent – in eine verheerende interne Verschuldungskrise: nach neuesten Berechnungen sind 474 von je 1000 Kreditkartenbesitzern schlicht zahlungsunfähig und Millionen von hochverschuldeten KleinunternehmerInnen haben sich mittlerweile für Bankrott und den „Blutsauger-Banken" den Krieg erklärt. Vom Innenministerium wurde diese neue Schuldenkrise kürzlich erstmals als „delikates Problem der nationalen Sicherheit" bezeichnet.

„Absurde Überbewertungsstrategie"

Als die Landeswährung binnen kürzester Zeit mehr als die Hälfte ihres Werts verlor, (re)agierte die Regierung zunächst, als ob sie es mit einer plötzlich von außen hereinbrechenden Naturkatastrophe zu tun habe. Dabei soll niemand behaupten – wie beispielsweise Präsident Zedillo, immerhin selbst gelernter Ökonom und Mit-Designer der salinistischen Wirtschaftsstrategie, es wiederholt getan hat – er habe nicht um die monetäre Verwundbarkeit der mexikanischen Wirtschaft gewußt. Seit Jahren, besonders aber seit Beginn der NAFTA-Verhandlungen 1992, warnen selbst namhafte (neo-)liberale US-Ökonomen wie Rüdiger Dornbusch vor der „absurden Überbewertungsstrategie" der Salinas-Administration; der Wechselkurs sei eine „politische, keine ökonomische" Parität gewesen, um Zuverlässigkeit und Stabilität zu suggerieren. Die hilflose Behauptung des kurz darauf zurückgetretenen Finanzministers Jaime Serra Puche – als Ex-Handelsminister pikanterweise einer der einst gefeierten NAFTA-Väter – die aufrührerischen Reden von Guerrillaführer Marcos seien schuld am Währungsdebakel, hält Dornbusch dagegen für kompletten „bullshit".

Den jähen Einbruch des Binnenmarktes konnten nur die ganz Großen durch vermehrte Auslandsverkäufe kompensieren. Und der Abwertungsvorteil wäre für sie ohne die Aufhebung der Zollschranken tatsächlich nicht so gut zu nutzen gewesen. „Ich weiß nicht, was wir ohne NAFTA gemacht hätten", bestätigt der Leiter der mexikanischen Ford-Tochter, Philippe Mellier, gegenüber der »Business Week«. Während ihm die Mexikaner dieses Jahr nur noch halb soviel Autos abkauften, setzte Ford dafür im Ausland 20 Prozent mehr ab. Insgesamt exportieren die Auto-Multis in Mexiko heute 80 Prozent ihrer gesamten Produktion (1994: 50 Prozent), die 1995 um ein Fünftel geschrumpft ist. Binnenorientierte Industrien wie das Baugewerbe, dessen Produktion dieses Jahr vergleichbar zurückgegangen ist, haben diesen Ausgleich nicht. Auch Haushaltsgeräte wurden in Mexiko dieses Jahr um ein Drittel weniger verkauft. Für die ANFAD, die Nationale Vereinigung der Haushaltsgerätehersteller, allerdings kein Grund zur Panik: knapp eine Milliarde Dollar haben sie dafür dieses Jahr im Auslandsgeschäft umgesetzt, weit mehr als das Doppelte ihrer Einfuhren. Seit vielen Jahren schon exportieren die 21 Großunternehmen der ANFAD – von denen nur fünf hundertprozentig mexikanisch sind – zollfrei in die USA, während die ausländische Konkurrenz laut NAFTA auch für die nächsten 10 Jahre noch 20 Prozent Einfuhrsteuern berappen muß. „Wir haben als mächtige Branche einfach eine gute Lobby-Arbeit gemacht", sagt Geschäftsführer Guillermo Chochran. Aber selbst der vielbeschworene Exportboom stellt sich bei näherer Betrachtung als Mythos heraus: statt wirklich zu expandieren, konzentrieren sich die Ausfuhren immer mehr in wenigen Branchen, Firmen und Produkten. Während sich 98 Prozent aller Unternehmen gerade mal drei Prozent der Exporte teilen, wurden fast drei Viertel aller Auslandsverkäufe von genau 325 Firmen getätigt – die meisten davon fest im ausländischer Hand. Allen voran die maquiladoras, die sogenannten Veredelungsfabriken an der Nordgrenze zu den USA, wo billige Mexikanerinnen importierte Fast-Fertigprodukte zusammenbauen, um diese umgehend wieder zurückzuexportieren. Wachstumsimpulse aber gehen von den boomenden Grenzfabriken so gut wie nicht aus, gerade mal zwei Prozent aller Vorprodukte werden aus Mexiko bezogen. Dieses Prinzip droht sich auszudehnen. Gerade die modernen, exportfähigen Industriezweige sind immer mehr auf Inputs aus dem Ausland angewiesen. Lag der nationale Anteil an den mexikanischen Exporten 1983 noch bei 91 Prozent, so ist er 1994 – selbst ohne die maquila – schon auf 39 Prozent gesunken. Die exportorientierte Industrie gleiche „immer stärker einer einzigen großen maquiladora", warnt der Ökonom Julio Boltvinik. Im Grunde, so auch der NAFTA-Experte Mario Monroy, profitieren nur die Transnationalen wirklich von der Handelsliberalisierung. Denn letztlich gehe es ja immer weniger „um bilateralen Handel im traditionellen Sinne, sondern vielmehr um Handelsbezie-

hungen zwischen denselben Konzernen – dies- und jenseits der Grenze".

Sorgenkinder arbeitsintentersive Branchen

Besondere Sorgenkinder sind die traditionellen, oft noch sehr arbeitsintensiven Branchen: die Spielzeughersteller mußten nach eigenen Angaben wegen der importierten Billigkonkurrenz fast 60 Prozent ihrer Betriebe schließen. Und auch der wettbewerbsschwache Textilsektor fuhr schon 1994 ein Defizit von 20 Prozent ein. Während Stoff- und Spielzeugproduzenten heute wieder lautstark verstärkten Zollschutz fordern, ist für Funktionäre des Handelsministeriums schlicht die „Sturheit" und „fehlende Exportmentalität" des mexikanischen Mittelstandes Schuld an der Misere. Dieses oft gehörte Argument hält der Kleinunternehmer Raimundo Artis schlicht für eine „Frechheit". Man könne ihn schließlich kaum der Inflexibilität bezichtigen. „Drei oder vier mal" habe er in den letzten sechs Jahren seine kleine Produktpalette gewechselt „jetzt kann ich nicht mehr". Der 52jährige Ingenieur stellt mit seinen zehn Angestellten – „früher waren es über 40" – unter anderem Messinggashähne für den Laborgebrauch her. Theoretisch 8.000 im Monat, verkaufen aber kann er heute nur knapp 5.000 im Jahr. Denn dank NAFTA können die Hähne jetzt zollfrei aus den USA importiert werden. Für das Rohmaterial aber müsste Artis 15 Prozent Einfuhrzoll plus Transportkosten bezahlen – oder eben gleich die überhöhten Preise beim gut geschützten nationalen Kupfermonopol. Konkurrenzfähig wird er so nicht. „Natürlich ist das ineffizient", sagt Artis," aber für diese anormalen Rahmenbedingungen sind die Regierung und die Monopole verantwortlich – und nicht wir Kleinen." Auch gegen Exportperspektiven habe er nicht das geringste, nur leider mangelt es am nötigen Startkapital. „Wie soll ich bei Kreditzinsen von bis zu 80 Prozent in Wettbewerb treten mit Ländern, in denen die Zinsen bei 8 Prozent liegen?"

Selbst nach einer Unternehmensumfrage des staatlichen Statistik-Instituts INEGI hat das Freihandelsabkommen heute, knapp zweieinhalb Jahre nach seinem Inkrafttreten, für genau 59,83Prozent aller mexikanischen UnternehmerInnen zur „Verschlechterung ihrer Geschäftslage" geführt. Als besonders schlechtes Geschäft erwies sich NAFTA für die mexikanische Landwirtschaft: Trotz des Abwertungsvorteils wird nach Schätzungen des unabhängigen Bauernverbandes UNORCA dieses Jahr ein gutes Drittel aller agrarischen Lebensmittel importiert werden. Insgesamt seien rund 80 Prozent aller Kleinbauern durch die Liberalisierung in „ernsthafte Bedrängnis" gebracht worden. Symptomatisch ist die Lage auch im Finanzsektor: die Rückkehr der ausländischen Banker, die vor fast 60 Jahren des Landes verwiesen wurden und nun dank NAFTA wieder hereindürfen, wurde zunächst als Meilenstein in der mexikanischen Modernisierung gefeiert. Belebende Konkurrenz für das marode heimische Bankensystem aber ist von den 15 ausländischen Filialen, die seit über einem Jahr im Land opererieren, kaum zu erwarten. Bedient werden in den Büros der internationalen Finanzelite ohnehin nur millionenschwere und vorzugsweise multinationale Kunden ohne Solvenzprobleme. Und dies sehr erfolgreich: Schon im ersten Jahr ihres Mexikogeschäfts konnten die 15 Auslandsbanken 41,5 Prozent aller Gewinne im mexikanischen Finanzsystem für sich verbuchen – vier Fünftel davon gingen auf das Konto von nur drei Großbanken, darunter die mächtige Citibank – während die 52 mexikanischen Banken den „Rest" unter sich aufteilen mußten. Und das, obwohl die Regierung seit dem Finanzkollaps rund 5 Prozent des Bruttosozialprodukts – soviel wie neun Programme zur Armutsbekämpfung zusammen – in das darniederliegende Bankensystem gepumpt hat.

In den USA dürfte es mittlerweile auch den eingefleischtesten Freihandelspropheten dämmern, daß Mexiko durchaus nicht der wachsende Verbrauchermarkt ist, als der er durch die jahrelang überbewertete Währung erschien. Die NAFTA-Werbung in bezug auf das mittelamerikanische Schwellenland aber war von jeher widersprüchlich: einerseits die Vision vom prosperierenden Absatzmarkt, andererseits der attraktive Niedriglohn-Standort für US-Investoren – nicht unbedingt kaufkraftfördernd. Nach offiziellen Zahlen ist der *free trade*-bedingte Schaden in den USA allerdings nicht annähernd so dramatisch wie in Mexiko. Bis Mitte August 1995 waren genau 38.148 Arbeiter vom Arbeitsministerium formal als NAFTA-Opfer anerkannt. Der US-Ökonom Gary Hufbauer, einst einer der entschiedensten NAFTA-Befürworter, aber schätzt, daß 199 Prozent aufgrund der Defizite im Mexiko-Handel 220.000 Arbeitsplätze verlorengegangen seien. Nun ist eine defizitäre Handelsbilanz für die USA wahrlich nichts Neues. Neu und geradezu traumatisch aber muß den US-Amerikanern die Tatsache erscheinen, daß sie 1995 ausgerechnet mit dem oft verachteten Bruder im Süden ihr drittgrößtes Defizit – nach Japan und China – halten. Schon 1994 hatten die Produktionsarbeiter den „schärfsten Reallohnverlust aller Zeiten" hinnehmen müssen, wie die New York Times damals empört vermerkte – die Einbuße bringt die Zeitung „direkt mit NAFTA" in Zusammenhang. Wenn heute im US-Kongreß nocheinmal abgestimmt werden müßte, so meinen viele Beobachter, dann würde wahrscheinlich das „No" gewinnen. Eine Gruppe von Abgeordneten und Senatoren wirbt gegenwärtig gar für ein Anti-NAFTA-Gesetz: danach sollen sich die USA 1997 aus dem Abkommen verabschieden, wenn bis dahin das Mexiko-Defizit nicht auf 10 Prozent des gesamten Exportvolumens gedrückt ist, der Freihandel nachweislich nicht zugleich den freien Drogenhandel fördert und, last but not least, die mexikanische Regierung nicht endlich ihre „Lektion" in Sachen Demokratie lernt. Dabei mischen sich im neuen Feldzug gegen den *free trade* die unterschiedlichsten Motive: anti-mexikanische Ressentiments und Öko-Sorgen, protektionistische Besitzstandswahrung und Menschenrechte, paternalistische Bevormundung und nicht zuletzt auch Ansätze zu einem neuen gewerkschaftlichen Internationalismus. Denn immerhin waren es US-Gewerkschafter gewesen, die in den ersten beiden NAFTA-Jahren – freilich ohne Ergebnis – bei den entsprechenden Instanzen gegen die Repression ihrer mexikanischen Kollegen geklagt hatten: drei neue Multi-Ableger in Mexiko (Honeywell, General Electric und Sony) hatten bei ihrer Niederlassung in Mexiko die Gründung unabhängiger Gewerkschaften unterbinden wollen.

Ausblick: Zwischen Weiter so und Alternativen

Ihren linken Kritikern hält die Regierungspartei PRI gerne – und oft nicht ganz zu unrecht – den Mangel an wirtschaftspolitischen Konzeptionen vor. Aber auch der Regierung fehlt es ganz offensichtlich an einem wie auch immer gearteten Konzept, das an die Stelle von Laissez-faire und kurzatmi-

ger Krisenintervention treten könnte. Sowohl Abwertung wie auch Schockprogramm wurden damals schlicht mit „externen Zwängen" gerechtfertigt. Dieses „no-choice"-Argument mutet heute geradezu paradox an: ausgerechnet die „internationalen Rahmenbedingungen", denen man sich in den vergangenen zwei Legislaturperioden noch so bedingungslos anvertraut hatte, werden von Finanzminister Guillermo Ortiz nun als Hauptschuldige für den Absturz ausgemacht. Zur Revision des bisherigen Entwicklungsmodells aber bestehe „keinerlei Veranlassung", wie Ortiz bei einer Jahressitzung der Interamerikanischen Entwicklungsbank unmißverständlich klarmachte, schließlich handele es sich nur um eine „kurzfristige Finanzkrise", deren „Ungleichgewichte" mittlerweile größtenteils behoben seien. Auch Handelsminister Herminio Blanco sieht keinerlei Grund zur Beunruhigung oder gar Selbstkritik: wenn schon nicht 1996, so werde der allseits ersehnte Aufschwung dann „garantiert" 1997 kommen, so Blanco kürzlich gegenüber der Presse, bislang sei man schließlich „sehr effizient" mit der Krise umgegangen. Ein deutliches Signal eines ungerührten „Weiter so" ist auch die bevorstehende Privatisierung und De-Nationalisierung von 61 petrochemischen Betrieben und den Pensionskassen der Sozialversicherung – beides Domänen des mexikanischen Staates, deren mögliche Entstaatlichung bislang als striktes Tabu galt. Handlungsbedarf sieht die Zedillo-Administration derzeit offenbar nur bei der Wahl der Handelspartner: da sich der Güterverkehr mit der Europäischen Union in den ersten beiden NAFTA-Jahren drastisch verringert hat, wird gegenwärtig über ein zusätzliches bilaterales Handelsabkommen mit der Alten Welt verhandelt. Ein solcher Vertrag mit der EU hätte in den Augen der mexikanischen Opposition im Unterschied zur NAFTA zumindest einen Vorteil: die sogenannte „Demokratieklausel", die als fester Bestandteil des Vertragstextes den unterzeichnenden Ländern freie Wahlen und Beachtung der Menschenrechte vorschreibt.

Trotz aller Ernüchterung über die offenkundige Fehl- oder gar Totgeburt des NAFTA-Abkommens ist die „Freihandelstheologie" auch im restlichen Amerika, so das bittere Resümee von Thea M. Lee, offenbar ungebrochen. Schon vor längerem hatte sich Chile um die Aufnahme in die Freihandels-Triangel beworben, die Verhandlungen über die angepeilte Erweiterung sollen noch dieses Jahr aufgenommen werden. Bis zum Jahre 2005 dann möge der ganze Kontinent eine einzige große Freihandelszone werden, so der Traum der amerikanischen Staatschefs auf ihrem Miami-Gipfel Ende 1994, „von Alaska bis Feuerland".

Ziviler Widerstand

Unterdessen proben in Mexiko unabhängige Unternehmerverbände, Gewerkschaften und Schuldnergruppen seit vielen Monaten den zivilen Widerstand, besetzen Banken und kündigen Steuerstreiks an. „Solange", erklärt Raymundo Artis resolut, „bis es wieder ein reales Wachstum des Pro-Kopf-Wachstums gibt". Um den allgemeinen Unmut konstruktiv zu bündeln, hatte das NAFTA-kritische Netzwerk Red Mexicana de Acción frente al Libre Comercio (RMALC) – in dem über 100 regierungsunabhängige Organisationen sowie WirtschaftsexpertInnen zusammengeschlossen sind – zu einem großangelegten „Referendum für die Freiheit" aufgerufen. Gemeint ist vor allem wirtschaftspolitische Entscheidungsfreiheit „jenseits der IWF-Diktate", so die RMALC-Vorsitzende Berta Luján. Im Zentrum des Referendums steht die kritische Revision des Abkommens – was übrigens schon im Vertragstext selber vorgesehen ist. Neu verhandelt werden sollen nach den Vorstellungen der Referendums-Betreiber vor allem die Übergangsfristen für besonders gefährdete Sektoren, die Begrenzung der investiven Freiheiten in strategischen Bereichen und Ausnahmeregelungen für sogenannte „Notsituationen" wie beispielsweise das desaströse 95er Jahr. Auf der Suche nach Alternativen zum offiziellen Krisenmanagement werden im oppositionellen Lager derzeit eine Reihe von mehr oder weniger originellen Einzelmaßnahmen diskutiert: von der alten Debatte um den schlanken Staat – die vor allem von der rechtsliberalen PAN-Partei präferiert wird – über allerlei Umverteilungsszenarien bis zur Einführung von „Spekulationssteuern". Selbst ein mögliches Déjà-vu des Zahlungsmoratoriums von 1982 rückt für viele Mexikaner mittlerweile wieder in denk- und greifbare Nähe. Immer lauter werden die Rufe, das Land nicht von ausländischen Gläubigern „ausbluten" zu lassen. Sogar der Schriftsteller Carlos Fuentes, der als kosmopoliter Intellektueller kaum eines fanatischen Nationalismus bezichtigt werden kann, forderte öffentlich die Neuverhandlungen der erdrückenden Schuldenlast: „Das Wachstum in unserem Land muß auf jeden Fall vorgehen." Über eines aber scheinen sich mittlerweile alle einig zu sein: die Notwendigkeit einer Wende vom staatlichen Laissez-faire zu einer „aktiven Industriepolitik", wie inzwischen selbst die einstmals regierungsnahen Industrie- und Handelskammern lautstark fordern.

Um Auswege aus den genannten Zwickmühlen zu finden, die nicht in die bloße Wiederbelebung der Importsubstitutionsstrategien der siebziger Jahre münden, wäre zunächst einmal eine nationale Debatte über alternative Entwicklungswege und die Neudefinition der (kommerziellen und finanziellen) Beziehungen mit dem Ausland vonnöten. Schon zu einer solchen Debatte ist die PRI-Regierung ganz offensichtlich weder willens noch in der Lage. Ihr Versuch, dieser Diskussion durch einen großangekündigten „Nationalen Entwicklungsplan 1995–2000" auszuweichen, erntete in der kritischen Öffentlichkeit nicht mehr als skeptisches Achselzucken. Schließlich gehören diese Art von „konsultierten" Plänen seit Jahrzehnten zum Repertoire des mexikanischen Präsidialsystems – an der unipersonalen Entscheidungsfindung hat sich dadurch bis heute nichts geändert. Während die Hegemonie des Staatsapparates zerbröckelt, ist gegenwärtig allerdings auch noch keine oppositionelle Kraft in Sicht, die in der Lage wäre – über die Kritik an der neoliberalen Weltmarktkrake hinaus – das entstehende Vakuum konzeptionell zu füllen. Ob aus dem Zusammenspiel des zapatistischen Aufbruchs aus dem Südosten, einer in sich zersplitterten Linkspartei, einer (bislang) minoritären BürgerInnenallianz gegen die PRI und der ebenso breiten wie heterogenen Front aus Wütenden und Enttäuschten tatsächlich ein Bündnis für den Macht- und wirtschaftspolitischen Kurswechsel entstehen kann, bleibt abzuwarten. Die Zeit drängt, denn Mexiko ist nach wie vor ein Schwellenland: eine Nation an der Schwelle zur Unregierbarkeit, zum Chaos, zum Bürgerkrieg. ■

Dipl.-Ök. Anne HUFFSCHMID ist Volkswirtin. Die Berlinerin lebt als freie Journalistin zur Zeit in Mexiko-Stadt. Sie ist Herausgeberin und Co-Autorin des Buches „Subcomandante Marcos. Ein maskierter Mythos", Berlin 1995.

Das internationale Finanzkapital und die Dritte Welt

Leo MACHÉ-SUNIZA

Die Dritte Welt lebt in ungeahnter Not und ungeheurem Elend. Was ist der Grund dafür? Die Ausbeutung durch das internationale Finanzkapital. Daher vorerst eine kleine Charakteristik der Organe des internationalen Finanzkapitals.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges

Während des zweiten Weltkrieges gab es verheerende Zerstörungen in allen entwickelten Industrieländern Europas. Die Bombenangriffe mit Flugzeugen, die im spanischen Bürgerkrieg von Deutschen in Guernika begonnen hatten, dann durch die deutsche Luftwaffe und durch V1- und V2-Raketen fortgesetzt wurden, und von der englischen Royal Air Force und der Luftwaffe der USA wesentlich stärker gegen Deutschland und die von den Deutschen besetzten Gebiete eingesetzt wurden und mit den Atombombenabwürfen in Hiroshima und Nagasaki ihren Höhepunkt erreichten, legten ganze Stadtviertel in Schutt und Asche. Das einzige Industrieland, das durch den Krieg nicht gelitten hatte, waren die USA. Die Bombardierungen waren aus der Sicht des kommenden Geschäftes für das amerikanische Finanzkapital vor allem auf die Zerstörung der Wohnviertel gerichtet, die ja für den Ablauf des Krieges kaum Bedeutung hatte.

Die Weltbank und der IWF, Bretton Woods

Im Juli 1944 wurde in dem Ort Bretton Woods im Staate New Hampshire (USA) auf Grund einer Anregung der USA von der UNO eine Währungs- und Finanzkonferenz einberufen. In der Schlußakte errichtete diese Konferenz die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Washington und den Internationalen Währungsfonds. In der Sowjetunion betrachtete man diese beiden Organisationen als eine staatsmonopolistische Finanzinstitution, als kollektives Organ des Kapitalexportes der kapitalistischen Industrieländer, da sie die Aufgabe hatten, Garantien für Kapitalanlagen privater Investitionsträger zu geben.

In der Zeit unmittelbar nach dem Krieg gelang der Wiederaufbau der zerstörten Städte in hochindustrialisierten Ländern mit einer qualifizierten Arbeiterschaft und Ingenieuren. Nach Erfüllung dieser Aufgabe suchten sich die beiden Institutionen neue Betätigungsfelder. In der Zwischenzeit waren die riesigen Kolonialreiche, vor allem das britische Empire und das französische Kolonialreich zerfallen, es entstand die Dritte Welt, der sich nun die Weltbank und der IWF widmeten.

Fidel Castro

1984 erschien im Globusverlag das Buch „... wenn wir überleben wollen". Es handelt sich hierbei um den Bericht, den Fidel Castro an die VII. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten hielt. Ich bringe hier nur einige wenige Zitate: „Die Auspressung (der unterentwickelten Länder) erfolgt jetzt nicht nur durch den ungleichen Austausch und ausländische Privatinvestitionen, sondern auch durch typische Finanzmechanismen, das heißt über den Weg der Verschuldung."

„Die transnationalen Konzerne kontrollieren heute (1982) 40 bis 50 Prozent des Welthandels und vermarkten 80 bis 90 Prozent der wichtigsten Grundstoffe, die von den unterentwickelten Ländern exportiert werden."

Sandro Chia: Schöner Mann mit rotem Arm, 1983

„Die Ströme des Privatkapitals in die unterentwickelten Länder insgesamt in Form von Direktinvestitionen gingen zurück von 56 Prozent im Jahre 1970 auf nur 28 Prozent im Jahre 1979, während die Finanzströme der transnationalen kommerziellen Banken (Anleihen und Kredite), die bis 1970 in der Statistik praktisch keine Rolle gespielt hatten, anstiegen und 1979 44 Prozent der Gesamtheit dieser Ströme des Privatkapitals ausmachten."

„Der Anteil der nichterdölexportierenden Länder am Weltexport insgesamt ging von 25 Prozent im Jahre 1955 auf einen Durchschnitt von etwa 11 Prozent in den Jahren 1970 bis 1980 zurück."

Den unterentwickelten Ländern aufgezwungene Kreditbedingungen:		
	1972	1981
Gesamtzinssatz	4,6 %	10,2 %
Veränderlicher Zinssatz	7,9 %	18,0 %

Wie wir sehen, ist der Zinssatz bei rechtzeitig rückbezahlten Krediten von 4,6 Prozent im Jahre 1972 auf 10,2 Prozent im Jahre 1981 angestiegen und der „veränderliche Zinssatz", also der Zinssatz, den die Länder für nicht rechtzeitig getilgte Kredite zahlen mußten, von 7,9 Prozent im Jahre 1972 auf 18,0 Prozent (ein Wahnsinn!) im Jahre 1981.

„Vereinigte Staaten 1970 bis 1980: Nettofluß der Direktinvestitionen, zurückgeführter und reinvestierter Gesamtgewinn, in Millionen Dollar.
Nettofluß der Direktinvestitionen 44.009
In die USA zurückgeführter Gewinn 122.705
Neuinvestierter Gewinn 97.283
Gewinn insgesamt ..... 219.988"

Auch bezeichnend: Investiert wurden 44 Milliarden Dollar, der Gewinn aus diesen Investitionen betrug 219 Milliarden Dollar, von denen 122 Milliarden Dollar in die Vereinigten Staaten zurückgeführt wurden!

Soweit einige Zitate von Fidel Castro.

Lage der Bevölkerung

Interessant, wie sich diese ganze Entwicklung auf die einzelnen Länder auswirkt. »Die Linke«, eine Zeitschrift der österreichischen Fraktion der IV. Internationale, der „sozialistischen Alternative" „SOAL", bringt in der Nummer vom 24. Februar 1995 ein interessantes Interview mit einem chilenischen Revolutionär, in dem auch einige ökonomische Daten veröffentlicht werden. Ich bringe nur einige ganz wenige Beispiele.

Sandro Chia: Die Frau vom See, 1983

Inflationsrate	**1988/89**	**1990/91**
Argentinien	1.711 %	1.243 %
Brasilien	984 %	1.689 %
Peru	2.032 %	3.958 %

Industrielle Reallöhne	**1980**	**1988/89**	**1990/91**	**1992/93**
Argentinien	100 %	90,1 %	79,9 %	77,5 %
Brasilien	100 %	78,7 %	88,0 %	97,3 %
Mexiko	100 %	61,1 %	65,8 %	71,0 %
Peru	100 %	60,2 %	37,9 %	39,6 %
Venezuela	100 %	48,0 %	40,2 %	40,6 %

Teufelskreis der Verschuldung

Ein kleines Zitat aus der »Wiener Zeitung« vom 17. März 1992: „Zwischen 1982 und 1990 hat die Dritte Welt 1.345 Milliarden Dollar an Zinsen und Kredittilgungen gezahlt, während die Industriestaaten den Entwicklungsländern im selben Zeitraum nur 913 Milliarden Dollar zu Verfügung gestellt hatten. In dem gleichen Zeitraum hat sich die Verschuldung der Dritten Welt nahezu verdoppelt." Das heißt, daß die Länder der Dritten Welt an die diversen Gläubigerbanken netto 432 Milliarden Dollar gezahlt haben, und daß sich die Verschuldung gleichzeitig nahezu verdoppelt hat. Das ist doch ein Wahnsinn! Das muß im einzelnen gründlich untersucht werden. Aus einer Liste von etwa 150 Ländern aus den von der World Bank, Washington D. C., herausgegebenen „World Debt Tables 1992-1993" entnehme ich jene Länder, deren Verschuldung höher als das Doppelte des BNP ist.

Verschuldung von Ländern, höher als das Doppelte des BNP

Land	**1**	**2**	**3**	**4**	**5**
Nicaragua	700	4.715	3.274	5.788	10.445
Guyana	669	566	335	1.485	1.898
Mozambique	386	5.107	1.620	2.714	4.700
Sao Tomé & Principe	315	159,2	82,1	62,3	164,4
Tanzania	285	5.044	1.305	3.752	6.459
Somalia	283	2.031	452	1.800	2.435
Zambia	263	3.588	2.083	4.617	7.271
Jordanien	238	6.491	3.296	4.160	8.641
Mauretanien	225	1.189	489	1.502	2.298
Cote d'Ivoir	210	5.970	4.529	9.754	18.847

In dieser Tabelle sind unter „1“ die Prozentsätze angeführt, um wieviel die Verschuldung höher war als das BNP. Unter „2“ ist angeführt wieviel das Land von 1985 bis 1991 an Tilgungen und Zinsen hätte zahlen müssen. Unter „3“ wieviel es von 1985 bis 1991 tatsächlich bezahlt hat. Wenn das Land einen zusätzlichen Kredit bekommen hat und das hatte es ja müssen, da es seinen Zahlungspflichten nicht vollständig nachgekommen ist, dann ist unter „3“ angeführt, wieviel die Regierung über diesen zusätzlichen Kredit hinaus bezahlt hat. Unter „4“ ist die Verschuldung des Landes 1985 angegeben, und unter „5“ die Verschuldung 1991. Die Verschuldung ist bei allen genannten Ländern stark angestiegen, obwohl sie alle fleißig gezahlt haben und kein zusätzliches Geld bekommen haben.

Eine Frage hat mich besonders interessiert. Wieso haben solche Länder, wie zum Beispiel Nicaragua, das 700 Prozent Verschuldung des BNP hatte, noch Kredite bekommen. Das Ergebnis war das Abscheulichste, was ich je erlebt habe. Nicaragua hatte 1982 ein BNP von 2.611 Millionen Dollar und eine Verschuldung von 2.913 Millionen Dollar. Das waren 112 Prozent des BNP. Die Regierung von Nicaragua bemühte sich aus dem Volk ein Maximum des Möglichen herauszupressen und zahlte Jahr für Jahr, um mit den Schulden fertigzuwerden. Aber die Schulden wuchsen Jahr für Jahr. So erging es den meisten der 150 Länder, über die der Schuldenbericht der Weltbank schreibt.

Wo liegt die Ursache dafür, daß sich die Situation ab den siebziger Jahren änderte?

Die OPEC hatte Anfang der siebziger Jahre den Erdölpreis auf das Vierfache erhöht. Dadurch stiegen ihre Gewinne ins Unermeßliche und die OPEC-Länder legten ihre Überschüsse an Kapital in den entwickelten Industrieländern an. Das ergibt folgende Situation. 1972 hatten die OPEC-Länder in den entwickelten kapitalistischen Ländern 9 Milliarden Dollar angelegt, 1979 waren es bereits 171 Milliarden. Dieser Überschuß an Kapital in einer Situation, wo es ja an und für sich viel zu viel Kapital gab, und der Wunsch, daß der Zinsfuß nicht sinken möge, veranlaßte die Weltbank zu erhöhten Kreditangeboten an die Dritte Welt.

Muß man den Entwicklungsländern helfen?

Es gibt auch die Meinung, daß die entwickelten Industrieländer gar nicht interessiert seien an einer schnelleren Entwicklung der Länder der Dritten Welt.

So schreibt etwa Ernst Weizsäcker (Neffe des ehemaligen Präsidenten Deutschlands) in dem Buch „Europapolitik“: „Was die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung an Energie, Fläche, Wasser, Luft und anderen Naturgütern verbrauchen – direkt oder indirekt –, ist nicht auf die übrigen neunzig Prozent ausdehnbar, ohne daß die Erde ökologisch kollabieren würde.“ (S. 7) Und an anderer Stelle heißt es: „Das europäisch-amerikanisch-japanische Entwicklungsmodell ist für jeden Bewohner eines Entwicklungslandes bestechend. Der Wohlstand, die funktionierende Infrastruktur vom Telefon bis zum Abflußrohr, die funktionierende Verwaltung, die politische Macht, die Mobilität, die Bildung, die Technologie, das soziale Netz – und der funktionierende Umweltschutz –, all das möchte man auch gerne haben. Und wer fände den Wunsch nicht gerechtfertigt? Aber schon im Einleitungskapitel habe ich festgestellt, daß die unveränderte Übernahme dieses Entwicklungsmodells durch heute 5, bald 6 und eines Tages 8 bis 10 Milliarden Menschen rein quantitativ-ökologisch vollkommen illusorisch bzw. zerstörerisch wäre.“

Sandro Chia: Der Goldjunge, 1983

Das ist eine Verteidigung der Raubpolitik des Finanzkapitals an den Entwicklungsländern. Denn es geht ja gar nicht darum, den Ländern einen Lebensstandard zu bieten, der unserem auch nur ähnlich wäre. Es geht um bloßen Hunger. Hunderttausende Menschen verhungern. Und jedermann weiß, daß ein nur mäßiges Ansteigen des Lebensstandards zu einer relativ schnellen Verminderung der Geburtenhäufigkeit führt. In einem Hungerstaat bemüht sich jedermann, genügend Kinder zu haben, damit jemand da ist, der ihm im Alter hilft. Wenn die Leute etwas wohlhabender leben werden, wird ihnen diese „Sucht“ nach Kindern vergehen. Dann wird auch die Menschheit nicht auf 8 bis10 Milliarden Menschen ansteigen. Daher ist es aus der Sicht der allgemeinen Entwicklung unbedingt notwendig, daß den Entwicklungsländern geholfen wird. Aber nicht mit hochverzinsten Krediten. Auch nicht mit „Mutter Theresa“ und ähnlichen Maßnahmen, da diese nur helfen, Not und Elend geringfügig abzuschwächen, damit die Finanzkräfte mehr kassieren können. Die einzige ernste Maßnahme ist eine Verringerung des Zinsfußes. Welche Folgen wird dies haben? Erstens werden sich diese Länder freier finanzieller bewegen können. Zweitens – und dies ist für uns die Hauptsache: in den entwickelten Ländern wird der Zinsfuß sinken. Dann werden viele Anleger, die derzeit ihr Geld einfach auf der Bank liegen haben, überlegen, wie sie das Geld besser verwerten können, das heißt, sie werden auf Investitionen aus sein. In den entwickelten Industrieländern gibt es nicht mehr viel zu investieren. Sie werden auch versuchen in die Entwicklungsländer vorzudringen. Wenn in den Entwicklungsländern nicht nur die großen Industriekonzerne investieren, sondern auch viele kleinere Investoren, wenn die entsprechende Abteilung der UNO Empfehlungen gibt – dort weiß man ja, wo was fehlt –, dann wird auch diese Tätigkeit die Industrie in den entwickelten Ländern ein wenig ankurbeln und auch auf eine Verringerung der Arbeitslosigkeit hinwirken. ■

Leo MACHÉ-SUNIZA ist Publizist und Übersetzer.

Urbane Explosion*

Alfred ZIMM

Mit „urbaner Explosion" kann man zwei für unsere Zeit charakteristische Siedlungsentwicklungen auf der Erde bezeichnen, und zwar einerseits das sehr schnelle (explosionsartige) zahlenmäßige Anwachsen der in den Städten wohnenden Bevölkerung und andererseits das sehr schnelle (explosionsartige) Anwachsen von Megastädten.

Beide Entwicklungen werden hier skizziert, wobei der Schwerpunkt beim zweiten Aspekt liegt.

Generelle Trends der Siedlungsentwicklung nach Art und Typ

In der Siedlungsentwicklung sind im Verlauf der Menschheitsgeschichte zwei grundlegende Umbrüche festzustellen, die sich einmal an die Art und zum anderen an den Typ der Siedlung binden. Die Siedlungsart bezeichnet dabei immer die zeitliche Ortsbeständigkeit. Fünf solcher Arten sind herauszugliedern.

Die Siedlungsarten

Artbezeichnung	zeitliche Benutzung des Siedlungsplatzes
1. ephemer = extrem flüchtig	Tage
2. temporär = zeitweilig	Wochen
3. saisonal = jahreszeitlich	Monate
4. semipermanent = halbfest	Jahre
5. permanent = fest	Generationen

Die ersten vier Arten sind mehr oder weniger flüchtig, nur die fünfte Art ist ortsfest. Dieser Übergang von den flüchtigen Arten, die die frühe Menschheitsentwicklung begleiten (bis zum Ausgang des Mesolithikums waren sie *das* Artkennzeichen der Siedlungsentwicklung auf der Erde), zu der ortsfesten Art, die vom Ausgang des Mesolithikums bzw. Anfang des Neolithikums das menschliche Siedeln charakterisiert, darf als eine *grundlegende* Wandlung der Siedlungsentwicklung bezeichnet werden. Sie hat dazu geführt, daß die in der Urgesellschaft dominierenden flüchtigen Siedlungen heute nur noch marginalen Charakter haben, also als „Restposten" vorwiegend in Siedlungsschwächegebieten – tropische Regenwälder, extreme Trockengebiete, Tundren – zu finden sind, während die festen Siedlungen die Erde „erobert" haben.

Die mit dem *Siedlungstyp* verbundene generelle Wandlung ist an die Funktion der Siedlung gebunden, wobei diese eng mit den Strukturen, der Morphologie und Physiognomie der Siedlung zusammenhängt. Man unterscheidet zwei Grundtypen, das Dorf (historisch älteste feste Art) und die Stadt (seit Ausgang des Neolithikums/Beginn der Metallzeit). Früheste Stadtkulturen reichen bis um 3.000 vor unserer Zeit zurück (in Mesopotamien mit Stadtsiedlungen wie Ur, Uruk, Lagasch, Babylon; in Ägypten mit Stadtsiedlungen wie Knosos und Phaistos), spielten aber als Behausung für die Bevölkerung der Erde gegenüber dem Dorf über Jahrtausende nur eine untergeordnete Rolle. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten gerade drei Prozent der Erdbevölkerung in Städten. Der generelle Wandel dieser Situation liegt in unserer Zeit, in der die Stadt (genauer: der urbane Lebensraum) sich anschickt, neben der schon länger bestehenden funktionellen Dominanz auch die demographische Dominanz zu „erobern". Dieser Wandel des Führungstyps in der Behausung der Menschheit ist ein zweiter Ausgangspunkt für die Beschreibung genereller Trends. Ihm sei folgend nachgegangen.

Demographischer Dominanzwandel zwischen dem ruralen (dörflichen) und dem urbanen (städtischen) Siedlungstyp

Im Behausungsanteil wird in wenigen Jahren (um 2000) die Stadtbevölkerung die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Erde ausmachen. Das ist eine tiefgreifende Veränderung im Verlaufe der letzten 100 Jahre, in denen die Stadtanteile wahrhaft explosiv wuchsen.

Anteile der Land- und Stadtbevölkerung in den letzten drei Jahrhunderten:

	Land-	Stadtbevölkerung
1800	97%	3%
1900	86%	14%
2000	49/50%	50/51%

Von größerer Unsicherheit als diese Trendangabe zur unmittelbar bevorstehenden Zeit sind Perspektivangaben, die für 2025 mit einem Verhältnis von 63 Prozent zu 37 Prozent rechnen.

Diese Trendangaben beinhalten quantitativ (abgerundete Angaben), daß um 1800 etwa 29 Millionen Menschen in Städten lebten, während es um 1900 rund 224 Millionen waren und um 2000 über drei Milliarden sein werden. Im Vergleich bedeutet dies, daß allein die Stadtbevölkerung zur Jahrtausendwende (2000) fast doppelt so groß wie die Gesamtbevölkerung der Erde zur letzten Jahrhundertwende (1900) sein wird.

Der Respekt vor wissenschaftlichen Ergebnissen anderer Sicht und angebrachte Zweifel an der absoluten Sicherheit globaler Statistik machen es notwendig, auf gegenläufige Meinungen sowie Einschränkungen hinzuweisen und dazu Position zu beziehen. Verschiedene Untersuchungen aus hochentwickelten Industrieländern (USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Schweden u.a.) weisen auf einen in neuester Zeit festzustellenden Rückgang städtischer Bevölkerungszahlen hin, was natürlich von Einfluß auf die Stadtbevölkerung der Erde wäre. So begannen in den USA schon mit den sechziger Jahren (später dann auch in anderen hochentwickelten Industriestaaten) Stadtabwanderungen, die folgende Auslöser hatten:

- sinkende Umweltqualität (besonders Verkehrslärm und Autoabgase) in den Innenstädten,
- Kinderfeindlichkeit besonders in den Kernbereichen (Betonierung und sonstige Versiegelung der Flächen),

---

* Vortrag, gehalten in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät in Berlin am 25. November 1993.

- Kommerzialisierung der Citybereiche (Abdrängung der Wohnbevölkerung),
- „planmäßige" Verwahrlosung von Innenstädten, wo Gelände- und Hausbesitzer mit dem Abriß der Wohnbaumasse im Zuge der zu erwartenden Kommerzialisierung und dem nachfolgenden teuren Verkauf des Terrains rechnen und nicht mehr investieren (in die verfallenen Areale ziehen zeitweise Angehörige besonders niedriger Einkommensklassen ein, die Steuereinnahmen verringern sich und bis zur Kommerzialisierung sinken die stadteigenen Möglichkeiten der Sanierung).

Hieraus ergeben sich drei Bewegungen:

1. von der Innenstadt an die Stadtperipherie = Stadtrandwanderung,

2. von der Innenstadt in stadtnahe Gebiete außerhalb der administrativen Stadtgrenzen = Umlandwanderung,

3. besonders aus der Innenstadt (aber auch aus anderen Stadtteilen) in weiter angrenzende ländliche Gebiete = Regionswanderung.

Bei diesen Bewegungen ist zwischen zwei typologischen Prozessen – der Suburbanisierung und der Desurbanisierung – zu unterscheiden.

Suburbanisierung:

Aus den Innenräumen großer Städte verlagert sich deutlich das Wohnen ins Umland, wobei der Prozeß der Verlagerung insgesamt wesentlich komplexer ist, weil er auch distributäre Dienste (besonders Handel), Industriebetriebe und Lager sowie Verkehrseinrichtungen umfaßt. In den Zentren kommt es also zu einem demographischen und funktionellen Verlust, während in den Umländern die Bevölkerungszahl wächst und der Funktionalbereich sich auffüllt. Der Bewegungstyp Suburbanisierung ist dann erreicht, wenn die Verlagerung die Position gebietlicher Umkehrung der Wachstumsschwerpunkte von der Kernstadt zum Umland annimmt. Das heißt, die Suburbanisierung beginnt nicht schon bei der einfachen Zunahme von Bevölkerung und Beschäftigung im Umland, sie ist vielmehr erst dann existent, wenn deutliche Schwerpunktverlagerungen des Wachstums vom Kern zum Umland festzustellen sind.

Wesentlich scheint, daß die Suburbanisierung städtisches Verhalten ist, also generell Stadtwachstum bedeutet, wobei ein stadttypischer Raum demographisch und funktionell abnimmt (Kern) und ein anderer demographisch und funktionell zunimmt (Umland). Die Suburbanisierung bringt demgemäß in der Regel keine Schwächung der Städte, sondern bildet eine neue urbane Organisationsform heraus, die Stadtregion, in der die Großstädte mit ihren Kernen Auslöser der Suburbanisierung sind.

Desurbanisierung:

Deutlich anders ist die Situation, wenn zum Beispiel die Bevölkerungszunahme des Umlandes die Abnahme des Kerns nicht mehr ausgleicht. Dann ist es möglich, daß sich städtisches Potential verringert. Man müßte in einem solchen Falle eine Desurbanisierung (Entstädterung) diagnostizieren. Konkret geht es um einen Bedeutungsverlust der Kernstädte und der Suburbs bei gleichzeitiger Aufnahme ehemals städtischer Träger in ländlichen Räumen. Der Bedeutungsverlust kann dabei ebenso vorwiegend einseitig (zum Beispiel demographische Abnahme) wie vielseitig (Abnahme von Bewohnern und Beschäftigung) sein. In den hochindustrialisierten Ländern ist als Spielart der Desurbanisierung die *Rurbanisierung* besonders stark ausgeprägt. Es handelt sich dabei um den Zuzug meist junger Familien der sogenannten „Mittelklasse" in ländlich geprägte Gegenden der städtischen Region, wobei es das erklärte Ziel ist, den ländlichen Charakter der Kommune zu erhalten und zugleich arbeitsmäßig auf die große Stadt orientiert zu bleiben. Typisch für die Rurbanisierung sind:

- das Siedeln ist meist mit Wohneigentum in Form von Einzelhäusern verbunden,
- geringe Wohndichte,
- einseitige Strukturen (Schlafgemeinden),
- relative Geschlossenheit der sozialen Gruppe,
  ländlich verbleibendes Umfeld,
- Zentrumsbezug der Arbeit,
- hohe Mobilität (Interaktionskorridore zwischen Wohnen und Arbeiten).

Von den vier möglichen Interaktionen zwischen Stadt und Land

- Wohnsitzverlagerung bei Beibehaltung des Arbeitsplatzes,
- Wohnsitzverlagerung bei Verlagerung des Arbeitsplatzes,
- Wohnsitzverlagerung bei Beibehaltung der Versorgung,
- Wohnsitzverlagerung bei Verlagerung der Versorgung,

werden solche bevorzugt, die die Kontinuität der Stadtbindung beinhalten (erste und dritte Interaktion). Wegen dieser (wenn auch modifizierten) Stadtbindung kann die Desurbanisierung in Form der Rurbanisierung als „erweiterte Suburbanisierung" angesehen werden, die sich auf der Basis hoher Mobilität als eine weitere Außenverlagerung städtischer Funktionsträger in ländlich angrenzende (Nicht-Stadt-)Räume äußert, wobei diese zentrifugale Tendenz zugleich mit anhaltenden bedeutenden Stadtbindungen korrespondiert. Insofern sollte diese Dynamik nicht als Abbau städtischer Entwicklungen gesehen werden, sondern als eine weitere räumliche Differenzierung städtischen Wachstums.

Kurz: Suburbanisierung und Rurbanisierung werden hier nicht als Gegentrend zur weiteren Stadtentwicklung, sondern als räumliche Ausweitung stadtbestimmter Entwicklungen angesehen. Statistisch schlagen sich die demographischen Verlagerungen als Anti-Stadt-Bewegung nieder, funktionell sind sie weiterhin stadtorientiert. Bei funktioneller Betrachtung schränken sich Phänomene des Rückgangs der Stadtbevölkerung enorm ein.

Hinzu kommt, daß neben der Desurbanisierung auch Tendenzen der Reurbanisierung zu beobachten sind. Hierbei handelt es sich um eine erneute leichte Zunahme des Kernstadtanteils der Bevölkerung in einigen Städten, die darauf zurückgeführt werden kann, daß

- die Bevölkerungsanzahl von Kernstädten wieder wächst (Revitalisierung),
- die Abnahme der Bevölkerung des Kerns geringer als die des Umlands ist.

Eine typische Aktivität in dieser Hinsicht ist die sogenannte Gentrifizierung von Innenarealen großer Städte in hochentwickelten Industrieländern, wo einkommensreiche Schichten (Manager, Rechtsanwälte, Ärzte etc.) luxuriöse Eigentumswohnungen mit Zentrumsflair für sich neu entdeckt haben.

Auf den Ausgangspunkt zurückkommend (gibt es bedeutende Einschränkungen weiterer Stadtentwicklungen durch neue Tendenzen in hochentwickelten Ländern?) wäre festzustellen: Es gibt gut dokumentierte Hinweise für neue Siedlungstrends in diesen Ländern, ob sie aber quantitativ so groß sind, daß sie tiefgreifend auf die

Welt-Stadtentwicklung einwirken werden, scheint nicht sicher. Die Feststellung, daß um 2000 mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung städtisch sein wird, scheint sicherer.

Urbane Ballungen

Die zunehmende Verstädterung ist mit deutlichen Konzentrationseffekten verbunden, die mit folgenden „Schritten" deutlich gemacht werden können.

Vergroßstädterung

Rechnet man alle Städte mit mehr als 100.000 Bewohnern als Großstädte zusammen, dann wohnten in ihnen im Jahre 1800 nur 1,7 Prozent der Erdbevölkerung, während sie derzeit schon rund drei Zehntel der Erdbevölkerung beherbergen. In 50-Jahressprüngen verdeutlicht sich diese Zunahme wie folgt:

Dynamik der Großstadtbevölkerung

Jahr	Anteil der Großstadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung
1800	1,7%
1850	2,4%
1900	5,6%
1950	16,9%
2000	35,0%
2050	50,0%

Mit einem Verzögerungseffekt von nur 50 Jahren gegenüber dem Zeitpunkt des Erreichens der Majorität an der Gesamtbevölkerung durch die Stadtbevölkerung (2000) ist zu erwarten, daß diese Majorität speziell Großstadtbevölkerung sein wird (2050).

Millionenstädte

Eingeschlossen in diesen Prozeß ist die Herausbildung von Millionenstädten. Historisch gehen solche Städte als Einzelerscheinung bis auf das 1. Jahrhundert vor unserer Zeit zurück (Rom mit etwa 650.000 bis 1.000.000 Einwohnern). Als Typ aber sind sie erst dem 20. Jahrhundert zuzurechnen. Während ihre Anzahl um 1800 Null betrug, zählte man 1850 zwei (London, Paris), 1900 15, 1950 71. Im Jahre 2000 werden über 300 erwartet, wobei der Anteil der in ihnen lebenden Menschen an der Erdbevölkerung im Verlaufe des 20. Jahrhunderts von zwei Prozent (1900) auf 20 bis 22 Prozent (2000) steigen wird.

Mit diesem enormen Wachstum verbindet sich eine bedeutungsvolle geographische Neuordnung, denn die „Explosion" vollzieht sich fast ausschließlich in den Entwicklungsländern. Sie waren zu Beginn des Zweiten Weltkriegs mit nur 25 Prozent an der Millionenstadt-Bevölkerung der Erde beteiligt, erreichten 1980 rund 60 Prozent und dürften im Jahre 2000 die 70 Prozent gerade überschritten haben. Der Anteil der Industrieländer sank in der gleichen Zeit von 75 Prozent auf 40 Prozent und wird im Jahre 2000 die 30-Prozent-Marke unterschritten haben. Man kann global von einer „Stagnation" der zahlenmäßigen Entwicklung von Millionenstädten in den Industriestaaten und von einer „Explosion" in den Entwicklungsländern sprechen.

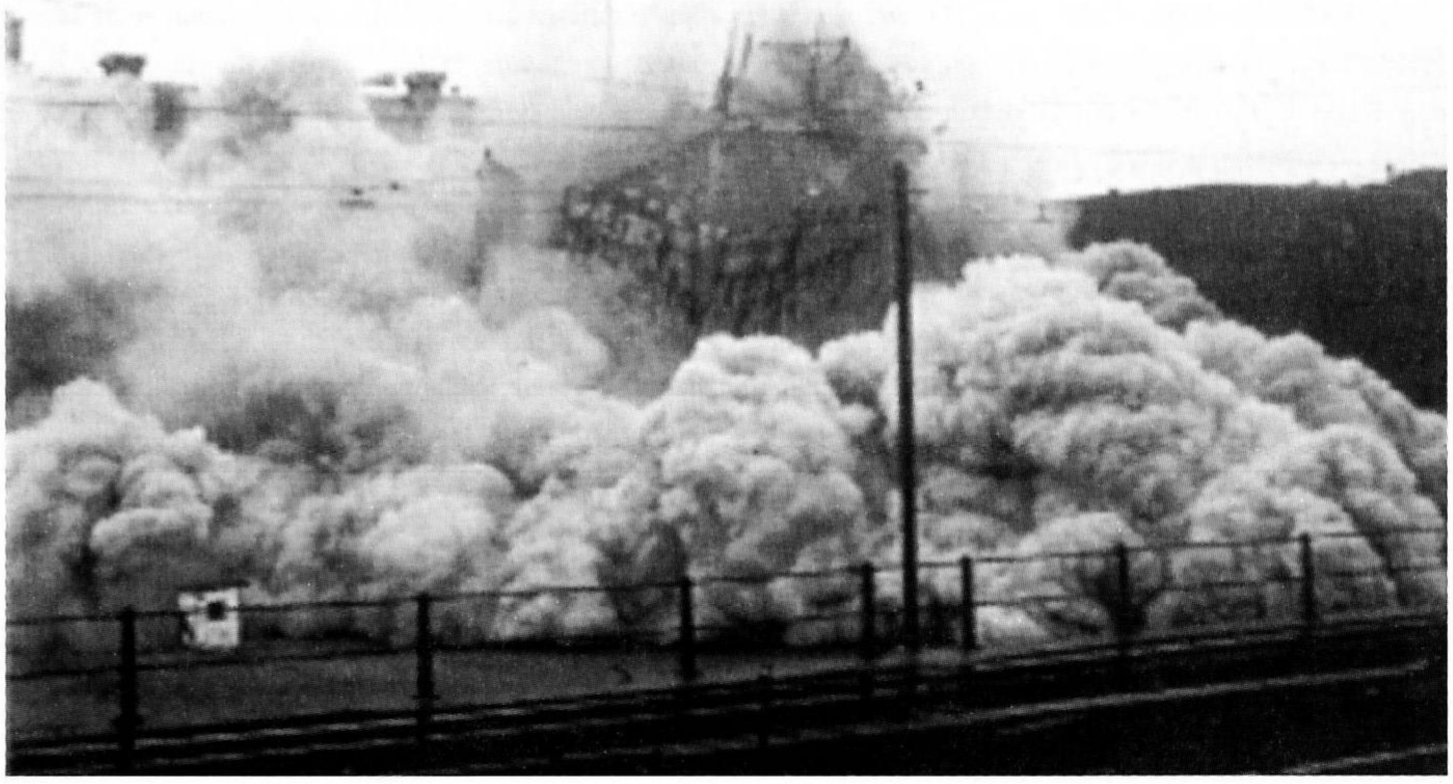
Megacitys

Noch drastischer ist die tendenzielle Entwicklung zur Riesenstadt an der Herausbildung von Megacitys (über fünf Millionen Bewohner) zu verdeutlichen. Ihre Anzahl wird sich zwischen 1950 und 2000 etwa verzehnfachen, also von sechs auf etwa 60 ansteigen. Wieder ist eine geographische Wandlung in diese Entwicklung eingeschlossen. 1950 befand sich nicht eine Megacity im Hauptraum der Entwicklungsländer (Südostasien, Lateinamerika, Afrika), während Europa zwei (London, Paris), die USA zwei (New York, Los Angeles), Ostasien zwei (Tokio, Shanghai) lokalisierten. Für das Jahr 2000 erwartet man in Südostasien 21, in Lateinamerika zehn und in Afrika fünf solcher Städte. Mit 36 von 60 Megacitys werden die Entwicklungsländer der Hauptraum dieser Superstädte sein.

Stadthypertrophie

Die Entwicklung von Vielmillionenstädten hat in unserer Zeit ausgesprochen hypertrophe Züge angenommen, die mit Grenzwerten menschlicher Belastung verbunden sind. Besonders deutlich wird dies an vier Stadtregionen, deren Einwohnerzahl bereits die 15-Millionen-Schwelle überschritten hat. Dies ist in Mexiko, Tokio, Sao Paulo und New York der Fall, wobei in den beiden lateinamerikanischen Me-

tropolen bis zum Jahre 2000 mit über 20 Millionen Einwohnern gerechnet wird. Auch in der geographischen Verteilung dieser größten Städte der Erde zeigt sich der Zug zu den Entwicklungsländern. Entfiel von den fünf größten Städten der Erde 1960 keine auf den weiter oben bezeichneten Hauptraum der Entwicklungsländer, so werden es im Jahre 2000 bereits vier von fünf sein.



Die jeweils fünf größten Städte (in Millionen)		
1860	1960	2000
London 2,4	New York 14,2	Mexiko 26,3
Paris 1,2	London 10,7	Sao Paulo 24,0
New York 0,5	Tokio 10,7	Tokio 17,1
Wien 0,5	Shanghai 10,7	Kalkutta 16,6
Berlin 0,4	Peking 7,3	Bombay 16,0

Deutlich wird, die urbane Hypertrophie konzentriert sich in Staaten, die am wenigsten Mittel und Instrumente haben, diese Prozesse zu steuern. Diese Länder sind diesen Entwicklungen nahezu hilflos ausgeliefert.

In erster Linie ist die „Explosion" der Stadtgrößen durch Migrationen vom Land zur Stadt bedingt. In Lateinamerika, Asien und Afrika verließen in den letzten Jahrzehnten jährlich zwischen 15 bis 20 Millionen Menschen ihre Dörfer und zogen in die Städte. Sao Paulo zum Beispiel zieht jährlich etwa 250.000 bis 300.000 Migranten an.

Da in den Riesenstädten für jeden freiwerdenden Arbeitsplatz Dutzende von Bewerbern bereitstehen, haben die ländlichen Migranten wegen ihres geringen Bildungsniveaus kaum Chancen, eine ordentliche Arbeitsstelle zu bekommen. Sie erhalten sich durch Gelegenheitsarbeiten und nehmen in ihrer Masse streng genommen nicht an den städtischen Funktionen teil. Sie schlagen als Millionenheer statistisch als Stadtbevölkerung zu Buche, ohne eigentlich organisch mit der Stadt verbunden zu sein. Ihr städtischer Lebensraum sind die Stadtslums (Wellblechstädte, Favellas, Barriados), in denen weit mehr als ein Drittel der städtischen Bevölkerung der Entwicklungsländer vegetiert. Eine ganze Reihe großer Städte wird sogar dadurch gekennzeichnet, daß die Slumbevölkerung die der Stadt schon übertrifft (Mogadishu, Lomè, Casablanca, Dakar, Bogota u.a.).

Urbane Defekte

Schon die Verslumung der großen Städte in Entwicklungsländern weist auf massive Fehlentwicklungen hin. In der Realität ist dies aber nur ein Krankheitsbild der Hypertrophie. Etwas umfassender betrachtet, sind zumindest drei weitere typische Krankheiten hervorzuheben, die sich mit der Hypertrophie und der übermäßigen Belastung der Menschen in den Megacitys verbinden:

1. Deformierung der territorialen Arbeitsteilung und der Siedlungsentwicklung,
2. Umweltschäden,
3. Flächendeformationen.

Einige Beispiele mögen die Krankheitsbilder illustrieren.

Deformierungen der territorialen Arbeitsteilung und der Siedlungsentwicklung

Was bisher mit „Stellvertreterzahlen" aus dem Bereich Bevölkerung mitgeteilt wurde, verbindet sich in Wirklichkeit mit einer meist kompletten Hypertrophie, die die Wirtschaft, den Verkehr, die Kultur, die Wissenschaft usw. umfaßt. „Befunde" in dieser Hinsicht sind:

- In Mexico-City werden etwa 50 Prozent der mexikanischen verarbeitenden Industrieproduktion und weit über 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes erbracht.
- In Bombay werden mehr als 60 Prozent der indischen Außenhandelsumsätze realisiert.
- Der Anteil Sao Paulos an der Wertschöpfung der industriellen Produktion Brasiliens übertrifft 40 Prozent.
- Im Ballungsgebiet Bangkok konzentriert sich weit über 80 Prozent des von thailändischen Banken, Versicherungen und Immobiliengesellschaften erbrachten Bruttosozialprodukts.

Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft, um zu erkennen, daß die an die Megacitys gebundenen Überkonzentrationen zugleich Unterentwicklungen an dienstleistenden und industriellen Funktionen in anderen

Landesteilen nach sich ziehen, was deren Entwicklung beeinträchtigt und somit territorial-arbeitsteilige Deformationen nach sich zieht.

Umweltschäden

In starkem Maße wirkt die hypertrophe Entwicklung auf die Umweltsituation ein, indem durch Überkonzentration ökologische Gefahren nicht nur auf lokaler, sondern auch auf regionaler Ebene entstehen. Auch hier ist zu beobachten, daß sich die ökologische Herausforderung der Megacitys immer mehr auf die Entwicklungsländer bezieht, weil sie von der Hypertrophie besonders betroffen sind und zugleich die geringsten Mittel haben, diesen Prozeß in seinen ökologischen Wirkungen zu mindern.

Drei Beispiele mögen die Dramatik der Situation illustrieren:

- 60 Prozent der Einwohner Kalkuttas leiden an Lungenentzündungen, Bronchitis und anderen Erkrankungen der Atemwege.
- 80 Prozent des Abwassers von Bombay gehen völlig unbehandelt ins Meer.
- Mehr als 30.000 Einwohner Manilas wohnen direkt auf Mülldeponien.

Solche für die Bevölkerung und Natur wahrhaft katastrophalen Verschmutzungen der Luft und des Wassers findet man in den Megacitys der hochentwickelten Länder nicht. Größere Umweltschutzinvestitionen haben hier in den letzten Jahren durchaus positive Wirkungen gezeigt. Das soll aber nicht heißen, daß die Umweltzerstörungen drastisch eingeschränkt wurden. Zu einem Hauptproblem haben sich hier die Entsorgung von festen und flüssigen Abprodukten entwickelt. Der hohe Konsum ist in den Magacitys dieser Länder mit einem oftmals extrem hohen Verpackungsaufwand verbunden (Einwegverpackungen, Verpackung der Verpackung usw.). 1980 entfielen in den USA 703 kg städtischen Mülls pro Einwohner. In Japan waren es 344 kg pro Einwohner. Bei der enormen Konzentration von Menschen in der Megacity von Tokio und New York entstehen „punktuell" riesige Müll-Lawinen, deren Verbringung immer mehr regionischen Charakter annimmt. Müllabsenkplätze und Verklappungen im Meer sind Zeichen eines ungelösten Problems und uneinsichtigen Handelns.

Flächendeformationen

Im Zusammenhang mit monströsen Bodenpreisen in den zentralen Teilen der Megacitys besonders der hochentwickelten Länder (ein Spitzenwert ist die Summe von 476.000 DM/m² in der Ginza im historischen Kern Tokios) kommt es zu Abdrängungsprozessen von Menschen und Einrichtungen, die die hohen Preise nicht zahlen können. Diese und andere zentrifugale Tendenzen lösen erhebliche räumliche Expansionen der Megacitys aus.

Verlagerungen städtischer Initiativen von innen nach außen und äußere Anlagerungen zur Gewinnung von überörtlichen Fühlungsvorteilen durch Einrichtungen der Region bedingen gewaltige Suburbanisierungen. Im Zusammenhang mit der Expansion der Megacitys, der zunehmenden arbeitsteiligen Verflechtung mit ihren suburbanen Arealen (Wohnen, Industrie, Dienstleistungen, Erholung), dem in den Suburbs verbreiteten Eigenheimbau, dem zunehmenden Flächenanspruch des fließenden und ruhenden (!) Verkehrs weitet sich die Fläche der Riesenstadt-Regionen noch schneller als ihre Einwohnerzahl aus. Das führt zum Zusammenwachsen von hochurbanisierten Gebieten, zur Herausbildung von riesigen Superagglomerationen. Ein typisches Beispiel hierfür ist die hochagglomerierte Zone BOSWASH (Städtebund von Boston über New York nach Washington), die fünf Ballungen umfaßt (Boston, New York, Philadelphia, Baltimore, Washington). In dieser Megapolis wohnen rund 20 Prozent der Landbevölkerung auf nur zwei Prozent der Staatsfläche. Das territoriale Ausufern ist mit erheblichen arbeitstäglichen Pendelwanderungen von Arbeitskräften verbunden, die die Freizeit einschränken. So fahren in Tokio werktäglich zwei Millionen Arbeitspendler in die drei zentralen Stadtbezirke (Chiyoda, Chuo, Minato). Zugleich mit dem Zersiedeln von großen Flächen führen Bodenspekulationen in den Kerngebieten der Megacitys zur möglichst durchgängigen Bebauung. In Athen zum Beispiel leben mehr als drei Millionen Menschen (1/3 der Bevölkerung Griechenlands) auf einem Stadtgebiet, das lediglich zu 3,6 Prozent nicht bebaut ist (hier sind rund 50 Prozent der in Griechenland zugelassenen PKW konzentriert und fast die Hälfte der industriellen Bruttoproduktion). Die enge Bebauung im Verein mit den geringen Grünflächen bedingt in den sommerlichen Monaten die Herausbildung der „Hitzeinsel" mit extremen Belastungen der Herz-Kreislauftätigkeit. In Athen starben unter ihrer Wirkung in den Hitzetagen 1988 rund 1.200 Menschen.

Einige Hinweise therapeutischer Art

Abschließend seien dem Krankheitsbefund einige Stichworte hinsichtlich der Therapien zur Seite gestellt, wobei diese Stichworte nur Richtungen aufzeigen sollen, in denen sich positive Wandlungen möglich machen.

Regional liegt offensichtlich die Hauptproblematik der urbanen Explosion in den Entwicklungsländern. Das Wuchern der Bevölkerung in den Megacitys hängt hier in starkem Maße mit der Landflucht zusammen. So haben in den Jahren von 1950 bis 1975 etwa 300 Millionen Menschen in Lateinamerika, Asien und Afrika ihre Dörfer verlassen und sind in die Städte gezogen. Das sind durchschnittlich jährlich etwa 12 Millionen! In den achtziger Jahren lag die durchschnittliche Jahressumme zwischen 15 und 17 Millionen! Getrieben werden diese Menschen von Lebensnot, die in erster Linie mit den Besitzverhältnissen auf dem Lande zusammenhängt. Gleichbleibende Besitzverhältnisse an Agrarfläche reproduzieren ständig Landflucht, Aufblähung der Städte und Slums. Die Therapie hypertropher Metropolen der Entwicklungsländer liegt zu großen Teilen auf dem Lande und verbindet sich mit Bodenreformen.

Zu den handhabbaren Therapien gehört sicher auch eine gezielte Standortpolitik, die durch Schaffung von örtlichen Präferenzen künstliche Standortvorteile außerhalb von hypertrophen Megacitys schafft. Die Anhebung der Attraktivität kleiner und mittelgroßer Städte (bei gleichzeitig guter Erreichbarkeit von Großstädten) hat immer Gegenwirkungen zur Überagglomeration.

Eng hiermit sind „Umwertungen" des Standards kleiner und mittlerer Städte verbunden. Ihre traditionellen Vorteile wie Naturnähe, geringere Lebenshaltungskosten, soziale Kontaktbreite und andere sind offensichtlich zu ergänzen durch Verbesserungen der Infrastruktur, der Dienstleistungen und des Warenangebots. Umwertungen sind nicht einfach zu bewerkstelligen, was vor allem damit zusammenhängt, daß große Städte bis heute eben nicht nur Negativentwicklungen zu verzeichnen haben, sondern in ihrer enor-

men Komplexität und unter Einschluß ihrer Umländer nach wie vor Wettbewerbsvorteile ballen. Die folgende Aufstellung einiger Wertmerkmale soll dies für beide Typen deutlich machen.

Zu den für hypertrophe Megacitys wichtigen Entlastungstherapien gehört der Auf- und Ausbau von U-Bahnen, mit denen ein Teil des Verkehrs aus dem Straßenniveau herausgenommen wird und Autoabgase reduziert werden können. Daß Tokio sich nicht – wie in den siebziger Jahren befürchtet – aus einer hypertrophen City in eine „Monstercity" verwandelt hat, hängt sicher damit zusammen, daß im Durchschnitt täglich rund 6,6 Millionen (1985) Passagiere (mehr als alle Stadtbewohner Ungarns) die U-Bahn (Länge über 200 km) benutzen und damit den Oberflächenverkehr entlasten. Regional wäre allerdings zu bemerken, daß die für den Bau von U-Bahnen benötigten riesigen Investitionssummen die Zahl der Städte mit U-Bahnen einschränken.

Überhaupt kommt den öffentlichen Massenverkehrsmitteln in der Therapie eine große Rolle zu. Mit höchster Attraktivität, wie hoher Geschwindigkeit, schneller Zugfolge, guter Erreichbarkeit, geringen Preisen und anderen, bieten sie bedeutsame Alternativen gegenüber dem die Megacitys stark belastenden Individualverkehr. Sicher sind auch Veränderungen der Denkweise dazu notwendig. Das betrifft vorrangig die großen Städte der Länder, deren Motorisierungsgrad sehr hoch ist. Aber auch im Individualverkehr selbst sind Regulierungen möglich, wie es eine Tokioter Anweisung verdeutlicht, wonach der Kauf eines PKW nur dann realisiert werden kann, wenn der Käufer einen Parkplatz dafür nachweist.

Bedeutsam sind Maßnahmen zum ökologischen Umbau der Wirtschaft der großen Städte, das heißt zur Minimierung solcher Zweige, die flächen- und ressourcenintensiv sowie umweltbelastend sind, und zum Ausbau solcher, die vorrangig intelligenzintensiv sind. Emissionsbezogene Steuern sind ein Hebel in dieser Hinsicht.

Wertmerkmale größerer und kleinerer Städte

	positiv	negativ
große Städte	Realisierungsräume größter Profite	Umweltschäden
	Häufungsräume hoher Einkommen	Betonierung der Lebensumwelt
	Vielseitigkeit des Arbeitsmarktes	Kommerzialisierung ganzer Stadtteile
	allseitiges Warenangebot	
	differenzierter Wohnungsmarkt	Belastung des Zeitbudgets (Wegezeiten etc.)
	vielseitiges Bildungs- und Kulturangebot	
	beste Kommunikationsmöglichkeiten	Kinderfeindlichkeit
	Agglomerationsvorteile (Anlehnungsbreite)	hohe Kriminalität
	„Nischen" (Fülle von Lebensangeboten)	
kleine Städte	geringere Lebenserhaltungskosten	kleinerer Arbeitsmarkt
	Naturnähe	geringeres Warenangebot
	soziale Kontakte	infrastrukturelle Schwächen
		Kulturgefälle
		kaum „Nischen"

Schlußbemerkung

Mit diesem Vortrag sollte auf einige Trends urbaner Entwicklung in unserer Zeit aufmerksam gemacht werden. Jede einzelne in die Zukunft projizierte quantitative Angabe mag in Grenzen korrigierbar sein (Unsicherheiten von Zählungen und Schätzungen), die Tendenzen aber scheinen zumindest wirklichkeitsnah. Sie geben zur Besorgnis Anlaß und fordern für das 21. Jahrhundert Siedlungsstrategien, die den Menschen wirklich zum Mittelpunkt haben. ■

Dr. Alfred ZIMM ist emeritierter Professor für Ökomomische Geographie am Geographischen Institut der Humboldt-Universität in Berlin.

Literatur

Berry, B. J. L. (Hg.): Urbanization and counter-urbanization. »Urban Affairs Annual Reviews«, 11, Beverly Hills/London 1976

Doxiades, K. A.: Die kommende Weltstadt – Ökomenopolis. In: Toynbee, A. J. (Hg.): Städte der Entscheidung – Metropolen des Weltgeschehens, München 1970.

Growth of the world's urban und rural population, 1920 bis 2000, New York 1969. = U. N. Department of Economic and Social Affairs, Population Studies, 44.

Habitat. Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen. Vancouver/Kanada 1976. Ausgewählte Materialien der Konferenz (Teil 1 bis 4). Berlin 1977 bis 1979.

Janickij, O. N.: Ekologiceskaja perspektiva goroda (Die ökologische Perspektive der Stadt), Moskau 1987.

Lichtenberger, E.: Stadtgeographie, Band 1: Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, Stuttgart 1986.

Müller-Wille, W.: Arten der menschlichen Siedlung. Versuch einer Begriffsbestimmung und Klassifikation. In: Ergebnisse und Probleme moderner geographischer Forschung, H. Mortensen zu seinem 60. Geburtstag, Bremen/Horn 1954, S. 141-163.

Ortolani, M.: Geografia della Popolazione, Milano 1978.

Papaioannou, J. G.: Megalopolis, a first definition. Ekistics, 26, Athen 1968, 152, S. 32-59.

Report of Habitat United Nations Conference of Human Settlement, New York 1976.

Rogers, A.: Migration, urbanization and development, Laxenburg 1981.

UN Concise report on the world population situation in 1970 bis 1975 and its longrange implications, New York 1974.

UNDIESA: Estimates and projections of urban, rural and city populations, 1925 to 2025. In: UNO: The 1982 Assessment, New York 1985.

Zimm, A.: Tendenzen der Stadtentwicklung aus geographischer Sicht. »Petermanns geographische Mitteilungen«, 128, Gotha 1984, 2, S. 99-105.

Zimm, A. und H. Hirrle: Hypertrophie von Metropolen. »Petermanns Geographische Mitteilungen«, 134, Gotha 1990, 2, S. 1-6.

Der Fischer Öko-Almanach. Band 4057, Frankfurt/Main 1982.

Die Zukunft der Metropolen: Paris, London, New York, Berlin. Ein Beitrag der Technischen Universität Berlin (West) zur internationalen Bauausstellung Berlin (West). Berichtsjahr

Sind MigrantInnen Krebszellen, Megastädte Geschwüre?

Christof PARNREITER

Einige sehr bedenkliche Behauptungen stellt Alfred Zimm in seinem Artikel dieser Ausgabe von »Weg und Ziel« auf. Weil jährlich Millionen Menschen, „getrieben (...) von Lebensnot", in die Städte der Entwicklungsländer wanderten, sei es dort zu einer „urbane(n) Explosion" gekommen.
Das „Wuchern der Bevölkerung in den Megacitys" sei eine „Fehlentwicklung", der die Entwicklungsländer allerdings „nahezu hilflos ausgeliefert" seien. Das Resultat wären „Krankheiten", ja eine „Hypertrophie".

Zimm steht mit solchem Alarmismus natürlich nicht alleine da. Allein das schiere Ausmaß von Migrationen und das Tempo von Urbanisierungsprozessen scheinen ihm und anderen Apologeten der „Zeitbombe Stadt" zunächst einmal recht zu geben. 100 bis 120 Millionen internationale MigrantInnen, ein Vielfaches davon als Binnenwanderer unterwegs, über 500 Millionen Flüchtlinge: Wir leben ohne Zweifel in einem Zeitalter der Migration. Und: die Zahl der Megastädte in Afrika, Asien und Lateinamerika hat sich zwischen 1960 und 1990 auf 23 verachtfacht, wobei die Zuwanderung vom Land für ein Drittel bis zur Hälfte des Stadtwachstums verantwortlich ist.

Diese Trends werfen zweifelsohne unzählige Probleme auf, unter anderem auch die von Zimm genannten. Doch rechtfertigen solche Mißstände und Gefahren biologistische Formulierungen, die im Postulat gipfeln, die Megacity der Peripherie leide an Hypertrophie, also an einer „übermäßige(n) Vergrößerung von Geweben und Organen infolge Vergrößerung der Zellen" (Definition laut Duden)? Ich meine: Nein. Erstens wird dadurch die Problematik verschleiert und nicht erhellt, und zweitens provozieren natur*gewalt*-liche Formulierungen wie „Explosion" oder „Wuchern" Abwehrhaltungen und Schuldzuweisungen, die analytisch falsch und politisch kontraproduktiv sind. Kurzum: Zimms Thesen und seine Diktion verlangen nach einer Erwiderung. Im Folgenden soll deshalb untersucht werden, welche Dynamiken den beschriebenen Trends zu Grunde liegen, wobei primär der Zusammenhang von Globalisierung und Migration beleuchtet wird.

Warum wandern Menschen?

Wie entstehen Migrationen? Was macht ein Land zum Abwanderungsland? Was *bewegt* Menschen? Scheinbar banal, müssen diese Fragen doch gestellt werden, da die traditionelle Migrationstheorie viele Antworten schuldig geblieben ist. Neoklassische Ansätze[1] bzw. ihre trivialisierte Form der sogenannten Push- und Pull-Modelle, die über Jahrzehnte die Migrationsforschung bestimmt haben und immer noch die öffentliche Meinung und die Schreibstuben beherrschen, sind seit den siebziger Jahren insbesondere von US-amerikanischen SozialwissenschaftlerInnen und ÖkonomInnen massiv kritisiert worden. Neoklassische Annahmen, Migrationen seien die Folge von Armut, Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung und Lohnunterschieden zwischen zwei Räumen, werden heute als ungeeignet und sogar als irrelevant zurückgewiesen.[2]

Aus gutem Grund, denn wenn Armut und Arbeitslosigkeit in einem Abwanderungsgebiet, die Hoffnung auf höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen anderswo oder der Arbeitskräftemangel eines Industrielandes alleine für das Entstehen von Migrationen verantwortlich wären, warum haben dann Dutzende arme Länder keine nennenswerte Emigration, warum rekrutiert sich die US-Einwanderung aus 12 und nicht aus 100 Ländern, warum begannen TürkInnen gerade in den frühen sechziger und ThailänderInnen just in den späten achtziger Jahren den Lohnunterschied zur BRD bzw. zu Japan wahrzunehmen und auszuwandern?

In Reaktion auf die theoretischen Defizite der individualistisch-voluntaristisch ausgerichteten Ansätze der Neoklassik bzw. ihrer trivialisierten Push- und Pull-Variante vollzieht ein großer Teil der Migrationsforschung einen Paradigmenwechsel. Seit den achtziger Jahren ist verstärkt eine globale, strukturelle und historische Perspektive in den Mittelpunkt des theoretischen Interesses gerückt.[3] Ein zentraler Zugang dieses Ansatzes ist es, Migration als ein „labor supply system" (Sassen 1988) auf einem „Weltmarkt für Arbeitskraft" (Potts 1988) zu analysieren. Sowohl wegen der expansiven Natur des Akkumulationsprozesses, als auch wegen des Wunsches der Kapitaleigner, Arbeitskosten zu senken, stellt Bedarf nach Arbeitskräften eine Konstante der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems dar. Der Arbeitskräftebedarf kann also quantitativer (wenn zu wenig Arbeitskraft verfügbar ist) oder qualitativer Natur sein (wenn die erhältliche Arbeit an sie gestellte Anforderungen bezüglich des Preises oder der Flexibilität nicht erfüllen kann oder will). In jedem Fall stellt die Verwendung von gewanderter Arbeit einen Ausweg dar, weswegen Migrationen spätestens seit Beginn des 18. Jahrhunderts „einen wichtigen Teil des sich entwickelnden kapitalistischen Weltmarktes" bilden (Potts 1988, 242; siehe auch Portes/Walton 1981, 49-59; Sassen 1988, 27-54; Parnreiter 1994, 10-47).

Migrationen werden aber nicht nur deshalb als ein Subsystem des kapitalistischen Weltsystems angesehen, weil sie als „labor supply systems" dem Weltmarkt für Arbeitskraft inhärent sind. Migration ist auch deshalb untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden, weil dieser im Zuge seiner Expansion stets aufs Neue Migrationspotentiale schafft. Mit der Ausweitung des Akkumulationsprozesses kommt es zur untergeordneten Einbeziehung neuer Gebiete in die internationale Arbeitsteilung, was die Verwandlung des Landes in eine Ware und ganz allgemein Peripherisierung der jeweiligen

Region zur Folge hat. Peripherisierung erzeugt überschüssige Arbeit(skräfte), weil und indem traditionelle Formen der Reproduktion ge- oder zerstört werden. Die periphere *Integration* in eine überregionale oder internationale Arbeitsteilung führt zu *Desintegration* regionaler wirtschaftlicher Systeme und Gesellschaften und damit zur *Nichtintegration* eines Teils der Bevölkerung in die regionale oder nationale Ökonomie. So entstehen Migrationspotentiale, das heißt es formieren sich Pools an wanderungsbereiten und -willigen Menschen (Sassen 1988, 33; Parnreiter 1994, 106-113).[4]

Die Unterordnung einer Region unter das Zentrum, die Dominanz, die die kapitalistische über andere Produktionsweisen gewinnt, stehen deshalb auch im „Herz einer ökonomischen Theorie von Migration" (Cohen 1988, 26). Und: „Anhaltende Arbeitsmigration setzt das Eindringen der politischen und ökonomischen Institutionen der dominanten Einheit – Nationalstaat oder Region – in die untergeordnete voraus. Diese Durchdringung schafft Ungleichgewichte zwischen Sektoren und Institutionen der untergeordneten Einheit, die eventuell zur Verschiebung von Arbeitskräften führt. Ungleichgewichte werden von außen verursacht, sie werden aber in den Strukturen der schwächeren Gesellschaft internalisiert. Diese inneren Ungleichgewichte, und nicht individuelle Vergleiche mit dem Reichtum höher entwickelter Regionen, liegen dem anhaltenden Prozeß von Arbeitsmigration zugrunde" (Portes/Walton 1981, 31).

Entwurzelung von Menschen[5]

Was Portes und Walton Ungleichgewichte nennen, soll hier als „Entwurzelung" beschrieben werden. Dieser Begriff wird in der Migrationsliteratur gewöhnlich in Zusammenhang mit Flüchtlingen und „displaced persons" oder aber, um die Folgen von Migration für den/die Einzelne/n zu beschreiben, verwendet. Hier aber meint Entwurzelung *den Verlust ökonomischer, sozialer und kultureller Bindungen und Gebundenheiten*, die in den allermeisten Fällen auch eine raumbezogene Festlegung haben. Direkte Vertreibung oder Verschleppung gehören – als die unmittelbarsten Formen von Entwurzelung – dazu: Menschen verlieren ihre Bindungen, weil und wenn sie ihrer (sozialen und räumlichen) Umgebung entrissen bzw. aus ihr verjagt werden. Entwurzelung kann aber auch die Folge einer sukzessiven Schädigung dieses Milieus sein: Menschen werden entwurzelt, wenn wirtschaftliche, soziale und kulturelle Reproduktion an einem bestimmten Ort nicht mehr möglich ist, weil die gesellschaftlichen Institutionen, in die ihr Leben eingebettet war, ge- oder zerstört wurden.

Modernisierungsprozesse, und zwar insbesondere in der Landwirtschaft, zählen zu den wesentlichsten Ursachen von Entwurzelung. Die Kapitalisierung, Mechanisierung und Kommodifizierung der agrarischen Produktion erhöhen zwar gewöhnlich Produktion und Produktivität, zugleich aber führen sie zur Aushöhlung „traditioneller" Formen der Subsistenzwirtschaft und kleinräumiger Marktproduktion. Wenn Grund und Boden als Produktionsfaktoren im Rahmen einer interregionalen oder internationalen Arbeitsteilung mobilisiert werden, wenn Weizen, Bohnen oder Reis nicht mehr zuerst Lebensmittel, sondern vor allem Exportware sind, wenn als Richtschnur agrarischer Produktion der Produktivitätsstandard· und die Profitabilität auf einem größeren Markt gelten, dann werden kleine, kapitalschwache, nicht konkurrenzfähige ProduzentInnen verdrängt, dann sinkt längerfristig die Nachfrage nach agrarischen Arbeitskräften, dann kommt es über Wettbewerb und Verschuldung zu einer Konzentration des Landbesitzes, dann wird die Versorgungsfähigkeit der ländlichen Bevölkerung beeinträchtigt.

Die Dynamik von Modernisierung und Entwurzelung, wie sie hier am Beispiel der Landwirtschaft dargestellt wurde und wie sie ebenso gewerbliche und industrielle Erzeuger treffen kann, hat auch eine soziokulturelle Komponente. Mit dem wirtschaftlichen Wandel, mit zunehmender Information über das Leben in der Stadt, im Norden, im Westen etc. oder mit eindringenden „modernen" Konsumgütern kommt es zu Säkularisierungstendenzen, greifen neue Lebensstile Platz, verändern sich auch Familienstrukturen und -hierarchien, entstehen neue Konsumwünsche. Bestehende kulturelle Bande verlieren an Attraktivität und Bindungsstärke, werden in Frage gestellt und eventuell aufgegeben.

Es geht hier aber nicht generell um einen Konflikt von „modern" gegen „traditionell". Es geht um eine bestimmte Form der Modernisierung, die die abrupte Zerstörung bestehender Formen des Überlebens nach sich zieht. Zusammenfassend – und etwas pauschal formuliert – kann Entwurzelung deshalb als die Folge exogen initiierter Modernisierung bezeichnet werden, die ihrerseits durch die untergeordnete Einbindung einer wirtschaftlichen Einheit (Region, Land) in einen größeren Markt und ein übergeordnetes System von Arbeitsteilung vermittelt wird. Diese periphere und peripherisierende (Hopkins/Wallerstein 1982) Integration führt zur Durchdringung mit ökonomischen, politischen und kulturellen Kräften einer dominanten Einheit, zur Ausrichtung der Struktur an den Interessen des Zentrums und letztlich zu inneren Ungleichgewichten. Kommerzialisierung verlangt von ländlichen Haushalten, Geldeinkommen zu erwirtschaften; traditionelle Formen des Grundbesitzes, der Landwirtschaft oder des Gewerbes können der direkten oder indirekten globalen Konkurrenz nicht standhalten; althergebrachte Lebensstile verlieren gegenüber modernen, via Massenmedien erfahrbaren Modellen an Attraktivität.

Peripherisierung oder Entwicklung?

Sind Entwurzelung und Peripherisierung synchrone Prozesse? Oder ist Entwurzelung gleichlaufend, vielleicht sogar gleichbedeutend mit Entwicklung? Welche Berechtigung und Konsequenz hat dann aber die unüberhörbar negative Konnotation des Begriffes Entwurzelung? Diese Fragen können nicht generell beantwortet werden, da die große Varietät von Prozessen, in deren Verlauf es zu Entwurzelung kommen kann, nach einer Konkretisierung des jeweiligen historischen Kontextes verlangt.

Im Europa des 19. Jahrhunderts waren der Niedergang traditioneller Agrarsysteme sowie der Verfall der Heimindustrie Komponenten jener „Great Transformation" (Polanyi 1977), die die moderne Industriegesellschaft schuf. Entwurzelung erscheint hier allgemein in einem positiven Licht, weil die soziale und räumliche Mobilisierung der Landbevölkerung die Basis war für die nachfolgende „Entwicklung". Entwurzelung hat allerdings auch eine soziokulturelle Komponente, die gerade an diesem Beispiel eines allgemein als „erfolgreich" gesehenen gesellschaftlichen Wandels untersucht wurde (Brückner 1982, 156-208). Im Zuge von Industrialisierung und parallel erfolgender Formierung von Massenbevölkerung kam es zur Vereinzelung und Enteignung

der Arbeitenden, wobei Enteignung nicht nur die von der Erde, sondern auch von kollektiven Stützen und Bindungen sowie von normativen Orientierungen, wie sie Gentil-, Produktions- und Gemeinschaftsverbände, aber auch feudale Beziehungen boten, meint. Die Landflüchtigen befanden sich in den Städten „soziostrukturell in der Fremde" (ebd., 195), was nach Brückner einen umfassenden Anpassungsprozeß an die Industriegesellschaft und ihre Bedingungen erzwang. Der Landflüchtige, „einmal entwurzelt, (erlag) der Suggestion des „Realen", das heißt dem komplett Angetroffenen, in Stadt und Fabrik Vorgefundenen" (ebd., 201).

Dennoch: Auch wenn der fortschrittsfrohen Formulierung, durch Industrialisierung und Niedergang der ländlichen Ordnung werde die Bevölkerung „dem Idiotismus des Landlebens entrissen" (Marx/Engels o.J., 36), nicht zugestimmt werden kann, darf das Landleben nicht verklärt werden. Wenn Entwurzelung oben als „Verlust ökonomischer, sozialer und kultureller *Bindungen* und *Gebundenheiten*" definiert wurde, so ist darin auch eine gewisse Ambivalenz angedeutet. Die Modernisierung veralteter Produktionsmethoden, Emanzipationsbestrebungen zur Herausforderung traditioneller Machtkonstellationen, zunehmende Bildung oder wachsende Konsumwünsche und -möglichkeiten tragen gewiß zur Auflösung der alten Ordnung bei. Umgekehrt aber kann jeder dieser Prozesse ein Bestandteil von „Entwicklung" sein.

Doch selbst wo gesamtgesellschaftlich der wirtschaftliche und soziale Wandel scheinbar erfolgreich bewältigt wurde, wie dies in Mittel- und Westeuropa der Fall war, kann Entwurzelung mit Peripherisierung in Zusammenhang gebracht werden. Industrialisierung und Wachstum sind stadtzentrierte Konzepte, denen das Land untergeordnet wird. Es ernährt nicht mehr primär die ansässige Bevölkerung, sondern muß die Städte mit Lebensmitteln und Arbeitskräften versorgen, Industrialisierungsprogramme finanzieren, Gewinne abwerfen, als Standort profitabler Unternehmen dienen. Aus dem „Land" wurde so das „Hinterland" und in Folge das „Abwanderungsland". „Das Dorf, das der depossedierte Handwerker oder die Tochter kleiner Bauern verlassen, ist oft genug in seiner ökonomischen und sozialen Integrität bereits beschädigt, die Klasse oder Schicht, der ein Abwanderer zugehörte, sozial desintegriert. Er/sie verlieren beim Zug in die Stadt oder ins Fabrikrevier Heimat und Bindungen, weil man sie schon am Fluchtort verloren hatte" (Brückner 1982, 180).

In vielen Ländern der Peripherie ist dem Verfall gesellschaftlicher Institutionen und wirtschaftlicher Systeme, wie sie in den letzten Jahrzehnten zu beobachten waren, überhaupt keine Entwicklung gefolgt. Ja, oft war und ist gerade das, was als „Entwicklung" bezeichnet wird, die Ursache von Entwurzelung. Programme wie die Grüne Revolution, exportorienterte Industrialisierung oder gigantische Infrastrukturmaßnahmen entzogen und entziehen Millionen Menschen die wirtschaftliche und soziale Lebensgrundlage, ohne die Basis für ein wie auch immer geartetes „Besser-Gehen" oder eine neue Integrationsmöglichkeit zu legen. Hier ist Entwurzelung Ergebnis von (andauernder) Peripherisierung und führt zu Marginalisierung und schließlich zu „funktionaler Irrelevanz" (Castells 1991, 213) wachsender Bevölkerungsteile.

Globalisierung, Entwurzelung, Migration

Entwurzelungsprozesse und Migrationen haben in den letzten Jahrzehnten ein niemals dagewesenes Ausmaß angenommen. Die Globalisierung wirtschaftlicher, aber auch kultureller Aktivitäten ist ein wichtiger Schlüssel, um diese Entwicklungen zu verstehen. Gewiß, Internationalisierung, Produktionsverlagerungen sowie weltweite Mobilität von Kapital und Waren sind dem Kapitalismus innewohnende Tendenzen und also nichts Neues. Seit den sechziger Jahren hat die globale Integration aber eine neue Qualität angenommen. Internationalisierung heißt heute „cross-penetration" (Portes/Walton 1981, 140), jeder Winkel der Erde ist mit Marktkräften, aber auch mit der Kultur und den politischen Interessen der Zentren durchdrungen.

In einer ersten Stufe der aktuellen globalen Integration, der sogenannten „Neuen Internationalen Arbeitsteilung" (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1983; 1986), spielten internationale Direktinvestitionen eine zentrale Rolle. Durch Kapitaltransfers in Entwicklungsländer bzw. in Exportproduktionszonen dort wurden landwirtschaftliche und industrielle Produktionen, die in den Industriestaaten nicht mehr profitabel genug waren, ausgelagert. Dann, ab den achtziger Jahren, waren es internationale Unternehmensaufkäufe und Fusionen, das Wachstum und die Internationalisierung der Finanzmärkte, die Expansion des internationalen Handels mit (produktionsbezogenen) Dienstleistungen sowie eine Umlenkung der Investitionsflüsse in die USA und nach Südostasien, die das Bild prägten (Castells 1989; Sassen 1991). Beide Entwicklungen schufen eine neue Qualität von Globalisierung und ließen spezifische Bedingungen für menschliche Mobilität entstehen: Entwurzelung fand in einem nie dagewesenen Ausmaß statt; neue Zentren des Bedarfs an Niedriglohnarbeitskräften entstanden; ein transnationaler Raum für die Bewegung von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Menschen formierte sich.

Traditionelle Arbeits- und Sozialstrukturen wurden durch die Ausweitung von landwirtschaftlicher wie industrieller Exportproduktion in den Ländern der Peripherie rasch zerstört. Die Verlagerung landwirtschaftlicher Produktion in Länder der Peripherie geht mit Kapitalisierung und Mechanisierung einher und führt in der Folge zur Verdrängung sowohl kleinbäuerlicher Erzeuger als auch jener Pflanzen, die der Selbstversorgung dienten (siehe z.B. Feder 1980; Zapata Martelo 1995). Mit ausländischem Kapital aufgebaute Industrie, die primär Exportmärkte beliefert, vergrößert innergesellschaftliche Ungleichgewichte, indem sie nationale Produktionen ruiniert und Bevölkerungsgruppen als ArbeiterInnen sozialisiert, ohne längerfristig Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Wenn beispielsweise im Umland von Jakarta innerhalb weniger Jahre Millionen Frauen in die mit Kapital aus Japan, Taiwan oder Hongkong errichtete Elektronik-, Bekleidungs- und Schuhindustrie mobilisiert werden (Hugo 1995), dann ist die Entwurzelung der ländlichen Bevölkerung hier nicht nur Bedingung für die Industrialisierung, weil sie die nötigen Arbeitskräfte freisetzt, sondern auch deren Ergebnis (Massey et al. 1993, 446).

Zudem bindet die weltweite Generalisierung von Marktbeziehungen lokale ProduzentInnen und ArbeiterInnen immer enger an den Weltmarkt und macht sie für seine Auf und Abs in der Nachfrage nach bestimmten Gütern, kurzfristigen Preisschwankungen und langfristigen Verschlechterungen der Terms of Trade immer verwundbarer (siehe z.B. Brown et al. 1995; Swindell 1995). Vom Kleinbauern über den Regierungsbeamten bis zum Straßen-

händler sind immer mehr Menschen Entwicklungen ausgesetzt, über die in New York, Tokyo oder London entschieden wird. Globale Durchdringung bedeutet aber auch die dominante Einflußnahme internationaler Institutionen wie der Weltbank oder des IWF. Von den fünfziger Jahren an forcierten und finanzierten sie eine „Entwicklungs"politik, die zu Massenentwurzelung statt zu Entwicklung führte (siehe z.B. Banerjee-Guha 1995). Ab den achtziger Jahren waren sie dann federführend an der Konzeption und Durchsetzung von Strukturanpassungsprogrammen in den Ländern der Peripherie beteiligt. Liberalisierungen, Deregulierungen, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, der Abbau von öffentlicher Beschäftigung und Sozialleistungen und andere Maßnahmen sollten die Ökonomien der betroffenen Länder sanieren, das heißt den neuen Bedingungen der Kapitalverwertung am Weltmarkt anpassen. Auf der Strecke bleiben und blieben Millionen Menschen, insbesondere Frauen, die über die Erhöhung der un- und schlecht bezahlten Arbeit versuchen müssen, dem durch die Anpassungsprogramme beschleunigten Verfall der (Re)produktionsmöglichkeiten entgegenzuwirken.

Letztlich ist auch die kulturelle Dimension von Globalisierung nicht zu unterschätzen. Westeuropäische, nordamerikanische und zunehmend auch japanische Lebensstile und Werte, Konsumgüter und Ideologien sind in einem nie dagewesenen Ausmaß dominant geworden, seit sie über elektronische Medien, Wirtschafts- und Militärpersonal oder TouristInnen in jeden Winkel der Erde transportiert werden. Dies hat erstens zur Folge, daß „traditionelle" Formen, die in der Marktlogik keinen Platz haben und/oder gegenüber dem Klischee vom American, German oder Japanese Way of Life zu wenig attraktiv wirken, geschwächt, transformiert, aufgelöst werden. Damit gehen Bindungen verloren, was – zweitens – Abwanderung wesentlich erleichtert.

Global Cities und marginalisierte Arbeitskraft

Die angesprochenen Entwicklungen trugen zum starken Anwachsen von Migrationspotentialen bei. Um das Potential zu aktivieren und tatsächliche Migrationen entstehen zu lassen, müssen weitere Faktoren dazu kommen. Ein erster ist die steigende Nachfrage nach marginalisierter Arbeitskraft, die auch und gerade von den Zentren des Weltsystems ausgeht. Neben der Internationalisierung der Produktion, der Deregulierung von Märkten sowie der Expansion und Integration der Finanzmärkte stellt die sozioökonomische Reorganisation der alten Zentren einen zentralen Aspekt einer umfassenden Neustrukturierung des kapitalistischen Weltsystems dar, wie sie seit Ende der sechziger Jahre in

Sandro Chia: Der melancholische Reisende, 1983

Gang ist.

Die Krise der Industrie und das Entstehen neuer Wachstumsbranchen brachten Veränderungen in der Arbeitsorganisation, in der Einkommensverteilung und in der Arbeitskraftnachfrage mit sich. Die wirtschaftliche und soziale Neuordnung führt zu einer gewaltigen Polarisierung, was insbesondere in den großen Metropolen sichtbar wird. Die „Informational City" (Castells 1989) bzw. die „Global City" (Sassen 1991) ist deshalb auch eine „Dual City" (Castells 1989). Dualismus meint dabei eine zunehmende Auseinanderentwicklung von Arbeitsmärkten in solche für hochqualifizierte und gut entlohnte bzw. in solche für nieder- und unqualifizierte und schlecht entlohnte, ein zunehmendes Mißverhältnis zwischen den in den alten Branchen überflüssig gemachten und den in den neuen nachgefragten Arbeitskräften, eine wachsende Differenzierung in einen regulierten formellen und einen unregulierten informellen Sektor der Wirtschaft. Dualismus heißt aber auch, daß es immer weniger Verbindungen zwischen diesen Polen gibt, daß Aufwärtsmobilität immer unmöglicher wird (Castells 1989, 224-229). Informalisierung und Fragmentierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, wie sie heute zunehmend wieder in den Zentren des Kapitalismus beobachtbar sind, ergeben sich aus Bedingungen des modernen Kapitalismus, und nicht aus denen rückständiger Branchen (Sassen 1991, 285).

Die Polarisierung bringt eine wachsende Nachfrage nach billiger und flexibler Arbeitskraft mit sich. Frauen und ImmigrantInnen stellen ein bevorzugtes Reservoir an Arbeitskräften für die Niedriglohnjobs dar, weil ihre Arbeitskraft marginalisiert genug ist, um den Anforderungen der „alten", abgewerteten Industrien und „sweatshops" (die oftmals im informellen Sektor produzieren), der modernen, expandierenden, hochspezialisierten Dienstleistungsbereiche und der traditionellen Dienstleistungen zu genügen. So wundert es nicht, daß beispielsweise das Beschäftigungsplus im New

York der siebziger und achtziger Jahre ausschließlich auf das Konto von ImmigrantInnen oder Frauen ging (Sassen 1991, 301). Eine ähnliche Entwicklung ist übrigens auch für Österreich (1988-1992) zu verzeichnen (Parnreiter 1994, 193).

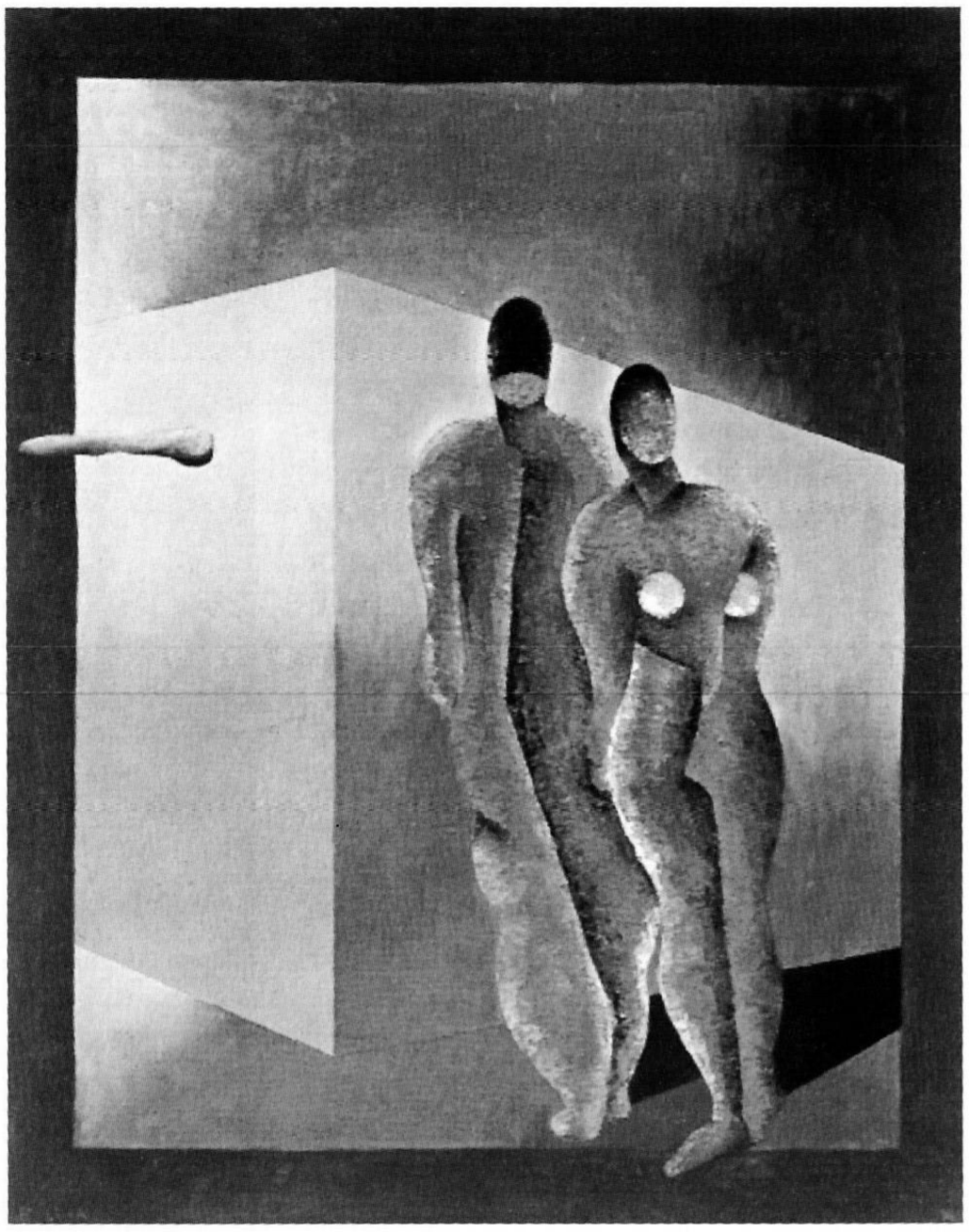
Die Beschäftigung von ImmigrantInnen stellt keine Alternative zur Kapitalmobilität dar, sondern ist eine Komponente derselben. In beiden Fällen ist es das Ziel, Zugang zu peripheren und peripherisierten Arbeitsmärkten zu erhalten – ob diese nun im In- oder im Ausland liegen, ob sie für Jobs in den modernsten oder in „rückständigen" Sektoren dienen, ob sie für den Weltmarkt oder die lokale Wirtschaft produzieren.

Formierung eines transnationalen Raumes

Seit den sechziger Jahren hat sich ein transnationaler Raum für die Bewegung von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Menschen gebildet. Eine Folge ist, daß die Zahl und die Breite der „Brücken", über die MigrantInnen wandern können, erheblich zugenommen haben. Als „Brücken" werden objektive und ideologische Verbindungen bezeichnet, die meist durch das Zielland einer Migration geschaffen werden und die die Sender- und Empfängerregion miteinander verbinden. „Brücken" entstehen in der Regel durch die Durchdringung einer Region mit den Kräften des Zentrums. Sie können primär ökonomischer Natur sein und durch Handelsbeziehungen oder Direktinvestitionen errichtet werden, sie können aus militärischer und/oder politischer Präsenz in einer Region herrühren, sie können historische Wurzeln haben (etwa zwischen Teilen ehemaliger Kolonialreiche), sie können durch direkte Rekrutierung von MigrantInnen oder durch allgemeine „Verwestlichung", durch Kultur, Konsum und Ideologien begründet werden, Kultur und sie werden im Laufe der Zeit auch durch Migrationsketten gebildet (Sassen 1995, 265f; Massey 1990, 63f).

Der Zusammenhang von metropolitaner Penetration, dadurch geschaffenen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen zwischen Zentrum und Peripherie und in weiterer Folge Migrationsmobilisierung wurde bis dato insbesondere am Beispiel der USA beschrieben (Sassen 1988; Portes/Rumbaut 1990). Gezeigt wird, daß die „neue" US-Immigration seit 1965 sich nicht aus den ärmsten Ländern rekrutiert, sondern genau aus jenen, mit denen die USA durch Kapital- und Handelsströme oder Militärinterventionen besonders verflochten sind. Auch auf andere Regionen angewandt, besitzt dieses Konzept hohen Erklärungswert (für Japan und Südostasien siehe Sassen 1995, für Österreich und das damalige Jugoslawien bzw. die Türkei siehe Parnreiter 1994, Kap. 4 und 5).

Globalisierung, wie wir sie heute erleben, bedeutet also das zeitgleiche Wachstum a) der Migrationspotentiale durch Entwurzelung, b) der spezifischen Nachfrage nach gewanderter Arbeitskraft sowie c) von „Brücken", über welche die Wanderung erfolgen kann. Migration muß deshalb als ein Subsystem innerhalb eines zunehmend integrierten transnationalen Raumes betrachtet werden. Es kann auch anders argumentiert werden: Die gleichen Prozesse, die zu Auswanderung führen, verlangen nach Einwanderung. Es ist deshalb keineswegs überraschend, daß die jetzige Phase globaler Integration relativ zeitgleich mit einer Zunahme der Wanderungen von Arbeitskräften – von Südeuropa und Nordafrika nach Westeuropa, von Mittelamerika, der Karibik und Südostasien in die USA, von Südostasien nach Japan, vom Mittleren Osten und Südasien in die erdölexportierenden Staaten der Golfregion – erfolgte.



Fillia: Der Weg, um 1930

Globalisierung und Megastadt der Peripherie

Die Megastädte der Peripherie, die Zimm in den Mittelpunkt seines Aufsatzes stellt, sind von den oben genannten Entwicklungen natürlich nicht unbeeinflußt. Einerseits, weil sie das am häufigsten anvisierte Ziel der Entwurzelten sind, und andererseits, weil sie selbst Teil jenes transnationalen Raumes sind. Ist die wissenschaftliche Diskussion um die semiperiphere Urbanisierung (z.B. Henderson 1986, Drakakis-Smith 1990) auch noch weitgehend offen, und der Begriff der „Megastadt" in der Literatur mit keinem klaren analytischen Konzept verbunden, so kann doch festgehalten werden, daß die Megastadt der Peripherie und der Semiperipherie zu einem Gutteil ein Produkt der Interaktionen globaler und regionaler Dynamiken ist; in ihrem Wachstum integriert und adaptiert sie „traditionell-ländliche" Komponenten an „modern-städtische" und trägt, als wesentlichste Schnittstelle zur „Welt", einen erheblichen globalen Anteil in sich.

Par excellence läßt sich dies am sogenannten „informellen Sektor" zeigen. Es wurde oft behauptet, der informelle Sektor sei der „Raum" der städtischen Armen, weil hier Zuwanderer Arbeitsmöglichkeiten finden oder schaffen können (zwischen 20 Prozent und 70 Prozent der urbanen Erwerbsbevölkerung arbeiten im informellen Sektor), weil hier zentrale Versorgungserfordernisse erfüllt werden, weil hier die Marginalisierten sich ihr Leben organisieren können. Der informelle Sektor wird als Folge von Zuwanderung aufgefaßt, indem Zuwanderer „ihre" traditionellen Produktions- und Lebensformen, aber auch ihre

Misere in der Stadt bruchlos fortsetzen. Das Ergebnis ist, daß behauptet wird, „Dorfelend führt zu Stadtelend" (Schweizer 1991), daß die Strukturen des informellen Sektors eine „Kultur der Armut" (Lewis 1959) darstellten und daß es zu einer „Verländlichung der Stadt" (Hauser 1969) käme.

Eine andere Zugangsweise zum informellen Sektor sieht ihn zwar auch in seiner Bedeutung als Überlebensstrategie der Armen und Zugewanderten, betont dabei aber mehr seine integrale Funktion innerhalb der nationalen wie internationalen Wirtschaft. Demzufolge dient die informelle Ökonomie dazu, Kosten in der Produktion von Waren und Dienstleistungen zu senken, indem sozialpolitische, arbeits- oder umweltrechtliche Regulierungen umgangen werden, unbezahlte Arbeit von Familienangehörigen (Frauen, Kindern) in Anspruch genommen wird und am staatlichen Abgabensystem vorbei produziert wird. Auch dort, wo der informelle Sektor Aufgaben des nicht mehr existierenden „Subsistenzsektors" übernimmt (und deshalb auch „traditionell" erscheint), ist er doch Teil einer größer angelegten Arbeitsteilung und somit kein Subsistenzbereich mehr. Wenn der informelle Sektor auch der wichtigste Bereich zur Reproduktion der Zuwanderer ist, so entspringt „Informalisierung" keineswegs der Arbeitsorganisation oder Kultur der Migranten und Migrantinnen, sondern ist eine durchaus „moderne" Strategie kleiner Unternehmer wie transnationaler Konzerne, ihre nationale und globale Konkurrenzfähigkeit zu stärken (Castells 1988; Portes et al. 1989).

Schluß

Zimms Argumentation und mehr noch seine Sprache verführen zu einer verzerrten Wahrnehmung von Migrationen und auch von MigrantInnen, was neben dem skizzierten theoretischen auch ein politisches Problem schafft. Wird Urbanisierung mit Wucherungen gleichgesetzt, dann sind MigrantInnen Krebszellen. Land-Stadt-Wandern wird so die Schuld gegeben an diesen „Auswüchsen" (oder sollte man sagen: Krebsgeschwüren?). Selbst Zimms Nebensatz, daß es ungerechte Besitzverhältnisse sind, die die Menschen vom Lande vertreiben, ändert nichts daran, daß der Aufsatz ein Gefühl hinterläßt, man müsse sich gegen Explosionen und Gewächse schützen (oder diese therapieren, wie Zimm schreibt). Wahrscheinlich ohne es zu wollen, schließt Zimm damit an die neoklassische Tradition an, und nährt, was noch schlimmer ist, die allzu präsenten Forderungen nach Abschottung. ■

Mag. Christof PARNREITER ist Lektor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien.

Literatur

Banerjee-Guha, Swapna: (1995) Involuntary Migration and the Associated Schism: Case of a River Valley Project in India. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 349-363.

Borjas, George J.: (1989) Economic Theory and International Migration. In: »International Migration Review« 23(3), 457-485.

Brown, Lawrence A./Jennifer L. Mandel/Victoria A. Lawson: (1995) The Uprooting of People, Migration, and Labor Force Experiences: Ecuador 1982 and 1990. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 331-348.

Brückner, Peter: (1982) Psychologie und Geschichte. Berlin.

Castells, Manuel: (1988) Movimientos sociales urbanos. Mexico.

Castells, Manuel: (1989) The Informational City. Information Technology, Economic Restructuring, and the Urban-Regional Process. Oxford.

Castells, Manuel: (1991) Die zweigeteilte Stadt – Arm und Reich in den Städten Lateinamerikas, der USA und Europas. In: Tilo Schabert (Hg): Die Welt der Stadt. München/Zürich, 199-216.

Castles, Stephen/Mark J. Miller: (1993) The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World. Hampshire and London.

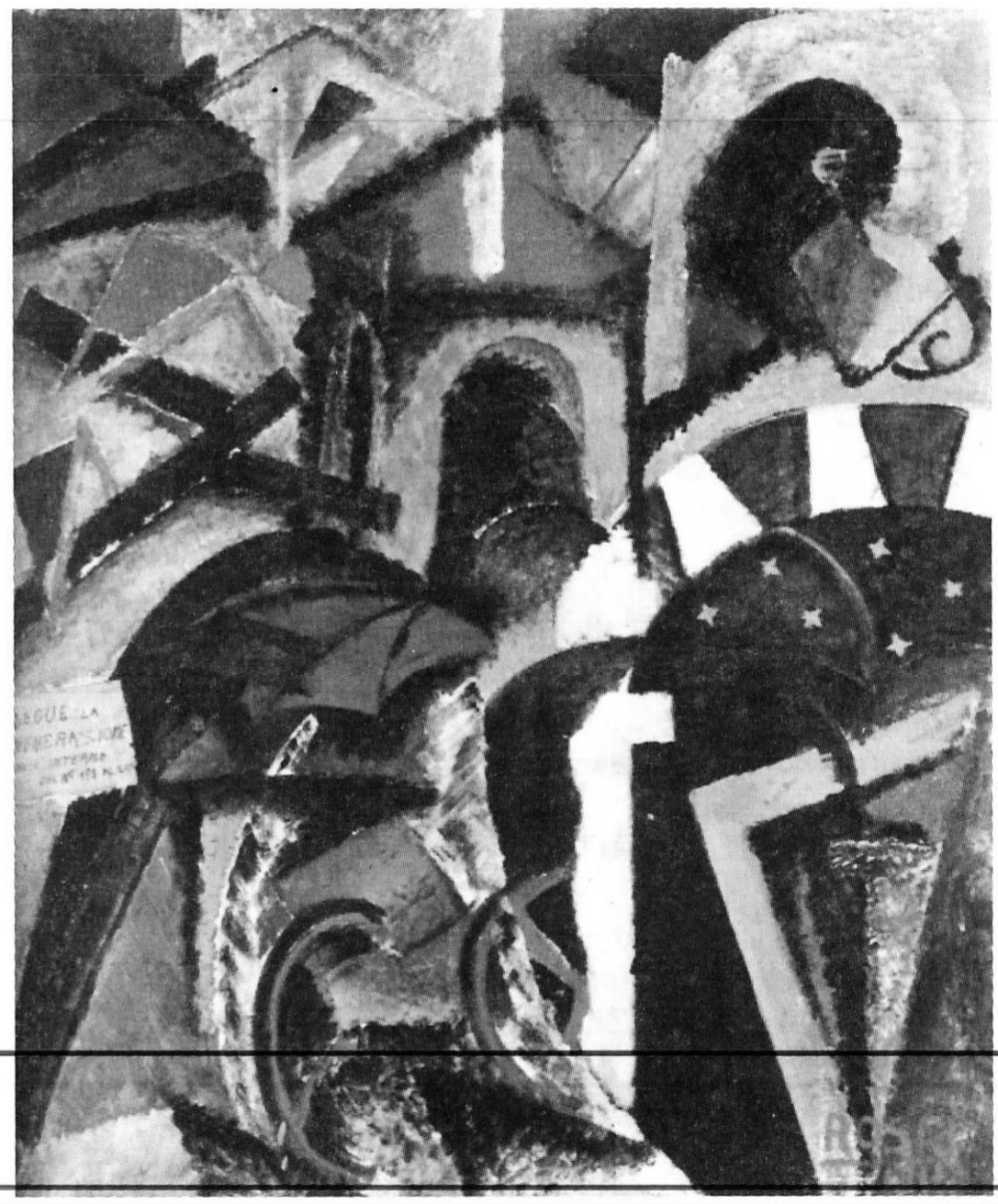
Chant, Sylvia: (1992) Conclusion: towards a framework for the analysis of gender-selective migration. In: Chant, Sylvia (ed): (1992). Gender and Migration in Developing Countries. Belhaven Press. London and New York. 197-206.

Cohen, Robin: (1987) The New Helots. Migrants in the International Division of Labour. Aldershot.

Drakakis-Smith, D. (eds): (1990) Economic Growth and Urbanization in Developing Areas. London.

Fawcett, James T.: (1989) Networks, Linkages and Migration Systems. In: »International Migration Review« 23(3), 671-680.

Feder, Ernest: (1980) Neuere Tendenzen in der Agrarerzeugung unterentwickelter Länder. In: Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Starnberger Studien 4. Frankfurt/Main, 89-126.



Ottone Rosai: Zerlegung einer Straße, 1914

Fröbel, Folker/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: (1983) Die neue internationale Arbeitsteilung. Reinbek bei Hamburg.

Fröbel, Folker/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: (1986) Umbruch in der Weltwirtschaft. Reinbek bei Hamburg.

Harris, John R./Michael P. Todaro: (1970) Migration, Unemployment and Development: A Two-Sector Analysis. In: »American Economic Review« 60, 126-142.

Hauser, P.M.: (1969) Urbanization in La-

tin America. Paris.
Henderson, J.: (1986) The New International Division of Labour and Urban Development in the World System. In: Urbanisation in the Developing World, Hrsg.: Drakakis-Smith, D., London-New York, 63-81.
Hobsbawm, Eric J.: (1977) Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875. München.
Hopkins, Terence K./Immanuel Wallerstein: (1982) Grundzüge der Entwicklung des modernen Weltsystems. In: Dieter Senghaas (Hg): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt/Main, 151-200.
Hugo, Graeme: (1995) Indonesias Migration Transition. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 285-309.
Lewis, O.: (1959) Five Families: Mexican Case Studies in the Culture of Poverty. New York.
Marx, Karl/Friedrich Engels: o.J. (1890) Manifest der Kommunistischen Partei. Berlin.
Massey, Douglas S.: (1990) The Social and Economic Origins of Immigration. In: »The Annals of the American Academy of Political and Social Science« 510, 60-72.
Massey, Douglas S./Joaquín Arango/Graeme Hugo/Ali Kouaouci/Adela Pellegrino/J. Edward Taylor: (1993) Theories of International Migration: A Review and Appraisal. In: »Population and Development Review«, 19(3), 431-466.
Mollenkopf, John/Manuel Castells (Hg): (1991) Dual City. Restructuring New York. New York.
Ortner, Sherry B.: (1994) Theory in Anthropology since the Sixties. In: Dirks, Nicholas B./Geoff Eley/Sherry B. Ortner (Hg.): Culture/Power/History. A Reader in Contemporary Social Theory. Princeton, 372-411.
Parnreiter, Christof: (1994) Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise. Wien.
Piore, Michael J.: (1979) Birds of Passage: Migrant Labor and Industrial Societies. Cambridge. Cambridge University Press.
Polanyi, Karl: (1990) (1944) The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main.
Portes, Alejandro/John Walton: (1981) Labor, Class, and the International System. New York.
Portes, Alejandro/Jozsef Böröcz: (1989) Contemporary Immigration: Theoretical Perspectives on its Determinants and Modes of Incorporation. In: International Migration Review 23(3), 606-630.
Portes, A./Castells, M./Benton, L.A.: (1989) The informal economy. Studies in advanced and less developed countries. Baltimore, London.
Portes, Alejandro/Ruben G. Rumbaut: (1990) Immigrant America: a portrait. Berkley.
Potts, Lydia: (1988) Weltmarkt für Arbeitskraft. Von der Kolonisation Amerikas bis zu den Migrationen der Gegenwart. Hamburg.
Sassen, Saskia: (1988) The Mobility of Labor and Capital. A study in international investment and capital flow. Cambridge.
Sassen, Saskia: (1991) The Global City. New York, London, Tokyo. Princeton.
Sassen, Saskia: (1995) Die Immigration in der Weltwirtschaft. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 261-284.
Schweizer, G.: (1991) Zeitbombe Stadt. Die weltweite Krise der Ballungszentren. Stuttgart.
Simmons, Alan B./Jean Pierre Guengant: (1992) Caribbean Exodus and the World System. In: Kritz, Mary M./Lin Lean Lim/Hania Zlotnik (Hg.): International Migration Systems. A Global Approach. Oxford.
Stark, Oded: (1991) The Migration of Labor. Cambridge.
Swindell, Kenneth: (1995) Akkumulation, Unsicherheit und Überleben. Migration und ländliche Haushalte in Nordwest Nigeria. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 311-330.
Todaro, Michael P.: (1969) A Model of Labor Migration and Urban Unemployment in Less Developed Countries. In: »American Economic Review« 59(1), 138-148.
Todaro, Michael P.: (1980) Internal migration in developing countries: A survey. In: Richard A. Easterlin (ed): Population and Economic Change in Developing Countries. Chicago. University of Chicago Press, 361-401.
Zapata Martelo, Emma: (1995) Internationalisierung, Bevölkerungsbewegungen und Veränderungen im Alltag der Haushalte. In: »Journal für Entwicklungspolitik« 3, 365-388.
Zolberg, Aristide R.: (1989) The Next Waves: Migration Theory for a Changing World. In: »International Migration Review« 23(3), 403-430.

Anmerkungen

1 Die an der neoklassischen Ökonomie orientierten Migrationstheorien sehen Binnen- und internationale Wanderungen als Ergebnis einer Ungleichzeitigkeit von Angebot an und Nachfrage nach Arbeitskräften an. Während Regionen oder Länder mit einem großen Potential an Arbeitskräften niedrige Löhne aufweisen, verhält es sich in Regionen/Ländern mit einem limitierten Arbeitskräftereservoir umgekehrt. Die resultierenden Lohnunterschiede veranlassen Arbeiter an den Ort mit höheren Löhnen zu wandern, wodurch Migration zur Herstellung eines Gleichgewichtes sowohl der Löhne als auch des Arbeitskräfteangebotes bzw. der -nachfrage beiträgt. Auf der Mikroebene ist es gemäß den neoklassischen Theoremen das einzelne, an Gewinnmaximierung orientierte Individuum, das sich aufgrund eines Vergleiches zweier Regionen/Länder dafür entscheidet, dorthin zu migrieren, wo es die größten Nettovorteile zu erwarten hat (siehe z.B. Todaro 1969; 1980; Harris/Todaro 1970; Borjas 1989).

2 Für einen allgemeinen Überblick über gängige Migrationstheorien siehe Massey et al. 1993. Zur Kritk neoklassischer Argumente siehe z.B. Piore (1979, 7); Portes/Walton (1981, 25); Sassen (1988, 6); Massey (1990, 64); Stark (1991, 3); Chant (1992, 201); Castles/Miller (1993, 20).

3 Siehe z.B.: Portes/Walton (1981); Cohen (1987); Sassen (1988); Potts (1988); Portes/Böröcz (1989); Zolberg (1989); Castles/Miller (1993).

4 Daß hier die Betonung auf dem Entstehen von Migrationspotentialen liegt, soll nicht das Vorurteil nähren, Migrationen entstünden hauptsächlich „angebotsseitig". Tatsächlich müssen, um das Potential zu aktivieren, zusätzliche intervenierende Faktoren auf den Plan treten (siehe weiter unten).

5 Julius Mende hat richtigerweise eingewandt, daß auch der Begriff Entwurzelung ein biologistischer ist. Daraus ergeben sich zwei Fragen. Einerseits ist zu klären, wie das Herauslösen bzw. -reißen von Menschen aus bzw. die Desintegration von sozialen, kulturellen und ökonomischen Ordnungen zu interpretieren und folglich zu benennen ist. Zweitens muß gefragt werden, ob und in welchem Ausmaß es „Verwurzelung", also ortsstabile Bindungen, für Menschen überhaupt gibt. Ich danke für die Kritik, ohne derzeit eine befriedigende Antwort geben zu können.

„Überbevölkerung“*

Anmerkungen zur Geschichte und Aktualität eines Mythos

Susanne HEIM

Seit den sechziger Jahren lernt jedes Schulkind im Geographieunterricht, daß die Welt überbevölkert sei. Die Annahme, das demographische Wachstum der Menschheit gefährde deren Fortbestand, gilt heute unbezweifelt als Tatsache. Doch wie mißt man Überbevölkerung?
Wer entscheidet, wann welche Menschen wo „zuviel“ sind? Wenn die Nahrungsmittel nicht ausreichen, um sie zu ernähren? Oder die Arbeitsplätze nicht, um sie „nutzbringend“ zu beschäftigen? Wenn die Probleme, die durch das Zusammenleben von Millionen in großen Städten entstehen, unbeherrschbar werden? Oder wenn das Ökosystem zusammenbricht? Ist die ganze Welt „überbevölkert“ oder nur die südliche Halbkugel?

Überbevölkerung ist ein Sammelbegriff, mit dem jeweils ganz unterschiedliche Probleme umschrieben werden. Indem man den Konflikt zwischen Ressourcen und gesellschaftlichen Ansprüchen als ein „Bevölkerungsproblem“ definiert, wird aber auch die Suche nach den „Lösungen“ für dieses Problem in eine ganz bestimmte Richtung gelenkt – in Richtung auf die „Regulierung“ der Bevölkerung.

In der Regel wird die Diskussion um Überbevölkerung unhistorisch geführt, als handle es sich um ein gerade erst aufgetauchtes, aktuelles Problem. Verfolgt man aber die Geschichte dieser Debatte, so zeigt sich, wie sehr die häufig wechselnden Argumentationsmuster und Begriffsbestimmungen auch ein Spiegel des jeweiligen Zeitgeistes sind. Der Blick zurück erleichtert die kritische Distanz zum heute scheinbar Selbstverständlichen. In diesem Sinne soll im folgenden die Geschichte der Überbevölkerungsdiskussion nachgezeichnet werden – als Ideologiegeschichte.[1]

Die Suche nach dem Bevölkerungsoptimum

Die Angst, daß die Bevölkerung sich schneller vermehre als die Nahrungsmittelproduktion, erreichte gegen Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts ihren ersten Höhepunkt. Bis heute ist diese Angst mit dem Namen des schottischen Pfarrers Thomas Robert Malthus verbunden, der 1798 sein „Bevölkerungsgesetz“ darlegte, das er für ein Naturgesetz hielt. Als einzige Alternative zu Hungersnöten sah Malthus einen Verzicht auf Ehe und Fortpflanzung all derer, die nicht in der Lage seien, ihre Nachkommen zu ernähren. Malthus' Prophezeiungen sowie die breite Resonanz, die sein Essay erfuhr, sind nicht zuletzt auch ein Ausdruck der Angst vor der sich ausbreitenden Massenarmut zu Beginn der Industrialisierung. Am Ende des Jahrhunderts schien diese Angst zunächst gebannt – dank des technischen Fortschritts, den eben diese Industrialisierung mit sich gebracht hatte. Der Malthus'sche Pessimismus wandelte sich ins Gegenteil: Die Technisierung der Nahrungsmittelproduktion versprach ungeahnte Möglichkeiten der Steigerung. Und zudem würden, so hoffte man, mit steigendem Wohlstand die Geburtenzahlen quasi „von allein“ zurückgehen.[2]

Doch war die „Bevölkerungsfrage“ damit keineswegs endgültig ad acta gelegt, sondern tauchte zu Beginn des 20. Jahrhunderts in doppelter Gestalt wieder auf: Der zunächst mit Befriedigung konstatierte Geburtenrückgang wurde schon bald als neue Geißel der Menschheit bzw. ihres westeuropäischen Teils empfunden. Statt Überbevölkerung drohte nun vermeintlich das Aussterben einzelner (weißer) Völker bzw. deren Unterlegenheit gegenüber den sich angeblich rascher vermehrenden Schwarzen und Slawen.

Daneben wurde auch das Überbevölkerungsproblem erneut diskutiert – allerdings unter veränderten Vorzeichen. Im Mittelpunkt stand nicht mehr die Frage, ob es absolut zu viele Menschen auf der Erde gebe oder in naher Zukunft geben werde, sondern welches die „richtige“, wünschenswerte oder „optimale“ Bevölkerungszahl sei.

Der schwedische Ökonom Knut Wicksell, einer der ersten, die diesen Begriff verwendeten, hielt 1910 einen Vortrag über das „Bevölkerungsoptimum“. Er versuchte, seinem Publikum nahezubringen, daß die größte Bevölkerungszahl nicht immer auch die beste sei. Diese Position war für damalige Verhältnisse ungewöhnlich, da allgemein als selbstverständlich galt: Je mehr Menschen, desto größer die wirtschaftliche und militärische Stärke eines Landes.

Demgegenüber erklärte Wicksell die Reduzierung des Bevölkerungswachstums für unter Umständen sogar erstrebenswert, als Mittel zur Lösung der „sozialen Frage“. Seiner Ansicht nach war die weit verbreitete Armut sowohl in England als auch in Deutschland wahrscheinlich eine Folge des demographischen Wachstums. Wenn dieses gestoppt würde, sei eine „sehr wesentliche Vermehrung des Wohlstandes der großen Volksmassen fast selbstverständlich“. Wicksell argumentierte primär ökonomisch, ihn beschäftigte die Frage: Ist für die Wirtschaft ein Bevölkerungswachstum oder ein -rückgang günstiger, welche Bevölkerungsentwicklung (Zu- oder Abnahme) führt zur Wohlstandssteigerung? Auf den ersten Blick erscheint diese Überlegung rein sachbezogen und unideologisch. Interessant ist jedoch, daß Wicksell seine Theorie nicht vor Wirtschaftswissenschaftlern referierte, sondern auf dem Internationalen Neomalthusianer-Kongreß, der 1910 in Den Haag tagte. Wicksells Vortrag

---

* Dieser Beitrag basiert auf dem Vortrag, den die Autorin auf dem Symposium „Biologismus, Nationalismus, Rassismus, Holismus“, veranstaltet von »Weg und Ziel« und anderen Organisationen, in Wien, im WUK, am 18. November 1994 gehalten hat.

Sandro Chia: Knall! Portrait von Ezra Pound, 1983

wurde anschließend in der Zeitschrift des Deutschen Bundes für Mutterschutz veröffentlicht.[3] In der gleichen Ausgabe publizierte die Herausgeberin der Zeitschrift, Helene Stöcker, einen Kongreßbericht, der als Ergänzung zu Wicksells Ausführungen gelesen werden muß. Der Bewegung der Neomalthusianer, so Stöcker, ginge es um „Abschaffung des Massenelendes, der Massenarmut" ebenso wie um die „Höherentwicklung des Menschen, die Höherzüchtung des Einzelnen"; ihr Anliegen sei die „Rassenverbesserung", indem die „schlechten Elemente ausgemerzt, aber zugleich den Gesunden und Tüchtigen Gelegenheit gegeben" werde, „sich in stärkerem Maße als bisher fortzupflanzen". Stöcker betonte, daß „auch die Mutterschutzbewegung eine Bewegung der Rassenverbesserung ist, da sie nicht nur den in Not geratenen Müttern und Kindern helfen, sondern auch dafür Sorge tragen will, daß Menschen, deren Existenz keinen Fortschritt für die Menschheit bedeuten kann, wenn möglich überhaupt nicht geboren werden".[4]

Während also Wicksell „Überbevölkerung" noch rein ökonomisch definiert hatte als ein Überschreiten des Bevölkerungsoptimums, standen auf dem Neomalthusianerkongreß Überlegungen zur „Bevölkerungsqualität" im Zentrum der Debatte. Eugenische Ziele wie „Rassenverbesserung" und „Höherzüchtung" lieferten auch in den folgenden Jahren die Kriterien für die Entscheidung, welche Menschen als überzählig anzusehen sei.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Diskussion ums Optimum erst mit einiger Verzögerung fortgesetzt, unter anderem auf der ersten Weltbevölkerungskonferenz 1927 in Genf. Die Initiative dazu war von Margaret Sanger ausgegangen, der wohl bekanntesten Aktivistin der Geburtenkontrollbewegung in den USA, die sich später der eugenischen Bewegung anschloß. Zwar war man sich in Genf darüber einig, daß es ein Bevölkerungsoptimum gebe, nicht jedoch über die Frage, wie es zu definieren sei. So wurde erwogen, entweder den höchsten Lebensstandard zum Kriterium für die „richtige" Bevölkerungszahl zu wählen, oder das „Glücksmaximum", oder auch eine Art eugenisches Optimum, das dort liege, wo eine möglichst große Zahl von Menschen moralisch, geistig und physisch „perfectly fit" seien.[5] Trotz aller Kontroversen teilten die Delegierten jedoch die Vorstellung, daß es ein Gleichgewicht zwischen Ressourcen und Bevölkerungszahl gebe und sich dieses mathematisch bestimmen ließe. Erst die Abweichung von diesem Optimum wurde als problematisch angesehen: Bei unzureichender Auslastung herrschte demnach „Untervölkerung", bei Übernutzung der Ressourcen dagegen „Übervölkerung". In dieser Konzeption wurde „Bevölkerung" zu einem Wirtschaftsfaktor unter anderen, der in ein mathematisches Verhältnis zu den anderen Faktoren (zum Beispiel Kapital, Boden oder Lebensstandard) gesetzt und dessen Sollzahl berechnet werden kann. *Wie* das Bevölkerungsoptimum hergestellt werden sollte, war in der Diskussion der zwanziger Jahre so gut wie kein Thema, jedoch wurde davon ausgegangen, daß im Falle einer Abweichung vom Optimum auch der „Faktor" Bevölkerung variabel sei, das heißt vergrößert oder verringert werden könne, um das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Ein Ausdruck dieser Gleichgewichtsvorstellung sind die unzähligen mathematischen Formeln, mit deren Hilfe das Optimum berechnet werden sollte. Dabei werden in der Regel Bevölkerung, Lebensstandard und Ressourcen, mitunter auch der Stand der Produktivkräfte in ein rechnerisches Verhältnis zueinander gesetzt. Bisweilen wird die Bevölkerung differenziert in „produktive Bevölkerung" und „Gesamtbevölkerung" oder in „Produzenten" und „Nur-Konsumenten", die gegeneinander aufgerechnet werden können.[6] Etwa so: je höher die Zahl der „Produzenten", desto mehr „Nur-Konsumenten" kann sich eine Gesellschaft leisten.

Die bekannteste Bevölkerungsgleichung ist die Mombertsche Formel, so benannt nach dem Nationalökonomen Paul Mombert. Demnach galt:
Nahrungsspielraum =
Volkszahl x Lebenshaltung oder
N = V x L

Mit Hilfe dieser Formel ließ sich jedes Mißverhältnis zwischen Ressourcen und gesellschaftlichen Bedürfnis-

sen in ein Bevölkerungsproblem verwandeln – indem man den Dreisatz zur „Bevölkerungsseite" hin auflöste und so die mögliche oder erwünschte „Volkszahl" in Abhängigkeit von Nahrungsspielraum und Lebenshaltung bestimmte und auch mathematisch zur Variablen erklärte.

„Bevölkerungsdruck" und „Ballastexistenzen"

In den zwanziger Jahren hatte noch vor allem Westeuropa als überbevölkert gegolten, nicht zuletzt, weil die USA, lange Zeit das wichtigste Aufnahmeland für die „Bevölkerungsüberschüsse" der Alten Welt, die Einwanderung immer stärker beschränkten. Deutsche Geostrategen hatten daher mit Verweis auf die „Raumenge" die Rückgabe der Kolonien an Deutschland gefordert. Seit Beginn der dreißiger Jahre setzte sich dagegen allmählich die Anschauung durch, daß nicht so sehr West- sondern vor allem Osteuropa überbevölkert sei. Der Statistiker Friedrich Burgdörfer warnte vor der „Verschiebung des Bevölkerungsschwerpunkts nach Osten", wo er erheblich höhere Geburtenzahlen festgestellt hatte als im Westen. Und der Sozialhygieniker Hans Harmsen prophezeite Europa die Gefahr einer „slawischen Überflutung".

Deutschland sei, so formulierte der Ökonom Theodor Oberländer, einem „Bevölkerungsdruck" von seiten seiner östlichen Nachbarn, insbesondere Polens ausgesetzt.[7] Zudem stelle die agrarische Überbevölkerung in den meisten ost- und südosteuropäischen Ländern ein Hindernis für die ökonomische Entwicklung dar. Sie verhinderte nach Vorstellung der Ökonomen, Agrar- und Bevölkerungsexperten die Kapitalakkumulation, weil der „rückständige" Agrarsektor keine Überschüsse produziere und somit kein Kapital zum Aufbau einer Industrie akkumuliert werde. Der Boden sei in kleine Parzellen zersplittert, seine Bewirtschaftung ineffektiv organisiert. Es lebten erheblich mehr Menschen von der Landwirtschaft, als für die Produktion benötigt wurden. In der polnischen Landwirtschaft, so formulierte es wenig später Oberländers Kollege Helmut Meinhold, als Wirtschaftsberater im besetzten Polen, sei jeder zweite Mensch „nichts als toter Ballast"; in manchen Gebieten galten sogar zwei Drittel der Landbevölkerung als überzählig.

Maßstab für solche Berechnungen war die „optimale Arbeitsproduktivität im europäischen Großraum" oder wenigstens das deutsche Maß an Arbeitsproduktivität. Wenn die polnische Landwirtschaft auf deutschen Stand gebracht werden würde, so die Ökonomen im besetzten Krakau, könnten vier bis sechs Millionen Menschen von dort „abgezogen" werden, ohne daß weniger produziert werden würde.

Überbevölkerung war laut Meinhold „effektiver Kapitalverschleiß", weil Menschen ernährt, aufgezogen und ausgebildet würden, die ökonomisch nicht gewinnbringend eingesetzt werden konnten. Die Beseitigung der Überbevölkerung war demnach gewissermaßen die strukturpolitische Voraussetzung für den Aufbau einer rentablen, effizienten Wirtschaft.[8]

Die Annahme, daß Überbevölkerung das gravierendste Problem in ganz Ost- und Südosteuropa sei, entwickelte sich rasch zum wissenschaftlichen Konsens, von dem nahezu die gesamte scientific community überzeugt war und den niemand mehr hinterfragte. Es blieb jedoch nicht bei der abstrakten Berechnung der Überbevölkerung, sondern die „Ballastexistenzen" oder „überzähligen Esser" wurden auch identifiziert: Zu diesem Zweck verknüpften die deutschen Sozialwissenschaftler und Bevölkerungsexperten ihre Überbevölkerungsanalyse, dem Zeitgeist entsprechend, mit dem Antisemitismus. Die „Entjudung der Wirtschaft", so argumentierten sie, schaffe die Möglichkeit, Handel und Handwerk zu rationalisieren, indem man kleine jüdische Geschäfte und Werkstätten zusammenlegte und nichtjüdischen Polen übergab. Auch die polnische Landwirtschaft könne von „Ballastexistenzen" befreit werden, wenn durch die Ghettoisierung der Juden in den Städten Platz geschaffen und so den „Überzähligen" vom Land ein Anreiz zur Abwanderung in die Stadt geboten werde.

In dem Konzept, das die Reduzierung der Bevölkerungsdichte zur Voraussetzung für die wirtschaftliche Sanierung machte, wurde der Mord an den europäischen Juden zum Instrument für den „Wirtschaftsaufbau" entsprechend den ehrgeizigen deutschen Plänen für einen „Großraum Europa".

Die Überbevölkerungsdiskussion, so abstrakt sie auch häufig geführt wurde, war immer mit einer Vorstellung davon verbunden, *wer* überzählig sei. Im Nationalsozialismus dienten sowohl Rassismus und Antisemitismus als auch Leistungskriterien (bzw. die Unterscheidung zwischen „brauchbaren" Menschen, die einen Gewinn für die Volksgemeinschaft darstellten und „Unbrauchbaren", die als Belastung angesehen wurden) zur Selektion der Bevölkerung. Der Rassismus, schreibt Zygmunt Baumann, könne nur dort zum Durchbruch kommen, wo der Entwurf einer perfekten Gesellschaft vorhanden ist und wo dieser Entwurf durch konsistente planerische Bemühungen realisiert werden soll. Eben dies war in Osteuropa unter deutscher Herrschaft der Fall.

Die Verbrechen der „Euthanasie" im Nationalsozialismus haben dazu geführt, daß die Eugenik als deren geistiger Hintergrund bis heute nachhaltig diskreditiert ist. Dagegen hat das Überbevölkerungsdogma trotz des Zusammenhangs mit der Völkermordpolitik gewissermaßen seine „wissenschaftliche Unschuld" behalten.

Die Wiederkehr der alten Ängste

Nach dem Zweiten Weltkrieg galten Westeuropa und insbesondere die Westzonen Deutschlands als überbevölkert. Aufgrund der Flüchtlingsbewegungen aus dem Osten hatte sich zum einen die Bevölkerungsdichte insbesondere in Westdeutschland stark erhöht, zum anderen war die Ressourcenbasis infolge der Zerstörung der Produktionsanlagen im Krieg erheblich verkleinert. Statt jedoch den „Faktor Bevölkerung" zu reduzieren, wie es die Deutschen in Osteuropa während des Krieges getan hatten, sollte das Gleichgewicht zwischen Ressourcen und Bevölkerung auf andere Weise wiederhergestellt werden – und zwar durch eine „Erweiterung des Nahrungsspielraums", indem die Marshallplangelder in den Ausbau der Produktionskapazitäten investiert wurden.

In dem Maße, wie das Flüchtlingsproblem als bewältigt galt, verlagerte sich die Überbevölkerungsdiskussion im Verlauf der fünfziger Jahre auf die „Dritte Welt". Die Debatte darüber, welche Regionen der Erde als überbevölkert anzusehen seien, war nun deutlich geprägt vom Kalten Krieg und der Konkurrenz um Rohstoffe, die die rassistischen Kategorien der Kolonialzeit wieder aufleben ließen.

Der Bevölkerungswissenschaftler Roderich von Ungern-Sternberg sah es 1959 als Gefahr an, „daß die Völker Westeuropas durch eine sie überflügelnde und mit der Zeit womöglich überflutende Zunahme der Vermehrung der Farbigen aller Schattierungen

an Geltung in der Welt verlieren und obendrein einem seit Jahrhunderten aufgestauten Vergeltungsdrang der Farbigen ausgeliefert werden."[9] Doch Ungern-Sternberg fühlte sich und Westeuropa nicht nur von den Farbigen bedroht, sondern in alter Tradition nach wie vor auch von den Slawen: „Westeuropa", so schrieb er weiter, „ist gegenwärtig gewissermaßen eingekreist von Ländern, die eine sehr viel höhere natürliche Vermehrung aufweisen. Infolgedessen wird sich, wenn dieser Zustand andauert, von Osteuropa und von Nordafrika her ein Bevölkerungsgefälle nach Westeuropa ergeben unter dem Druck des demographischen Expansionsdranges. Bedingt ist diese Gefahr vor allem durch die vergleichsweise sehr niedrige westeuropäische Geburtenrate."[10] Die alte, rassistisch geprägte Angst vor Schwarzen und Slawen hatte damit eine neue „wissenschaftliche" Basis außerhalb der in Mißkredit geratenen Rassenforschung erhalten. Hatten bislang die „Farbigen aller Schattierungen" aufgrund angeblich rassisch bedingter Charaktereigenschaften als Bedrohung für die Weißen gegolten, so bildete jetzt ihre (angeblich oder tatsächlich) höhere Geburtenrate ein scheinbar objektives Kriterium, um die Bedrohung zu ermessen.

Auch wenn er nicht als Vergleichsmaßstab für „Rassenunterschiede" verwendet wird, ist ein Begriff wie „Geburtenrate" problematisch: In der bevölkerungswissenschaftlichen Diskussion werden die komplexen Umstände und Widersprüche, unter denen Frauen sich entscheiden, Kinder zu bekommen, kategorisiert, in Statistiken oder Graphiken dargestellt und in abstrakte demographische Komponenten verwandelt: Geburtenrate, Fertilitätsrate, Bevölkerungszuwachsrate, Nettoreproduktionsziffer, Sterblichkeitsrate, Heiratsalter, Geburtenabstände usw. Ein Abstraktum wie die Reproduktions-, Geburten- oder Fertilitätsrate wird zur Gefahr stilisiert. Worte wie „Fruchtbarkeitsraten" eliminieren menschliches Handeln aus der Schwangerschaft und suggerieren, daß ein abstrakter Faktor – Fruchtbarkeit – verantwortlich ist für die Umweltzerstörung oder für den „Niedergang des weißen Mannes".[11]

Ähnliche Argumente wie Ungern-Sternberg führten auch die Autoren des Staatslexikons von 1957 unter dem Stichwort „Bevölkerungspolitik" an, um vor einer „für die abendländischen Völker beunruhigende(n) Dynamik" zu warnen. Diese Völker, so heißt es dort, „bilden nur ein Drittel der Weltbevölkerung, haben aber mehr als zwei Drittel der Produktivkräfte der Welt in ihrem Besitz. Dieses ökonomisch-demographische Ungleichgewicht muß auf Dauer den Weltfrieden bedrohen und drängt – auch ohne Krieg – zu einer völlig neuen Welt-Kräfte-Verteilung, bei der die Positionen des weißen Mannes mehr und mehr zusammenschrumpfen."[12]

Gerhard Mackenroth hielt dagegen die „hysterische Angst" vor der Überbevölkerung noch 1953 für „etwas völlig Albernes": „Undifferenzierte und unorganisierte Menschenmassen haben noch nie Geschichte gemacht und werden sie auch in Zukunft nicht machen. Weltgeschichte (...) vollzieht sich nicht über die Genitalorgane. Unorganisierte Massen sind immer nur Objekte gewesen und sind kleinen, aber sozial überlegen organisierten Minderheiten noch immer erlegen."[13]

Die „Europäisierung des Fortpflanzungsverhaltens"

Im Verlauf der sechziger Jahre verschob sich die Diskussion auf eine andere Ebene: Allmählich galt die „Überbevölkerung" in den Ländern des Südens nicht mehr als Gefahr für die ehemaligen Kolonialmächte, sondern als Gefahr für die vermeintlich übervölkerten Länder selbst.

Während in Europa mit der Industrialisierung eine „Rationalisierung des Geschlechtslebens" einhergegangen sei, so der Statistiker und Bevölkerungswissenschaftler Hermann Schubnell[14], stünde zu befürchten, daß diese bei den nicht-europäischen Bevölkerungen ausbleibe. Zwanzig Jahre zuvor, im Jahr 1941, hatte Schubnell

den Schwarzwaldbauern noch ein Lob dafür ausgesprochen, daß sie die „Rationalisierung des Fortpflanzungsverhaltens“ nicht mitgemacht hatten. Sie trugen so dazu bei, daß „das deutsche Volk wieder ein wachsendes Volk“ werde, das dann auch „den Auftrag einer europäischen Neuordnung und Führung (...) auf Dauer erfüllen“ könne.[15] 1961 dagegen vermißte Schubnell eine vergleichbare Rationalisierung in den Entwicklungsländern. Sie täten gut daran, so meinte er, „ihr Fortpflanzungsverhalten zu europäisieren“. Eben dies sah Schubnell gewissermaßen als Erziehungsaufgabe der Entwicklungshilfe an: „Welches sind die Voraussetzungen, daß das indische, chinesische, malaiische oder peruanische Ehepaar in gleicher Weise wie das europäische eine Vorstellung von einer gewollten Anzahl von Kindern hat, daß es einen Lebensplan macht, der nicht mehr acht oder zehn Kinder, sondern eben nur noch drei oder zwei vorsieht? Und welche Chance besteht, daß wir darauf nicht 50 oder 80 oder 100 Jahre warten müssen? (...) Wie kann man von Millionenmassen von Menschen, die in elenden Behausungen leben, die weder lesen noch schreiben können, Erwerbs- und Bildungsstreben erwarten und die Einsicht, daß zwischen Verbesserung der Lebensverhältnisse, sozialem Aufstieg und ihrer Kinderzahl ein enger Zusammenhang besteht? Wie kann man ihnen, die kaum rational zu handeln gewohnt sind, klarmachen, daß die Umarmung, die sie spontan und affektvoll vollziehen, ‚bedacht‘, daß zwischen dem Akt und seinen Folgen unterschieden werden muß, daß es persönlich sinnvoll und für die Entwicklung des Landes nützlich sei, weniger Kinder zu haben, daß dort wo bisher nur spontan und aus dem Gefühl gehandelt wurde, jetzt vernünftiges und auf bestimmte Ziele gerichtetes Handeln besser sei?“[16]

Bildung von „Humankapital“

Was Schubnell hier forderte, könnte man mit Foucault auch als Biopolitik bezeichnen: Die Disziplinierung und Ausrichtung der Sexualität an den Erfordernissen der Volkswirtschaft.

Der erzieherische Impetus, der aus Schubnells Betrachtungen über die Entwicklungsländer spricht, sollte schon bald durch nüchternere Konzepte abgelöst werden. In den sechziger Jahren dominierte innerhalb der bevölkerungspolitischen Lobby noch die Vorstellung, Familienplanung ließe sich in Form von Pillenpackungen und Spiralen in die „Dritte Welt“ exportieren, und die „Lösung des Überbevölkerungsproblems“ sei lediglich eine Frage der Distribution von Verhütungsmitteln. Doch nachdem auch mit viel propagandistischem Aufwand betriebene, groß angelegte Familienplanungsprogramme nicht die erwünschte Senkung der Geburtenrate zur Folge hatten, rückten in den siebziger Jahren andere Fragen in den Mittelpunkt der Bevölkerungsforschung. Die „Gesamtheit der Motivationsfaktoren“ aufgrund derer sich Frauen oder Paare für oder gegen Kinder entscheiden, sollte erforscht werden, um so die privaten Wünsche an die demographische Zielvorstellung anzupassen.[17]

In Deutschland war Hilde Wander, Bevölkerungsökonomin am Kieler Institut für Weltwirtschaft und in den fünfziger Jahren UN-Population Advisor in Indonesien, eine der ersten, die die Kinderwünsche in betriebswirtschaftlichen Kategorien faßte und statt Familienplanungspropaganda durchgreifende Veränderungen der Sozialstruktur forderte: „Die größeren Anstrengungen, die die selbstgenügsamen Kleinbauern machen, um mehr Kinder aufzuziehen, dienen vor allem der Stabilisierung überkommener Lebensformen und Produktionsweisen, nicht aber dem notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel.“ Die Aufzucht vieler Kinder, so Wander weiter, „mag für einzelne Familien lohnend sein; volkswirtschaftlich (...) ist ein solches Verhalten aber schädlich.[18] Es fördert das Bevölkerungswachstum, nicht aber den Aufbau eines leistungsfähigen Arbeitspotentials und die Schaffung produktiver Arbeitsplätze.“ Welche Faktoren, so fragte Wander, beeinflussen „Angebot und Nachfrage nach Kindern“ bzw. die familiäre „Kosten-Nutzen-Relation“, und wie kann man sie ändern? „Die Notwendigkeit, die Verhaltensweisen der Bevölkerung zielgerecht zu beeinflussen, wird oft übersehen. Es genügt nicht, einen Geburtenrückgang zu propagieren und die erforderlichen Dienste dafür bereitzustellen, wenn nicht zugleich die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für fortschrittsgerechte Verhaltensänderung geschaffen werden.“[19]

Auf der Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest war erstmals die Bedeutung der Frauen für die Familienplanung betont worden. In der „Dekade der Frau“, die die UNO im Anschluß an die Konferenz ausrief, wurden einkommensschaffende Maßnahmen und Bildung für Frauen zumindest dem Anspruch nach zum integralen Bestandteil der Entwicklungshilfe – in der Begriffswelt von Hilde Wander eine Form der „Bildung von Humankapital“.

Bevölkerungsökonomische Berechnungen, wie Wander sie anstellt, scheinen auf den ersten Blick relativ neutral. Wenn man versucht, die Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums wie „fortschrittsgerechte Verhaltensänderung“ und „Aufbau eines leistungsfähigen Arbeitskräftepotentials“ auf die Länder des industrialisierten Nordens zu übertragen, wird der autoritäre Gestus dahinter deutlich.

Vergleichbare Direktiven gelten in umgekehrter Richtung, vom Süden aus an den Norden erteilt, als schlicht unzumutbar. Man stelle sich vor, Experten aus sogenannten Entwicklungsländern würden sich anmaßen, von den Menschen in den Industrieländern eine „fortschrittsgerechte Verhaltensänderung", zum Beispiel den Verzicht aufs eigene Auto oder die Öffnung der Landesgrenzen für alle MigrantInnen, zu verlangen.

Die Unterscheidung zwischen denjenigen, die sich bevölkerungspolitische Eingriffe selbstverständlich gefallen lassen müssen und den anderen, denen man so etwas nicht zumuten kann, kommt auch in dem Bericht der deutschen Bundesregierung für die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zum Ausdruck. Darin hat die Regierung die Bevölkerungspolitik in den Ländern des Südens zum Schwerpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit in den neunziger Jahren erklärt. In Deutschland gibt es dagegen nach Regierungsverlautbarungen keine Bevölkerungspolitik – allenfalls Familienpolitik, mit der jedoch keine bevölkerungsrelevanten Ziele verfolgt würden. In der Bundesrepublik soll eine ungünstige demographische Entwicklung (Überalterung, Bevölkerungsrückgang = Arbeitskräfteknappheit) durch politische Maßnahmen in anderen Bereichen kompensiert werden. In den Ländern des Südens gilt dagegen als selbstverständlich, was schon bei der ersten Weltbevölkerungskonferenz in Genf auf der Tagesordnung stand: die Anpassung der „Variable Bevölkerung" an das von Ökonomen errechnete Optimum. ■

Dr. Susanne HEIM ist Historikerin. Arbeitsschwerpunkt: Geschichte des Nationalsozialismus und der Bevölkerungspolitik. Sie lebt in Berlin.

Anmerkungen

1 Im Herbst 1996 wird unter dem Titel „Berechnung und Beschwörung" eine Monographie zur Geschichte der Überbevölkerungsdiskussion im 20. Jahrhundert, verfaßt von Ulrike Schaz und der Autorin, im Berliner Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin/Göttingen erscheinen.

2 Vgl. zu Malthus und der Kontroverse, die sein Essay auslöste: Rolf Peter Sieferle, Bevölkerungswachstum und Naturhaushalt. Studien zur Naturtheorie der klassischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1990.

3 Knut Wicksell, Das Optimum der Bevölkerung, in: »Die Neue Generation« 6 (1910), Heft 10, S. 383-391.

4 Helene Stöcker, Der Internationale Neumalthusianer-Kongreß im Haag, in: »Die Neue Generation« 6 (1910), Heft 10, S. 406-418, hier: S. 414. Derartige Positionen wurden keineswegs nur von der politischen Rechten vertreten. Auch unter Sozialdemokraten und Sozialisten gab es vehemente Befürworter von Eugenik und Rassehygiene. Um die Person Helene Stöckers, ihre Haltung zur Rassenhygiene und den von ihr geleiteten Bund für Mutterschutz gibt es in der feministischen Forschung eine bis heute andauernde Kontroverse. Der Bund für Mutterschutz wurde wegen seiner radikal-feministischen Positionen nicht in den Deutschen Frauenverband aufgenommen; Stöcker mußte 1933 emigrieren. Vgl. Brunhilde Sauer-Burghard, Frauenbefreiung und „Rassenveredelung". Eugenisches und rassenhygienisches Gedankengut im feministischen Diskurs der historischen radikalen Frauenbewegung, in: Schöpfungsgeschichte. Zweiter Teil. Neue Technologien (= »Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis«, Bd. 38), Köln 1994, S. 131-144. Zum Bund für Mutterschutz und dessen Verbindung zur Eugenikbewegung vgl. Anna Bergmann, Die verhütete Sexualität, S. 86f. Ann Taylor Allen nennt Stöcker eine der libertärsten radikalen Feministinnen; vgl. dies.: Feminismus und Eugenik im historischen Kontext, in: »Feministische Studien«, Heft 1, 1991, S. 46-68.

5 Vgl. Margaret Sanger (Hg.), Proceedings of the World Population Conference, London 1927; außerdem zur Optimumsdiskussion allgemein: Selig Siegmund Cohn, Die Theorie des Bevölkerungsoptimums. Ein Beitrag zur dogmengeschichtlichen und dogmenkritischen Behandlung des Bevölkerungsproblems, Rechts- und Staatswissenschaftliche Dissertation, Marburg 1934.

6 So in der Formel des indischen Soziologen, Ökonomen und Bevölkerungswissenschaftlers Radha Kamal Mukerjee; vgl. Cohn, a.a.O., S. 56f.

7 Theodor Oberländer, Die agrarische Überbevölkerung Polens, Berlin 1935.

8 Zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und Überbevölkerungsdiskussion im deutsch besetzten Osteuropa siehe genauer: Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Frankfurt/M. 1995. Dort finden sich auch die Quellenangaben zu den hier dargelegten Überbevölkerungsberechnungen.

9 Roderich von Ungern-Sternberg, Die neuesten Vorgänge in der Bevölkerungsbewegung der wichtigsten Länder der Erde, in: »Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik« Bd. 171, H. 5/6, Dezember 1959, S. 402-421, hier: S. 420.

10 Ebd., S. 401f.

11 Vgl. dazu ebenso wie zur Kritik der Bevölkerungsformeln: Patricia Hynes, Taking Population Out of Equation. Reformulating I=PAT, Massachusetts 1993. Hynes ist Direktorin des Institutes on Women and Technology in Massachusetts.

12 Wilfried Schreiber/Hermann J. Wallraff, Bevölkerungspolitik, in: Görres-Gesellschaft (Hg.), Staatslexikon, Spalte 1232. Für den Hinweis auf dieses Zitat danke ich Rosa Jimenez Laux.

13 Gerhard Mackenroth, Bevölkerungslehre, Berlin 1953, S. 433.

14 Schubnell war zu Beginn der siebziger Jahre Gründungsdirektor des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft in Wiesbaden und prägte die Entwicklung des Instituts auch in den folgenden Jahren entscheidend.

15 Hermann Schubnell, Der Kinderreichtum bei Arbeitern und Bauern. Untersuchung aus Schwarzwald und Rheinebene, Freiburg 1941.

16 Hermann Schubnell, Ursache, Umfang und Bedeutung der sogenannten Bevölkerungsexplosion, in: Bevölkerungsexplosion, Familienplanung und Geburtenkontrolle. Ein Tagungsbericht. Veröffentlichung Nr. 51 der Evangelischen Akademie Hessen und Nassau, S. 20f.

17 Zur entsprechenden Debatte innerhalb der US-amerikanischen Bevölkerungswissenschaft vgl. Susanne Heim/Ulrike Schaz, „Das Revolutionärste, was die Vereinigten Staaten je gemacht haben". Vom Aufstieg des Überbevölkerungsdogmas, in: Christa Wichterich (Hg.), Menschen nach Maß, Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, S. 129-150.

18 Hilde Wander, Bevölkerungswachstum und Konsumstruktur in Entwicklungsländern. Fakten, Zusammenhänge und politische Implikationen, Kieler Studien Nr. 149, Tübingen 1979, S. 5f.

19 Ebd., S. 71.

Kein Ende sozialer Proteste

Die Universitäten als Ort gesellschaftlichen Widerspruchs

Manfred MUGRAUER

Die gewaltige Protestbewegung an den Hochschulen hat gezeigt, daß die Demontage des österreichischen Sozialstaats nicht ohne Widerstand hingenommen wird. Daß dabei zudem keine Einengung auf spezifische Einzelforderungen stattgefunden hat, sondern die Orientierung sich klar gegen das gesamte Belastungspaket gerichtet hat, brachte eine neue Qualität des studentischen Aufbegehrens.

Das angeblich sozial so ausgewogene Sparpaket der Regierung hat seine genaue Treffsicherheit unter Beweis gestellt, denn es sind die Arbeitslosen, Frauen, Alleinerzieherinnen, Mindestpensionisten, öffentlich Bediensteten und nicht zuletzt die Studierenden, also insgesamt die sozial Schwächsten, bei denen das Sparvolumen von 100 Milliarden geholt wird und die somit Opfer der Umverteilungspolitik zugunsten des Kapitals werden. Diese größte Sozialabbauoffensive der II. Republik, die überdies mit Zustimmung der Gewerkschaft erfolgt, ist in dieser Form Resultat eines Prozesses, den die Volkspartei mit der Aufkündigung der Großen Koalition einleitete, indem sie die Budgetverhandlungen platzen ließ und somit Neuwahlen erzwang. Mitunter ein Grund dafür war zum damaligen Zeitpunkt der vermeintliche Unwille der SPÖ, bei gleichzeitiger Anerkennung der Sparnotwendigkeit den geplanten sozialen Kahlschlag mitzutragen, worauf die Sozialdemokratie sich im Wahlkampf mit ihrer sozialen Rhetorik als Verteidigerin des Sozialstaats präsentieren konnte.

Nach dem erfolgreichen Wahlausgang war von dieser Positionierung bei den Budgetverhandlungen wenig zu sehen, nach dem Schnüren des Belastungspakets titelte selbst die »Presse«: „Sparpaket schont Unternehmen". Die neuerliche Etappe der Demontage des Sozialstaates, die sich als zwangsläufige Folge der Verwirklichung dieser kapitalfreundlichen Orientierung darstellt, ging jedoch nicht ohne Widerstand über die Bühne. Sie hatte die größte Massenprotestbewegung im Bildungsbereich in der II. Republik zur Folge. Dadurch konnte der Beweis geliefert werden, daß trotz des in Österreich etablierten konsensualen sozialpartnerschaftlichen Denkens und trotz der systematischen Einimpfung des Spargedankens durch die Medien keine Rede sein kann von einem Ende der sozialen Proteste und der Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft.

Sozialreaktionäre Rotstiftpolitik

Die große Wucht der studentischen Protestbewegung ist mitunter durch die Spezifik der Einsparungen im Hochschulbereich zu begründen, da vor allem Studierende und Mittelbau mit einer überproportionalen Härte getroffen werden. Für den Mittelbau haben die Streichungen im universitären Bereich massive Einkommenseinbußen zu Folge, womit erstmals seit 1945 einer Berufsgruppe eine Lohnrunde klar unter Null zugemutet wird. Warum gerade der Mittelbau und insbesondere die externen Lektoren massiv zur Kasse gebeten werden, läßt sich dadurch begründen, daß es sich bei dieser Kurie um eine sehr heterogene Gruppe handelt, die zudem am schlechtesten organisiert ist und somit ohne gewerkschaftliche Vertretung über keine große Lobby verfügt. Die neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben äußert sich weiters in einer rigorosen Beschneidung der staatlichen Transferleistungen für Studierende, unter anderem Wegfall der Freifahrt, Verlust der Familienbeihilfe bei Überschreitung der Mindeststudiendauer plus ein Toleranzsemester pro Abschnitt, Streichung der Mitversicherung und des Kinderabsetzbetrages, Wegfall der Geburtenbeihilfe, auch muß in diesem Zusammenhang der Nachkauf der Pensionsversicherungszeiten berücksichtigt werden. Diese Maßnahmen stehen in einer Kontinuität zu den Angriffen, die im Zuge des Sparpakets I im Frühjahr 1995 erfolgten, nämlich die damalige Kürzung der Familienbeihilfe, die Einführung eines Selbstbehalts bei der Freifahrt, die Streichung der Fahrtkostenrückerstattung, sowie die Unis betreffend Einsparungen beim wissenschaftlichen und technischen Personal und radikale Kürzung des Lehrveranstaltungsangebots und des Stundenkontingents.

Diese Beschneidungen, die einem sozialen Numerus clausus und einem Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung gleichkommen, müssen vor dem Hintergrund der steigenden Studentenzahlen und der ohnehin bereits unzureichenden sozialen Absicherung der Studierenden, sowie den ohnehin bereits unzumutbaren Studienbedingungen und Zuständen auf den Unis gesehen werden: katastrophale Infrastruktur und Disparitäten in der finanziellen, räumlichen und personellen Ausstattung, Raumnot, überfüllte Hörsäle, zu wenig Lehrende, unzureichendes Lehrveranstaltungsangebot, Bibliotheksmisere und vor allem Einsparungen bzw. Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst, der einen gewaltigen Anstieg der AkademikerInnenarbeitslosigkeit zur Folge haben wird. Durch die Erhöhung der Unterrichtszeiten für Assistenten wird es wiederum zu einer weiteren Aushöhlung der universitären Lehre und Forschung kommen, so wie generell die Aufrechterhaltung eines geregelten Lehr- und Forschungsbetriebes nicht zu gewährleisten sein wird. Dieser Anschlag auf die Bildungs- und Forschungsinstitution Universität wird umrahmt vom Ausverkauf der Universitäten an Wirtschaftsinteressen, was sich erneut auch anhand des geplanten neuen Universitäts-Studiengesetzes nachvollziehen läßt.

Spontandemos und Großkundgebungen

Nicht zufällig wurde das letzte Belastungspaket in den Semesterferien, also in der vorlesungsfreien Zeit präsentiert, was einen etwas schleppenden Anlauf des studentischen Widerstands zur Folge hatte. Erste Protestaktionen begannen an der WU Wien, an der der Semesterbeginn eine Woche früher als

an den anderen Universitäten erfolgt, doch hatten sich auch dort rasch Streik- und AktivistInnenkomitees formiert. Anfang März trat die Uni Wien in den Ausnahmezustand, worauf die ersten der in den nächsten Wochen so zahlreichen Spontandemos (u.a. eine U-Bahn-Fahrt durch Wien), die oftmals Polizeigeleit bis tief in die Nacht erforderten, und Blockaden von Verkehrslinien (vor allem Ring und Gürtel), sogenannte „Verkehrsberuhigungen", folgten. Nach zahlreichen Urabstimmungen beschloß die 1500 Menschen zählende zentrale HörerInnenversammlung im übervollen Audimax am 11. März den „aktiven, unbefristeten Streik, bis das Sparpaket fällt". Ebenso reagierte der massiv von den Einsparungen betroffene Mittelbau, der in einer Resolution gegen die „irrationalen Sparmaßnahmen der Regierung" auftrat, wodurch die Rechnung der Regierung, die mit der Heterogenität und dadurch bedingten Wehrlosigkeit dieser Gruppe spekulierte, nicht aufging. Letztlich wurden vom Dienststellenausschuß der Uni Wien alle Lehrveranstaltungen ausgesetzt. Am 19. März erging von der Bundessektion Hochschullehrer selbiger Antrag an den Zentralvorstand der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, wodurch als Reaktion auf den Druck der Basis die anfängliche Akzeptierung des Sparpakets ohne Kampfmaßnahmen durch die GÖD revidiert werden konnte.

Zuvor hatten am 14. März bei der Großdemonstration „Bildung geht in die Offensive" österreichweit 50.000 StudentInnen, davon 40.000 in Wien und jeweils beeindruckende 5.000 in Linz und Graz, ihren Protest gegen den unsozialen Kurs der Regierung zum Ausdruck gebracht. Tags darauf befanden sich erneut 25.000 Menschen auf der Straße, als die Plattform gegen das Belastungspaket zur Kundgebung „Alle gegen das Sparpaket" aufgerufen hatte. Bei diesen und weiteren Kundgebungen wurde auch das Auftreten kommunistischer Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre als Redner begeistert aufgenommen, nicht zuletzt deswegen, da dadurch vermittelt werden konnte, daß nicht alle in der Gewerkschaft dazu bereit sind, sich dem unsozialen Diktat der Regierung zu unterwerfen. Weiters konnte durch einen Sprecher des französischen Streikkomitees eine Verbindung zur französischen StudentInnenbewegung im Bewußtsein hergestellt werden. Nach zwei weiteren Großdemos mit über zehntausend Teilnehmern, letztere stand unter dem Motto „Zukunft statt Sozialabbau, Bildung in Bewegung", wurde der Regierung, die damit spekulierte, daß die Streikbewegung im Sande verläuft, über die Osterferien eine Nachdenkpause verordnet. Die Dienststellenversammlung der Uni Wien beschloß schließlich die Fortsetzung des Streiks bis 22. April, darauf wurde die Lehre befristet bis zum 31. Mai wieder aufgenommen. Nach einer abschließenden Großdemonstration, die erstmals in die Außenbezirke führte, galt es, den Streik in alternative Proteste und medienwirksame Aktionen zu transformieren, wobei in dieser Hinsicht vor allem die Kundgebung auf der Ringstraße vom 8. Mai („Deklaration: Kein Geld – Kein Frieden!"), bei der an acht verschiedenen Orten zwischen Hauptuni und Bellaria-Passage auf sechs LKWs Bands verschiedener Stilrichtungen auftraten, zu nennen wäre.

Solidarität und Kreativität

Die Erfahrungen dieser immer noch lebendigen Streikbewegung, die erstmals alle Universitäten gleichzeitig stillzulegen und auch die pädagogischen und Sozialakademien einzubeziehen vermochte, sind mannigfaltig und bedürfen gewiß noch einer intensiven Reflexion. Als eines der entscheidendsten Elemente ist die Einheit der drei Kurien, also die enge Zusammenarbeit und wechselseitige Solidarität zwischen Studierenden, Mittelbau und Teilen der Professorenschaft zu nennen, die sich auch in Form von gemeinsamen Pressekonferenzen, Aussendungen und Stellungnahmen manifestierte. Diese Parallelität der Proteste und Geschlossenheit aller Kurien stellt ein absolutes Novum dar und brachte auch wichtige Impulse für die spontane Dynamik bei der Ausrufung des Streiks, die Voraussetzung für die Formierung einer derart breiten Streikfront war. Weiters zeichnete sich die Protestbewegung durch neue Formen der Spontaneität und Kreativität, sowie durch eine ausgesprochene Vielfalt der Aktionen aus: Neben alternativen Vorlesungen an öffentlichen Plätzen (z.B. in der U-Bahn), die wiederum erst durch die Einigkeit von Studierenden und Lehrenden ermöglicht wurden, und den medienwirksamen Attacken von Computerspezialisten auf die Internet-Anschlüsse von SPÖ und ÖVP (sogenanntes „Mailbombing"), wurden Workshops zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen abgehalten und täglich ein kulturelles Abendprogramm mit Bands im Audimax angeboten. Neue Formen der Infovermittlung und der Kommunikation brachten zugleich auch neue Formen der Mobilisierung: Zentrale Bedeutung kam hierbei vor allem dem „Lehrlauf", der täglich ab 11. März erscheinenden Streikzeitung der ÖH Uni Wien, sowie dem Streik-Radio, das stündlich in Radio-CD neue Streik-Infos brachte, und dem „Inhouse-Report", dem Streik-TV des Instituts für Publizistik, zu.

Die Rolle des ÖGB

Gemessen an der Größe und Breite der Streikfront sind die Ergebnisse dieser wochenlangen Streikphase gewiß bescheiden. Für diesen Umstand kann jedoch schwerlich eine falsche Strategie seitens der größtenteils von der ÖH unterstützten Streikbewegung, also der Kurs gegen das gesamte Sparpaket, verantwortlich gemacht werden. Ausschlaggebend waren vielmehr objektive Gründe, also die ungünstigen politischen, kulturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die dem Widerstand vorgegeben waren: Zum einen die Isolation der Studierenden, die somit zum Opfer der sozialpartnerschaftlichen und regierungshörigen Praxis der Gewerkschaftsführung wurden, indem der ÖGB ein demonstratives Stillhalten an den Tag legte und somit jeglichen Widerstand im Keim erstickte. Der ÖGB kam in dieser gesamtgesellschaftlichen Kraftprobe einmal mehr seiner Aufgabe als kämpferische Interessensvertretung nicht nach und entpuppte sich im Gegenteil dazu erneut als Ordnungsfaktor der Herrschenden, um eine Ausdehnung der Protestbewegung zu verhindern. Während bei der Bekanntgabe des Sparpakets I im März des vergangenen Jahres noch einige Tage lang Unsicherheit bei der SP- und ÖGB-Führung und Risse im Gewerkschaftsbund – man denke an die Solidaritätserklärung für die Demonstration der Plattform gegen das Belastungspaket von GPA-Chef Sallmutter – zu beobachten waren, hat diesesmal der sozialpartnerschaftliche Konsens gehalten, nicht zuletzt deswegen, da wesentlich mehr auf dem Spiel gestanden ist: Denn zweifelsohne wäre der studentische Protest ein noch stärkeres Signal gewesen, wenn sich auch andere Gruppen, vor allem im öffentlichen Dienst, beispielsweise die Post, bei der sich kleine Risse zeigten, gegen das Paket gewendet hätten, da somit bereits abgeschlossene Verhandlungsergebnis-

se wieder aufgekündigt hätten werden müssen, was auch andere Teilgewerkschaften zu Protesten bewegen hätte können.

Zum anderen wählte die Regierung nicht zufällig die Präsentation als Paket, dessen Erfolg davon abhängt, ob es auch als gesamtes umgesetzt wird. Die Medien trugen ihren Teil dazu bei, die Auswirkungen des Sparpakets schlecht zu vermitteln, die Bevölkerung aufs Sparen zu trimmen und die Unmöglichkeit, das Paket aufzuschnüren, in ihre Köpfe einzupflanzen. Schließlich kam es auch nur in einem Teilbereich zu einem Aufschnüren, indem nach massiver Intervention von Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung die Streichung der Verlustabschreibungen von Unternehmen aus den Jahren 1989 und 1990 rückgängig gemacht wurde.

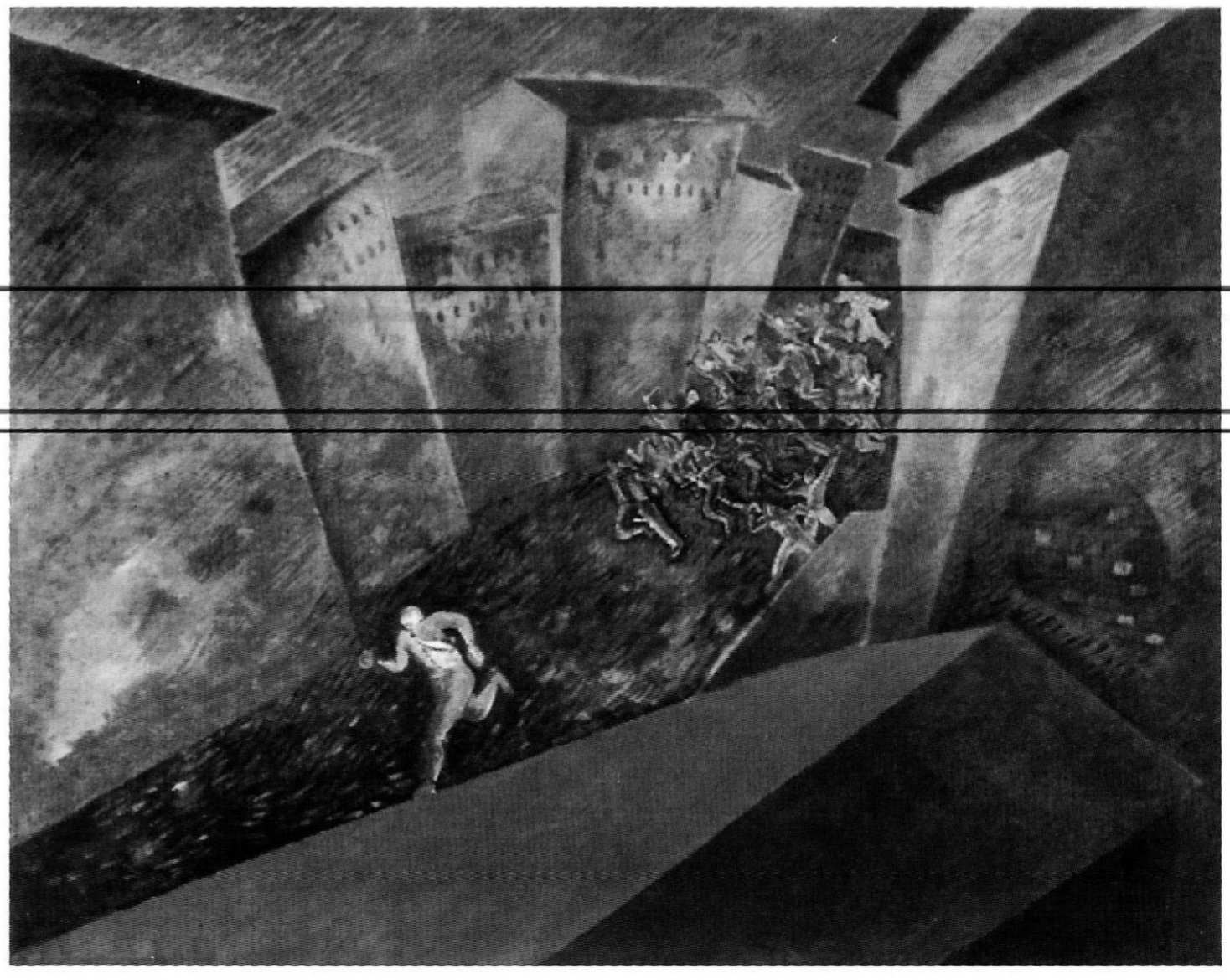
Erfolgreicher Widerstand

Nichtsdestoweniger ist es als Erfolg der Streikbewegung zu werten, daß die Friedhofsruhe, die bedingt durch das sozialpartnerschaftliche Paradigma zur Folge hatte, daß die jährliche Streikdauer pro Arbeitnehmer in Sekunden angegeben werden kann, gebrochen werden konnte, und es sich damit gezeigt hat, daß Widerstand möglich ist. Als weiterer positiver Effekt wäre die Politisierung vieler Studierender zu nennen, die in dieser Form der Auseinandersetzung ihren ersten politischen Konflikt erlebten. Auf diese Weise konnten in der direkten Konfrontation mit den Herrschenden in der Aktion Einsichten über den Charakter des Systems vermittelt werden, was zweifelsohne einen politischen Bewußtseinsschub und einen Abbau der Obrigkeitshörigkeit unter den Studierenden zur Folge haben wird. Diese Tatsache muß vor allem auch in einem Zusammenhang mit dem Vorwurf gesehen werden, die Kundgebungen wären von Berufsdemonstranten und links-linken Agitatoren geprägt, während in Wahrheit viele Studierende daran teilnahmen, die zuvor noch nie auf einer Demonstration waren, und wie bereits erwähnt auch die Lehrenden, vor allem der Mittelbau, am Protest beteiligt waren. Und wenn die ÖH tatsächlich von Berufsdemonstranten und linken Aktionsgruppen beherrscht wird, wie zum Beispiel Vizekanzler Schüssel der Meinung ist, so muß auch festgehalten werden, daß der Rektor der Uni Wien, Ebenbauer, mit diesen „Chaoten“ gemeinsame Sache machte, indem er aufgrund keinerlei weiterführender Vorschläge von Sektionschef Höllinger die Gespräche mit dem Wissenschaftsministerium abbrach, und es nicht die Hochschülerschaft, sondern die Anarchos im akademischen Senat der Uni Wien waren, die eine ultimative Rücktrittsaufforderung an Minister Scholten richteten. Ebenso setzte die Fakultätsversammlung der Gruwi eine Kommission ein, um die Möglichkeiten der Aberkennung der akademischen Grade der beteiligten Minister und Beamten zu prüfen, da diese im Widerspruch zum Promotionseid gehandelt haben sollen.

Die Resonanz in den Medien, sowohl im Printbereich als auch im ORF, war zwar höchst unterschiedlich, dennoch ist es als weiterer Erfolg anzusehen, daß die mediale Isolation der Universitäten durchbrochen werden konnte, wodurch jahrelang von den Massenmedien ignorierte Probleme plötzlich zu heißen Themen wurden, die auch in den öffentlich-rechtlichen Medien intensiv diskutiert wurden. Mitte März avancierten die Hochschulproteste generell zum innenpolitischen Thema Nummer eins, wobei gerade in diese Zeit die OGM-Umfrage fiel, die in der Bevölkerung eine Unterstützung von 63 Prozent für den Streik der Studierenden feststellte. Dem gegenüber steht die teilweise manipulative Medienberichterstattung, die oftmals eine Denunzierung und Diffamierung der Streikbewegung, sowie eine mediale Mobilmachung gegen die Proteste brachte.

Mandatsüberschreitung?

Veränderte und zugleich verbesserte Rahmenbedingungen lagen bei dieser Streikbewegung im Vergleich zu der letzten ähnlich großen Protestwelle im Jahre 1987 hinsichtlich der Hochschülerschaft vor, da es bei den letzten ÖH-Wahlen zu einer Abwahl der jahrelang amtierenden bürgerlichen ZA-Spitze gekommen ist. So hatte die alte ÖH, sprich die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft (AG), die sich selbst vergangenen Oktober noch gegen die bundesweite Demonstration gewandt hat und Flugblätter mit dem Aufruf, nicht zu demonstrieren, verteilte, 1987 die Streikbewegung von Anfang an nicht unterstützt und mit ihrer strengen Hierarchie das studentische Aufbegehren kanalisieren können. Während die AG eine rein ständische Lobby- und Servicepolitik betrieb, ist es nun mit der sogenannten „links-liberalen“ ÖH-Führung möglich, diese standesbornierte Politik der alten ÖH zu verlassen und sich nicht auf spezifische Einzelforderungen wie die Freifahrt oder die Familienbeihilfe einzuengen, sondern Forderungen aufzustellen, die über den universitären Tellerrand hinausgehen. Dies war auch das zentrale Charakteristikum dieser Protestbewegung, nämlich daß es sich um keine rein „akademische“ Bewegung handelte, sondern



Sandro Chia: Auf dem Dach, auf der Straße, 1979

um eine dezidiert politische mit einer sich klar gegen das gesamte Belastungspaket richtenden und damit die Forderung nach Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten in den Mittelpunkt rückenden Stoßrichtung.

Nicht überraschend erscheinen in diesem Zusammenhang die Reaktionen diverser Regierungspolitiker, wie jene von Vizekanzler Schüssel und Umweltminister Bartenstein, die meinten, „es bestehe kein Bedarf an Klassenkampf". Schüssel war es auch, der uns mit der Aussage: „Ich bin überhaupt nicht beeinflußbar von der Größe einer Demonstration" eine Kostprobe seines Demokratieverständnisses abgab und der schließlich der ÖH Kompetenzüberschreitung attestierte, um ihr gleich jegliches politisches Mandat abzusprechen. Die Hochschülerschaft hat jedoch in Wahrheit das Recht und die Pflicht, zu allen Fragen, die Studierende betreffen, Stellungnahmen abzugeben, da sie als Körperschaft öffentlichen Rechts mit Pflichtmitgliedschaft gegen die Ausplünderung ihrer Mitglieder aufzutreten hat, ganz im Gegensatz zur Praxis des ÖGB, der seine Mitglieder verkauft und dadurch wohl in eine schwerwiegende Legitimitäts- und Identitätskrise schlittern wird. Geht es also nach Vizekanzler Schüssel, so soll die Verteidigung legitimer Interessen, der die ÖH als gesetzliche Interessensvertretung nachkommt, stigmatisiert und im linkslinken Eck isoliert werden. Außerdem muß man kein Kommunist sein, um zu erkennen, daß StudentInnen keine selbständige ökonomische Klasse sind, sondern in ihre jeweilige soziale Situation eingebettet sind. Sie können also ebensogut Alleinerzieherinnen sein und sind ebenfalls von Verschärfungen im Pensionsrecht, vom Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst usw. betroffen. Die Absprache des politischen Mandats kann folglich nur als geplante Degradierung zu einem Sparverein gesehen werden.

ÖH ist nicht gleich ÖH

Die ÖH selbst bot jedoch noch weitere Anlässe zu Kontroversen und sah sich auch immer wieder den Vorwürfen diverser linksradikaler „trotzkistischer" Gruppen ausgesetzt, die im Audimax für zermürbende Diskussionen verantwortlich zeichneten und des Audimax, in dem die täglich stattfindenden HörerInnenversammlungen als Diskussions- und Informationsforum der Uni Wien abliefen, zeitweise an eine Sektengeisterbahn erinnern ließen, was auf die Diskreditierung basisdemokratischer Modelle hinausläuft. Diese selbsternannten Klassenkämpfer beglückten die StudentInnen schon unmittelbar nach Streikbeginn mit der genialen Einschätzung, daß die ÖH den Streik bremst und abwürgt, konstruierten auf dieser Basis den Verrat und forderten daher die Einsetzung eines Streikrats als Gegenpol zur ÖH. Doch die Erfahrung hat erneut gezeigt, daß mit ihrer A-priori-Negierung der Hochschülerschaft die destruktive Taktik der Linksradikalen nicht dazu beigetragen hat, daß die Massenbasis des Streiks sich erweitert hat, sondern daß sie im Gegenteil dazu durch die nicht mehr gewährleistete einheitliche Stoßrichtung der Spaltung der Bewegung Vorschub leistete und eine Bremsung, und keinesfalls die Förderung der Aktionsbereitschaft, bewirkte. Den betroffenen Grüppchen wäre also nur zu raten, bei Lenin nachzuschlagen und darin nachzulesen, daß man sich erstens nicht über den letztlich entscheidenden Bewußtseinsstand und die Bedürfnisse der in der Bewegung Aktiven hinwegsetzen sollte, und zweitens statt dessen als Leninsche Position die Verknüpfung der Kampfformen zu wählen ist, zumal diese bei dieser Streikbewegung auch natürlich gegeben war, da durch die Tatsache, daß die meisten RednerInnen im Audimax auch innerhalb der ÖH tätig sind, Vernetzungen zwischen diesen beiden in einem scheinbaren Dualismus stehenden Gremien bestanden.

So ist im Zusammenhang mit der studentischen Protestbewegung und der Hochschülerschaft der pauschalisierende Ausdruck *die* ÖH nicht zulässig, da eine differenzierte Sicht und eine Unterscheidung verschiedener Ebenen notwendig ist: Denn neben dem Zentralausschuß, der zumeist als *die* ÖH abgetan wird, muß man weiters und vor allem die Initiativen von Basisgruppen, Institutsgruppen und fraktionslosen Aktivisten, die letztlich die Basis dieser Streikbewegung darstellten, berücksichtigen. So ist es unbestritten, daß von einem Gremium wie dem Zentralausschuß kein Streik ausgehen kann, da selbst eine noch so linke ZA-Exekutive die eben genannten Basisaktivitäten und eine Bewegung von unten nicht ersetzen kann. Zudem handelt es sich hierbei um eine äußerst fragile und ambivalente Koalition, die tatsächlich über keine Mehrheit verfügte, sondern auf die Duldung durch das Liberale Studentinnen. und Studentenforum LSF angewiesen ist, das ebenso wie die rechten Fraktionen (AG, JES und FSI) für eine Beendigung des Streiks eintrat. Außerdem tendierte selbst der VSStÖ, der neben der GRAS (den Grünen und Alternativen StudentInnen) die Exekutive innehat, oftmals zu Verhandlungen, die schließlich ohnehin nie stattfanden, was Befürchtungen der Aushandlung fauler Kompromisse mit dem Ministerium Nährboden verlieh. Verhandelt wurde von Seiten der Regierung schließlich nur mit Vertretern der GÖD, in der 20 Prozent der Hochschullehrer organisiert sind, da es die institutionelle Praxis und die Spielregeln des sich in der Offensive befindlichen Kapitals nicht zulassen, mit Repräsentanten der Protestbewegung selbst zu verhandeln. Mit der ÖH fanden deshalb nur letztendlich ergebnislose „Gespräche" statt. Der ZA soll also in der Streikphase den ÖH-Apparat und die Infrastruktur zur Verfügung stellen, da ebenso völlig klar ist, daß die mediale Öffentlichkeit und ein entsprechendes Echo nur durch die ÖH garantiert werden kann. Denn gefragt sind von den Medien im traditionellerweise obrigkeitshörigen Österreich allein Gremien und Amtsträger, im konkreten Fall natürlich vor allem die Vorsitzende, und zwar die des ZA. Ohne die finanzielle und strukturelle Unterstützung durch die ÖH und ihr logistisches Know-how hätte es also keine Bewegung dieser Breite geben können.

Der Kommunistische StudentInnenverband, der maßgeblich am Zustandekommen der neuen links-liberalen ÖH-Führung beteiligt war, orientierte sich stets an den ÖH-Basisstrukturen (Studienrichtungsvertreter, Unabhängige) als Element seiner Forderung nach Demokratisierung der ÖH und Abwertung des ZA zugunsten der basisdemokratischen Vernetzung der einzelnen Institutsgruppen. Mittlerweile ist die jahrelang vom KSV geforderte Umverteilung von finanziellen Mitteln auf untere ÖH-Ebenen auch tatsächlich umgesetzt worden. Der KSV versucht daher, zwar Bündnispolitik in der ÖH zu betreiben, sich jedoch nicht von dieser integrieren zu lassen, sondern Druck auf sie auszuüben und sie in seinem Sinne zu beeinflussen, weshalb er auch in der Streikzeit bei gleichzeitiger Stützung auf die Bewegung und Nutzung der Gremien die Zauderer in der ÖH, die von der Basis abgehobenen „hohen" ÖH-Funktionäre, einer Kritik unterwarf.

Die Lehren des Streiks

Was sind nun die Lehren, die man aus dem bisherigen Verlauf der Streikbewegung ziehen kann? Zum einen die Bestätigung der unbedingten Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Anspruchs und der dadurch bedingten Orientierung auf die Arbeiterklasse, zum anderen und eng verknüpft damit hat sich erneut die unverzichtbare Rolle einer marxistisch orientierten organisierten Kraft an den Hochschulen gezeigt. So war von Anfang an klar, daß das Belastungspaket nur dann zu Fall gebracht werden kann, wenn der von den Hochschulprotesten ausgehende Funke auch auf den Produktionsprozeß überspringt. Zwar kostete diese Orientierung auf das Gesamtpaket Spielraum bei der wahrscheinlich ohnehin nicht möglichen Aushandlung fauler Kompromisse, doch ist die gesamtgesellschaftliche Dimension und die Tatsache, daß der Protest aufgrund dieser Strategie den ÖsterreicherInnen langfristig glaubwürdiger erscheinen wird, gewiß höher zu bewerten. Zudem stand es außer Zweifel, daß die Konzentration auf rein studentische Fragen und eine standesbornierte Lobby-Politik uns der Durchsetzung unserer Forderungen keinen Schritt näher bringt und nur der Absicht der Regierung dient, die betroffenen Gruppen gegeneinander auszuspielen. Zu berücksichtigen ist in Hinsicht auf die Spaltungspolitik von Regierung und Gewerkschaft auch deren Absicht, bewußt Intellektuellenfeindlichkeit und ein studentenfeindliches Klima zu schüren. Die antimonopolistische Orientierung, die bei dieser Studentenbewegung zum Ausdruck kam, zeugte jedoch im Gegenteil dazu erneut von der Interessensparallelität zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz und bestätigte die Verknüpfung mit gesamtgesellschaftlichen Streitfragen. Doch können die Studierenden nur als Bündnispartner erfolgreich sein, weshalb sie die Arbeiterklasse brauchen, wollen sie im Kampf gegen das Monopolkapital zur Durchsetzung der objektiv gemeinsamen Grundinteressen Erfolge erzielen. Die Arbeiterklasse bleibt somit die Triebkraft politischer Veränderungen und das Subjekt des historischen Prozesses.

Auf Grundlage der gleichgerichteten Interessen und der gemeinsamen Gegnerschaft zum Monopolkapital orientiert sich daher auch der Kommunistische StudentInnenverband auf die Interessensvertretung der Mehrheit der Studierenden im Bündnis mit der Arbeiterbewegung, deren strategische Ziele es letztlich zu realisieren gilt. Um der Masse der „akademisch" Protestierenden somit die objektive Bedeutung eines solchen Konflikts zu erklären, diesen wiederum bewußt politisch zu gestalten und dabei Einsicht zu geben in die Bedeutung der Eigentums- und Machtfrage, bedarf es eben einer solchen marxistischen Organisation, wie sie der KSV darstellt, der sich seit Herbst als Motor der Bewegung präsentierte, aktionsorientierte Politik unter Beweis gestellt hat und nicht zuletzt aufgrund seiner überlegenen Organisiertheit in der Streikzeit sein eigenes Profil stärken und seine kommunistische Identität zum Ausdruck kommen lassen konnte, ohne sich dabei über den Bewußtseinsstand der AktivistInnen hinwegzusetzen. Von den österreichischen Parteien stellte sich – neben den Grünen – nur die KPÖ vollinhaltlich hinter die Forderungen der studentischen Protestbewegung. Die Tatsache, daß in der Streikzeit selbst die ÖH die Eigentumsfrage aufgeworfen hat und in ihrem bundesweiten StudentInnenmagazin »uni libre« die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge vorgerechnet hat, ließ erahnen, welch Kampforgan die Hochschülerschaft darstellen kann und ist gewiß auch als Ausdruck der Bemühungen des KSV zu werten, antimonopolistische Einsichten in der Protestbewegung zu verankern und dahingehend Druck auf die Hochschülerschaft auszuüben. Entgegen allen Verabschiedungslehren von Organisationen und Strukturen hat sich also als Schlußfolgerung aus dieser Streikbewegung die Erfahrung der unerläßlichen Notwendigkeit organisierten Handelns gezeigt.

Durch die politische Stoßrichtung nach einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die damit verbundene allgemeine Zielsetzung, die sich in der Losung „Weg mit dem Sparpaket!" zeigte, hat die Streikbewegung auch entscheidende bündnispolitische Anknüpfungspunkte geschaffen und die Türen aufgestoßen zur Kooperation mit außeruniversitären Gruppen, kritischen Basisgewerkschaftern, Personalvertretern, Betriebsräten und fortschrittlichen Gewerkschaftsgruppen wie dem Gewerkschaftlichen Linksblock GLB und der Gewerkschaftlichen Einheit GE. Obgleich die Hochschülerschaft es verabsäumt hat, in medienwirksamer Weise offiziell an die Gewerkschaft zwecks Unterstützung im Kampf gegen das Belastungspaket heranzutreten, war der Zusammenschluß aller Betroffenen von Anfang an ein Anliegen der ÖH, wobei gerade in Hinsicht auf diese außeruniversitären Zusammenhänge der neuen links-liberalen ÖH-Exekutive besondere Bedeutung zukommt, und es auch vorrangig der KSV war, der die Vernetzungen beispielsweise zur „Plattform gegen das Belastungspaket" hergestellt hat. Angesichts der Tatsache, daß zum Beispiel der Riß in der GÖD immer stärker zu werden scheint, könnte die StudentInnenbewegung somit durchaus der Beginn einer neuen Sozialbewegung sein.

Bildungspolitik und Effizienzsteigerung

Als weiteres die oben skizzierte Orientierung bestätigendes Element ist die bildungspolitische Dimension zu berücksichtigen, die die ÖH im Streik sicherlich zu wenig zum Ausdruck kommen ließ. So ist als ein Aspekt anzuführen, daß die Mehrheit der StudentInnen perspektivisch lohnabhängig ist, und damit hinter der Losung „Recht auf Bildung" und der Forderung nach qualifizierter Ausbildung ein reales Interesse, nämlich der Anspruch auf ein „Recht auf Arbeit" steckt. In der momentanen Situation ist jedoch die Perspektive von sicherer Arbeit vorbei, wobei diese Unsicherheit des Arbeitsplatzes für StudentInnen und die AkademikerInnenarbeitslosigkeit verschärft wird durch den Aufnahmestopp im Öffentlichen Dienst. Insofern ist auch ein Wertewandel unter den Studierenden abzusehen, der sich darin äußern wird, daß durch die drohende Existenzunsicherheit der gesicherte Arbeitsplatz wieder zur Nummer eins in der Werteskala aufsteigen wird. Eng verbunden damit ist der Prozeß der Entwertung der Arbeitskraft und der sozialen Deklassierung der Intelligenz, der sich auch in den Bestimmungen des geplanten neuen Universitäts-Studiengesetzes manifestiert. In diesem nächsten Angriff auf die Unis ist die Stärkung monokratischer Strukturen und Organe, die Kürzung der sogenannten „kulturwissenschaftlichen" Studiengänge, wie die Gewi- und Gruwi-Studien in Zukunft heißen sollen, auf sechs Semester, sowie die Erarbeitung eines Verwendungsprofils mit Vertretern der Wirtschaft, an dem die Studienpläne ausgerichtet werden sollen, vorgesehen. Dies soll den Verlust des kritischen Potentials für die Gesellschaft, vor allem jedoch die bereits praktizierte und viel-

zitierte „Umwandlung der Universitäten in effiziente Dienstleistungsbetriebe“ vorantreiben. Die Bestrebungen, der Bildung Warencharakter zu verleihen, sie zu privatisieren und die Unis stärker an wirtschaftlichen Interessen auszurichten, bedeuten jedoch in Wahrheit die Disziplinierung und Unterordnung unter die vom Kapital definierten Effizienzkriterien und die Anbindung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre an Wirtschafts- und Profitinteressen. Dies wiederum kommt einem grundlegenden Umstrukturierungsprozeß der Hochschulen in Richtung Eliteuniversitäten gleich.

Auch für die Linke gilt es, gerade an diesem Punkt anzusetzen, da es für die Arbeiterbewegung nicht egal sein kann, wer an den Hochschulen studiert. So konnte die Idee des freien Hochschulzugangs, diese unverzichtbare demokratische Errungenschaft, in der Praxis ohnehin nie verwirklicht werden, da die Bildungsbarrieren für Kinder aus Schichten mit geringem Einkommen weiter bestehen blieben. Angesichts der durch soziale Abschreckung vorangetriebenen Entwicklung in Richtung Verschärfung des bestehenden Bildungsprivilegs und angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse Interesse an einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft hat, muß sich daher verstärkt die Frage stellen, in welchem Interesse die Qualifikation der akademisch Ausgebildeten auch tatsächlich angewandt wird. Zudem stellen unsere Universitäten den Ausgangspunkt zentraler gesellschaftlicher Debatten dar, weshalb es auch von der Öffnung der Unis für Kinder aus der Arbeiterbewegung bzw. von der nunmehr ungehemmt öffentlich diskutierten Einführung von Studiengebühren und eines Numerus clausus abhängen wird, ob in Zukunft progressive oder reaktionäre Themen die Debatten bestimmen werden. Zur Lösung all dieser Probleme ist letztlich eine sozialistische Perspektive notwendig.

Der Widerstand wird weitergehen

Im Herbst, wenn die desaströsen Auswirkungen des Belastungspakets im universitären Bereich sicht- und spürbar sein werden, droht den österreichischen Hochschulen der Kollaps: So wird den Studierenden nicht nur ein Rumpfvorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1996/97 zur Verfügung stehen, da aufgrund der nicht gesicherten Finanzierung nur ein Vorlesungs-Torso erstellt werden konnte, sondern es wird auch zu einer Verarmung des Lehrangebots und einer Gefährdung ganzer Studienrichtungen und Institute, die wegen mangelnder „Effizienz“ von der Schließung bedroht sind, kommen. Weiters ist wegen der zu erwartenden Stehsemester eine verlängerte Studiendauer abzusehen. Nicht nur deswegen wird für eine an die bisherigen Erfahrungen anknüpfende kämpferische Sozialbewegung auch ein langer Atem notwendig sein: Einerseits hat die Kampfansage des Kapitals gegen die Lohnabhängigen noch lange nicht ihren Abschluß gefunden, da der gegenwärtige Kurs, also die Politik der Währungsunion, weitergesteuert wird, weshalb unter dem Druck der Maastrichter Konvergenzkriterien der Abbau des Gesundheitssystems, die Flexibilisierung der Arbeitszeit, ein verstärktes Lohndumping und die Deregulierung zum Zweck der Kostensenkung im Sinne optimaler Kapitalverwertung bevorstehen. Andererseits zeichnen sich längerfristig bereits weiterführende Maßnahmen zur Installierung von Eliteunis ab: Studiengebühren, die sich laut Aussagen von Experten ohnehin erst ab 15.000 Schilling rechnen würden, Einführung von „Knock out“-Prüfungen, sowie die Abschaffung des freien Hochschulzugangs.

Dies wird auch die Bruchlinie sein, die die eben erst formierte Einheit der drei Kurien auf eine harte Probe stellen wird, da bereits jetzt gegensätzliche Orientierungen und Antworten bezüglich der Frage, wie man aus der Krise heraus kommen könnte, auszumachen sind. Da somit seitens einiger Lehrender bereits vermehrt Stimmen laut wurden, die die Massenunis für nicht finanzierbar halten und daher die Beschränkung des Zugangs fordern, wird zu erwarten sein, daß bei dieser Frage nicht die gesamte Universität an einem Strang ziehen wird. Gerade in dieser Hinsicht wird daher eine verstärkte und breit angelegte Debatte über den Zusammenhang zwischen Bildungs- und Sozialpolitik nötig sein, worin es die Einbettung der gesicherten Finanzierung des offenen Hochschulzugangs in eine Gesamtalternative hervorzuheben gilt. Auch wird es für die Linke wichtig sein, wahlpolitische Konsequenzen und einen wahlpolitischen Nutzen aus dieser Protestbewegung zu ziehen, da sich die längerfristige Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nicht zuletzt bei Wahlen widerspiegelt. Neben den anstehenden Wiener Gemeinderatswahlen trifft dies natürlich vor allem auf die ÖH-Wahlen im nächsten Sommersemester zu. Nicht zu vernachlässigen ist schließlich die gesamteuropäische Dimension der sozialen Proteste, die zum Beispiel auch in Frankreich und Deutschland zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen und Studenten und Studentinnen auf die Straße gebracht haben. Insofern stehen wir als Kommunistinnen und Kommunisten vor einer der größten Herausforderungen der letzten Jahre. ■

Sandro Chia: Schelm, 1981

Manfred MUGRAUER studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Er ist Mitglied des Kommunistischen StudentInnenverbandes.

„... dasselbe in Grün“*

Franz Schandl / Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft. Verlag Promedia, Wien 1996, 600 Seiten, 498 Schilling.

Es sind nur wenige Beispiele für eine angemessene Würdigung der Grünen bekannt. Die bisher wohl gelungenste stammt von Freerk Huisken, der in seinem Buch über den deutschen Nationalismus nach der Wiedervereinigung ein Kapitel über „Das Problem der Grünen“ eingeschoben hat, das dann lediglich aus dem resignativen und mitleidigen Ausruf „Ja, die Grünen!“ besteht.

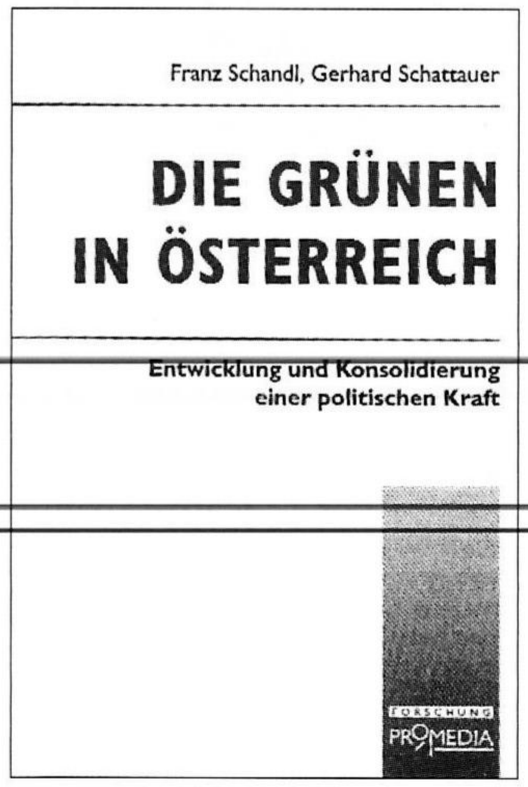
Eine gänzlich andere Form der Würdigung wählten Franz Schandl und Gerhard Schattauer. Sie haben 600 Seiten über die österreichischen Grünen vollgeschrieben. Ihre Studie, die das Ergebnis eines staatlich geförderten Forschungsprojektes ist, liefert die erste ausführliche Darstellung der Geschichte der Grünen von ihrer Entstehungsphase bis zu den Nationalratswahlen 1994. Dafür wird das Buch von den Medien, der Wissenschaft und der Grünen Partei selbst einhellig gelobt. Die Aufgabe, die sich Schandl und Schattauer gestellt hatten, ging jedoch weit darüber hinaus, eine Parteigeschichte im klassischen Sinne zu schreiben. Die beiden Autoren, die selbst jahrelang bei den Grünen in maßgeblichen Funktionen aktiv waren, unternehmen den Versuch, anhand der Grünen Partei „ein umfassendes Bild der Gesellschaft“ (S. 7) zu entwerfen. Dementsprechend beginnt die Darstellung der eigentlichen Parteigeschichte erst im zweiten Abschnitt des Buches. Im ersten Abschnitt hingegen findet sich etwas, das linksliberalen RezensentInnen die Lektüre des Buches naturgemäß verleiden mußte: wohlformulierte undogmatische marxistische Kapitalismuskritik.

In diesem ersten Abschnitt, in dem es den Autoren um die Bestimmung der Konstitutionsbedingungen der Grünen anhand der Skizzierung des gesellschaftlichen Zustands und der Hinterfragung zentraler Begifflichkeiten und Kategorien der Grünen geht, wird mit einer Reihe von bis weit in die Linke hinein anzutreffenden Vor- und Fehlurteilen bezüglich des Kapitalismus aufgeräumt. Ausgehend von einer Werttheorie, die die Kritik der politischen Ökonomie nicht nur aus Lehrbüchern, sondern aus dem intensiven Studium des Marxschen Hauptwerks selbst kennt, wird personalisierender Kapitalismuskritik eine klare Absage erteilt und gezeigt, daß auch die Personifikationen des Kapitals den inneren Bewegungsgesetzen des Kapitalismus ohnmächtig und blind gegenüber stehen: „Ein Kapitalist selbst mag der Herr vieler Lohnarbeiter sein, sein eigener Herr ist er damit noch lange nicht.“ (S. 16)

Die gewollte Verwirrung bezüglich den Begriffen Kapitalismus und Marktwirtschaft wird aufgeklärt, indem Marktwirtschaft als „das dem Kapitalismus zugehörige Zirkulationsverhältnis“ (S. 20) erkannt wird. Davon ausgehend erhalten sämtliche Vorstellungen von sozialistischer Marktwirtschaft und sonstige idealistische Unreflektiertheiten eine Abfuhr. Der seit jeher behauptete und von grünbewegten WirtschaftswissenschaftlerInnen in neuen Variationen wiederentdeckte prinzipielle Widerspruch von Markt und Staat im Kapitalismus wird von Schandl und Schattauer als das behandelt, was er ist: ein lediglich akzidentieller Konflikt, der nur durch „ideologisches Getöse“ (S. 21) zum prinzipiellen aufgebauscht wird.

Den gesunden Menschenverstand und das Alltagsbewußtsein, zentrale Legitimationskategorien grüner Basispolitik, nennen sie mit Gramsci, was viele populistisch orientierte Fans des ehemaligen italienischen KP-Vorsitzenden wundern dürfte, einen „schrecklichen Sklavenhändler des Geistes.“ (S. 99) Gegen die alternative Betroffenheitsmythologie halten sie daran fest, daß denkende Menschen mehr erkennen können, als sie selbst unmittelbar erfahren.

Die grundlegende Gesellschaftskritik bleibt nicht auf den ersten Abschnitt des Buches beschränkt. Sie durchzieht ebenso den zweiten Abschnitt und wird verstärkt wieder im dritten Abschnitt über grüne Programmatik und Strategien aufgenommen. Daher ist das Buch auch für Leute, denen die Entwicklung der österreichischen Grünen ziemlich egal ist, von Interesse.



Der zweite Abschnitt paßt am ehesten in die klassische Disziplin der Parteienforschung. Anhand interner Dokumente und öffentlicher Schriften der Grünen sowie der Auswertung zahlreicher Interviews mit führenden VertreterInnen der Grünen Partei wird die Entwicklung von der Formierung der Ökologiebewegung in Österreich bis zur Etablierung der Grünen als vierte Partei im österreichischen Parlament nachvollzogen, wobei besonderes Augenmerk auf die Ausschaltung der linksalternativen und linksradikalen Strömungen im Verlauf dieses Prozesses gerichtet wird. Es läßt sich hier viel über die Relativität des gerne so hochgehaltenen Demokratieverständnisses führender grüner PolitikerInnen lernen. Nach der aufmerksamen Lektüre dieses Abschnitts darf man sich schon auf die nächste Diskussion mit einem oder einer dieser grünen DemokratiefanatikerInnen freuen, die selber nichts von ihrer Parteigeschichte wissen. Geprägt wurde diese Geschichte von einer „Autobusdemokratie“, bei der bei Abstimmungen SympathisantInnen der konservativen und sozialdemokratischen Strömung innerhalb der Grünen mit eigens gecharterten Autobussen zu den Versammlungen gebracht wurden, von der endgültigen Ausschaltung der Wiener Linken mittels Mißachtung von ordentlich zustandegekommenen Wahlergebnissen, oder auch von der taktischen Forcierung der Vergabe des Stimmrechts an Nichtparteimitglieder und der Initiierung von Vorzugsstimmenwahlkämpfen zur Verhinderung unliebsamer KandidatInnen seitens der Parteigranden Peter Pilz und Christoph Chorherr.

Der einzige hier zu formulierende Einwand gegen die Arbeit von Schandl und Schattauer bezieht sich auf die allen im Buch vorgenommenen grundlegenden Einschätzungen vorausgehende Geschichtsmetaphysik. Bereits auf den ersten Seiten erfahren die LeserInnen durch die Worte des Lieblingskronzeugen der beiden Autoren, daß der

Kommunismus heute erstmals „real auf der Tagesordnung steht." (S. 34) Ausführlich wird die Zusammenbruchstheorie von Robert Kurz zitiert. Schandl und Schattauer meinen wie er, der Markt hätte keine Zukunft mehr und die Zeiten, wo sich die Menschen über den vergangenen Kapitalismus nur mehr wundern werden, seien „nicht mehr so fern." (S. 42) Das Ende des Kapitalismus komme zwangsläufig und die heutige Gesellschaftsformation habe lediglich noch Mittel, „um diesen Prozeß zu verzögern." (S. 53) Das lineare Geschichtsbild der beiden Autoren wird noch deutlicher, wenn sie schreiben: „Entwicklung folgt somit einer Logik; die Aufgabe des Subjekts ist es, dieser Logik zu folgen." (S. 55) Kommt es beim „konstruktiven Aufsteigen" der menschlichen Entwicklung zu „destruktiven Einbrüchen", so mache das nichts. Diese Einbrüche würden benötigt, „um den nächsten Schritt tun zu können." (S. 58)

Mit Wolfgang Pohrt muß man Schandl und Schattauer entgegenhalten, daß die Entwicklung des 20. Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen, Auschwitz und der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen wohl kaum mehr als notwendige Voraussetzung für eine bedürfnisorientierte Gesellschaft, für einen Verein freier Menschen angesehen werden kann. Pohrt hat in seinem Aufsatz über „Vernunft und Geschichte bei Marx" zu recht darauf hingewiesen, daß die Annahme, das Kapital sei die notwendige Vorstufe zum Kommunismus, „nur unter der Voraussetzung, daß die Revolution auch wirklich gemacht wird...im strengen Sinne richtig gewesen (ist)." Daß die Revolution nicht aus der Logik der menschlichen Entwicklung resultiert, sondern daß Kommunismus heute tatsächlich eine ziemlich voluntaristische Angelegenheit ist, wollen Schandl und Schattauer nicht wahrhaben.

Wahrscheinlich ist die von Robert Kurz formulierte und von den Autoren zitierte These, daß die Menschheit „hinter ihrem Rücken ... kommunistisch vergesellschaftet wurde" (S. 50) ohnehin falsch. Aber auch wenn sie richtig wäre, würde dieser Umstand nichts bedeuten, solange ihn niemand bemerkt. Bis kein aus der Kritik des Bestehenden resultierender Wille zur Veränderung existiert, arbeitet nicht die geschichtliche Logik für die Revolution, sondern geht die Modernisierung des Kapitalismus durch die Grünen und andere dynamische Elemente der Gesellschaft fröhlich weiter.

Ganz so sicher sind sich Schandl und Schattauer mit ihrem von Kurz entlehnten Untergangsszenario dann doch nicht. So finden sich in der vorliegenden Arbeit vereinzelt Zweifel, ob tatsächlich aus dem behaupteten Müssen der Geschichte ein Können wird oder ob nicht doch eher „eine dunkle Periode ansteht." (S. 42) Bei der Präsentation der Studie mußte natürlich auch Franz Schandl zugeben, nicht wissen zu können, was in fünf Jahren sein wird. Nur wozu dann die ganze Geschichtslogik?

Unabhängig von diesen prinzipiellen Einwänden verdienen die weiteren Ausführungen der Autoren durchaus Beachtung: ihre sich jenseits der üblich gewordenen esoterischen Verklärungen befindliche, streng materialistische Beschäftigung mit Ökologie und Natur, wäre eine Möglichkeit, daß sich auch radikale Linke wieder mit diesen etwas in Verruf geratenen Themen beschäftigen; ihre These, die Ökologiebewegung sei „potentiell *die* revolutionäre Bewegung schlechthin" (S. 74) und ihre Erklärungen, warum sie es nun doch nicht ist, zeigen, daß aus der Beschäftigung mit Robert Kurz auch Interessantes entstehen kann; ihre Ausführungen zum Zusammenhang von Demokratie und Kapitalismus und ihre darauf gegründete Kritik der Politik verweisen die Linke nochmals auf etwas, was spätestens seit Agnoli selbstverständlich sein sollte, nämlich daß „revolutionäre oder emanzipatorische Politik unmöglich (ist)", daß es sie „strenggenommen per definitionem nicht geben (kann)." (S. 467)

Aber zurück zu den Grünen in Österreich. Ihre Disziplinierung, Anpassung und Integration ist für Schandl und Schattauer abgeschlossen. Diesem Befund können selbst die heute relevanten grünen PolitikerInnen nicht widersprechen. Schließlich haben sie damit eines ihrer schon lange propagierten Ziele erreicht.

Der positiven Bewertung der Grünen räumen die Autoren in ihrem 600 Seiten-Buch dankenswerterweise gerade drei Sätze ein. Sie hätten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft eine progressive Funktion und einige Reformen vorangebracht, sie seien ein dynamisches Moment, offen und interessant, sie finanzieren wichtige Projekte und geben einigen kritischen Leuten Arbeit. Aber auch bei dieser Aufzählung ist den Autoren bewußt, daß sie an dieser Stelle nur den „progressiven Charakter, nicht den integrativen desselben Szenarios herausgehoben haben." (S. 456 f.) Somit ändern diese Aspekte nichts an ihrer Einschätzung, daß auch in Zukunft keinerlei sinnvolle Impulse oder fundamental neue Ansätze von dieser politischen Gruppierung ausgehen können. Die Grünen bleiben „Avantgarde der kapitalistischen Modernisierung, nicht Alternative zu ihr." (S. 472) Sie sind im Vergleich mit den anderen um die Macht konkurrierenden Parteien nicht etwas qualitativ Neues, sondern lediglich „dasselbe in Grün."

Stephan Grigat

Chiacomo Balla: Dynamismus eines Hundes an der Leine, 1912

* Diese Besprechung wurde erstmals in »UNITAT – rote studentInnenzeitung« 2/1996 publiziert.

Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Hanser-Verlag, München 1995, 784 Seiten, 504 Schilling.

„Das eigentliche Drama vollzog sich ... in der Auflösung der alten Wertesysteme, Regeln und Konventionen, die einst das menschliche Verhalten geordnet hatten. Und dieser Verlust (...) spiegelte sich (...) in der später so genannten ‚Identitätspolitik' wider (...)" (428).

„Identitätspolitik und Nationalismus des Fin de siècle waren also weniger Programme (...), um mit den Problemen des späten 20. Jahrhunderts fertig zu werden, als emotionale Reaktionen auf diese Probleme. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde das Fehlen von Institutionen und Mechanismen, die in der Lage gewesen wären, sich dieser Probleme anzunehmen, immer deutlicher. Der Nationalstaat war nicht mehr imstande, ihrer Herr zu werden. Aber wer oder was war es überhaupt noch?" (534f.)

„(...) brachte eine paradoxe Veränderung in der politischen Struktur der Weltwirtschaft mit sich (...) Am Ende des kurzen 20. Jahrhunderts gab es laut Weltbank 71 Volkswirtschaften mit weniger als zweieinhalb Millionen Einwohnern auf der Welt (achtzehn von ihnen hatten sogar weniger als 100.000); das waren also zwei Fünftel aller politischen Einheiten, die offiziell als ‚Wirtschaftsnationen' behandelt wurden (...) Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten solche Einheiten als Narreteien gegolten und waren nicht einmal als ‚richtige' Staaten behandelt worden (...) diese Situation sollte im späten 20. Jahrhundert auch einer wachsenden Zahl von nationalistischen ethnischen Bewegungen wenig überzeugende Argumente für die Lebensfähigkeit eines unabhängigen Korsika oder unabhängiger kanarischer Inseln liefern. Wenig überzeugend deshalb, weil die einzige Unabhängigkeit, die durch Sezession erreicht werden konnte, die Separation vom Nationalstaat war (...) Aber ökonomisch sollten sie durch Separation fast mit Sicherheit noch abhängiger werden, und zwar von jenen transnationalen Einheiten, die diese Angelegenheiten inzwischen immer fester in die Hand nahmen. Die angenehmste Welt für multinationale Giganten ist eine Welt von Zwergstaaten oder eine, in der es gar keine Staaten mehr gibt" (355).

Die zitierten Passagen weisen einen Autor aus, dem die scheinbar unbeteiligte pseudo-objektivistische Datenhuberei fernliegt und die post-istischen Beliebigkeiten fremd sind. Er behandelt wichtige Probleme, und er stellt sie in einer Weise dar, die seine Stellungnahme dazu nicht verbirgt. Anderes war von Eric Hobsbawm nicht zu erwarten, und anders könnte das Großunternehmen, eine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts schreiben zu wollen, gar nicht begonnen werden. Hobsbawm zählt zu den namhaften Historikern dieses kurzen Jahrhunderts, der drei Jahre nach seinem von ihm mit 1914 festgesetzten Beginn in Alexandria geboren wurde. Aufgewachsen in Wien und Berlin, 1933 nach London emigriert, lehrte er seit 1984 an der New Yorker New School for Social Research. Sein erstaunlich umfangreiches Wissen gründet auf seinen reichen Erfahrungen wohl nicht weniger als auf seinen langjährigen Studien und Forschungen. Es gibt also mit Sicherheit sehr wenige, die mit halbwegs vergleichbaren Voraussetzungen ein solches Vorhaben ernsthaft in Erwägung ziehen könnten.

Und dennoch stellt das Ergebnis hochgespannte Erwartungen nicht zufrieden, Erwartungen, die er selbst weckt, indem er zwölf bündige Aussagen über das 20. Jahrhundert vorangestellt hat. Zu Wort kommt der bedeutende britische Philosoph Isaiah Berlin, der fast das gesamte Jahrhundert erlebt habe, ohne persönliche Not, wie er hinzufügt, und sagt: „In meiner Erinnerung ist es nur das schrecklichste Jahrhundert in der Geschichte des Westens." Jehudi Menuhin sieht im Rückblick, „daß es die größten Hoffnungen hervorrief, die die Menschheit jemals gehegt hat, und alle Illusionen und Ideale zerstörte". Es gibt auch versöhnliche Stellungnahmen. Sie betonen den wissenschaftlichen Fortschritt oder den Aufstieg des vierten Standes sowie der Frauen nach Jahrhunderten der Unterdrückung. Ein Historiker meint, daß Historiker die Frage nicht beantworten könnten. Zu Wort kommt auch Primo Levi, der Auschwitz überlebt hat. Seine Stellungnahme ist nicht die Antwort auf eine ihm gestellte Frage. Denn 1987 hat er, der Überlebende, sich das Leben genommen. Levi hat bedrückende Worte über dieses Jahrhundert hinterlassen: „Nicht wir, die Überlebenden, sind die wirklichen Zeugen. Das ist eine unbequeme Einsicht, die mir langsam bewußt geworden ist, während ich die Erinnerungen anderer las (...) Wir Überlebenden sind nicht nur eine verschwindend kleine Minderheit: wir sind die, die (...) den tiefsten Punkt des Abgrunds nicht berührt haben. Wer ihn berührt (...) hat, konnte nicht mehr zurückkehren, um zu berichten, oder er ist stumm geworden."

Primo Levis Sätze werden durch Hobsbawms Darstellung nicht verständlich. Die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus nimmt in seinem Buch nicht nur allzu wenig Raum ein, es mangelt auch am Bemühen, das Singuläre der nationalsozialistischen Vernichtungspraxis zugänglich zu machen. Damit bleibt auch unterbelichtet, daß mit der Massenfabrikation von Leichen mehr noch zerstört worden ist als das Leben von Millionen Menschen.

Auch und gerade wissenschaftlicher Forschung ist es aufgegeben, die *Tatsache Auschwitz* als Memento dessen aufzuklären und im Gedächtnis zu bewahren, daß *wirklich alles möglich geworden* ist. Dies bleibt eine andauernde Aufgabe auch deshalb, weil mit keineswegs verbrecherischen Mitteln und zu keineswegs verbrecherischen Zwecken, sogar mit sich selbst humanistisch verstehenden Absichten, in Alteuropa in den Nachkriegsjahrzehnten sich durchgesetzt hat, was in den USA seit den zwanziger Jahren erreicht worden war: die *Modern Times* der hocheffektiven Massenkonsumgüterproduktion, verbunden mit jenen Steuerungs-, Planungs- und Machbarkeitsphantasien, die mit dem Stichwort Technokratie gemeint sind. Bezeichnend dafür sind die Entwicklungen in der wissenschaftlichen Disziplin, die irrtümlich für *die* Wissenschaft von den Menschen gehalten wird. Es war jene behavioristische Psychologie, die *alles für möglich gehalten* hat. Für den Ausbau des zunächst physiologischen Konzepts kennzeichnend ist, was einer der bekanntesten Vertreter des Neo-Behaviorismus der dreißiger Jahre, B. F. Skinner, erhoffte: „Wir haben noch nicht erkannt, was der Mensch aus dem Menschen machen kann." Der Satz steht in seinem Buch mit dem auf-

Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Hanser-Verlag, München 1995, 784 Seiten, 504 Schilling.

„Das eigentliche Drama vollzog sich ... in der Auflösung der alten Wertesysteme, Regeln und Konventionen, die einst das menschliche Verhalten geordnet hatten. Und dieser Verlust (...) spiegelte sich (...) in der später so genannten ‚Identitätspolitik' wider (...)" (428).

„Identitätspolitik und Nationalismus des Fin de siècle waren also weniger Programme (...), um mit den Problemen des späten 20. Jahrhunderts fertig zu werden, als emotionale Reaktionen auf diese Probleme. Gegen Ende des Jahrhunderts wurde das Fehlen von Institutionen und Mechanismen, die in der Lage gewesen wären, sich dieser Probleme anzunehmen, immer deutlicher. Der Nationalstaat war nicht mehr imstande, ihrer Herr zu werden. Aber wer oder was war es überhaupt noch?" (534f.)

„(...) brachte eine paradoxe Veränderung in der politischen Struktur der Weltwirtschaft mit sich (...) Am Ende des kurzen 20. Jahrhunderts gab es laut Weltbank 71 Volkswirtschaften mit weniger als zweieinhalb Millionen Einwohnern auf der Welt (achtzehn von ihnen hatten sogar weniger als 100.000); das waren also zwei Fünftel aller politischen Einheiten, die offiziell als ‚Wirtschaftsnationen' behandelt wurden (...) Bis zum Zweiten Weltkrieg hatten solche Einheiten als Narreteien gegolten und waren nicht einmal als ‚richtige' Staaten behandelt worden (...) diese Situation sollte im späten 20. Jahrhundert auch einer wachsenden Zahl von nationalistischen ethnischen Bewegungen wenig überzeugende Argumente für die Lebensfähigkeit eines unabhängigen Korsika oder unabhängiger kanarischer Inseln liefern. Wenig überzeugend deshalb, weil die einzige Unabhängigkeit, die durch Sezession erreicht werden konnte, die Separation vom Nationalstaat war (...) Aber ökonomisch sollten sie durch Separation fast mit Sicherheit noch abhängiger werden, und zwar von jenen transnationalen Einheiten, die diese Angelegenheiten inzwischen immer fester in die Hand nahmen. Die angenehmste Welt für multinationale Giganten ist eine Welt von Zwergstaaten oder eine, in der es gar keine Staaten mehr gibt" (355).

Die zitierten Passagen weisen einen Autor aus, dem die scheinbar unbeteiligte pseudo-objektivistische Datenhuberei fernliegt und die post-istischen Beliebigkeiten fremd sind. Er behandelt wichtige Probleme, und er stellt sie in einer Weise dar, die seine Stellungnahme dazu nicht verbirgt. Anderes war von Eric Hobsbawm nicht zu erwarten, und anders könnte das Großunternehmen, eine Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts schreiben zu wollen, gar nicht begonnen werden. Hobsbawm zählt zu den namhaften Historikern dieses kurzen Jahrhunderts, der drei Jahre nach seinem von ihm mit 1914 festgesetzten Beginn in Alexandria geboren wurde. Aufgewachsen in Wien und Berlin, 1933 nach London emigriert, lehrte er seit 1984 an der New Yorker New School for Social Research. Sein erstaunlich umfangreiches Wissen gründet auf seinen reichen Erfahrungen wohl nicht weniger als auf seinen langjährigen Studien und Forschungen. Es gibt also mit Sicherheit sehr wenige, die mit halbwegs vergleichbaren Voraussetzungen ein solches Vorhaben ernsthaft in Erwägung ziehen könnten.

Und dennoch stellt das Ergebnis hochgespannte Erwartungen nicht zufrieden, Erwartungen, die er selbst weckt, indem er zwölf bündige Aussagen über das 20. Jahrhundert vorangestellt hat. Zu Wort kommt der bedeutende britische Philosoph Isaiah Berlin, der fast das gesamte Jahrhundert erlebt habe, ohne persönliche Not, wie er hinzufügt, und sagt: „In meiner Erinnerung ist es nur das schrecklichste Jahrhundert in der Geschichte des Westens." Jehudi Menuhin sieht im Rückblick, „daß es die größten Hoffnungen hervorrief, die die Menschheit jemals gehegt hat, und alle Illusionen und Ideale zerstörte". Es gibt auch versöhnliche Stellungnahmen. Sie betonen den wissenschaftlichen Fortschritt oder den Aufstieg des vierten Standes sowie der Frauen nach Jahrhunderten der Unterdrückung. Ein Historiker meint, daß Historiker die Frage nicht beantworten könnten. Zu Wort kommt auch Primo Levi, der Auschwitz überlebt hat. Seine Stellungnahme ist nicht die Antwort auf eine ihm gestellte Frage. Denn 1987 hat er, der Überlebende, sich das Leben genommen. Levi hat bedrückende Worte über dieses Jahrhundert hinterlassen: „Nicht wir, die Überlebenden, sind die wirklichen Zeugen. Das ist eine unbequeme Einsicht, die mir langsam bewußt geworden ist, während ich die Erinnerungen anderer las (...) Wir Überlebenden sind nicht nur eine verschwindend kleine Minderheit: wir sind die, die (...) den tiefsten Punkt des Abgrunds nicht berührt haben. Wer ihn berührt (...) hat, konnte nicht mehr zurückkehren, um zu berichten, oder er ist stumm geworden."

Primo Levis Sätze werden durch Hobsbawms Darstellung nicht verständlich. Die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus nimmt in seinem Buch nicht nur allzu wenig Raum ein, es mangelt auch am Bemühen, das Singuläre der nationalsozialistischen Vernichtungspraxis zugänglich zu machen. Damit bleibt auch unterbelichtet, daß mit der Massenfabrikation von Leichen mehr noch zerstört worden ist als das Leben von Millionen Menschen.

Auch und gerade wissenschaftlicher Forschung ist es aufgegeben, die *Tatsache Auschwitz* als Memento dessen aufzuklären und im Gedächtnis zu bewahren, daß *wirklich alles möglich geworden* ist. Dies bleibt eine andauernde Aufgabe auch deshalb, weil mit keineswegs verbrecherischen Mitteln und zu keineswegs verbrecherischen Zwecken, sogar mit sich selbst humanistisch verstehenden Absichten, in Alteuropa in den Nachkriegsjahrzehnten sich durchgesetzt hat, was in den USA seit den zwanziger Jahren erreicht worden war: die *Modern Times* der hocheffektiven Massenkonsumgüterproduktion, verbunden mit jenen Steuerungs-, Planungs- und Machbarkeitsphantasien, die mit dem Stichwort Technokratie gemeint sind. Bezeichnend dafür sind die Entwicklungen in der wissenschaftlichen Disziplin, die irrtümlich für *die* Wissenschaft von den Menschen gehalten wird. Es war jene behavioristische Psychologie, die *alles für möglich gehalten* hat. Für den Ausbau des zunächst physiologischen Konzepts kennzeichnend ist, was einer der bekanntesten Vertreter des Neo-Behaviorismus der dreißiger Jahre, B. F. Skinner, erhoffte: „Wir haben noch nicht erkannt, was der Mensch aus dem Menschen machen kann." Der Satz steht in seinem Buch mit dem auf-

schlußreichen Titel: „Jenseits von Freiheit und Würde“.

Hobsbawm kennzeichnet den europäischen Faschismus, der seiner Natur nach dem Zeitalter der Demokratie und des ressentimentgeladenen kleinen Mannes angehört habe, einmal als den Triumph des Antiliberalismus: „Und er lieferte den Beweis, daß der Mensch ohne die geringsten Schwierigkeiten völlig irrsinnige Glaubenssätze über alles und jedes in der Welt mit meisterhafter Beherrschung der Hochtechnologie seiner Zeit verbinden kann“ (155). Der Gedanke scheint ihm nicht fremd zu sein, daß ein wesentlicher Aspekt (sicherlich nicht „des europäischen Faschismus“, wohl aber) des Nationalsozialismus in der gewaltsamen Beseitigung von alteuropäischen Modernisierungshindernissen zu sehen ist. Was Verbreitung eines reinen Utilitarismus heißt, erweisen die alltäglichen Angelegenheiten, die so selbstverständlich geworden sind, daß sie nicht einmal mehr bemerkt werden. Hobsbawm spricht von „der technologiegesättigten Struktur des menschlichen Lebens in der Welt des späten 20. Jahrhunderts“, und demonstriert an der Situation der Kassierin im Supermarkt, was zur „Norm der praktischen Anwendung und der menschlichen Bedienung der Wunder der avantgardistischen Wissenschaftstechnologie“ geworden sei: Von ihren Benutzern gefordert sei nichts weiter „als die Kenntnis der Grundzahlen, eine minimale Aufmerksamkeitsspanne und die relativ sehr viel größere Fähigkeit, *konzentrierte Langeweile zu ertragen*“ (652).

Das Buch ist geschrieben im Wissen um „die Zerstörung der Vergangenheit“, oder so präzisiert er: dessen, was „die Gegenwartserfahrung mit derjenigen früherer Generationen verknüpft“. Darin liegt meines Erachtens der Grund, warum es in all den Passagen am überzeugendsten ist, in denen Hobsbawm eine Diagnose der Gegenwart versucht. Überzeugend deshalb, weil es ungeachtet der Übereinstimmung oder des Dissenses der Leserin, des Lesers, die eigene urteilsfähige Meinung bilden hilft: durch die Fülle von Informationen, die geboten werden, die mitvollziehbare Darstellung von Zusammenhängen bis zu den Schlüssen, die der Autor zieht. Vielleicht liegt es am fehlenden Abstand, vielleicht am Gegenstand selbst, daß die Darstellung der Vorgänge aus der Zeit vor 1945 weniger überzeugend gelungen ist. Vielleicht aber liegt es daran, daß mit Auschwitz die Brücken zur Vergangenheit zerstört worden sind und die beschleunigte ökonomisch-technische Rationalisierung alle Gegenwart in Anleihen auf eine ungewisse Zukúnft ummünzt, so daß alles Gegenwärtige, kaum ist es hervorgetreten, schon künftige Vergangenheit geworden ist. Anders gesagt: Die Frage nach der Möglichkeit von Erfahrung in der erlebnisgierigen, besinnungslos leeren Zeit ist die im Fortgang des Jahrhunderts drängender sich stellende Frage, die noch ohne Antwort ist. Ob bald alle Tradition verbraucht sein wird und neue nicht mehr gestiftet werden kann?

Daß die, wie der Verlag meint, „sicher für lange Zeit gültige Weltgeschichte unseres Jahrhunderts“ schon vorliegen würde, ist höchst zweifelhaft. Zweifellos aber empfiehlt sich die Lektüre, und nicht nur für Leute, die so unbedarft schlau sind wie jener intelligente amerikanische Student, von dem Hobsbawm gefragt wurde, „ob die Bezeichnung ‚Zweiter Weltkrieg‘ bedeute, daß es auch einen ‚Ersten Weltkrieg‘ gegeben habe“ (17).

Werttheoretische Ansätze wieder im Aufwind

Zwei Auszüge aus Briefen an Maria Wölflingseder

Sehr geehrte Frau Wölflingseder,

daß Sie sich nach so langer Zeit so gründlich mit meiner „Mystifikation des Sexuellen“ befaßt haben, freut mich natürlich. Wie Sie aus meiner Schrift selbst wissen, ist diese kleine Abhandlung aus Vorlesungen hervorgegangen, die ich bereits Jahre zuvor gehalten hatte. Nachträglich gesprochen war mein Fehler, daß ich diese Vorlesungen nicht sofort veröffentlicht habe. Als die Schrift dann Mitte der achtziger Jahre erschien, hatten sich bereits andere Denkrichtungen durchgesetzt, namentlich neostrukturalistische, konstruktivistische, diskursanalytische, feministische, usw., deren Ergebnisse mitberücksichtigt hätten werden müssen. Ich bin aber sicher, daß recht bald wieder warenanalytische und werttheoretische Ansätze wissenschaftlich an Boden gewinnen werden. (...)

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und bin mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Volkmar Sigusch

Liebe Maria!

Danke für die „Sex-Nummer“ von »Weg und Ziel«, zu der ich Euch gratulieren möchte (insbesondere Franz Schandl hat wieder aus dem Vollen geschöpft...).

Auf ein ander Mal

Josef Christian Aigner

(Psychologe und Vizepräsident der österreichischen Gesellschaft für Sexualforschung)

Stephan Ganglbauer

„Die Partei würde verbürgerlichen...“

Josef Hindels: Erinnerungen eines linken Sozialisten, herausgegeben vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und vom Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1996, 135 Seiten, 150 Schilling.

Wenige Monate vor seinem Tod im Februar 1990 hat Josef Hindels während eines Spitalsaufenthalts die von Freunden immer wieder gewünschte Autobiographie zu schreiben begonnen. Vollenden konnte er sie nicht mehr, die letzten Jahrzehnte seines Lebens, seine Auseinandersetzungen mit Kreisky, aber auch innerhalb der Gewerkschaft der Privatangestellten, blieben im Manuskript, das er zurückließ, unberücksichtigt. Anläßlich seines achtzigsten Geburtstags haben nun das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes sowie der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer das vorhandene Material veröffentlicht.

Hindels schildert darin Etappen seines Lebens, beginnend von seiner Jugend im „Roten Wien“, dem er sich auch an seinem Lebensende noch mit nostalgischer Begeisterung verbunden fühlte. Es sind aber weniger die Ereignisse, die zwar seinen Lebenslauf bestimmten, als vielmehr die ideologischen Auseinandersetzungen in seiner Partei, um die es ihm letztlich geht. Schon am Beginn seines politischen Lebens stehen die Differenzen zwischen den Austromarxisten und Karl Renner. „Ich war überzeugt: Wenn Karl Renner sich in

der Partei durchsetzt, gibt es bald kein *Rotes Wien* mehr, keine sozialistische Gesellschaft, die mir soviel bedeutete. Die Partei würde verbürgerlichen, zu einer Partei unter anderen Parteien werden, sich anpassen", schreibt er.

Entscheidend in jenen Jahren war aber vor allem die Abwehr des erstarkenden Faschismus in seiner grünen und braunen Variante. Und hier versagten beide Flügel der Sozialdemokratie, wie Hindels eingesteht: „Die führenden Funktionäre, auch mein verehrter Lehrer Otto Bauer, gaben sich der Illusion hin, sie könnten den faschistischen Staatsstreich durch ständiges Zurückweichen vor dem Gegner verhindern und zu einer Kompromißlösung kommen."

Es war wohl die schwere Enttäuschung der Ereignisse von 1934, die ihn schon bald danach zum Trotzkisten werden ließen; er war Gründungsmitglied der „Revolutionären Kommunisten Österreichs", von denen er sich allerdings vier Jahre später wieder trennte. Im schwedischen Exil kehrte er in die Reihen der Sozialdemokratie zurück, die er fortan nicht mehr verließ, obwohl er nach seiner Rückkehr 1946 gerade von der Führung seiner eigenen Partei die größten Anfeindungen erfuhr. Adolf Schärf, der ihm nicht zuletzt „hysterischen Antifaschismus" vorwarf, wollte ihn 1949 gleich wieder loswerden und als Korrespondenten der „Arbeiterzeitung" ins schwedische Exil zurückschicken.

Zum Abschluß seiner „Erinnerungen" schreibt Hindels: „In den Jahrzehnten meiner Tätigkeit als linker Sozialist in der SPÖ wurde mir, von Freunden ebenso wie von Gegnern, immer wieder die Frage gestellt: ‚Bist du nicht in der falschen Partei?'" Und er gibt als Antwort: „In Österreich ist, wenn wir von der Periode der Illegalität absehen, die Sozialdemokratie immer die führende Partei der Arbeiterbewegung gewesen. Links von ihr gab es keine Massenpartei und wird es voraussichtlich, zumindest in einer überschaubaren Zukunft, keine geben. Der Platz linker Sozialisten ist daher in dieser Partei, auch wenn sie weit nach rechts gerückt ist und die Linken gegen den Strom schwimmen müssen. (...) In anderen Ländern, wo es kommunistische Massenparteien gibt oder gegeben hat, mag die Situation eine andere sein. Sollte Österreich den Weg zum Sozialismus beschreiten, dann wird das nur, gemeinsam mit anderen Linkskräften, das Werk einer allerdings veränderten Sozialdemokratie sein können."

Josef Hindels war geprägt von der Überzeugung, die Einheit der Arbeiterbewegung sei gewissermaßen in der Sozialdemokratie zu wahren. „In Österreich gab es das Problem der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht", schreibt er im ersten Abschnitt seiner „Erinnerungen". „Es galt als das große Verdienst des Austromarxismus, die KPÖ isoliert, die Einheit der Arbeiterklasse in der großen Sozialdemokratie verwirklicht zu haben." Er gesteht allerdings ein, daß die Einheit ‚an sich' noch nichts Positives sei, sofern sie keine aktive, kämpferische Einheit ist.

Mitunter wurde Josef Hindels als „linkes Gewissen" der SPÖ bezeichnet, Alfred Dallinger nannte ihn „eine aussterbende Spezies des sozialistischen Funktionärs", andere sahen in ihm einen „Linksblinker", ein „linkes Versatzstück im rechten Getriebe der SPÖ". Er selbst klammerte sich an die Hoffnung, er könnte durch sein Wirken in der Partei zur Bildung einer neuen Linken innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie beitragen.

Helmut Rizy

Sex & Kapital als Reich der niederen Dämonen

Bemerkungen zum Schwerpunkt von »Weg und Ziel« 2/1996

1. Die gleichzeitige Entmythisierung und Remythisierung der Sexualität ist ein Exempel für die Doppelnatur der bürgerlichen Gesellschaft, die gleichzeitig progressive und retardierende Tendenzen entfaltet. Die Remythisierung der Sexualität, das retardierende Moment also, wird von rechts wie von links betrieben.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung in »Weg und Ziel« 2/1996.

Sosehr in den einzelnen Beiträgen auch um einen rationalen Umgang mit diesen Komplex gerungen wird, so laufen die Argumentationen letztlich doch auf eine Remythisierung hinaus.

Der gemeinsame Nenner aller dieser Beiträge ist implizit oder explizit die Zurückweisung einer Sexualität als „Spaß ohne Ecken und Kanten", der vollendeten Entmythisierung der Sexualität also. Warum darf „Spaß ohne Ecken und Kanten" nicht wenigstens als Desideratum formuliert werden? Weil offenbar die Sexualität direkt oder indirekt in die politische Pflicht genommen wird.

Richtigstellung

In dem in »Weg und Ziel« 5/1995 erfolgten Abdruck aus der Arbeit von Hans Kalt „Über die strategische Wende des österreichischen Finanzkapitals" wurde in der auf S. 58 wiedergegebenen Tabelle auch ein bedauerlicher Druckfehler mit abgedruckt. Die Tabelle muß richtig lauten

(in Prozent des BIP)

	Staatsquote	Zinsen f. d. Staatsschuld	Staatsquote ohne Zinsen f. d. Staatsschuld
1975	38,7	1,3	37,4
1993	43,0	4,4	38,6

IMSF - Publikation

Ernst Lüdemann

Die Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert

eine statistische Übersicht

Der Band bietet eine ausführliche statistische Übersicht zu wichtigen Bereichen der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert mit tiefgehender regionaler und Länder-Gliederung und fortlaufenden Zeitreihen. Grundlage sind offizielle Statistiken aus z.T. entlegenen Quellen und internationalen Spezialveröffentlichungen. Für jeden, der sich eine rasche Übersicht zu den internationalen Wirtschafts- und Währungsverhältnissen und den Veränderungen der Weltwirtschaftsstrukturen verschaffen will.

Aus dem Inhalt:

I. Fläche, Bevölkerung, gesamtwirtschaftliche Entwicklung
II. Industrie und Energiewirtschaft
III. Landwirtschaft
IV. Außenhandel
V. Zahlungs- und Leistungsbilanzen, Internationale Kapitalverflechtung
VI. Verkehrswesen
VII. Preise, Staatsfinanzen, Währungen
VIII. Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Einkommen

IMSF - Forschung und Diskussion 13
Frankfurt/M., 1996, 180 Seiten, DM 19,80

zu beziehen: IMSF
Kölner Straße 66
60327 Frankfurt / M.
Telefon: 069 / 7 39 29 34

IMSF - Publikation

Gretchen Binus, Frank Deppe, Joachim Bischoff, Wilhelm Ersil, Horst Heininger, Rudolf Hickel, Hans Joachim Höhme, Jörg Huffschmid, Lutz Maier, Michel Manaille, Leo Mayer, Joachim Schuster, Corell Wex, Manfred Szameitat

Internationalisierung Finanzkapital Maastricht II

Aktuelle Entwicklungstendenzen und Alternativen

Beiträge einer Tagung von IMSF e.V., Z und Arbeitskreis Kapitalismusforschung / Berlin.

Aus dem Inhalt:
Internationalisierung heute und Theorie des Finanzkapitals: Lenin, Hilferding, Keynes - Internationales Finanzsystem, Konzerne und Finanzgruppen - Verselbständigung des spekulativen Kapitals? - Europäische Union und Wandel der Weltwirtschaft - Deutsche Hegemonie in der EU? - Die Maastricht-Kriterien und die Widersprüche der EU-Integration und des Europäischen Währungssystems - Alternative Wirtschaftspolitik für Europa - EU und Osterweiterung - Nationalstaat und Regionalisierung - Möglichkeiten und Grenzen einer Demokratisierung der EU

IMSF - Forschung und Diskussion 12
Frankfurt/M., 1996, 180 Seiten, DM 15,-

zu beziehen: IMSF
Kölner Straße 66
60327 Frankfurt / M.

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

verständlich,
parteilich,
widerborstig

Die *Sozialistische Zeitung* (SoZ) wird von der *Vereinigung für Sozialistische Politik* (VSP) herausgegeben. Sie

★ bringt alle zwei Wochen Berichte und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn.

★ steht für eine sozialistische Alternative – weltweit.

★ sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

Probenummern bestellen!

SoZ-Verlag, Dasselstr.75–77
D-50674 Köln
Tel.: (02 21) 9 23 11 96
Fax: (02 21) 9 23 11 97

an.schläge

Feministisches Magazin für Politik, Arbeit und Kultur.

Ich bestelle:

❒ **Schnupper!-Abo 3 Hefte/öS 100,–**
❒ **Jahresabo** 10 Hefte/öS 380,–
❒ **Abo für Erwerbslose** 10 Hefte/öS 300,–

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kupon ausfüllen, ausschneiden und an die Redaktion schicken: 1030, Hetzgasse 42/1.
Oder einfach anrufen: 0222/715 98 89/13

Vorschau:

Diskussion
zum Schwerpunktheft

♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥

„Liebe, Sex & Sinnlichkeit",

♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥♥

am 20. November 1996,
im WUK,
1090, Währingerstraße 59,
mit

Romana HÖLL,
Soziologin,

Ulrike KÖRBITZ,
Psychoanalytikerin,

Franz SCHANDL,
Historiker und Publizist,

Maria WÖLFLINGSEDER,
Pädagogin,

und einem Kulturprogramm.
Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem WUK.

Volksstimme

Prater Jesuitenwiese

Die BEWEGUNG ROTES WIEN zählt auf Dich!

... beim Stand des Linken Wahl-bündnisses besteht die Möglichkeit eine Unterstützungserklärung zur Absicherung der Kandidatur bei den Wiener Wahlen abzugeben.

Programm auf fünf Bühnen, Rounder Girls und Irrwisch-Feuerzauber, Immigrant/innen-Zentrum, Bühne Arbeitswelt, Sportfest, umfangreiches Kinderprogramm, Internationale Organisationen zu Gast, Solidaritätsdorf, Frauenzentrum, Linkes Wort, Kulinarische Köstlichkeiten aus aller Welt, und vieles mehr!

Kartenvorverkauf: KPÖ Wien, 214 45 50-18, Chr. Maringer
Zentralbuchhandlung, 1., Schulerstr. 1-3

FEST

31.8.
+1.9.
96

»Weg und Ziel« – Abo

Hiermit bestelle ich

○ ein Jahresabonnement von »Weg und Ziel«
5 Hefte 200,- öS (Ausland 35 DEM).

○ ein »Weg und Ziel«–Probeheft.

Name und Anschrift:

Unterschrift

»Weg und Ziel« Trattnerhof 2/14, 1010 Wien, Tel.: 0222/ 533 60 23

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien